

Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels: T. 12, Demographischer Wandel und Raumentwicklung in Bayern

Breu, Christian (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerk / collection

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Breu, C. (Hrsg.). (2010). *Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels: T. 12, Demographischer Wandel und Raumentwicklung in Bayern* (Arbeitsmaterial, 356). Hannover: Verl. d. ARL. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-284066>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels

Teil 12

Demographischer Wandel und Raumentwicklung in Bayern

Christian Breu (Hrsg.)

ARL

Demographischer Wandel und Raumentwicklung in Bayern



GEDRUCKT AUF MIT DEM EU-UMWELTZEICHEN VERSEHENEM PAPIER

AM Nr. 356

ISBN: 978-3-88838-356-4

ISSN 0946-7807

Alle Rechte vorbehalten • Verlag der ARL • Hannover 2010

© Akademie für Raumforschung und Landesplanung

Satz und Layout: C. Moghaddesi, G. Rojahn, O. Rose

Druck: poppdruck, 30851 Langenhagen

Bestellmöglichkeiten:

über den Buchhandel

VSB Verlagsservice Braunschweig GmbH

Postfach 47 38

38037 Braunschweig

Tel. (0 18 05) 7 08-7 09

Fax (05 31) 7 08-6 19

E-Mail: vsb-bestellservice@westermann.de

Onlineshop der ARL: www.ARL-net.de

Verlagsanschrift:

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL®)

Leibniz-Forum für Raumwissenschaften

Hohenzollernstraße 11, 30161 Hannover

Tel. (05 11) 3 48 42-0, Fax (05 11) 3 48 42-41

E-Mail: ARL@ARL-net.de

Internet: www.ARL-net.de

Akademie für Raumforschung und Landesplanung



ARBEITSMATERIAL DER ARL

Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels

Teil 12

Demographischer Wandel und Raumentwicklung in Bayern

Christian Breu (Hrsg.)

Autorinnen und Autoren

Ante, Ulrich, Prof. Dr., Würzburg

Breu, Christian, Verbandsdirektor, Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München

Klee, Andreas, Dr., Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover

Koch, Reinhold, Dr., Ministerialrat, Bayerisches Wirtschaftsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, München

Metzler, Daniel, Dr., TNS Infratest GmbH, München

Paesler, Ferdinand, Dipl.-Geogr., Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Institut für Geographie

Paesler, Reinhard, Dr., Gröbenzell

Proske, Matthias, Dipl.-Ing., Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, München

Rauh, Jürgen, Prof. Dr., Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Institut für Geographie

Wettemann, Julia, Dipl.-Geogr., Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Institut für Geographie

Aus dem alleinigen Grund der besseren Lesbarkeit der Beiträge wird in diesem Band überwiegend die männliche Form verwendet. Frauen und Männer sind dabei immer gleichermaßen gemeint und angesprochen.

*Die wissenschaftliche Verantwortung für die Beiträge
liegt allein bei den Autorinnen und Autoren.*

Betreuung in der Geschäftsstelle der ARL:
Dr. Andreas Klee (E-Mail: klee@ARL-net.de)

INHALT

<i>Christian Breu</i> <i>Andreas Klee</i>	Demographischer Wandel und Raumentwicklung in Bayern – zentrale Botschaften	1
<i>Andreas Klee</i>	Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels – Worüber reden wir?	4
<i>Reinhold Koch</i>	Der demographische Wandel in Bayern	22
<i>Matthias Proske</i>	Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Daseinsvorsorge	45
<i>Daniel Metzler</i> <i>Ferdinand Paesler</i>	Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Tourismus in Bayern	70
<i>Jürgen Rauh</i> <i>Julia Wettemann</i>	Die Auswirkungen des demographischen Wandels auf Konsumentenverhalten und Einzelhandel – Beispiele aus Unterfranken	85
<i>Ulrich Ante</i>	Kurorte als Wohnstandorte: Möglichkeiten im Kontext des demographischen Wandels? Das Beispiel Bad Kissingen	108
<i>Reinhard Paesler</i>	Der demographische Wandel im suburbanen Raum – Auswirkungen dargestellt an Beispielen Münchner Randgemeinden im Kreis Fürstentumbruck	127
<i>Christian Breu</i>	Die demographische Entwicklung in der Region München	141
Kurzfassungen/Abstracts		157

Christian Breu, Andreas Klee

Demographischer Wandel und Raumentwicklung in Bayern – zentrale Botschaften

Im September 2007 begann die Arbeitsgruppe „Demographischer Wandel und Raumentwicklung in Bayern“ der Landesarbeitsgemeinschaft Bayern mit ihren Untersuchungen. Sie reiht sich damit in Aktivitäten anderer Landesarbeitsgemeinschaften der ARL ein. Naheliegenderweise wurden die ersten Veröffentlichungen der ARL zum Thema der räumlichen Auswirkungen des demographischen Wandels von einer ostdeutschen Landesarbeitsgemeinschaft vorgelegt (Müller/Siedentop 2003)¹.

Mittlerweile ist die Diskussion über den demographischen Wandel auch in Süddeutschland angekommen. Es war also an der Zeit, sich mit auf Bayern bezogenen Prognosen, Abschätzungen und Konsequenzen zu befassen. Für die räumliche Planung und Politik in Bayern besteht somit der Vorzug, dass die Akteure auf Untersuchungen und Ergebnisse in anderen Räumen Deutschlands zurückgreifen und prüfen können, unter welchen Bedingungen eine Übertragbarkeit auf bayerische Räume möglich ist. Eine Vorlage der Ergebnisse der bayerischen Landesarbeitsgemeinschaft im Jahr 2010 wirft aber auch die berechnete Frage auf, welche neuen Erkenntnisse zu verzeichnen sind, die möglicherweise auch über die Grenzen Bayerns hinaus wirken.

Was ist neu an der Diskussion und den Arbeiten in diesem Band? Es wird deutlich, dass der demographische Wandel keine alleinige Angelegenheit ländlich-peripherer Regionen ist. Die Bevölkerungsvorausberechnungen zeigen, dass auch in Verdichtungsräumen, in touristisch intensiv genutzten Gebieten und in den für Bayern so charakteristischen Mittelstädten vielfältige Auswirkungen zu erwarten sind. Der demographische Wandel sollte daher, so eine wesentliche Schlussfolgerung, als eine Hintergrundfolie gesehen werden, vor der alles planerische und politische Handeln einzuordnen ist.

Anstelle einer Einleitung in den Band sollen an dieser Stelle **zentrale Botschaften** formuliert werden. Sie fassen die wichtigsten Erkenntnisse der Beiträge sowie die angeregten Diskussionen innerhalb der Arbeitsgruppe zusammen.

- Die in diesem Band – sowie auch darüber hinaus – herangezogenen Bevölkerungsprognosen gründen auf Annahmen, vor allem zur Geburtenhäufigkeit, zur Lebenserwartung und zu Zu- wie Abwanderungen. Annahmen haben immer einen Unschärfbereich, sie treffen niemals zielgenau ein. Gleichwohl ist damit die Richtung der Bevölkerungszusammensetzung und -entwicklung vorgezeichnet.
- Der demographische Wandel ist weder kurz- noch mittelfristig umkehrbar. Das Durchschnittsalter wird erheblich steigen. Die Zahl der jungen Menschen wird sinken. Umkehrbewegungen wären erst nach mehreren Generationen sichtbar. Allerdings ist der demographische Wandel bereits jetzt gestaltbar. Eine besondere Stellenschraube ist die Steuerung der Zuwanderung.

¹ An dieser Stelle soll zudem auf mehrere Veröffentlichungen der ARL aus den 1970er Jahren verwiesen werden (ARL 1976; ARL 1978), in denen die Thematik des demographischen Wandels aufgegriffen und in ihrer künftigen Bedeutung skizziert wurde.

- Die bisher von den statistischen Ämtern angenommene Nettozuwanderung nach Deutschland von jährlich mindestens 100.000 Personen ist nach heutigen Erkenntnissen viel zu optimistisch angesetzt. Der Zuwanderungssaldo ist sogar so gering, dass der negative natürliche Bevölkerungssaldo seit wenigen Jahren nicht mehr ausgeglichen werden kann. In der Folge verliert Deutschland und voraussichtlich auch Bayern Einwohner.
- Auch in Bayern ist die durchschnittliche Zahl der Kinder pro Frau mit nur noch 1,35 erheblich zu niedrig für eine ausgeglichene demographische Entwicklung. In den meisten Großstädten liegen die Zahlen noch niedriger. Mindestens 2,1 Kinder pro Frau müssten es sein, um die Bevölkerung langfristig unabhängig von Zuwanderungsüberschüssen zu stabilisieren.
- Angesichts der regional und sektoral unterschiedlichen Auswirkungen des demographischen Wandels in Bayern gibt es keinen „Königsweg“ für den Umgang. Es bedarf regional abgestimmter Strategien. Die einzelnen Teilräume müssen eigene Konzepte hierfür erarbeiten.
- Der demographische Wandel weist auch innerhalb von Gemeinden und Ortsteilen unterschiedliche Wirkungen auf. Leerstände und soziale Erosion einerseits und Neubautätigkeit durch junge Familien andererseits dürften das Bild vieler Kommunen prägen, gerade auch im ländlich-peripheren Raum.
- Aufgrund der regional unterschiedlichen Auswirkungen lässt sich – als handlungsleitende Strategie in Bezug auf demographische Entwicklungen – nicht mehr länger von Stadt und Land, sondern eher von schrumpfenden und wachsenden Teilräumen sprechen.
- Aus den untersuchten sektoralen Beispielen lässt sich schlussfolgern, dass privatwirtschaftlich organisierte Systeme, wie beispielsweise der Einzelhandel und der Tourismus, relativ gut mit dem demographischen Wandel zurechtkommen. Das liegt an den anpassungsfähigen und schnell reagierenden Systemen.
- Die Daseinsvorsorge ist weniger gut und günstig anpassungsfähig. In Gebieten, in denen die Bevölkerung stark abnimmt, führt die angemessene Ausstattung mit Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, beispielsweise Schulen, Trinkwasser, ärztliche Versorgung, schnell zu hohen Kosten. Diese Kosten müssen erwirtschaftet werden.
- Der Wohnsitzwechsel von Seniorinnen und Senioren – beispielsweise in Kur- und Fremdenverkehrsorte – wird kein Massenphänomen werden. Die Wanderungen werden sozial und regional selektiv wirken.
- Die (Rück-) Wanderung älterer Menschen aus dem suburbanen Raum in die Kernstädte wird kein generelles Phänomen werden, sondern im Einzelfall in Abhängigkeit von den Versorgungsmöglichkeiten im Umland beeinflusst.
- Bei der Infrastrukturausstattung insgesamt sind regional abgestimmte Anpassungsstrategien notwendig. Dazu bedarf es einer Planungs- und Strukturförderpolitik, die eine Konzentration von Infrastruktureinrichtungen entsprechend den Schwerpunktsetzungen auf Orte mit speziell zugewiesenen Aufgaben zum Ziel hat.
- Der demographische Wandel in den in- und ausländischen Quellmärkten hat erheblichen Einfluss auf die Quantität und vor allem Qualität der Tourismusnachfrage in Bayern. Dies wird sich in der absoluten Zahl der Gäste, in ihrer Alters- und Herkunftsstruktur zeigen.

- Das touristische Angebot ist nicht optimal auf die zukünftige Nachfrage ausgerichtet. Bei der Entwicklungsplanung sollte stärker berücksichtigt werden, dass touristische Verhaltensweisen in großem Maße kohortenspezifisch sind. Die touristische Nachfrage beispielsweise der künftigen Senioren wird anders sein als die der heutigen Senioren.
- Die zukünftige Siedlungstätigkeit hat sich insbesondere in Gebieten mit Bevölkerungsrückgang stärker am Grundsatz der Nachhaltigkeit zu orientieren. So gilt vor allem dort bei der Entwicklung von Gewerbe- und Wohnbauflächen das Prinzip „innen vor außen“.
- In einzelnen Gebieten Bayerns steht als Anpassungsstrategie die „intelligente“ Schrumpfung ohne Alternative da. Dazu notwendig sind ein gemeinsamer politischer Wille und ein Miteinander der Bevölkerung. In wenigen anderen Gebieten, die durch Zuzug weiter wachsen werden, steht die Integration der Zuwanderer im Vordergrund.

Literatur

- Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.) (1976): Planung unter veränderten Verhältnissen. Hannover. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 108.
- Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.) (1978): Zur Bedeutung rückläufiger Einwohnerzahlen für die Planung. Hannover. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 122.
- Müller, B.; Siedentop, S. (Hrsg.) (2003): Schrumpfung – Neue Herausforderungen für die Regionalentwicklung in Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen. Hannover. = Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 303.

Andreas Klee

Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels – Worüber reden wir?

Gliederung

- 1 Einleitung
- 2 Zur „Karriere“ des demographischen Wandels
- 3 Die Fakten – demographische Entwicklung in Deutschland
- 4 Die Prognosen – künftige Entwicklung und Struktur der Bevölkerung in Deutschland
- 5 Zum Begriff des demographischen Wandels
- 6 Auswirkungen des demographischen Wandels in räumlicher Hinsicht
- 7 Ansätze für Handlungsstrategien
- 8 Ausblick

Literatur

1 Einleitung

Das Thema des demographischen Wandels ist in aller Munde. Seit einer Dekade hat es deutlich Einzug in die Raumwissenschaften gehalten. Das Thema wurde befördert durch sichtbar und spürbar gewordene Probleme der räumlichen Entwicklung insbesondere in ländlichen und peripheren Regionen. Man möge nur den Blick nach Ostdeutschland richten. Dort waren die Auswirkungen tief greifender demographischer Veränderungen schon früh zu beobachten. Die dort diskutierten Probleme sind mittlerweile auch in anderen Teilen Deutschlands ein Thema – vielleicht nicht in der Dimension wie in manchen ostdeutschen Kreisen, vielleicht noch nicht ein großes Problem der Gegenwart. Es ist jedoch klar, dass der demographische Wandel alle Teile Deutschlands erfassen wird und dass Strategien des Umgangs damit zu entwickeln sind. Voraussetzung hierfür ist selbstredend das Erkennen des Wandels durch Wissenschaft, Politik und andere Akteure sowie die Bereitschaft, sich damit auseinanderzusetzen.

In der politischen und planerischen Diskussion in Bayern ist das Thema des demographischen Wandels mit einiger Verzögerung aufgenommen worden. Denn noch immer wird großen Landesteilen eine günstige demographische Struktur und weitere Entwicklung attestiert. Beträchtliche Zuwanderungsgewinne in den letzten Jahren haben manche Prozesse, die man aus anderen Bundesländern kennt, verdeckt und aus dem Bewusstsein treten lassen. Nicht nur mit Blick auf die demographischen und wirtschaftlichen Disparitäten innerhalb des Freistaats Bayern und nicht nur angesichts mangelnder Auslastung von Infrastruktureinrichtungen einerseits und durch Zuzug bedingte Kapazitätsengpässe vor allem im Großraum München andererseits, ist das Thema in Bayern zurzeit hochaktuell. Das Rad muss dabei nicht neu erfunden werden. Ein Blick auf die

Nachbarn nördlich der Mainlinie lohnt, denn dort werden derzeit Anpassungsstrategien an den demographischen Wandel entwickelt und eingesetzt.

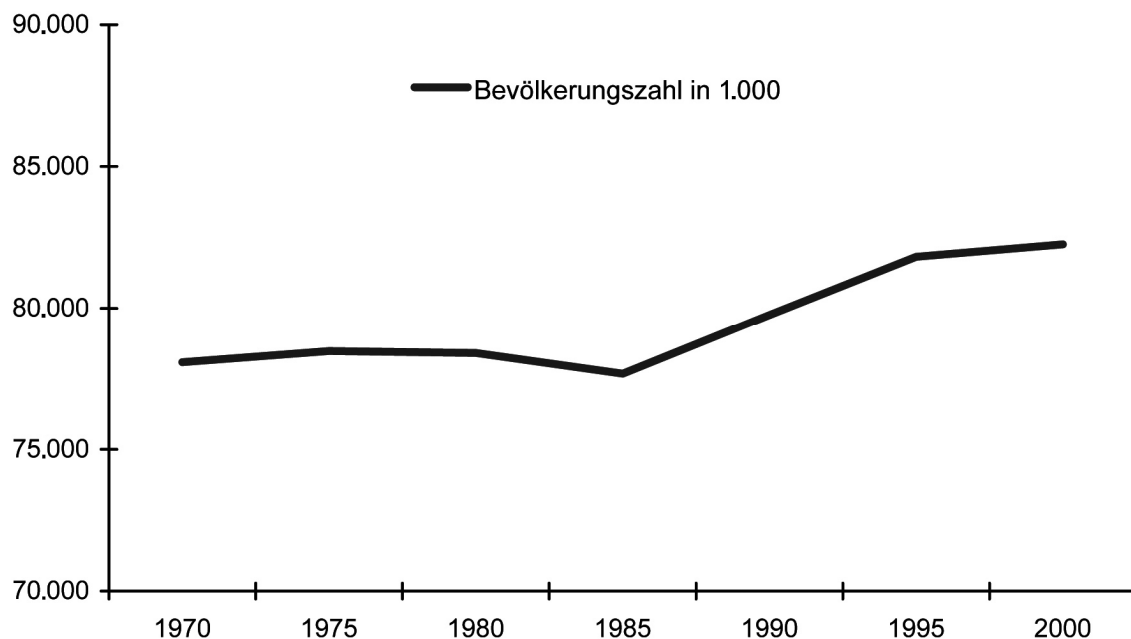
Dieser Aufsatz stellt grundlegende Erkenntnisse und Zusammenhänge vor, klärt die zentralen Begriffe und gibt einen Überblick über die generellen räumlichen Auswirkungen des demographischen Wandels sowie über ausgewählte Handlungsfelder. Er stellt somit eine konzeptionelle Basis für die nachfolgenden Aufsätze dar, die sich schwerpunktmäßig mit regionalen oder sektoralen Beispielen in Bayern befassen. Der Aufsatz ist als State-of-the-Art-Artikel gedacht. In ihn gehen insbesondere auch die Erkenntnisse aus anderen Gremien der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) zum Thema des demographischen Wandels ein.

2 Zur „Karriere“ des demographischen Wandels

Bereits in den 1970er Jahren wurde erkannt, dass der seinerzeitige Geburtenrückgang tief greifende Auswirkungen mit sich bringen würde. Auch innerhalb der ARL gab es mehrere Gremien, die sich des Themas bereits zu dieser frühen Zeit annahmen und Veröffentlichungen vorlegten (z.B. ARL 1976; ARL 1978; ARL 1979; ARL 1981). Schwarz (1976: 1) stellte fest: „Das Geburtendefizit der deutschen Bevölkerung seit 1971 und das Geburtendefizit der Gesamtbevölkerung seit 1972 sind in der Hauptsache dem starken Rückgang der Zahl der Geburten zuzuschreiben. Noch in der Mitte der 60er Jahre wurden jährlich mehr als eine Million Neugeborene registriert; im Jahr 1974 betrug ihre Zahl jedoch nur noch 626.000. Sie nahm damit um über 40% ab. Für die deutsche Bevölkerung, die 1965 über eine Million Lebendgeborene, 1974 aber nur noch etwas über 500.000 zu verzeichnen hatte, ergibt sich sogar eine Abnahme auf die Hälfte“. Schwarz beschrieb die Bevölkerungsentwicklung am Ende des Babybooms der 1960er Jahre und sah zugleich die Folgen für die Bevölkerungszahl in Deutschland insgesamt. „Trotz des rapiden Geburtenrückgangs, der für eine Zeit relativen Wohlstandes und auch sonst als beispiellos betrachtet werden kann, ist für die nächsten 25 Jahre keine dramatische Bevölkerungsabnahme zu erwarten. (...) Der Rückgang ist deshalb nicht größer, weil der Altersaufbau der Bevölkerung zurzeit für relativ hohe Geburtenzahlen noch günstig ist und in den nächsten Jahren wieder stärker besetzte Geburtsjahrgänge ins Heiratsalter kommen werden. Große Abnahmen von jährlich rund 300.000 müssten allerdings, wenn keine Einwanderung stattfindet, ab der Jahrhundertwende eintreten“ (Schwarz 1976: 2). Am ehesten wurden seinerzeit Bevölkerungsrückgänge für ländliche Räume thematisiert, auch für diejenigen, die traditionell einen hohen Geburtenüberschuss aufwiesen (vgl. Ruppert 1979: 8).

In der Tat blieb die Zahl der Bevölkerung in Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts konstant. Aufgrund hoher positiver Wanderungssalden in den 1990er Jahren stieg sie sogar noch an (vgl. Abb. 1).

Abb. 1: Entwicklung der Bevölkerungszahl in Deutschland 1970 bis 2000



Quelle: eigene Darstellung nach Daten des Statistischen Bundesamtes

Schwarz ging in seiner Analyse 1976 noch einen Schritt weiter. „Eine solche Entwicklung könnte vermieden werden, 1. wenn die Ehepaare in Zukunft bereit wären, mehr Kinder als heute zu haben; 2. bei einer drastischen Senkung der Alterssterblichkeit; 3. bei weiterer Aufnahme von Ausländern; 4. wenn zwei oder drei dieser Einflussgrößen zusammentreffen“ (Schwarz 1976: 2). Als Ansatzpunkte der Änderung der Bevölkerungsstruktur und -entwicklung benennt er somit ein verändertes generatives Verhalten, eine Änderung der Lebenserwartung und vermehrte Zuzüge nach Deutschland. Die wesentlichen Stellgrößen der Bevölkerungsentwicklung sowie die voraussehbaren Folgen waren also bereits 1976 erkennbar. Wurden sie auch wahrgenommen?

Die Aufnahme der Erkenntnisse der damaligen Zeit muss als gering bezeichnet werden. Der Begriff des demographischen Wandels taucht in der Fachliteratur kaum auf. Noch 1990 konstatiert von der Heide (1990: 1), dass die Raumordnung noch nie so notwendig wie zu Beginn der 1990er Jahre sei und Antworten finden müsse auf das Zusammenwachsen Deutschlands, die Integration Europas, die Koordination und Kooperation von Raumplanung und Fachplanungen. Die künftige Bevölkerungsentwicklung, deren Richtung bereits erkennbar war, wurde in diesem Zusammenhang nicht genannt. An anderer Stelle wird zwar auf Prozesse des Rückgangs und der Alterung der Bevölkerung hingewiesen, jedoch kaum auf die räumlichen Konsequenzen. So schreiben Gatzweiler/Strubelt (1988: 220) zutreffend, dass mögliche Auswirkungen der demographischen Entwicklung oft „auf die lange Bank geschoben werden“. Und dies ist sowohl auf die Wissenschaft als auch auf die Planungspraxis zu beziehen. Diese beiden Beispiele mögen genügen. Eine wissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung mit den räumlichen Implikationen des demographischen Wandels fand nicht statt. Die Beschreibungen des Wandels und die künftige Einschätzung verhallten häufig.

Etwa seit der Jahrtausendwende hat sich die Wahrnehmung des demographischen Wandels in der Öffentlichkeit und in der Fachwelt verändert. Woran lag das? An dieser Stelle können nur einige Erklärungsversuche angeführt werden. Zuwanderungen nach Deutschland wurden um die Wende zum 21. Jahrhundert spärlicher, so dass der jahre-

lange positive Zuwanderungssaldo die negative natürliche Bevölkerungsentwicklung nicht länger kompensieren konnte (vgl. Kapitel 3). Die Zahl der Gesamtbevölkerung ging zurück und damit wurde das Thema plötzlich virulent.

Ein zweiter Erklärungsversuch ergibt sich mit Blick auf die deutsche Wiedervereinigung. Die damit einsetzende großmaßstäbliche Abwanderung von Menschen aus den neuen Bundesländern nahm nach gut zehn Jahren Formen an, die bei Wissenschaftlern, Planern und Politikern als problematisch eingestuft wurden: Einzelne Regionen in Ostdeutschland verloren so viel Bevölkerung, dass die Frage der Tragfähigkeit von Infrastruktureinrichtungen zu stellen war (vgl. z.B. Schmidt 2006: 271; Schmitz-Veltin 2006: 352). Hinzu kam die Erkenntnis, dass die Abwanderungen sozial selektiv waren. Denn es verließen vor allem die jungen und besser ausgebildeten Menschen die neuen Länder (vgl. Mai 2006; Schwitzer 2007: 35). Und mangels Arbeitsplätzen in ländlichen und altindustrialisierten Regionen fanden kaum Zuwanderungen dorthin statt. Obwohl die Abwanderungsprozesse aus Ostdeutschland keinen Bestandteil des demographischen Wandels im eigentlichen Sinn (vgl. Kapitel 5) darstellen, öffneten sie die Augen für demographische Veränderungen, verstärkten sie die räumlichen Wirkungen von Geburtenrückgang und Alterung der Bevölkerung.

Hinzu kam – und dies ist vielleicht der bedeutendste Erklärungsfaktor – dass das Thema des demographischen Wandels auch von den „Populärwissenschaften“ und der Tages- wie Wochenpresse entdeckt wurde (vgl. z.B. Schirrmacher 2004; Kröhnert/Medicus/Klingholz 2006; Schwentker 2006). Insbesondere Schirrmacher öffnete das Thema für eine breite Leserschaft jenseits der Fachwelt aus Demographen, Geographen und Ökonomen. Und seit einigen Jahren „boomt“ das Thema – in der Wissenschaft wie bei Journalisten. Der demographische Wandel skizziert einen aktuellen Megatrend, der alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringt und dem man sich nicht entziehen kann. Er wird auch in der Öffentlichkeit als ein Megatrend „verkauft“. So werden Rankings erstellt und Noten vergeben, welche Länder und Städte die größten Probleme zu verarbeiten haben und welche die schlechtesten Prognosen zu erwarten haben (vgl. z.B. Bertelsmann-Stiftung 2006; Prognos-Institut 2004). Das Thema eignet sich sogar für publikumswirksame Schlagzeilen, was sich an Aussagen wie „Deutschland zerfällt in Schwund- und Boomregionen“ oder „Nach dem Mensch kommt der Wolf (oder zumindest der Luchs)“ (Kröhnert/Medicus/Klingholz 2006) ablesen lässt.

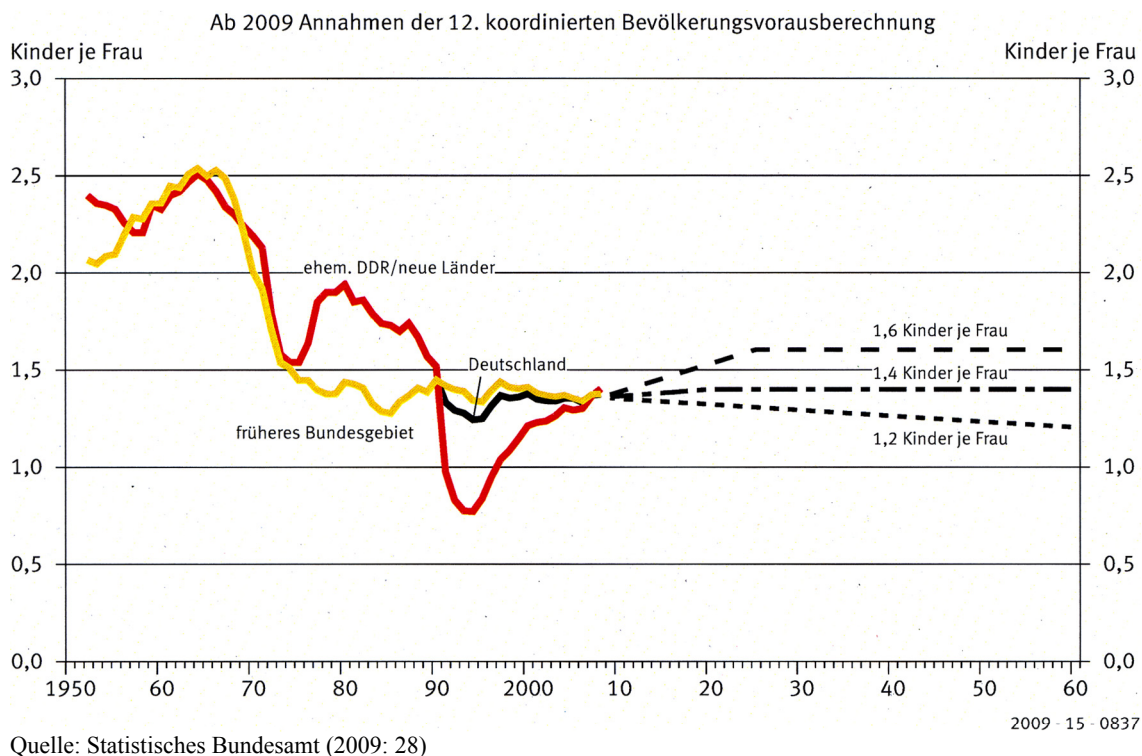
3 Die Fakten – demographische Entwicklung in Deutschland

Über die demographischen Prozesse der letzten Jahre in Deutschland, wie auch in anderen Ländern Europas, liegen eine Vielzahl von wissenschaftlichen Veröffentlichungen vor (vgl. z.B. Institut für Länderkunde 2001; Gans/Schmitz-Veltin 2006; Grünheid 2008). Die Erkenntnisse, die aus den zurückliegenden Prozessen der demographischen Entwicklung gewonnen wurden, sind einerseits Basis für Bevölkerungsvorausberechnungen, andererseits Grundlage für räumlich orientierte Handlungsvorschläge und politikadressierte Stellungnahmen. Im Folgenden sollen die wesentlichen Faktoren der demographischen Entwicklung in Deutschland in den vergangenen Jahren skizziert werden. Sie sind zum Verständnis der danach dargelegten Prognosen (vgl. Kapitel 4) wie Handlungsfelder (vgl. Kapitel 6) und Handlungsstrategien (vgl. Kapitel 7) notwendig.

Die Bevölkerungsentwicklung einer Stadt, einer Region oder eines Landes setzt sich aus der Zahl der Geburten, der Sterbefälle, der Zu- und Abwanderungen innerhalb einer zeitlichen Einheit zusammen. Damit sind zugleich die primären Stellgrößen der demographischen Entwicklung einer Raumeinheit charakterisiert. Auf sie wird nun im Besonderen Bezug genommen.

Sterben die Deutschen aus? Mit Fragen dieser Art wird immer wieder Aufmerksamkeit in der Berichterstattung über die aktuellen demographischen Entwicklungen erreicht. Auch wenn das SWR-Fernsehen ausgerechnet und verkündet hat, dass die Deutschen im Jahr 2300 ausgestorben sein werden¹, ist die demographische Zukunft keinesfalls so einfach zu beschreiben. Seit den 1960er Jahren ist ein Rückgang der Geburtenzahlen festzustellen (vgl. Abb. 2). Dies liegt an einem veränderten generativen Verhalten, das bis heute anhält. Die zusammengefasste Geburtenziffer liegt aktuell bei 1,37 (Großbecker/Krack-Roberg/Sommer 2009: 55). Sie besagt vereinfacht, dass durchschnittlich jede Frau während ihrer reproduktiven Lebensphase 1,37 Kinder zur Welt bringt². Zur Erhaltung des Bevölkerungsstandes wären allerdings 2,1 Kinder erforderlich.

Abb. 2: Entwicklung der zusammengefassten Geburtenziffer in Deutschland



Die in der zusammengefassten Geburtenziffer von 1,37 angelegte Ursache für den Rückgang der Bevölkerung in Deutschland insgesamt wird verstärkt durch den – damit in Zusammenhang stehenden – Rückgang der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter. Bereits seit vielen Jahren übersteigt außerdem die Zahl der Sterbefälle die der Geburten, was zu einer kontinuierlichen negativen natürlichen Bevölkerungsentwicklung führt. Eine Änderung ist nicht in Sicht (vgl. Mäding 2006: 339).

Zurückgehende Geburtenziffern korrespondieren seit Langem mit einer stetig steigenden Lebenserwartung. Zurzeit haben neugeborene Jungen eine Lebenserwartung von 77,2 Jahren und neugeborene Mädchen von 82,4 (Statistisches Bundesamt 2009: 31). Trotz des auffälligen Unterschieds der Lebenserwartung zwischen den Geschlechtern konnte sich der Trend der Verringerung der Differenz in den letzten Jahren fortsetzen.

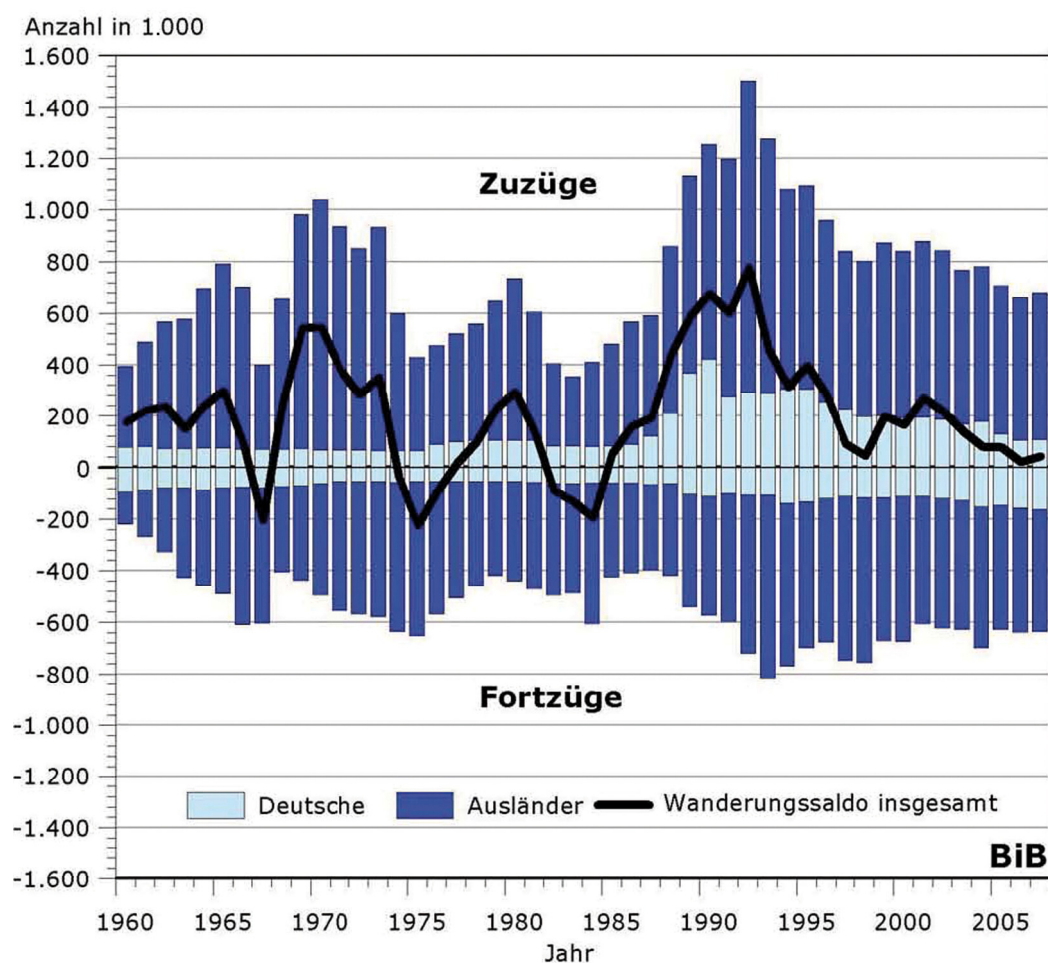
¹ Vgl. <http://www.swr.de/odyssos/-/id=1046894/nid=1046894/did=3286142/xe48ic/index.html> (letzter Zugriff am 07.07.2009)

² Vgl. die Definition der zusammengefassten Geburtenziffer bei Gans/Kemper (2001: 17)

Die Konsequenzen dieser Befunde sind klar: steigende Lebenserwartung der Menschen und zurückgehende Geburtenzahlen bei gleichzeitiger Abnahme der Zahl potenzieller Mütter führen zu einer Alterung der Bevölkerung. Ist es auch zu einem Rückgang der Zahl der Gesamtbevölkerung in Deutschland gekommen?

Betrachtet man die Außenwanderungssalden Deutschlands, so sieht man, dass Deutschland im langjährigen Mittel mehr Zu- als Abwanderungen zu verzeichnen hatte (vgl. Abb. 3). Etwa 80 % des Wanderungsvolumens werden von Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit verursacht. Ihr Wanderungsverhalten unterliegt starken Schwankungen, die vor allem von politischen Entscheidungen beeinflusst werden (Statistisches Bundesamt 2009: 31). Festzustellen ist jedoch, dass der positive Wanderungssaldo in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen ist.

Abb. 3: Außenwanderungen von Deutschen und Ausländern 1960 bis 2007 (in 1.000)



Quelle: Grünheid (2008: 10)

Jahrelang hat der positive Außenwanderungssaldo den Rückgang der natürlichen Bevölkerungsentwicklung in Deutschland kompensiert – mit der Folge einer wachsenden Gesamtbevölkerung. Seit 2003 geht die Gesamtbevölkerungszahl in Deutschland allerdings zurück. 2007 schwächte sich der Trend gegenüber den Vorjahren zwar etwas ab, gleichwohl verringerte sich die Gesamtbevölkerungszahl gegenüber 2006 um rund 100.000 Personen (Grünheid 2008: 2).

Schließlich soll hier auf einen weiteren Trend der demographischen Entwicklung kurz eingegangen werden, der mancherorts (z. B. Mäding 2006: 340) zusätzlich zu den Komponenten der natürlichen Bevölkerungsentwicklung und der Wanderungen angeführt

wird: die „Vereinzelung“. Damit ist gemeint, dass die durchschnittliche Zahl der Personen, die in einem Haushalt leben, stetig zurückgegangen ist. Sie liegt derzeit bei 2,12 – gegenüber 2,48 im Jahr 1980 und 2,99 im Jahr 1961 (Statistisches Bundesamt 2007: 46). Vor allem ist die Zahl der Einpersonenhaushalte – und hier wiederum vor allem in den Großstädten – stark angestiegen, die der klassischen Familie stark zurückgegangen. Im Wesentlichen wird dies auf die Ausbreitung nicht-ehelicher Lebensformen und sogenannter Patchwork-Familien, auf die Verschiebung der Familienbildungsphase, auf das frühere Verlassen der elterlichen Wohnung, auf das „living apart together“ sowie auf die gestiegene Zahl geschiedener – und damit wieder häufiger allein lebender – Menschen zurückgeführt.

Die oben skizzierten Trends der demographischen Entwicklung in Deutschland bezogen sich auf eine deutschlandweite Betrachtung. Sie sind jedoch regional unterschiedlich ausgeprägt. Die Geburtenhäufigkeit unterliegt regionalen Variationen (Gans 2001), die Lebenserwartung weist regionale Unterschiede auf (Gans/Kistemann/Schweikart 2001), und die Zuwanderungen erfolgen nicht gleichmäßig auf die Städte und Gemeinden des Bundesgebietes, sondern orientieren sich vor allem am Vorhandensein von Arbeitsplätzen (Swiaczny 2001). Bezieht man in diese Argumentation zusätzlich die Wanderungsbewegungen innerhalb Deutschlands mit ein, wird deutlich, dass man von regionalen Unterschieden der Bevölkerungsentwicklung auszugehen hat. Für die 1990er Jahre war deren Muster klar. Weite Teile Ostdeutschlands sowie altindustrialisierte Räume im Westen – Ruhrgebiet, Saarland, nördliches Oberfranken – wiesen Bevölkerungsverluste auf, wirtschaftlich prosperierende sowie suburbane Räume in Westdeutschland verbuchten Bevölkerungsgewinne.

4 Die Prognosen – künftige Entwicklung und Struktur der Bevölkerung in Deutschland

Räumliche Planung benötigt Aussagen über die künftige Struktur und Dynamik der Bevölkerung in einer regionalen Differenzierung. Auf Basis von Bevölkerungsprognosen können Bedarfe an Infrastrukturen sowie der Art und Weise ihrer Inanspruchnahme ermittelt, für verschiedene Funktionen benötigte Flächen berechnet, aber auch das Ausmaß an Um- und Rückbaumaßnahmen in manchen Regionen abgeschätzt werden.

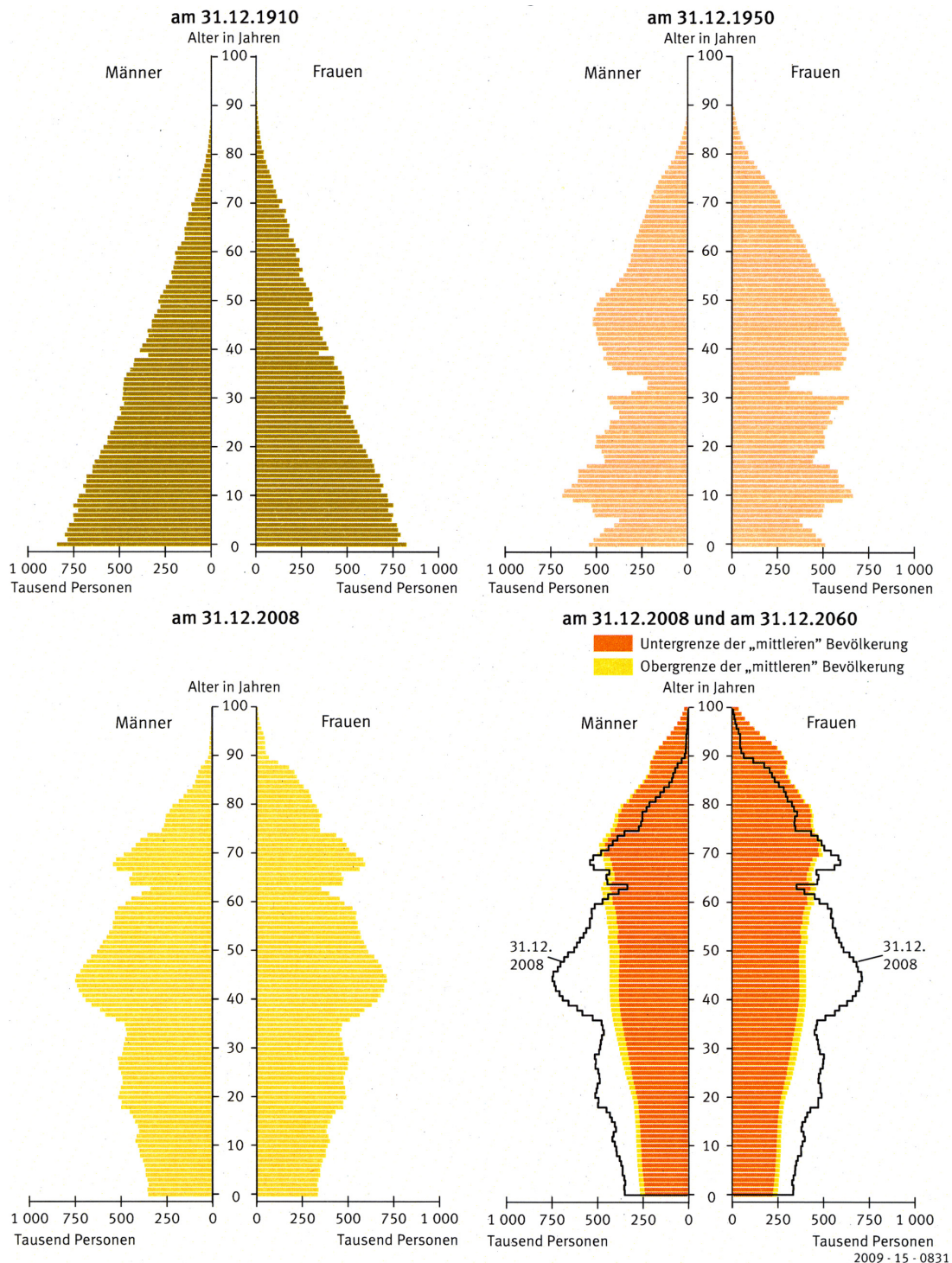
Das Statistische Bundesamt hat Ende 2009 die 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung vorgelegt (Statistisches Bundesamt 2009). In ihr werden Prognosen der Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2060 skizziert. Vor allem die Größe und der Aufbau der Bevölkerung stehen im Vordergrund. Wie üblich, werden die Prognosen auf Basis von Annahmen zur künftigen Geburtenhäufigkeit, zur Lebenserwartung sowie zu Zuzügen nach und Fortzügen aus Deutschland berechnet. Im Rahmen der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung wurden insgesamt 12 Varianten gerechnet. Die nachfolgenden Abschätzungen beziehen sich auf die Variante 1-W1 („Mittlere Bevölkerung“, Untergrenze), die von einer annähernd gleich bleibenden Geburtenziffer, einer Erhöhung der Lebenserwartung um sieben bis acht Jahre und einem positiven Außenwanderungssaldo von 100.000 Personen ab 2014 ausgeht (Statistisches Bundesamt 2009: 11).

Es ist davon auszugehen, dass – trotz gleich bleibender Geburtenziffer – die Zahl der Geburten stetig abnehmen wird, da immer weniger Frauen im gebärfähigen Alter zur Verfügung stehen werden. Die Zahl der Sterbefälle wird – trotz höherer Lebenserwartung – zunehmen, da stark besetzte Jahrgänge in ein hohes Alter vorrücken werden. Der natürliche Bevölkerungssaldo wird weiterhin negativ sein. Selbst durch jährliche positive Zuwanderungssalden von 100.000 Personen wird die negative natürliche Bevölkerungsentwicklung nicht länger kompensiert werden können. Die Folge ist ein deutlicher Bevölke-

rungsrückgang. In der Variante 1-W1 wird für das Jahr 2060 eine Bevölkerungszahl von 64.700.000 in Deutschland prognostiziert (Statistisches Bundesamt 2009: 17).

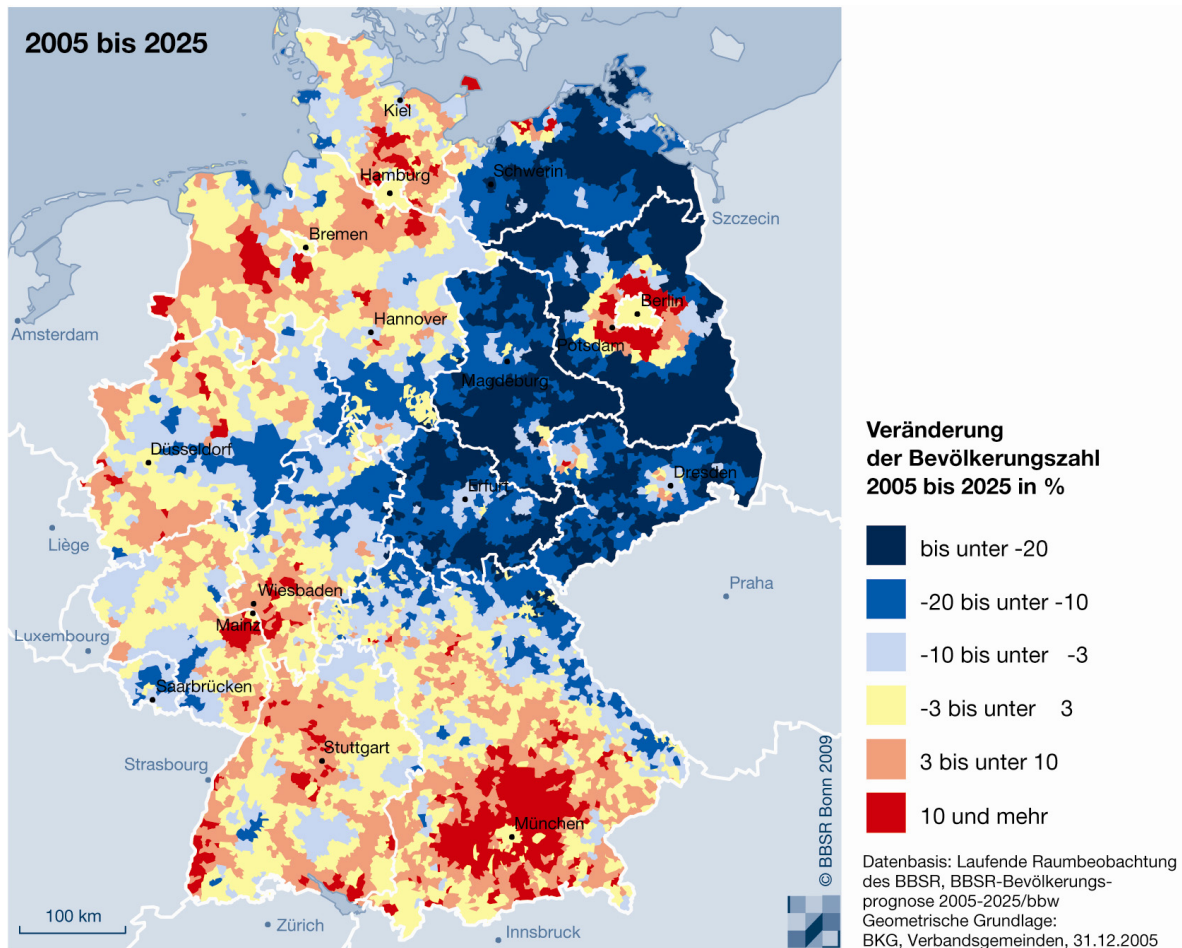
Auch der Altersaufbau der Bevölkerung wird sich weiter deutlich verändern. Es wird angenommen, dass im Jahr 2060 bereits jeder Dritte (34 %) mindestens 65 Lebensjahre durchlebt haben wird. Es wird doppelt so viele 70-Jährige geben wie Kinder geboren werden (Statistisches Bundesamt 2009: 14). Der Altersaufbau der Bevölkerung, der noch Anfang des 20. Jahrhunderts als „Bevölkerungspyramide“ gekennzeichnet werden konnte, wandelt sich zunehmend zu einem „Bevölkerungsdöner“ (vgl. Abb. 4).

Abb. 4: Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland



Auch im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) werden regelmäßig Bevölkerungsprognosen als Komponente von Raumordnungsprognosen erstellt. Deren besonderer Wert liegt in einer regionalen Differenzierung der Bevölkerungsvorausberechnungen unter Einbeziehung der Binnenwanderungen. Die künftige regional differenzierte Bevölkerungsdynamik – bezogen auf das Jahr 2025 – geht aus Abbildung 5 hervor.

Abb. 5: Künftige Bevölkerungsdynamik



Quelle: Statistisches Bundesamt (2006: 16)

Das räumliche Nebeneinander von Wachstums- und Schrumpfungsregionen, das für die vergangenen Jahre bereits charakteristisch war, wird demnach weiter strukturbestimmend sein. Die Kontraste zwischen Wachstum und Schrumpfung werden sogar noch größer. Hinzu kommt, dass auch weite Teile Westdeutschlands von Bevölkerungsstagnation oder -rückgängen betroffen sein werden. Nur noch für wenige Regionen werden Bevölkerungszunahmen angenommen. Diese kann man in zwei Gruppen einteilen. Zum einen wird nach wie vor von Suburbanisierungsprozessen in größeren Stadtregionen ausgegangen. Dies zeigt sich besonders an den Umlandkreisen von Berlin, Hamburg und München. Zum anderen wird deutlich, dass Bevölkerungswachstum auf diejenigen Kreise reduziert bleibt, bei denen weiterhin wirtschaftliches Wachstum angenommen wird. Beispiele hierfür sind große Teile Oberbayerns, prosperierende städtische wie ländliche Regionen in Baden-Württemberg, das Rhein-Main-Gebiet oder das westliche Niedersachsen mit dem Emsland.

Nahezu alle Kreise und Gemeinden in Ostdeutschland – ausgenommen sind lediglich einige Kommunen im Umland großer Städte – werden weiterhin Bevölkerung verlieren. Der noch in den 1990er Jahren deutlich sichtbare Ost-West-Gegensatz wird sich immer mehr auflösen. Der Grund liegt darin, dass immer mehr Kreise in den alten Ländern an wirtschaftlicher und Bevölkerungsdynamik verlieren. Dies betrifft bis 2025 sowohl die altindustrialisierten Gebiete im Saarland und Ruhrgebiet als auch strukturschwache ländliche Kreise bzw. kreisfreie Städte in allen alten Ländern. Besonders auffällig ist dies in der Mitte Deutschlands – Nordhessen, Südniedersachsen, östliche Teile Nordrhein-Westfalens – und im ehemaligen bayerischen Zonenrandgebiet – nahezu durchgängig von der Rhön bis in den Bayerischen Wald.

Für eine Befassung mit den Bestimmungsfaktoren für regional differenzierte Vorausberechnungen, insbesondere für den Einfluss von Zu- und Abwanderungen auf die Veränderung der Bevölkerungszahl in einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten, bleibt an dieser Stelle keine Gelegenheit. Hierzu wird auf die aktuelle Raumordnungsprognose (BBSR 2009) verwiesen. Eines jedoch kann festgehalten werden. Der Blick auf die Bevölkerungsentwicklung der vergangenen und kommenden Jahrzehnte lässt den Schluss zu, dass im Wesentlichen aus ökonomischen Gründen eine Umverteilung der Bevölkerung stattgefunden hat und weiter stattfinden wird (vgl. auch BBR 2005a: 33): von Ost nach West, von ländlich-peripheren in ökonomisch prosperierende Regionen mit einer Vielzahl an Ausbildungsstätten und modernen Dienstleistungsunternehmen. Dies wird auch eine veränderte Siedlungsstruktur nach sich ziehen und Anlass für regional differenzierte Handlungsstrategien sein.

5 Zum Begriff des demographischen Wandels

Der demographische Wandel wird – wie oben erwähnt – zurzeit in Wissenschaft, Planungspraxis und in der Tagespresse intensiv diskutiert. Allerdings ist festzustellen, dass der Begriff nach wie vor uneinheitlich verwendet wird. Dies ist im wissenschaftlichen Diskurs ein gängiger Befund. Um diesen Diskurs im Ansatz nachzuzeichnen, wird im Folgenden eine Typologie³ des Begriffsverständnisses und seiner Verwendung vorgestellt (vgl. auch Siedhoff 2008). Sie schließt mit einem Vorschlag für die weitere Verwendung des Begriffs, insbesondere im Kontext dieses Bandes.

Im Mittelpunkt der Diskussionen um den aktuellen demographischen Wandel stehen die Alterung und der Rückgang der Bevölkerung. Wie oben dargestellt, stellen die steigende Lebenserwartung, der Rückgang der Geburten wie der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter und der daraus resultierende Bevölkerungsrückgang die Hauptfaktoren der demographischen Entwicklung dar. Auch in einer räumlich differenzierten Perspektive treten diese Faktoren in mehr oder weniger ausgeprägter Form in allen Regionen in den Vordergrund. Zudem wird der demographische Wandel im Alltagsverständnis zumeist auf die Phänomene der Alterung – oder sprachlich missverständlich „Überalterung“ – und der Schrumpfung im Sinne des Bevölkerungsrückgangs bezogen. Die Fokussierung der Diskussion auf Alterung und Rückgang der Bevölkerung soll mit „Demographischer Wandel im engeren Sinn“ bezeichnet werden.

Die weitaus häufigste Verwendung des Begriffs impliziert ein weiter gefasstes Verständnis der Faktoren und Prozesse. Zum „Demographischen Wandel im weiteren Sinn“ wird neben Rückgang und Alterung der Bevölkerung auch die Heterogenisierung der Bevölkerung, vor allem hinsichtlich der ethnischen Zusammensetzung, gezählt (vgl. z.B. Bucher/Schlömer/Lackmann 2004: 108-109; BBR 2005a: 29; Gans 2005: 44).

³ Diese Typologie verdanke ich Mathias Siedhoff.

Damit wird zusätzlich auf die Zuwanderungen nach Deutschland in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten Bezug genommen, die sich in stets steigenden Anteilen von Menschen mit Migrationshintergrund abbilden. Zuwanderung ist seit den 1960er Jahren virulent. Die sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Herausforderungen, vor allem die Integration der Zuwanderer in Arbeits- und Wohnungsmärkte sowie im Bildungssystem, werden allerdings erst in den letzten zehn Jahren öffentlich wirksam diskutiert. Heute besteht weitgehender Konsens unter Politikern und Planern, sich mit Fragen der Zuwanderung zu befassen. Dies ist dringend geboten, denn in Deutschland leben rund 15,3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, was rund 18,6% der Gesamtbevölkerung entspricht (Korcz/Schlömer 2008: 153). Heterogenisierung wird jedoch nicht nur auf die Folgen der Zuwanderung aus dem Ausland bezogen. Heterogenisierung lässt sich auch im Hinblick auf eine Pluralisierung der Lebensstile und damit im weitesten Sinn auf eine stärker werdende sozio-kulturelle Differenzierung beziehen (vgl. Klee 2001), die ebenfalls eine Herausforderung für Politik und Planung darstellt.

Der Geburtenrückgang und die Pluralisierung der Lebensstile haben ihre Ursache vor allem in einem tief greifenden und vielschichtigen sozialen und Wertewandel (vgl. Klee 2001: 17). Im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel ist dabei vor allem ein Aspekt bedeutsam: der Wandel der Familien- und Haushaltsstrukturen. Werte und Leitideen des bürgerlichen Familienmodells haben seit einigen Jahrzehnten an Bedeutung verloren. Die „Normalfamilie“ hat ihr zentrales Gewicht als konstitutives Element der Gesellschaftsstruktur eingebüßt. Andere – häufig „alternativ“ genannte – Familienformen und damit einhergehende Haushaltsstrukturen haben sich ausgebreitet und sind heute gesellschaftlich akzeptiert. An manchen Stellen wird daher der soziale Wandel in die Explikation des Begriffs „Demographischer Wandel“ einbezogen (vgl. z.B. Tivig/Hetze 2007: 4; Küpper/Küttner 2008: 1). Hier kann man vom „Demographischen Wandel im weitesten Sinn“ sprechen.

Der Begriff des demographischen Wandels existiert also in verschiedenen Lesarten. Die weiteste Verbreitung und größte wissenschaftliche Akzeptanz hat sicherlich das Verständnis vom „demographischen Wandel im weiteren Sinn“. Diesem Verständnis soll auch hier gefolgt werden, nicht nur, um zur weiteren Etablierung dieses Begriffsverständnisses beizutragen, sondern auch, um die praktische Bedeutsamkeit dieses Ansatzes zu dokumentieren. Rückgang, Alterung und Heterogenisierung im Sinne einer Internationalisierung der Bevölkerung markieren nämlich drei für die räumliche Politik und Planung relevante Handlungsfelder für die kommenden Jahre. Sie sind zwar in regionaler Hinsicht unterschiedlich bedeutsam, lassen sich jedoch folgendermaßen zusammenfassen. Erstens: Wie organisiert man das Zusammenleben der Menschen bei rückläufiger Bevölkerungszahl, vor allem das Aufrechterhalten notwendiger Infrastruktur in vom Bevölkerungsrückgang besonders betroffenen Regionen? Zweitens: Wie lassen sich Siedlungs- und Infrastruktur an die Bedürfnisse einer immer älter werdenden Gesellschaft anpassen? Drittens: Wie können die zugewanderten Menschen besser in die Gesellschaft integriert werden?

6 Auswirkungen des demographischen Wandels in räumlicher Hinsicht

Alterung und Rückgang der Bevölkerung sowie verstärkte Integrationsaufgaben stellen Politiker und Planer vor einige Herausforderungen. Die Herausforderungen zeigen sich von Region zu Region und von Gemeinde zu Gemeinde in unterschiedlicher Intensität. In den prosperierenden Verdichtungsräumen West- und Süddeutschlands steht der Umgang mit den Folgen einer älter und „bunter“ werdenden Gesellschaft im Mittelpunkt. Ländlich-periphere Regionen müssen sich – neben den durch Alterung und Geburtenrückgang hervorgerufenen Problemlagen – zusätzlich mit der Abwanderung zumeist

junger Menschen auseinandersetzen. Unterschiedliche Probleme müssen also wahrgenommen und angegangen werden. Sie sind auch lösbar und stellen sicherlich keine „demographische Katastrophe“ (Schwentker 2006: 35) dar.

An dieser Stelle sollen zwei Zugänge, mit denen Auswirkungen des demographischen Wandels in räumlicher Hinsicht skizziert werden können, vorgestellt werden. Zum einen können aufgrund geänderter Nachfrage und Bedarfe Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt und auf einzelne Infrastrukturen abgeschätzt werden. Zum anderen eignet sich eine räumlich differenzierte Betrachtungsweise, indem für dünn besiedelte Räume, suburbane Gebiete und Großstädte die jeweils spezifischen Problemlagen und Herausforderungen erläutert werden.

Sektorale infrastrukturelle Auswirkungen sollen nur an wenigen Beispielen aufgezeigt werden. Offensichtlich ist, dass künftig der Bedarf an Einrichtungen und Maßnahmen der Altenhilfe stark ansteigen wird, da die Zahl alter und hochbetagter Menschen stark zunehmen wird (vgl. Kapitel 4). Insbesondere bei den Hochbetagten nimmt die Hilfs- und Pflegebedürftigkeit zu. Aufgrund der Änderungen der Familienstrukturen in Richtung kleinerer Haushalte und Familien und der weniger engen familiären Bindungen ist davon auszugehen, dass sowohl die stationäre als auch die ambulante Altenhilfe ausgebaut werden muss (vgl. Winkel 2006: 177-178). Insbesondere in ländlich-peripheren Regionen sind aufgrund der geringen Bevölkerungs- und Arztdichte besondere Anstrengungen notwendig, um eine medizinische und pflegerische Versorgung sicherstellen zu können (vgl. z.B. Böck-Friese 2003). Demgegenüber wird der Bedarf an Schulplätzen langfristig zurückgehen, allerdings regional differenziert. Die Ausstattung mit Kinderbetreuungseinrichtungen ist gegenwärtig im Vergleich von Ost- und Westdeutschland sehr unterschiedlich. Während im Osten ein Überangebot besteht und Kindergärten und Kitas bereits geschlossen oder verkleinert wurden, bietet sich für viele Regionen der alten Bundesrepublik aufgrund des Geburtenrückgangs eine gute Möglichkeit, bestehende Angebotslücken zu verringern. Denn die defizitäre Ausstattung, insbesondere in ländlichen Räumen, wird durch den Nachfragerückgang nach Kinderbetreuungseinrichtungen etwas abgemildert (Winkel 2006: 176).

Auch die technische Infrastruktur wird in Regionen mit starken Bevölkerungsrückgängen vor große Herausforderungen gestellt. Beispielsweise muss die Trinkwasserversorgung an eine verringerte Nachfrage angepasst werden. Hier sind betriebstechnische Maßnahmen, z.B. Rohrnetzspülungen, sowie Investitionen zur Stilllegung und zum Rückbau von Leitungen erforderlich (Tietz 2006: 160). Vergleichbare Investitionen sind auch bei der Abwasserentsorgung erforderlich, um geringere Abwassermengen störungsfrei abtransportieren zu können. Trotz rückläufiger Bevölkerungszahlen ist also mit höheren Kosten bei den Betreibern der Infrastruktursysteme zu kalkulieren. Viele Unternehmen der Wasserver- und -entsorgung sind seit einigen Jahren nicht mehr im Besitz der öffentlichen Hand. Wie die Privatunternehmen im Spannungsfeld zwischen betriebswirtschaftlicher Rentabilität und flächendeckendem Versorgungsauftrag agieren, kann an einigen Stellen in Ostdeutschland beobachtet werden (vgl. Moss 2009). Ein Ausweg aus dieser Situation dürfte am ehesten über neue dezentrale Wasserver- und -entsorgungssysteme zu erreichen sein (vgl. Tietz 2006: 164).

Über die Auswirkungen des demographischen Wandels auf weitere Infrastrukturbereiche liegen eine Reihe von Abschätzungen und Befunden vor, auf die an dieser Stelle nur verwiesen werden kann – zu den Auswirkungen auf Wohnungsmärkte vgl. z.B. Iwanow (2003), Spiegel (2004), Kilper/Schleifnecker (2006), Waltersbacher (2006), Schmitz-Veltin (2008), auf Arbeitsmärkte vgl. z.B. Büttner (2006), auf die Verkehrsinfrastruktur vgl. z.B. Liebe/Weiß (2005), Klein-Hitpaß (2008).

Fasst man die Diskussionen um die sektoralen Auswirkungen des demographischen Wandels zusammen, stellt man sehr schnell fest, dass trotz Bevölkerungs- und damit Nachfragerückgängen die Kosten, die zur Aufrechterhaltung vieler Infrastruktursysteme und -leistungen benötigt werden, nicht oder nicht in gleichem Maße zurückgehen. Häufig sind steigende Pro-Kopf-Kosten selbst bei konstantem Ausgabevolumen der Betreiber der Systeme und Leistungen, also zumeist der Städte und Gemeinden, zu verzeichnen (vgl. Mäding 2008: 170). Gleichzeitig gehen die Einnahmen der Kommunen – bedingt durch Rückgang und Alterung der Bevölkerung und damit einhergehender Steuerausfälle – zurück. Kommen dann noch ökonomische Probleme, z. B. bedingt durch eine geringe örtliche Wirtschaftskraft und hohe Arbeitslosigkeit, hinzu, wird die Finanzkraft der betreffenden Städte empfindlich geschwächt (vgl. Albrecht/Gutsche/Pohlan 2008).

Der demographische Wandel ist – insbesondere bei eingeschränkten finanziellen Handlungsspielräumen – von den Kommunen nur sehr eingeschränkt beeinflussbar. Zwar ergeben sich Handlungsoptionen bei der Verbesserung der Lebensqualität, vor allem der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder. So können Städte für Wohnungssuchende attraktiver werden. Dies geht allerdings in vielen Regionen zu Lasten von Nachbarkommunen und kann zu einer „ruinösen Einwohnerkonkurrenz“, zu einem „Bürgermeisterwettbewerb um Einwohner“ (Mönnich 2005) führen.

Ein weiterer Zugang zur Frage der räumlichen Konsequenzen des demographischen Wandels stellt die Betrachtung verschiedener Raumtypen dar. Dabei sind zurzeit drei Typen von besonderer Bedeutung: ländlich-periphere Räume, suburbane Gebiete und Großstädte. In den meisten ländlich-peripheren Regionen in Deutschland kommen zur Alterung und zum Rückgang der Bevölkerung deren Abwanderung in prosperierende Regionen sowie ungünstige wirtschaftliche Potenziale hinzu. Als Beispiele können Vorpommern, Nordhessen, die nördlichen Teile Oberfrankens und die Westpfalz genannt werden (vgl. z. B. Schmidt 2008; Maier 2008). Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklungen in diesen Regionen muss zu Recht die Frage gestellt werden, „ob und inwieweit in den Regionen Deutschlands auch in Zukunft gleichwertige Lebensverhältnisse bestehen können“ (Schmitz-Veltin 2006: 348). Denn die bestehenden Infrastruktursysteme und -leistungen dürften nicht immer aufrechterhalten werden können. Rückbau von Einrichtungen, Zusammenfassung von Leistungen an Schwerpunktzentren, Änderungen bei den Bedienungsformen werden diskutiert. Im Wesentlichen geht es darum, die Tragfähigkeit von Infrastruktureinrichtungen mit einer zumutbaren Erreichbarkeit für die Bevölkerung in Einklang zu bringen. Eine besondere Betroffenheit weisen dabei ältere und weniger mobile Bevölkerungsgruppen auf, die in vielen Bereichen auf eine wohnortnahe Versorgung oder auf spezifische Mobilitätsangebote angewiesen sind.

Seit wenigen Jahren rücken auch die suburbanen Gebiete in Verdichtungsräumen im Zusammenhang mit den räumlichen Konsequenzen des demographischen Wandels in den Vordergrund. Viele Gemeinden in Suburbia sind in den 1960er, 1970er und 1980er Jahren stark gewachsen. Dort wurden großflächig Einfamilien- und Reihenhausbaugebiete errichtet. Überwiegend junge Familien mit Kindern siedelten sich dort an. Mittlerweile sind zahlreiche dieser Quartiere durch eine rückläufige Bevölkerungsdichte – von der früheren großen Familie leben häufig nur noch eine oder zwei Personen im Haus – und zunehmende Alterung gekennzeichnet (vgl. z. B. Hesse/Scheiner 2007: 44-45). Dies hat zur Folge, dass immer weniger Schul- und Kindergartenplätze, aber mehr Einrichtungen der Altenhilfe und -pflege benötigt werden. In vielen suburbanen Gemeinden stehen daher Anpassungsmaßnahmen bei den Infrastruktureinrichtungen auf der Tagesordnung.

Auch Großstädte sind vom demographischen Wandel in besonderer Weise betroffen. In den ostdeutschen, zunehmend aber auch in vielen altindustrialisierten Städten in Westdeutschland sind die Folgen des demographischen Wandels, der lang andauernden Abwanderung und der Deindustrialisierung allgegenwärtig. Die Metapher der „schrumpfenden und perforierten Stadt“ hat sich im Bewusstsein der Menschen verankert. Großmaßstäbliche Leerstände prägen das Bild der Städte, zahlreiche Stadtum- und -rückbauprogramme wurden entwickelt, neue Entwicklungsstrategien entworfen (vgl. Häußermann/Läpple/Siebel 2008: 203). Vielen ostdeutschen Städten fehlt zudem das Geld, um eine altengerechte Anpassung von Infrastruktureinrichtungen vornehmen zu können.

Ganz anders zeigt sich die Betroffenheit prosperierender Großstädte in Westdeutschland. Zwar gehen auch hier die Geburtenraten zurück und der Anteil der älteren Menschen steigt. Jedoch wird diese Entwicklung durch Zuwanderungen aus dem In- und Ausland überdeckt. Der hohe Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in den Großstädten, besonders deutlich sichtbar in Frankfurt am Main, Stuttgart oder München, zeigt, dass hier vorrangig auch mit den Folgen der Heterogenisierung und Internationalisierung umgegangen werden muss. Die Städte stehen vor großen Integrationsaufgaben – und dies bei knappem Wohnungsangebot und hohen Miet- wie Immobilienpreisen.

7 Ansätze für Handlungsstrategien

Die oben skizzierten bzw. angedeuteten Problemlagen in den Städten, Gemeinden und Regionen stellen das Handeln der politischen und planerischen Akteure vor eine grundsätzliche Herausforderung: Auf welches Ziel soll der Umgang mit den räumlichen Konsequenzen des demographischen Wandels ausgerichtet werden? Anders formuliert: Auf welchem Ansatz fußen die lokalen und regionalen Handlungsstrategien?

Es lassen sich zwei grundlegende Herangehensweisen identifizieren (vgl. Dybe 2007: 104-105; Küpper 2008: 84): Die erste beinhaltet das Ausarbeiten von Anpassungsstrategien an die Konsequenzen des – auf lokaler und regionaler Ebene kaum zu beeinflussenden – demographischen Wandels. Diese Strategien müssen im Detail immer den Besonderheiten vor Ort entsprechen. Inhärent ist ihnen das Ziel, die Raum- und Siedlungsstruktur, Infrastrukturen und Wohnungsmärkte an eine abnehmende und alternde Bevölkerung anzupassen. Dies kann beispielsweise – wie oben kurz erläutert – durch Um- und Rückbaumaßnahmen, durch Flexibilisierungen bei der Leistungserbringung oder durch effizienzsteigernde Maßnahmen erfolgen (vgl. z. B. BBR 2005b). Im wissenschaftlichen Diskurs hat sich dieser Strategieansatz weitgehend etabliert. In der politischen Umsetzung stellt er aber ein Problem dar. Denn Anpassung an abnehmende Einwohnerzahlen hat das Image eines Rückzugs von Wachstum und Erfolg. Anpassungsstrategien werden als defensive Strategien empfunden. Das Schließen von Kindergärten und Schwimmbädern, die Umwandlung von Schulen in Pflegeheime, die Verkleinerung von Kanalnetzen und der Rückbau von Straßen war für viele Generationen undenkbar. Dies nun als zukunftsweisende – im Übrigen auch langfristig kostensenkende – Notwendigkeit zu begreifen, fällt den meisten Politikern noch immer schwer.

Aus diesem Grund findet man noch immer Versuche, den demographischen Wandel vor Ort zu beeinflussen. Diese zweite grundlegende Herangehensweise impliziert eine Strategie des Gegensteuerns, um demographische Trends umzukehren oder zumindest zu verlangsamen und schließlich zu stabilisieren. Lokale und regionale Bemühungen, den Geburtenrückgang aufzuhalten, müssen allerdings als illusorisch bezeichnet werden. Kommunale Einflussmöglichkeiten bestehen allenfalls im Bereich der Wirtschaftspolitik und -förderung, um Arbeitsplätze vor Ort zu halten oder zu schaffen. Dadurch kann die Abwanderung von Erwerbspersonen gestoppt, der Rückgang der Bevölkerung

gebremst oder vermieden werden (vgl. Dybe 2007: 105). Wie schwierig diese Bemühungen von Städten und Gemeinden vor allem in ländlich-peripheren Regionen sind, zeigt sich deutlich in Ostdeutschland. Trotz umfangreicher finanzieller Unterstützung und großzügigen Infrastrukturmaßnahmen können die meisten Regionen im nationalen und internationalen Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen, Arbeitsplätze und damit um Einwohner nicht konkurrieren. Zudem sind Wanderungsgewinne einer Stadt gleichzeitig Wanderungsverluste einer anderen Stadt. Kommunalpolitische Erfolge durch lokale positive Wanderungssalden – beispielsweise hervorgerufen durch das großzügige Ausweisen von Bauland – sind im regionalen Maßstab Verluste der Nachbargemeinden (vgl. auch Mönnich 2005). Damit werden Probleme lediglich verschoben.

8 Ausblick

Wie geht es weiter? Der demographische Wandel ist sowohl im wissenschaftlichen Diskurs als auch im kommunalpolitischen Bewusstsein angekommen. Die jüngsten Bevölkerungsprognosen, insbesondere diejenigen, die regional differenzierte Vorausberechnungen integrieren, machen deutlich, dass die Betroffenheit von Gemeinden und Regionen zunehmen wird. Sicherlich ist eine regional differenzierte Betrachtungsweise erforderlich. Gleichwohl sind Aussagen, wonach der demographische Wandel zu Orten mit derzeit noch günstiger demographischer Entwicklung nicht vordringen wird, zumeist nicht länger haltbar. Günstige demographische Ausgangsbedingungen haben zurzeit Gemeinden mit positivem Wanderungssaldo. In Zeiten wirtschaftlicher Krisen und Umbrüche können eben diese Gemeinden schnell an Zuzugskraft verlieren, so dass auch dort die anderswo bereits deutlich sichtbaren Probleme im Zusammenhang mit der Alterung und dem Rückgang der Bevölkerung verstärkt auftreten.

Man mag einwenden, dass Prognosen immer nur eine Abschätzung künftiger Entwicklungen darstellen und mit Unsicherheiten und Unschärfen behaftet sind. Das ist zweifellos richtig. Die Güte einer Prognose hängt in erster Linie von den zugrunde liegenden Annahmen ab. Deren Plausibilität sollte daher kontinuierlich überprüft werden, sodass zeitnah neue Prognosen mit geänderten Annahmen erstellt werden können. Diese Unsicherheiten und Unschärfen dürfen jedoch nicht zur Schlussfolgerung verleiten, dass die Prognoseergebnisse „Kaffeersatzlesereien“ darstellen und für die räumliche Planung wie Kommunalpolitik unbrauchbar seien. Denn die wesentlichen Stellgrößen der künftigen demographischen Entwicklung, vor allem der negative natürliche Bevölkerungssaldo, sind heute bekannt und wirken weit in die Zukunft hinein. Die niedrige Geburtenziffer und die geringer werdende Zahl an potenziellen Müttern lassen relativ gesicherte Aussagen über die natürliche Bevölkerungsentwicklung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zu. Die größte Vorhersageunsicherheit, aber auch die größte Gestaltungsmöglichkeit seitens der Politik, liegt bei Ausmaß und Art der Wanderungsbewegungen, vor allem der Zuwanderungen nach Deutschland. Die verantwortlichen Akteure vor Ort müssen sich daher künftig viel intensiver als bisher mit Fragen der Zuwanderung und der räumlichen wie gesellschaftlichen Integration der Zuwanderer befassen.

Für die räumliche Planung und das kommunalpolitische Handeln ist mit Bezug auf den demographischen Wandel sicherlich ein Paradigmenwechsel erforderlich. Zunächst ein „Wechsel des Verständnisses“: Blicke in die Zukunft dürfen nicht länger an bisherigen Wachstumszielen orientiert sein. Der Bevölkerungsrückgang und die damit verbundenen Konsequenzen für Wohnungsmärkte und Infrastruktur legen nahe, dass Anpassungsstrategien, Umnutzungs- und Rückbaumaßnahmen erforderlich sind. Dies ist für viele Gemeinden ein Novum, konnten doch über Jahrzehnte hinweg Bevölkerungsgewinne verbucht, Baugebiete neu erschlossen, öffentliche Gebäude eingeweiht und Straßen gebaut werden. Ein Umdenken und eine Umorientierung der Verantwortlichen sind

notwendig. Dieser Bewusstseinswandel ist schmerzhaft, aber in der überwiegenden Zahl der Gemeinden unumgänglich. Ein „Wechsel der Planung“ muss damit einhergehen: Raumentwicklung und räumliche Planung müssen unter Schrumpfungsbedingungen vielfach neu justiert werden. Instrumente müssen angepasst, Förderprogramme neu konzipiert werden. Bund und Länder haben mit zahlreichen Modellvorhaben einen Anfang gemacht. Dieser Weg ist konsequent weiter zu entwickeln.

Literatur

- Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.) (1976): Planung unter veränderten Verhältnissen. Hannover. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 108.
- Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.) (1978): Zur Bedeutung rückläufiger Einwohnerzahlen für die Planung. Hannover. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 122.
- Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.) (1979): Zum Wandel räumlicher Bevölkerungsstrukturen in Bayern. 1. Teil: Fall-Studien. Hannover. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 129.
- Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.) (1981): Zum Wandel räumlicher Bevölkerungsstrukturen in Bayern. 2. Teil: Die Entwicklung der Nahbereiche. Hannover. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 130.
- Albrecht, M.; Gutsche, J.-M.; Pohlen, J. (2008): Auswirkungen demographischer Entwicklungen auf die Einnahmen der Kommunen in Brandenburg. In: Mai, R.; Micheel, F. (Hrsg.): Der Einfluss des demographischen Wandels auf die föderalen Finanzstrukturen. Berlin, S. 137-164. = Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Band 38.
- Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.) (2006): Wegweiser Demographischer Wandel 2020. Analysen und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden. Gütersloh.
- Böck-Friese, A. (2003): Zukünftige ambulante medizinische Versorgung in der Region Mecklenburgische Seenplatte. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 12, S. 771-778.
- Bucher, H.; Schlömer, C.; Lackmann, G. (2004): Die Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1990 und 2020. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3/4, S. 107-126.
- Büttner, T. (2006): Demographischer Wandel und regionale Arbeitsmärkte. In: Gans, P.; Schmitz-Veltin, A. (Hrsg.): Demographische Trends in Deutschland. Folgen für Städte und Regionen. Hannover, S. 56-64. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 226.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2005a): Raumordnungsbericht 2005. Bonn. = Berichte, Band 21.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2005b): Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern. Bonn. = Werkstatt: Praxis, Heft 38.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2009): Raumordnungsprognose 2025/2050. Bonn. = Berichte, Band 29.
- Dybe, G. (2007): Anpassen oder gegensteuern? Das Wechselverhältnis zwischen Wirtschaftsförderung und demographischer Entwicklung in Nordostdeutschland. In: Kujath, H.J.; Schmidt, S. (Hrsg.): Umbau von Städten und Regionen in Nordostdeutschland. Handlungsnotwendigkeiten und Handlungsperspektiven. Hannover, S. 104-113. = Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 330.
- Gans, P. (2001): Regionale Unterschiede der Geburtenhäufigkeit. In: Institut für Länderkunde (Hrsg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland. Band 4, Bevölkerung. Heidelberg, Berlin, S. 94-95.
- Gans, P.; Kemper, F.-J. (2001): Bevölkerung in Deutschland – eine Einführung. In: Institut für Länderkunde (Hrsg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland. Band 4, Bevölkerung. Heidelberg, Berlin, S. 12-25.
- Gans, P.; Kistemann, T.; Schweikart, J. (2001): Regionale Unterschiede der Lebenserwartung. In: Institut für Länderkunde (Hrsg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland. Band 4, Bevölkerung. Heidelberg, Berlin, S. 98-99.
- Gans, P. (2005): Tendenzen der räumlich-demographischen Entwicklung. In: Strubelt, W.; Zimmermann, H. (Hrsg.): Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir? Hannover, S. 42-53. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 225.

- Gans, P.; Schmitz-Veltin, A. (2006): Grundzüge der demographischen Entwicklung in Europa. In: Gans, P.; Schmitz-Veltin, A. (Hrsg.): Demographische Trends in Deutschland. Folgen für Städte und Regionen. Hannover, S. 34-54. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 226.
- Gatzweiler, H.-P.; Strubelt, W. (1988): Demographische Veränderungen und Wandel der Städte. In: Friedrichs, J. (Hrsg.): Soziologische Stadtforschung. Opladen, S. 193-222. = Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 29.
- Grobecker, C.; Krack-Roberg, E.; Sommer, B. (2009): Bevölkerungsentwicklung 2007. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 1, S. 55-67.
- Grünheid, E. (2008): Die demographische Lage in Deutschland 2008. Wiesbaden.
- Häußermann, H.; Läßle, D.; Siebel, W. (2008): Stadtpolitik. Frankfurt am Main.
- von der Heide, H.-J. (1990): Begrüßung und Eröffnung. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.): Regional- und Landesplanung für die 90er Jahre. Hannover, S. 1-3. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 186.
- Hesse, M.; Scheiner, J. (2007): Suburbane Räume – Problemquartiere der Zukunft? In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, Heft 2, S. 35-48.
- Institut für Länderkunde (Hrsg.) (2001): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland. Band 4, Bevölkerung. Heidelberg, Berlin.
- Iwanow, I. (2003): Szenarien zur Wohnungsnachfrageentwicklung in ostdeutschen Kommunen und Regionen. In: Hutter, G.; Iwanow, I.; Müller, B. (Hrsg.): Demographischer Wandel und Strategien der Bestandsentwicklung in Städten und Regionen. Dresden, S. 69-85. = IÖR-Schriften, Band 41.
- Kilper, H.; Schleifnecker, T. (2006): Folgen des demographischen Wandels in Nordrhein-Westfalen für die Wohnungsmärkte. In: Danielzyk, R.; Kilper, H. (Hrsg.): Demographischer Wandel in ausgewählten Regionstypen Nordrhein-Westfalens. Hannover, S. 71-85. = Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 329.
- Klee, A. (2001): Der Raumbezug von Lebensstilen in der Stadt. Ein Diskurs über eine schwierige Beziehung mit empirischen Befunden aus der Stadt Nürnberg. = Münchner Geographische Hefte, Band 83.
- Klein-Hitpaß, A. (2008): Die Verkehrsnachfrage einer alternden Gesellschaft – sind wir fit für die Zukunft? In: Küpper, P.; Küttner, L.; Luther, J.; Strauß, C. (Hrsg.): Erkennen – Steuern – Handeln: Antworten auf den demographischen Wandel. Hannover, S. 32-41. = Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 341.
- Korcz, R.; Schlömer, C. (2008): Perspektiven internationaler Wanderungen und demographische Heterogenisierung in den Regionen Deutschlands. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 3/4, S. 153-169.
- Kröhnert, S.; Medicus, F.; Klingholz, R. (2006): Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? München.
- Küpper, P. (2008): Zwischen Wunsch und Wirklichkeit – Reaktionen der Regionalpolitik auf den demographischen Wandel in dünn besiedelten, peripheren Räumen. In: Küpper, P.; Küttner, L.; Luther, J.; Strauß, C. (Hrsg.): Erkennen – Steuern – Handeln: Antworten auf den demographischen Wandel. Hannover, S. 83-95. = Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 341.
- Küpper, P.; Küttner, L. (2008): Erkennen – Steuern – Handeln: Antworten auf den demographischen Wandel. Einführung. In: Küpper, P.; Küttner, L.; Luther, J.; Strauß, C. (Hrsg.): Erkennen - Steuern – Handeln: Antworten auf den demographischen Wandel. Hannover, S. 1-4. = Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 341.
- Liebe, L.; Weiß, U. (2005): Rückläufige Verkehrsmengen?! Welche Konsequenzen zieht die Regionalplanung für ihr funktionales Straßennetz? Das Beispiel Mittelthüringen. In: Raumforschung und Raumordnung, Heft 6, S. 412-422.
- Laux, H.D. (2001): Bevölkerungsentwicklung. In: Institut für Länderkunde (Hrsg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland. Band 4, Bevölkerung. Heidelberg, Berlin, S. 36-39.
- Mäding, H. (2006): Demographischer Wandel als Herausforderung für die Kommunen. In: Gans, P.; Schmitz-Veltin, A. (Hrsg.): Demographische Trends in Deutschland. Folgen für Städte und Regionen. Hannover, S. 338-354. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 226.
- Mäding, H. (2008): Der demographische Wandel und die Ausgaben der Städte. In: Mai, R.; Micheel, F. (Hrsg.): Der Einfluss des demographischen Wandels auf die föderalen Finanzstrukturen. Berlin, S. 165-175. = Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Band 38.
- Mai, R. (2006): Die altersselektive Abwanderung aus Ostdeutschland. In: Raumforschung und Raumordnung, Heft 5, S. 355-369.
- Maier, J. (2008): Der demographische Wandel und seine Auswirkungen auf wirtschaftliche und soziale Einrichtungen in Oberfranken. In: Maier, J. (Hrsg.): Ziele und Strategien einer aktuellen Politik für periphere ländliche Räume in Bayern. Hannover, S. 42-55. = Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 343.

- Mönnich, E. (2005): Ruinöse Einwohnerkonkurrenz. Eine Analyse von Suburbanisierungsproblemen am Beispiel der Region Bremen. In: Raumforschung und Raumordnung, Heft 1, S. 32-46.
- Moss, T. (2009): Zwischen Ökologisierung des Gewässerschutzes und Kommerzialisierung der Wasserwirtschaft: Neue Handlungsanforderungen an Raumplanung und Regionalpolitik. In: Raumforschung und Raumordnung, Heft 1, S. 54-68.
- Prognos-Institut (2004): Prognos-Zukunftsatlas. Deutschlands Regionen im Zukunftswettbewerb. Basel.
- Ruppert, K. (1979): Zur jüngeren Bevölkerungsentwicklung in Bayern – eine Einführung. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.): Zum Wandel räumlicher Bevölkerungsstrukturen in Bayern. 1. Teil: Fall-Studien. Hannover, S. 7-17. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 129.
- Schirmacher, F. (2004): Das Methusalem-Komplott. München.
- Schmidt, P.I. (2006): Querschnittsbetrachtung Mecklenburg-Vorpommern als Beispiel für den demographischen Wandel in ländlichen Räumen Ostdeutschlands. In: Gans, P.; Schmitz-Veltin, A. (Hrsg.): Demographische Trends in Deutschland. Folgen für Städte und Regionen. Hannover, S. 263-278. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 226.
- Schmidt, P.I. (2008): Erkennen – Steuern – Handeln : Das Fallbeispiel Mecklenburg-Vorpommern – Antworten auf den demographischen Wandel. In: Küpper, P.; Küttner, L.; Luther, J.; Strauß, C. (Hrsg.): Erkennen - Steuern – Handeln: Antworten auf den demographischen Wandel. Hannover, S. 5-13. = Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 341.
- Schmitz-Veltin, A. (2006): Lebensbedingungen im demographischen Wandel. In: Raumforschung und Raumordnung, Heft 5, S. 343-354.
- Schmitz-Veltin, A. (2008): Demographischer Wandel und Wohnungsmärkte in wachsenden Regionen – Strategien und Handlungsansätze von Wohnungsunternehmen als Akteuren städtischer Entwicklung. In: Küpper, P.; Küttner, L.; Luther, J.; Strauß, C. (Hrsg.): Erkennen - Steuern – Handeln: Antworten auf den demographischen Wandel. Hannover, S. 148-159. = Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 341.
- Schwarz, K. (1976): Planung unter veränderten Verhältnissen – Demographische Aspekte. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.): Planung unter veränderten Verhältnissen. Hannover, S. 1-13. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 108.
- Schwentker, B. (2006): Aussterben abgesagt. In: Die Zeit vom 8. Juni 2006, S. 35-36.
- Schwitzer, K.-P. (2007): Folgen der demographischen Alterung und der Veränderung familialer Lebensformen in (Ost-)Deutschland – Chancen und Handlungsoptionen. In: Kujath, H.J.; Schmidt, S. (Hrsg.): Umbau von Städten und Regionen in Nordostdeutschland. Handlungsnotwendigkeiten und Handlungsperspektiven. Hannover, S. 29-61. = Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 330.
- Siedhoff, M. (2008): Demographischer Wandel – zum Begriff und Wesen eines Megatrends. In: Killisch, W.; Siedhoff, M. (Hrsg.): Dresdner Gespräche zum demographischen Wandel. Der demographische Wandel und seine Folgen. Dresden, S. 3-14. = Dresdener Geographische Beiträge, Heft 13.
- Spiegel, E. (2004): Bevölkerungsentwicklung und Wohnungsmarkt – Zu den Perspektiven der Wohnungsverorgung in Baden-Württemberg. In: Spiegel, E. (Hrsg.): Landesentwicklung bei Bevölkerungsrückgang – Auswirkungen auf die Raum- und Siedlungsstruktur in Baden-Württemberg. Hannover, S. 36-50. = Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 310.
- Statistisches Bundesamt (2007): Statistisches Jahrbuch 2007 für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2009): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Presseexemplar. Wiesbaden.
- Swiaczny, F. (2001): Regionale Differenzierung der Außenwanderung. In: Institut für Länderkunde (Hrsg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland. Band 4, Bevölkerung. Heidelberg, Berlin, S. 130-131.
- Tietz, H.-P. (2006): Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Netzinfrastruktur. In: Gans, P.; Schmitz-Veltin, A. (Hrsg.): Demographische Trends in Deutschland. Folgen für Städte und Regionen. Hannover, S. 154-171. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 226.
- Tivig, T.; Hetzer, P. (2007): Deutschland im Demografischen Wandel. Ausgabe 2007. Rostock.
- Waltersbacher, M. (2006): Räumliche Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Wohnungsmarkt. In: Gans, P.; Schmitz-Veltin, A. (Hrsg.): Demographische Trends in Deutschland. Folgen für Städte und Regionen. Hannover, S. 112-130. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 226.
- Winkel, R. (2006): Die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die soziale Infrastruktur. In: Gans, P.; Schmitz-Veltin, A. (Hrsg.): Demographische Trends in Deutschland. Folgen für Städte und Regionen. Hannover, S. 172-191. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 226.

Reinhold Koch

Der demographische Wandel in Bayern

Gliederung

- 1 Vorbemerkung
- 2 Entwicklung wichtiger demographischer Faktoren in Bayern
 - 2.1 Bevölkerungsentwicklung
 - 2.2 Natürliche Bevölkerungsbewegung
 - 2.3 Wanderungen
 - 2.4 Altersstruktur
 - 2.5 Regionale Bevölkerungsentwicklung in Bayern
- 3 Prognosen der mittel- und langfristigen Bevölkerungsentwicklung
 - 3.1 Methodische Hinweise
 - 3.2 Prognoseergebnisse für Deutschland und Bayern
 - 3.3 Regionalisierte Prognosen für Bayern
 - 3.4 Regionalisierte Prognoseergebnisse
- 4 Auswirkungen des demographischen Wandels auf ausgewählte Bereiche
- 5 Regional differenzierter Handlungsbedarf

Literatur

1 Vorbemerkung

In Bayern wird die Bevölkerungszahl nach der jüngsten Prognose des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung (Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung 2009: 5) zwischen 2008 und 2028 um 0,9 % zunehmen, in Deutschland insgesamt wird für den Zeitraum 2008-2020 bei vergleichbaren Annahmen¹ ein Rückgang um 3,0 % erwartet (Statistisches Bundesamt 2009: 17).

Diese unterschiedlichen Entwicklungen bedeuten nicht, dass der demographische Wandel, der in der Diskussion in Deutschland zu einem führenden Thema geworden ist, in Bayern weniger bedeutsam wäre. Vor allem aufgrund einer starken Zuwanderung junger Menschen aus anderen Bundesländern hat sich lediglich der Zeitpunkt, von dem an auch in Bayern die Einwohnerzahl dauerhaft abnehmen wird, nach hinten verschoben. Auch in Bayern liegt seit dem Jahr 2001 die Zahl der Sterbefälle über der der Geburten; im Jahr 2008 verminderte sich die Bevölkerung erstmals seit 1987 um rund 600 Personen. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung in Bayern hat sich von 1998 bis 2008 von 40,2 auf 42,4 Jahre erhöht. Bis 2028 wird es auf 46,1 Jahre ansteigen. Daneben wird

¹ Variante „mittlere“ Bevölkerung, Untergrenze

der Anteil der ausländischen Einwohner und der Personen mit Migrationshintergrund zunehmen.

Langfristig wird die Bevölkerung auch in Bayern, wie schon vorher vor allem in den ostdeutschen Ländern, altern und schrumpfen. Bevölkerungswissenschaftler haben deutlich gemacht, dass auch massive Zuwanderung oder ein neuer „Geburtenberg“ diesen Prozess allenfalls leicht bremsen könnte. Denn in etwa 20 Jahren wird die Babyboom-Generation der 1960er Jahre in Rente gehen. Auf der anderen Seite ist die Elterngeneration der 20- bis 35-Jährigen heute schon um 20 % schwächer besetzt als 1990.

Das Thema der langfristigen Bevölkerungsentwicklung und ihrer Auswirkungen wurde in Bayern schon frühzeitig aufgegriffen. Bereits 1974 legte das damalige Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen Modellrechnungen zum Geburtenrückgang in Bayern vor (Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen 1974). Eine Arbeitsgruppe „Bevölkerungsentwicklung und Familienpolitik“ entwarf einen familienpolitischen Sofortmaßnahmenkatalog. 1978 wurde als eine Maßnahme daraus das „Darlehen junge Familie“, der Vorläufer des Landeserziehungsgeldes, eingeführt.

Die Diskussion um das Thema wurde in den folgenden Jahrzehnten mit unterschiedlicher Intensität und Ausrichtung geführt. Nach der Wiedervereinigung beherrschten trotz der mittlerweile vom Bundestag eingesetzten Enquete-Kommission demographischer Wandel andere Themen die öffentliche Diskussion. Erst gegen Ende der 1990er Jahre rückte das Thema wieder in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses.

Gerade die regionale Dimension des demographischen Wandels hat seit etwa 2000 an Bedeutung gewonnen. Zahlreiche Studien und Rankings (vgl. z. B. Prognos 2004) weisen auf das Nebeneinander von Räumen mit Bevölkerungszu- und -abnahmen hin. Der Ende Juli 2004 veröffentlichte „Zukunftsatlas 2004“ der Prognos AG, der die Zukunftschancen aller 439 deutschen Stadt- und Landkreise untersucht, kommt z. B. zum Ergebnis, dass einige bayerische Grenzümgebungen hinsichtlich Wirtschaftsstärke und -dynamik zu den schwächeren westdeutschen Regionen gehören und teilweise ähnlich problematisch einzustufen sind wie ostdeutsche Landkreise. Hier hatte die bisherige und zukünftige demographische Entwicklung wesentlichen Einfluss auf die Gesamtbewertung.

Die Ministerkonferenz für Raumordnung hat im April 2005 einen Beschluss zur „Sicherung und Weiterentwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund des demographischen Wandels“ gefasst, nach dem u. a. eine bedarfsgerechte öffentliche Infrastrukturversorgung in allen Teilräumen als Ausdruck des Prinzips der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sichergestellt und fortentwickelt werden soll.

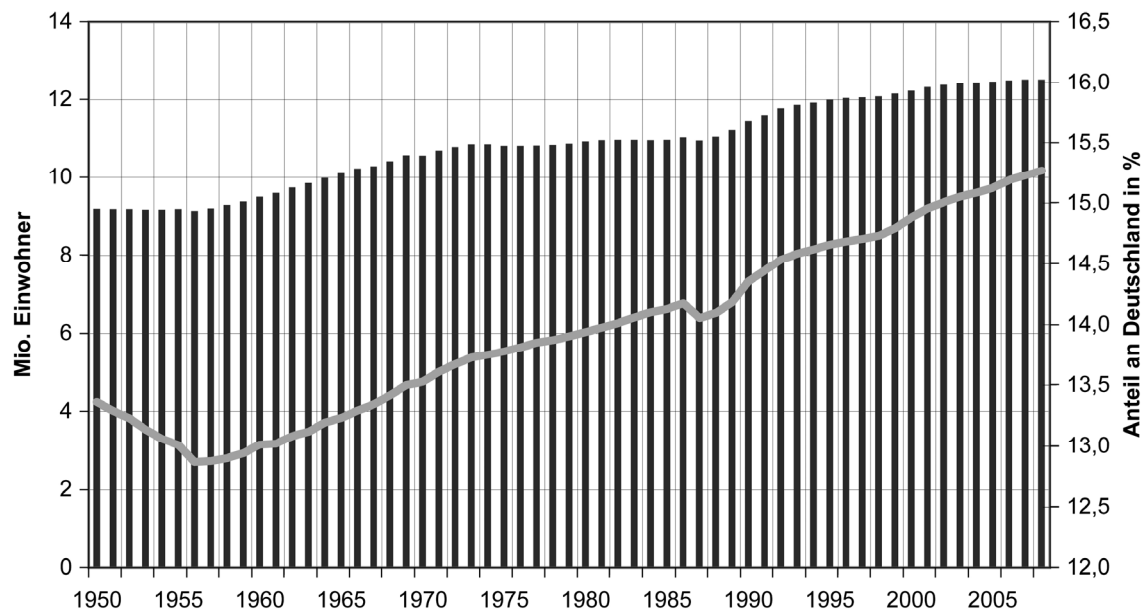
Das Thema demographischer Wandel und seine räumlichen Konsequenzen war und ist ein herausragender Forschungsschwerpunkt der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Zahlreiche Landesarbeitsgemeinschaften haben sich mit diesem Thema auseinandergesetzt. Der vorliegende Beitrag soll die empirische Grundlage für eine Befassung der Landesarbeitsgemeinschaft Bayern mit dem demographischen Wandel liefern und verdeutlichen, dass dieser bereits in der Vergangenheit Realität war und sich auch bei einem noch leichten Bevölkerungswachstum vollziehen wird.

2 Entwicklung wichtiger demographischer Faktoren in Bayern

2.1 Bevölkerungsentwicklung

Seit 1950 ist die Bevölkerung in Bayern um 36,3 % (Bund: 19,3 %) angewachsen und hat damit ein zwar in der Tendenz ähnliches, aber in allen Phasen wesentlich stärkeres Wachstum erfahren als Deutschland insgesamt (vgl. Abb. 1).

Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung in Bayern 1950-2008



Datenquelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Von 1956 bis Ende 2008 stieg die Bevölkerungszahl in Bayern nahezu kontinuierlich von 9,1 Mio. um fast ein Drittel auf 12,5 Mio. an. Damit hat sich der Anteil der Bevölkerung in Bayern an der Einwohnerzahl in Deutschland insgesamt von 13,4% im Jahr 1950 auf 15,3 % im Jahr 2008 erhöht.

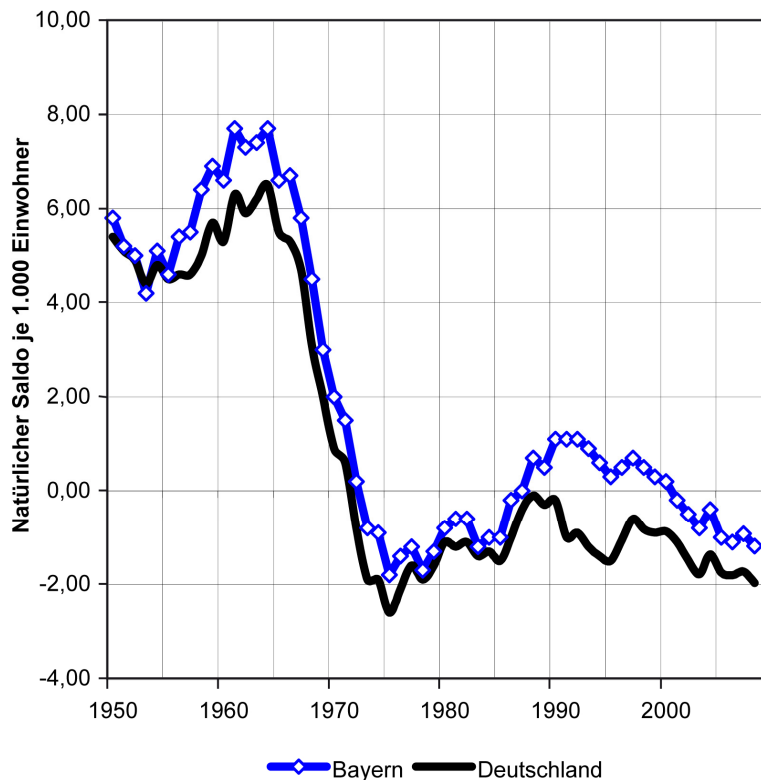
Folgende Phasen der Bevölkerungsentwicklung lassen sich unterscheiden:

- Von 1950 bis 1956 nahm die Bevölkerung trotz Geburtenüberschuss wegen Abwanderung in andere Bundesländer, vor allem nach Nordrhein-Westfalen, ab.
- Von 1956 bis 1972 gab es trotz des Geburtenrückgangs ab 1968 eine deutliche Zunahme mit Wachstumsraten bis 1,4 % pro Jahr aufgrund von zunehmenden Wanderungsgewinnen gegenüber den anderen Bundesländern.
- Von 1973 bis 1987 ergab sich nur eine leichte Zunahme. Die Volkszählung 1987 führte in den Großstädten zu einer Korrektur der Einwohnerzahl nach unten, die sich auch auf das Landesergebnis auswirkte.
- Von 1987 bis 1993 erhöhte sich die Bevölkerung aufgrund der Zuwanderung aus den neuen Bundesländern und dem Ausland (Bürgerkriegsflüchtlinge, Asylbewerber und Spätaussiedler) mit jährlichen Wachstumsraten bis zu 2,0 % sehr deutlich.
- Von 1993 bis 2008 ergab sich nur im Jahr 2001 eine Wachstumsrate über 0,8 %. Dies resultiert aus einem zunehmenden Geburtendefizit, abnehmenden Wanderungsgewinnen gegenüber dem Ausland und anhaltenden Wanderungsgewinnen gegenüber den anderen Bundesländern.

2.2 Natürliche Bevölkerungsbewegung

Auch in Bayern war der Geburtenüberschuss nur bis 1967 für das Bevölkerungswachstum entscheidend (vgl. Abb. 2).

Abb. 2: Natürliche Bevölkerungsbewegung in Bayern und Deutschland 1950-2008



Datenquellen: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung und Statistisches Bundesamt

1973 überstieg die Zahl der Sterbefälle zum ersten Mal die Zahl der Geburten (Bund: 1972).

Geburten

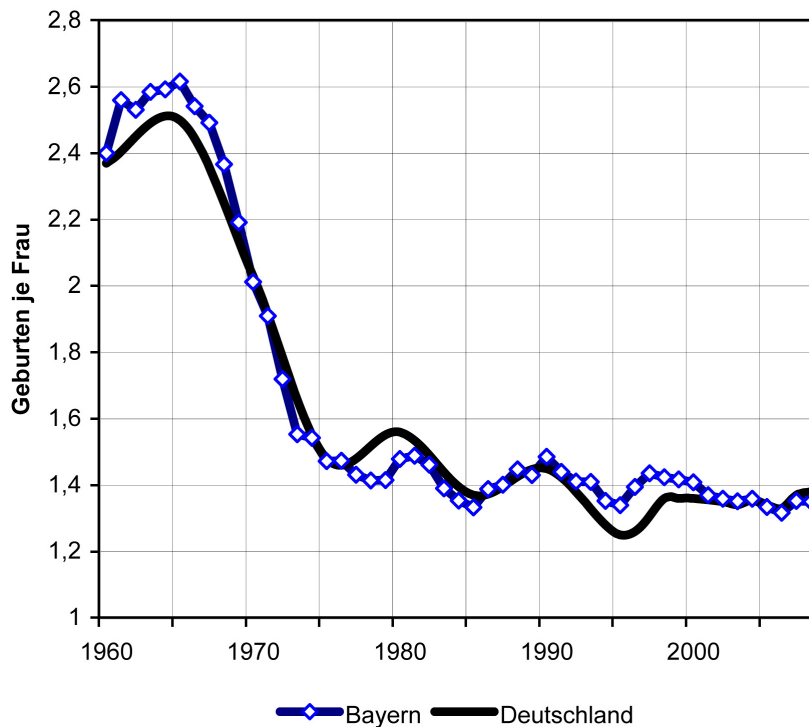
Seit 1968 ist die Zahl der Lebendgeborenen in Bayern von rund 185.300 um 43 % auf rund 107.000 im Jahr 2008 zurückgegangen.

Die Zahl der Lebendgeborenen entwickelte sich in Bayern parallel zu der in Deutschland insgesamt. Von 1950 bis 1968 fand ein Anstieg der Geburtenzahlen von rund 152.700 auf rund 185.300 statt, danach sanken sie bis 1978 auf rund 106.100. Bis 1990 erreichten sie mit rund 136.100 einen relativen Höhepunkt und fielen seitdem wieder auf rund 107.000 Geburten im Jahre 2008 (Bund: 682 514).

Die Geburtenhäufigkeit in Bayern, dargestellt über die zusammengefasste Geburtenziffer (vgl. Abb. 3), entwickelte sich in der Tendenz ähnlich wie in Gesamtdeutschland, war aber immer etwas höher als im westdeutschen (seit 1989 auch im gesamtdeutschen) Schnitt.

Die Geburtenhäufigkeit stieg von 1950 bis 1963 von 16,6 bis auf 18,8 Geborene je 1.000 Einwohner (Bund: 18,1) und sank bis 1978 auf 9,8. Bis 1990 stieg sie mit Schwankungen bis auf 11,9 und sank bis 2008 ebenfalls unter Schwankungen auf 8,5 (Bund: 8,3).

Abb. 3: Zusammengefasste Geburtenziffer in Bayern und Deutschland 1960-2008



Datenquellen: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung und Statistisches Bundesamt

Sterbefälle

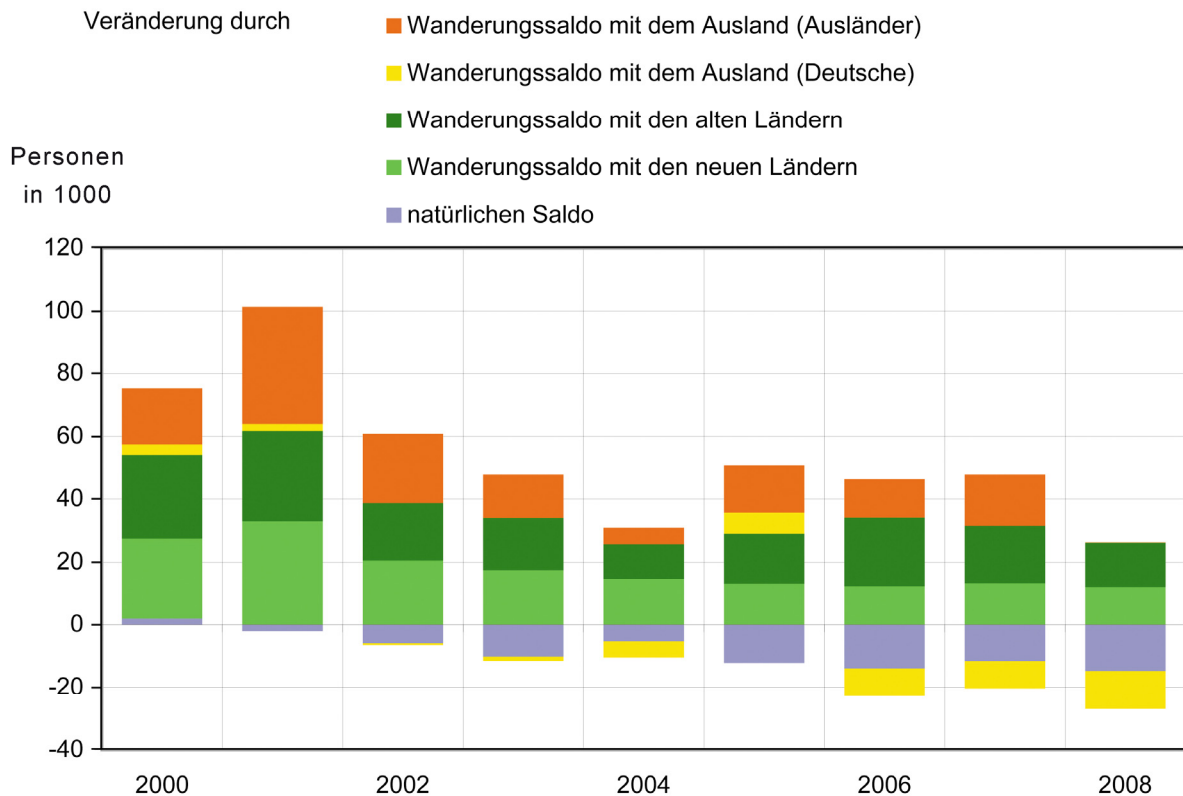
Von 1988 bis 2000 verzeichnete Bayern einen Geburtenüberschuss, während Deutschland einen Sterbefallüberschuss zu verzeichnen hatte. Seit 2001 überwiegt auch in Bayern wieder die Zahl der Sterbefälle mit zunehmender Tendenz (negativer natürlicher Saldo; vgl. Abb. 4).

Wegen der höheren Geburtenrate und der niedrigeren Sterberate ist der Geburtensaldo je 1.000 Einwohner in Bayern höher als im früheren Bundesgebiet bzw. als in Gesamtdeutschland. Der Bevölkerungszuwachs von 3,0 Mio. seit 1960 ist in Bayern zu 0,5 Mio. durch Geburtenüberschuss (Bund: 0,3 Mio.) entstanden und zu 2,5 Mio. durch Wanderungen.

Die Sterberate je 1.000 Einwohner war dabei stets etwas niedriger als in Gesamtdeutschland und im früheren Bundesgebiet: Ausgehend von 10,8 im Jahr 1950 erreichte sie 1969 mit 12,0 ihren Höhepunkt und sank bis 2008 auf 9,7 (Bund: 10,3) ab.

Die Säuglingssterblichkeit beträgt derzeit 3,3 Gestorbene im ersten Lebensjahr je 1.000 Lebendgeborene (Bund: 3,5). 1960 hatte sie noch 36,2 betragen. Damit war die Säuglingssterblichkeit in Bayern früher etwas überdurchschnittlich und ist seit 1978 etwas niedriger als im westdeutschen und bundesdeutschen Durchschnitt.

Abb. 4: Komponenten der Bevölkerungsentwicklung in Bayern 2000-2008



Datenquelle: Bayerisches Landesamt für Statistik

2.3 Wanderungen

Zwischen 1960 und 2008 kamen durch Zuwanderung rund 3,1 Mio. Personen zur Bevölkerung Bayerns dazu (Bund: 9,9 Mio.), darunter rund 1,2 Mio. durch Wanderung über die Landesgrenze (innerdeutsch) und 1,5 Mio. aus dem Ausland (1,0 Mio. Ausländer und 0,5 Mio. Deutsche) (vgl. Abb. 5).

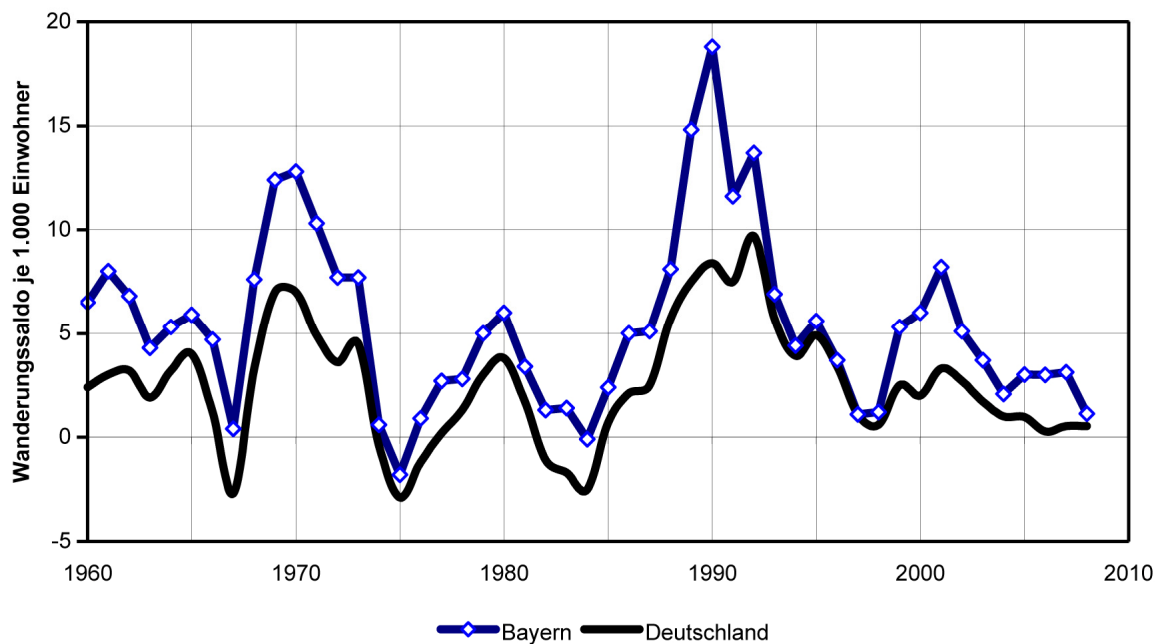
Die Entwicklung der Wanderungen zwischen Bayern und dem Ausland in der Zeit von 1960 bis 2006 entsprach grundsätzlich derjenigen in Deutschland insgesamt.

Der Phase der Anwerbung von Gastarbeitern mit einer sehr hohen Nettozuwanderung von jährlich 48.500 Ausländern zwischen 1960 und 1973 und von 9.200 Deutschen folgte ein Abschnitt, in dem per Saldo jährlich 6.600 Ausländer Bayern verließen, während der Saldo der Deutschen mit 8.600 positiv war.

Ab 1986 bis 1996 nahm auch in Bayern die Nettozuwanderung deutlich zu; sie stieg aufgrund des Bürgerkrieges im früheren Jugoslawien und der Öffnung des Ostens auf jährlich 43.200 bei den Ausländern und 21.800 bei den Deutschen. Maßgebend war in dieser Zeit auch die starke Zunahme der Zahl der Asylbewerber. Von 1993 nahm die Zahl der Asylbewerberzugänge in Bayern kontinuierlich ab und stagniert seit 2006 bei rund 3.000 pro Jahr. Die Zahl der sich in Bayern aufhaltenden Asylbewerber sank damit von einem Höchststand 1993 von 85.000 Personen auf 9.336 im Jahr 2008. Damit machen die Asylbewerber 0,1 % der Gesamtbevölkerung Bayerns aus.

1997 und 1998 waren Jahre, in denen der Wanderungssaldo gegenüber dem Ausland negativ ausfiel, da viele Bürgerkriegsflüchtlinge Bayern verließen. Die Anzahl der deutschen Zuwanderer sank in diesen beiden Jahren weiter ab (weniger Aussiedler).

Abb. 5: Wanderungssaldo in Bayern und Deutschland 1960-2008



Datenquellen: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung und Statistisches Bundesamt

Bedeutsam ist die Zuwanderung aus anderen Bundesländern nach Bayern. Besonders hoch war der Binnenwanderungsgewinn zwischen 1974 und 1985 mit jährlich 21.400 Personen und zwischen 1986 und 1996 mit jährlich 37.200 Personen. Sein Maximum erreichte er nach der Wiedervereinigung 1990 mit 108.200 per Saldo Zuwandernden – vor allem aus den neuen Ländern.

Diese Zuwanderungswelle ebte bis 1993 auf 19.100 ab und ist bis 2001 wieder auf 61.700 gestiegen. Ein Grund hierfür lag in der Zuwanderung von Aussiedlern, die in den letzten Jahren verstärkt über andere Bundesländer (vor allem Niedersachsen) nach Bayern gelangen. In den Jahren bis 2008 schwankte der Gewinn gegenüber den anderen Bundesländern um 30.000 Personen.

2008 waren rund 91 % der Zuwanderer aus den anderen Bundesländern Deutsche. Die Zuwanderung aus den neuen Ländern, die nach 1991 nachgelassen hat, steigt seit 1994 wieder an und erreichte 2001 einen Höhepunkt. 2008 stammten 45 % der per Saldo aus dem übrigen Bundesgebiet zugewanderten Personen aus den neuen Ländern.

2.4 Altersstruktur

Die Umschichtungen der Altersstruktur hin zu den älteren Bevölkerungsgruppen sind in Bayern nicht ganz so weit fortgeschritten wie in Deutschland insgesamt; man kann auch sagen, Bayern ist jünger als Deutschland (vgl. Abb. 6).

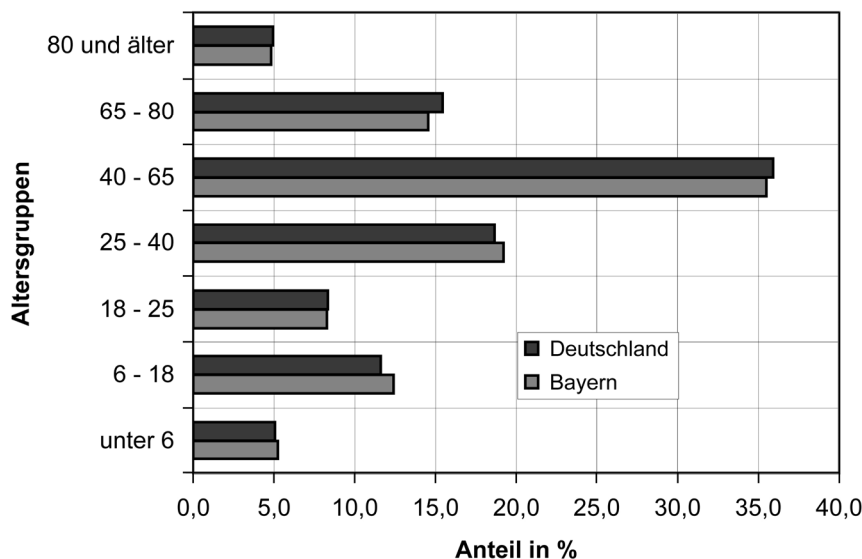
Dies ist vor allem eine Folge der über Jahrzehnte anhaltenden Zuwanderung jüngerer Altersgruppen.

Dennoch zeigt sich der demographische Wandel auch hier:

- Der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 20 Jahren ist seit 1950 von 31,5 % (Bund: 30,4 %) auf 20,0 % (Bund: 19,0 %) Ende 2008 gesunken.
- Dagegen ist der Anteil der Erwerbsbevölkerung zwischen 20 bis unter 65 Jahren von 59,4 % (Bund: 59,9 %) auf 60,6 % (Bund: 60,6 %) im Jahr 2008 gestiegen.

- Der Anteil der 65- und Mehrjährigen wiederum stieg von 9,1 % (Bund: 9,7 %) im Jahr 1950 auf 19,4 % (Bund: 20,4 %) im Jahr 2008.

Abb. 6: Altersstruktur in Bayern und Deutschland 2008



Datenquellen: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung und Statistisches Bundesamt

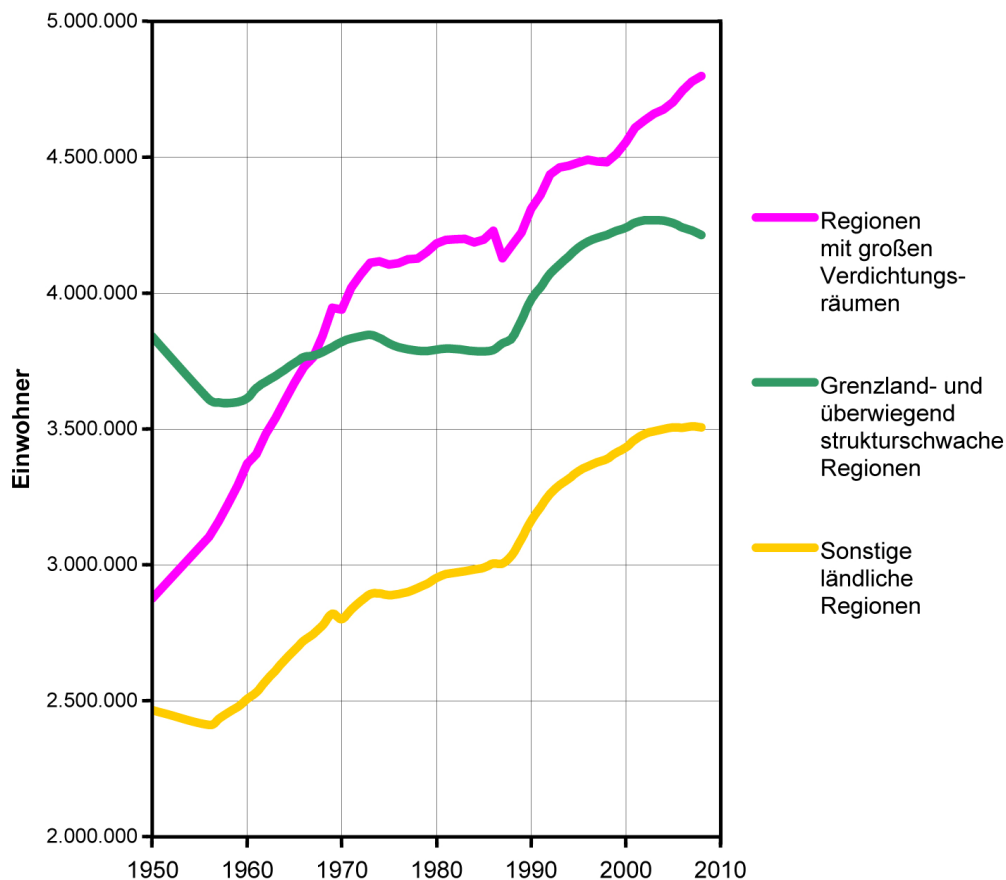
2.5 Regionale Bevölkerungsentwicklung in Bayern

Seit 2004 wächst die Bevölkerung in Bayern nur in den Regionen mit großen Verdichtungsräumen² signifikant. Die Bevölkerungsentwicklung der Jahre 2005 und 2006 war stark beeinflusst von einer innerbayerischen Wanderung, die nicht nur den Trend der Wanderung in die Regionen mit großen Verdichtungsräumen fortsetzte, sondern aufgrund der Einführung der Zweitwohnungssteuer in vielen Großstädten – zumindest statistisch beobachtet – auch beschleunigte. In den Regionen mit großen Verdichtungsräumen wuchs die Bevölkerung seit 2004 um 122.600 Einwohner oder rund 2,6 %, während sie in den Grenzland- und überwiegend strukturschwachen Regionen um rund 52.500 Einwohner oder 1,2 % abnahm. Seit 2005 stagniert das Wachstum in den sonstigen ländlichen Regionen bei rund 3,5 Mio. Einwohnern (vgl. Abb. 7).

In der Region München war der Zuwachs 2004 gegenüber 1998 mit 6,0 % am stärksten, gefolgt von den Regionen Ingolstadt (5,5 %) und Landshut (4,2 %). Zwischen 2004 und 2006 verzeichneten nur die Region München (2,4 %) und die Industrieregion Mittelfranken (0,5 %) nennenswerte Zugewinne. Von 1998 bis 2004 verzeichneten nur die Regionen Main-Rhön (-0,3 %) und Oberfranken-Ost (-2,0 %) einen Rückgang der Bevölkerungszahl. Zwischen 2004 und 2008 waren schon zehn Regionen vom Bevölkerungsrückgang betroffen, am stärksten Oberfranken-Ost (-3,2 %) und Main-Rhön (-2,4 %), gefolgt von Oberpfalz-Nord (-1,8 %).

² Zuordnung der Regionen zu den Regionsgruppen vgl. Bayerische Staatsregierung (2004: 29)

Abb. 7: Bevölkerungsentwicklung in Bayern nach Regionsgruppen 1950-2008



Datenquelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

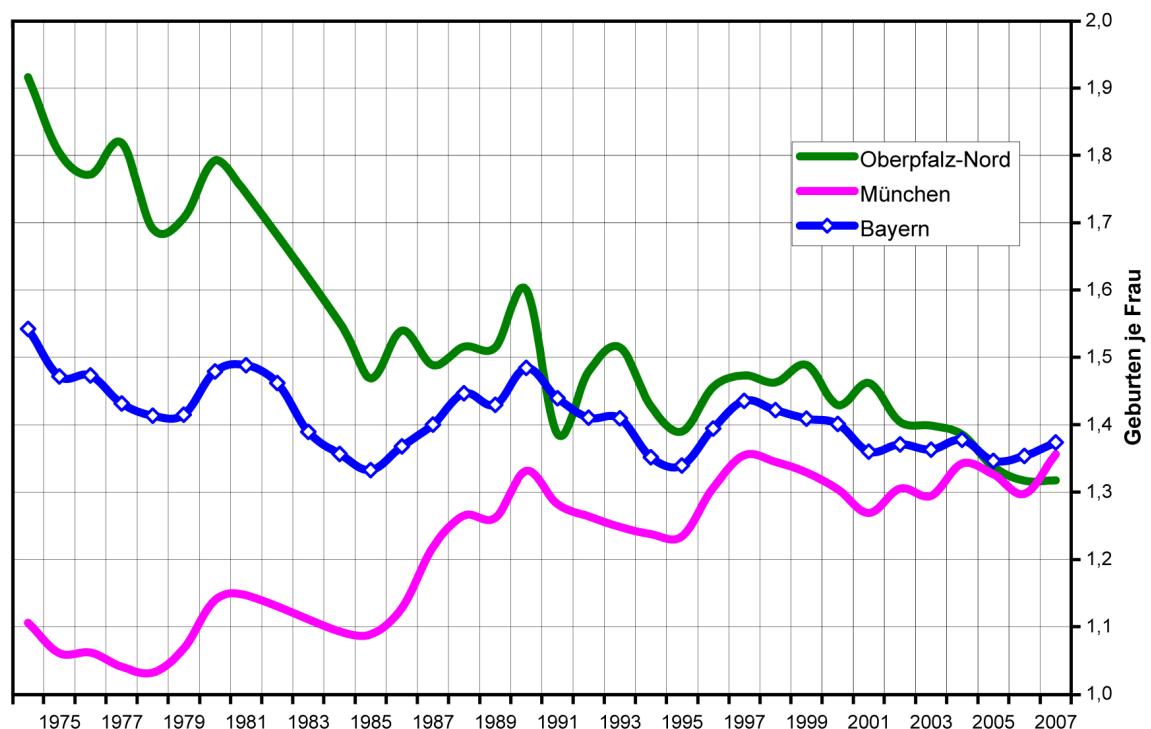
Geburten und Sterbefälle

Die Geburtenraten (Geburten je 1.000 Einwohner) in den Regionen lagen im Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2006 zwischen 8,0 in der Region Oberfranken-Ost und 10,0 in der Region München. In den Grenzland- und überwiegend strukturschwachen Regionen ergab sich aus der natürlichen Bevölkerungsentwicklung eine starke Abnahme (-1,4). Dies ist eine Folge des Altersaufbaus in diesen Regionen. Dort, insbesondere in der Region Oberfranken-Ost, leben anteilmäßig mehr ältere Menschen; entsprechend höher ist auch die Sterbeziffer (Sterbefälle je 1.000 Einwohner): Sie lag dort 2007 bei 12,1 gegenüber 8,7 in den Regionen mit großen Verdichtungsräumen.

Der anhaltende Geburtenrückgang hat diese Situation verfestigt. Er war in den Jahren 1999 bis 2008 in den Grenzland- und überwiegend strukturschwachen Regionen mit 21,5% deutlich stärker als in den Regionen mit großen Verdichtungsräumen mit nur 4,3%. Die Zahl der Geburten in der Region München nahm als einzige leicht zu (2,5%), während in den Regionen Oberpfalz-Nord (-27,1%) und Oberfranken-Ost (-24,5%) die Abnahme der Geburtenzahl am stärksten war.

Ursache dieser Umkehrung der räumlichen Trends der natürlichen Bevölkerungsentwicklung innerhalb von drei Jahrzehnten sind neben veränderten Altersstrukturen auch Veränderungen im generativen Verhalten. Während z.B. 1978 in der Region München 1,0 Kinder je Frau geboren wurden, waren es 2007 immerhin rund 1,4 Kinder. Dagegen hat die Zahl der Kinder je Frau in der Region Oberpfalz-Nord von 1,9 auf 1,3 abgenommen (vgl. Abb. 8).

Abb. 8: Zusammengefasste Geburtenziffer in ausgewählten Regionen 1974-2007



Datenquelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

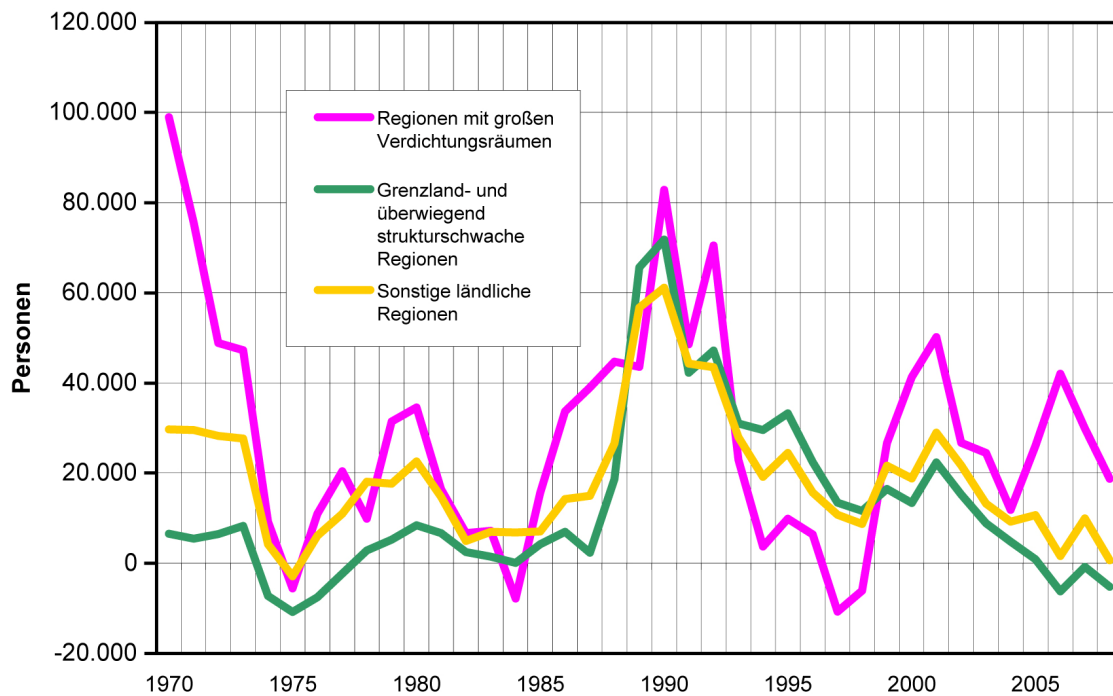
In der Bilanz der Geburten- und Sterbefälle des Jahres 2008 schließlich verzeichneten nur noch die Regionen München und Ingolstadt leichte Überschüsse an Geburten. Der höchste Sterbefallüberschuss ergab sich in der Region Oberfranken-Ost mit 5,4 Sterbefällen je 1.000 Einwohner.

Wanderungen

Im Gegensatz zu den Vorjahren profitierten in den Jahren 1999 bis 2008 vor allem die Regionen mit großen Verdichtungsräumen vom Wanderungsgeschehen. In ihnen nahm die Bevölkerung wanderungsbedingt um 4,0 % (181.000 Personen) zu; in den sonstigen ländlichen Regionen lag der Wanderungsgewinn bei 3,3 % (113.300 Personen). In den Jahren 2005 bis 2008 konnten die Regionen mit großen Verdichtungsräumen nochmals 116.640 Personen als Wanderungsgewinn verbuchen. Die Grenzland- und überwiegend strukturschwachen Regionen erzielten in den Jahren 1999 bis 2004 eine wanderungsbedingte Bevölkerungszunahme von rund 81.000 Personen (1,9 %), mussten aber seit 2005 eine Bevölkerungsabnahme von rund 11.540 Personen hinnehmen (vgl. Abb. 9).

Die innerbayerische Wanderung wurde in den Jahren von 2000 bis 2004 vor allem aus den Verlusten der Region München in Höhe von insgesamt 16.000 Personen gespeist. Nach einem nur noch geringen Wanderungsverlust im Jahr 2005 (-374 Personen) wechselte die Region München auf die Gewinnerseite: Im Zeitraum 2006 bis 2008 verbuchte sie einen innerbayerischen Wanderungsgewinn von fast 25.000 Personen. Dies entspricht einem Bevölkerungszuwachs von 9,5 Personen je 1.000 Einwohner. Die stärksten absoluten Verluste durch innerbayerische Wanderung in diesem Zeitraum verzeichneten die Regionen Main-Rhön mit 3.738 Personen (-8,4 je 1.000 Einwohner), Oberfranken-Ost mit 3.539 Personen (-7,3 je 1.000 Einwohner), Oberpfalz-Nord mit 3.425 Personen (-6,7 je 1.000 Einwohner) und Westmittelfranken mit 2.733 Personen (-6,6 je 1.000 Einwohner).

Abb. 9: Salden der Wanderung nach Regionsgruppen 1970-2008

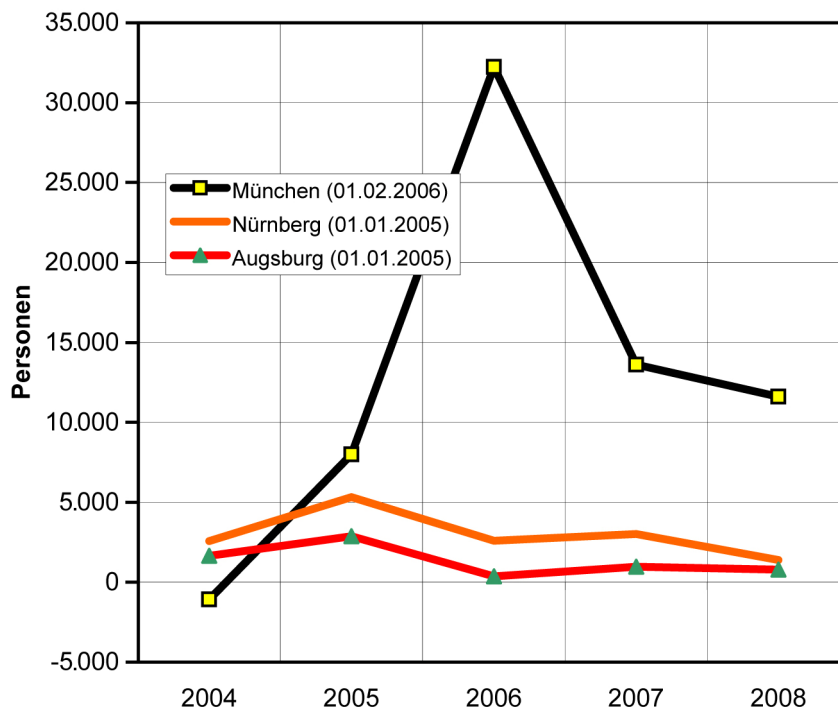


Datenquelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Ab dem Jahr 2005 war es den Städten in Bayern möglich, eine Zweitwohnungssteuer auch für Studenten und Berufstätige einzuführen. Zum 01.01.2005 erließen die Städte Augsburg und Nürnberg entsprechende Satzungen. Im Jahr 2006 folgten Fürth, Lindau und München und schließlich im Jahr 2007 die Stadt Freising. Um der Zweitwohnungssteuer zu entgehen, hat sich das Meldeverhalten der Bürger deutlich geändert. So wurden Erstwohnsitze außerhalb der Großstädte, die nicht mehr als solche genutzt wurden, aufgegeben. Dieser einmalige Effekt führte zu einem schlagartigen Anstieg der Zuwanderungen in die Großstädte, besonders stark in München (vgl. Abb. 10).

In München ist der Wanderungsgewinn 2006 gegenüber dem Vorjahr um rund 300 % angestiegen. Die Anmeldung der Wohnung in der Großstadt erfolgt als Erstwohnsitz jetzt konsequenter. Dies wird die Zuwanderungszahlen in die Großstädte auch langfristig tendenziell erhöhen. Die Wanderungen in die Großstädte gehen vor allem zulasten der Gemeinden im ländlichen Raum Bayerns. Die Veränderungen in den Jahren 2005 und 2006 waren so stark, dass sie bis auf die Ebene der Regionen und Regionsgruppen durchgeschlagen haben. So weist die Gruppe der sonstigen ländlichen Regionen 2006 erstmals seit 1975 (-215 Personen) wieder einen Wanderungsverlust in Höhe von fast 6.000 Personen auf. Eine weitergehende Differenzierung der Effekte und damit die Abschätzung der künftigen Entwicklung der Wanderung sind jedoch nicht möglich, zumal Auszubildende, Studenten und junge Berufstätige von den Regelungen künftig ausgenommen sein werden.

Abb. 10: Zweitwohnungssteuer und Wanderungssalden in München, Nürnberg und Augsburg 2004-2008



Datenquelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Altersstruktur

Die Bestimmungsfaktoren der Altersstruktur sind – wie für die Bevölkerungszahl – Geburten, Sterbefälle und Wanderungen. Änderungen dieser Größen beeinflussen allerdings die Altersstruktur in der Folgezeit über Jahrzehnte hinweg. So findet sich etwa der starke Anstieg der Geburtenzahlen Ende der 1950er Jahre, die sich daran anschließende kräftige Abnahme der Geburten ab Mitte der 1960er Jahre, der leichte Anstieg der Geburtenzahl mit Ende der 1980er Jahre sowie der leichte Rückgang der Geburtenzahl Mitte der 1990er Jahre in der Altersstruktur wieder. Die Altersgruppe der über 65-Jährigen war 2008 vor allem in Oberfranken-Ost mit 22,5% sehr stark vertreten; daneben gab es hohe Anteilswerte in den schon lange als Altersruhesitz bevorzugten Alpenregionen Allgäu (21,0%) und Oberland (21,0%) sowie in der Region Main-Rhön (20,8%). In allen Regionen nahm diese Bevölkerungsgruppe zu. Werte von 18% und darunter verzeichneten nur die Regionen Ingolstadt, Regensburg und München. Damit ist der demographische Wandel im Sinne eines hohen Anteils alter Menschen vor allem in der Region Oberfranken-Ost relativ weit fortgeschritten.

Ausländische Bevölkerung

Ende 2008 waren in Bayern etwa 1,17 Millionen Ausländer gemeldet. Die Entwicklung der letzten Jahre verlief uneinheitlich: 2006 ergab sich eine Abnahme um rund 1.200, 2007 eine Zunahme um rund 5.000 und 2008 eine Abnahme um rund 8.600 Personen. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung pendelte in dieser Zeit um 9,4%. Die Konzentration der Ausländer auf die Regionen mit großen Verdichtungsräumen hat 2008 wieder zugenommen; der Anteil ist dort allerdings von 14,1% auf 14,0% zurückgegangen, da die deutsche Bevölkerung zugenommen hat. Der Anteil

der Personen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung ist, wie Auswertungen des Mikrozensus gezeigt haben, etwa doppelt so hoch. Beide Anteilswerte sind bei jüngeren Altersgruppen (Kindergartenkinder, Schüler usw.) wesentlich höher als etwa bei den Erwerbspersonen.

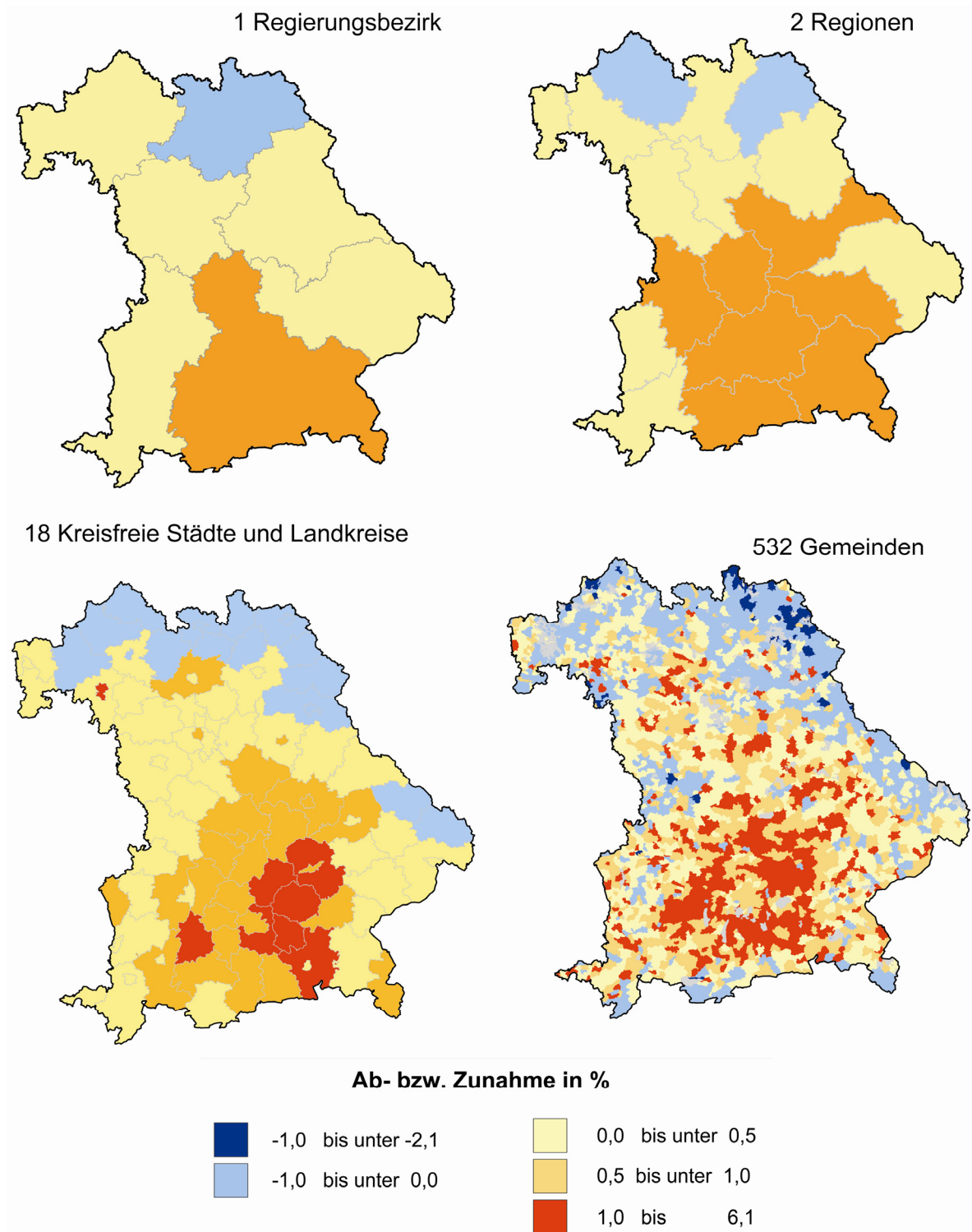
Unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung in den Teilräumen

Der demographische Wandel und seine Folgen werden vor allem in den Gebieten Bayerns diskutiert, die aktuell vom Bevölkerungsrückgang betroffen sind. Die Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung nach Regionsgruppen, Regionen und Regierungsbezirken verdeckt dabei den Blick auf die Teilräume, in denen der Bevölkerungsrückgang ein brisantes Thema ist. Lediglich in einem Regierungsbezirk und zwei Regionen fiel für die Zeit von Ende 1998 bis Ende 2004 die Bevölkerungsbilanz leicht negativ aus³ (vgl. Abb. 11). Dagegen waren in dieser Zeit 18 von 96 Stadt- und Landkreisen von Abnahmen betroffen. Erst auf der Gemeindeebene zeigt sich die Vielfalt der Bevölkerungsentwicklung in den Teilräumen Bayerns. 532 (26 %) der 2.056 Städte und Gemeinden in Bayern verzeichneten in diesem Zeitraum einen Bevölkerungsverlust. Betroffen waren im Zeitraum 1998 bis 2004 vor allem Gemeinden nahe der Landesgrenzen, insbesondere im nördlichen Niederbayern, der östlichen Oberpfalz und im nördlichen Unter- und Oberfranken, aber auch Gemeinden in den Landkreisen Ansbach und Donau-Ries sowie im Alpenraum. Dagegen überwogen ausstrahlend von den Städten München, Augsburg, Ingolstadt, Regensburg und Landshut die Gemeinden mit starkem Bevölkerungswachstum.

Diese Tendenz zur Ausweitung der Gemeinden mit Bevölkerungsrückgang zeigt sich auch bei einer Zusammenfassung nach Regierungsbezirken. Seit 2001 nimmt die Zahl dieser Gemeinden in allen Regierungsbezirken zu. Am stärksten war die Betroffenheit 2004 in Oberfranken; dort nahm die Bevölkerungszahl in fast 62 % aller Gemeinden ab. Hoch ist der Anteil auch in Unterfranken (55 %) und in der Oberpfalz (53 %). Die Zahl der schrumpfenden Gemeinden in Oberbayern hat gerade in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Der demographische Wandel, auch in seiner ausgeprägten Form als Bevölkerungsrückgang, ist damit auch in Oberbayern durchaus verbreitet. Durch das Nebeneinander von wachsenden und schrumpfenden Gemeinden halten sich die Auswirkungen auf die Infrastruktur in der Mehrzahl der Regionen jedoch noch in engen Grenzen.

³ Wegen des Einflusses der Zweitwohnungssteuer auf die Wanderung und damit auch auf die Bevölkerungsentwicklung insgesamt werden Jahre nach 2004 nicht berücksichtigt.

Abb. 11: Raumeinheiten mit abnehmender Bevölkerung 1998-2004



Datenquelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

3 Prognosen der mittel- und langfristigen Bevölkerungsentwicklung

3.1 Methodische Hinweise

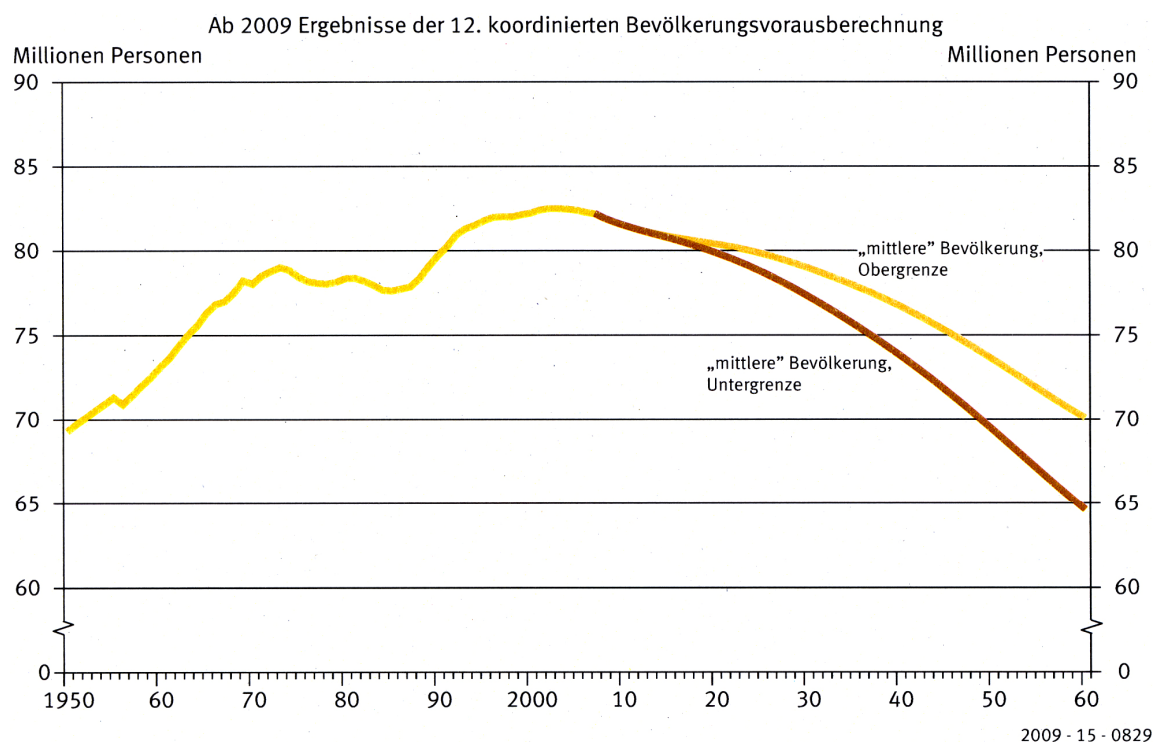
Nahezu alle aktuellen Bevölkerungsprognosen wurden mit dem Verfahren der geburtsjahrgangsweisen Fortschreibung erstellt. Dieses Verfahren erlaubt es, im Gegensatz zu einer Trendprognose der Bevölkerungszahl, auch die künftigen Veränderungen im Altersaufbau vorzuschätzen. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die Prognosegenauigkeit mit zunehmender Prognosedauer abnimmt. So sind rund 90 % der für das Jahr 2020 zu prognostizierenden Bevölkerung heute schon geboren, aber nur rund 50 % der Bevölkerung des Jahres 2060. Um dieser Ungenauigkeit Rechnung zu tragen, werden langfristige Bevölkerungsprognosen als Modellrechnungen oder Vorausberechnungen bezeichnet.

Die weitere Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland hängt, neben Geburten und Sterbefällen, vor allem von den Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebiets ab; für Bayern spielen daneben die Wanderungen mit den anderen Bundesländern eine erhebliche Rolle.

3.2 Prognoseergebnisse für Deutschland und Bayern

Gegenwärtig stehen für Deutschland und Bayern die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung bis zum Jahr 2060 und die Raumordnungsprognose des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2009) sowie die regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung bis 2028 des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung zur Verfügung. Aufgrund des erhöhten Ausgangsbestandes (Bayern) und der nach oben korrigierten Annahmen zur Lebenserwartung setzt nach den neueren Prognosen der Bevölkerungsrückgang später ein und fällt etwas schwächer aus.

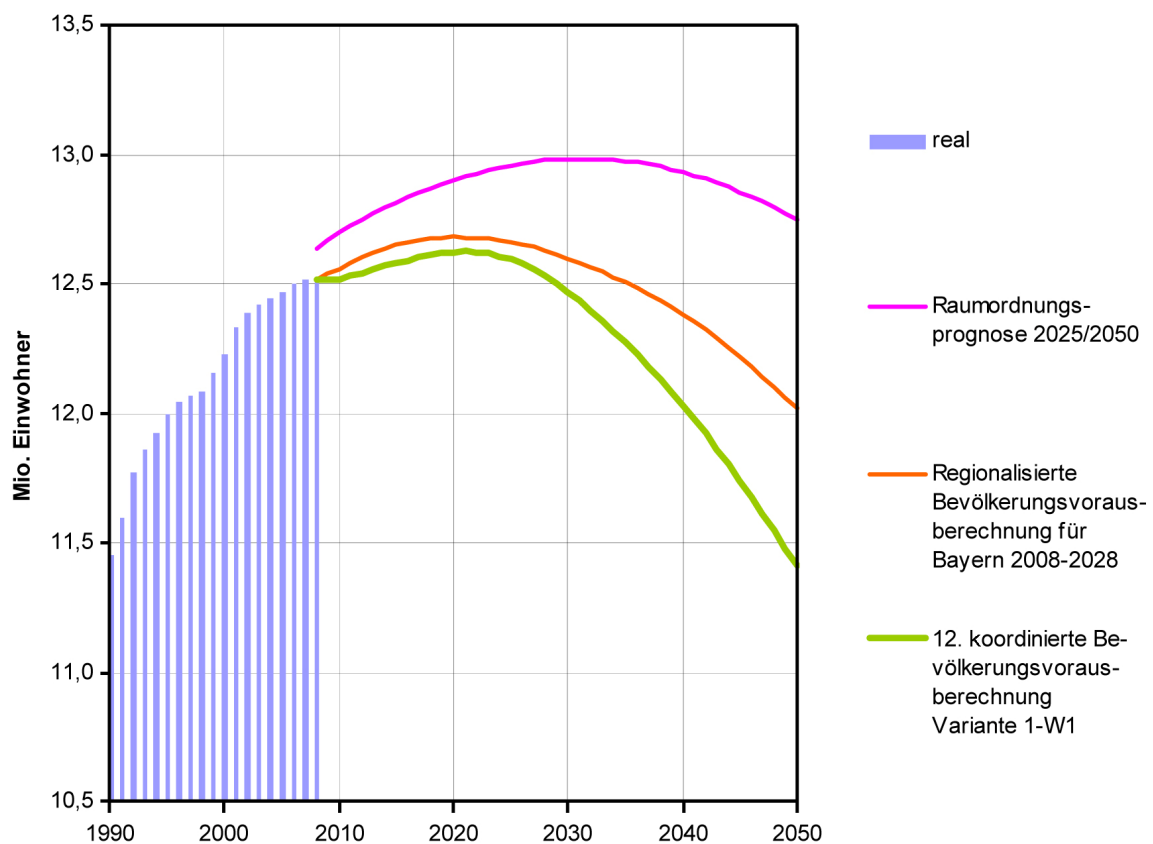
Abb. 12: Bevölkerungsentwicklung in Deutschland 1950-2050



Nach der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung wird für Deutschland bei einer jährlichen Nettozuwanderung ab 2014 von 100.000 Personen (Variante 1-W1) für das Jahr 2060 ein Bevölkerungsstand von 69,4 Mio. Einwohnern erwartet; das ist ein Rückgang um rund 15 % gegenüber 2008. In Bayern wird die Einwohnerzahl bei dieser Annahme zur Außenwanderung zunächst bis etwa 2019 auf 12,6 Mio. ansteigen, um dann im Jahr 2050 den Wert des Jahres 1990 mit etwa 11,4 Mio. wieder zu erreichen. Gegenüber 2008 ist dies ein Rückgang um nur 8,9%. Bei dieser Berechnung wird angenommen, dass Bayern ab dem Jahr 2020 keine Gewinne aus der Wanderung mit dem übrigen Bundesgebiet erhält. Wird jedoch dieser Wanderungsgewinn (W1A) über dieses Jahr hinaus fortgeschrieben, so ergibt sich für Bayern im Jahr 2050 eine Einwohnerzahl von 12,0 Mio.; dies wäre gegenüber 2005 eine Abnahme von nur 4,0 %.

Dagegen entwickelt sich die Altersstruktur in Bayern weitgehend analog dem Bundestrend. Bei Gegenüberstellung des voraussichtlichen Altersaufbaus der Bevölkerung Bayerns im Jahr 2050 mit dem des Jahres 2005 wird der Alterungsprozess der Bevölkerung deutlich. Am stärksten besetzt waren 2005 die Altersjahre zwischen 35 und 40, die aus den geburtenstarken Jahrgängen der 1960er Jahre hervorgegangen sind. In den darunter liegenden Altersjahren wird zunächst der bis weit in die Mitte der 1970er Jahre reichende allgemeine Geburtenrückgang sichtbar. Die Zunahme der Geburten ab Mitte der 1980er Jahre – die geburtenstarken Jahrgänge haben inzwischen das Alter der Familiengründung erreicht – schlägt sich dann in einer wieder etwas stärkeren Besetzung der Altersgruppe der 8- bis 16-Jährigen nieder.

Abb. 13: Bevölkerungsprognosen für Bayern



Quellen: Statistisches Bundesamt, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Bis zum Jahr 2050 verschieben sich die entsprechenden Altersgruppen – natürlich mit geringeren Besetzungszahlen – um fast 50 Jahre nach oben. Dabei findet sich der breite „Bauch“ der heutigen Elterngeneration in der Altersgruppe der gut 80- bis 90-Jährigen wieder. Bei konstanter Geburtenhäufigkeit und abnehmenden Besetzungszahlen der jeweils jüngeren Jahrgänge werden immer weniger Kinder geboren.

Dadurch wird die Zahl der Kinder und Jugendlichen weiter abnehmen. Die Zahl der Kinder im Grundschulalter geht bis zum Jahr 2050 nochmals um etwa 13 % zurück. Der Anteil älterer Menschen (60+) an der Gesamtbevölkerung wird sich spürbar von 24,0 % im Jahr 2006 auf 35,7 % im Jahr 2050 erhöhen. Die Zahl der 75- und Mehrjährigen wird um rund 45 % ansteigen (vgl. zusammenfassend Abb. 13).

3.3 Regionalisierte Prognosen für Bayern

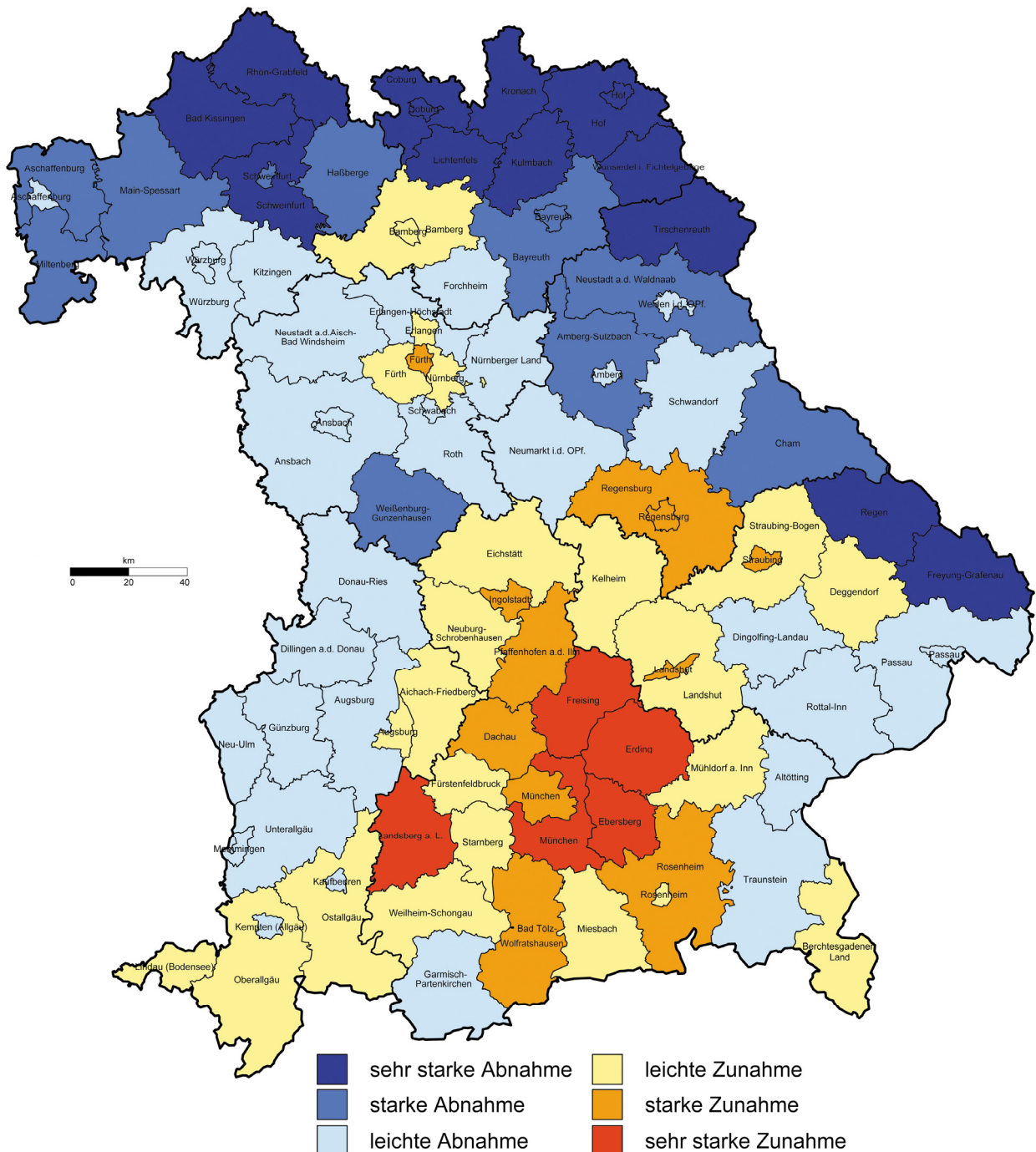
Das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung hat die Annahmen der Varianten 1-W1 der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung 2009 (Statistisches Bundesamt 2009) um die Annahmen zur bayerischen Binnenwanderung ergänzt und mit dem Regionalprognosemodell SIKURS für die 96 Stadt- und Landkreise Bayerns, ausgehend vom Jahr 2008, Ergebnisse bis zum Jahr 2028 ermittelt (vgl. Abb. 14).

Diese Vausberechnung geht von folgenden Annahmen aus:

- Die Basis für die Vausberechnung ist der Einwohnerstand zum 31.12.2008 nach Geschlecht und Alter.
- Die zukünftigen Geburten werden bayernweit mit rund 1,35 Kindern je Frau angenommen. Die regionalen Unterschiede im Geburtenverhalten gehen in Form kreisspezifischer Geburtenraten (für die 15- bis 49-jährigen Frauen), die auf Basis der Lebendgeborenen der Jahre 2001-2007 gebildet wurden, in die Berechnungen ein. Das nach wie vor steigende Alter der Mütter bei der Geburt wird in den Modellannahmen abgebildet.
- Auch die Sterblichkeit wird unter Berücksichtigung kreisspezifischer Differenzen modelliert. Auf Basis der tatsächlichen Sterbefälle in den Jahren 2001 bis 2007 erfolgte eine Berechnung alters- und geschlechtsspezifischer Sterberaten. Es wird von einem weiteren Anstieg der Lebenserwartung ausgegangen (Männer von 76,8 auf 80,8 Jahre und Frauen von 81,9 auf 85,5 Jahre im Jahr 2028).
- Die Annahmen zur Außenwanderung sind gegenüber den Annahmen der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung verändert. Den Vausberechnungen wurden am Beginn in Anpassung an die jüngste Entwicklung nur leicht positive Wanderungsüberschüsse gegenüber dem Ausland (2009: +7.000, 2010: +10.000) zugrunde gelegt. Im Jahr 2011 wird wegen der Arbeitnehmerfreizügigkeit im Rahmen der EU-Osterweiterung ein mäßiger Anstieg auf +18.000 Personen per Saldo angenommen, der danach kontinuierlich auf den langjährigen Durchschnitt von rund +14.300 Personen absinkt.
- Bei der innerdeutschen Wanderung wurde davon ausgegangen, dass der relative Standortvorteil Bayerns in der wirtschaftlichen Entwicklung und damit die Attraktivität für Zuwanderer erhalten bleibt. Allerdings wird auch berücksichtigt, dass das Potenzial an Zuwandernden aus den neuen Ländern erheblich schrumpfen wird.
- Die innerbayerischen Wanderungen wurden über eine Analyse der Wanderungsströme über die Kreisgrenzen (differenziert nach Geschlecht und Alter) in den Jahren 2003 bis 2007 abgebildet und gehen in Form demographisch differenzierter Binnenwegszugsraten in die Berechnungen ein. Die Jahre 2005 und 2006 wurden

bei der Berechnung der Binnenwegzugsraten geringer gewichtet, da es in diesen Jahren durch die Einführung der Zweitwohnsitzsteuer teilweise zu überproportional vielen Hauptwohnsitzwechseln kam (die in der Statistik als Wanderungsfälle erfasst sind).

Abb. 14: Bevölkerungsentwicklung Bayerns 2008-2028



Datenquelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

3.4 Regionalisierte Prognoseergebnisse

Die Entwicklung der Einwohnerzahlen verläuft in den Landkreisen und kreisfreien Städten Bayerns wie erwartet auch in Zukunft unterschiedlich. Überdurchschnittlichen Bevölkerungszunahmen im Raum Ingolstadt/München stehen zum Teil erhebliche Verluste in den Landkreisen an den Außengrenzen Bayerns gegenüber (vgl. Abb. 14).

Die erwarteten Geburtenüberschüsse bis 2028 in der Landeshauptstadt München und im Landkreis Freising sind auch im bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich. Auf der anderen Seite sind die Geburtendefizite in den Landkreisen Wunsiedel im Fichtelgebirge und Berchtesgadener Land besonders hoch. Die Wanderungsgewinne werden in den Landkreisen München und Nürnberger Land am größten, in den Landkreisen Dillingen an der Donau und Günzburg am geringsten sein. Der Landkreis Fürth mit dem Aufnahmelager in Zirndorf und die kreisfreien Städte Würzburg und München werden die meisten Einwohner an die übrigen Kreise in Bayern abgeben. Die Landkreise München, Nürnberger Land und Miesbach werden am stärksten von dieser Binnenwanderung profitieren.

Das hier gezeichnete Bild der künftigen regionalen Bevölkerungsentwicklung stimmt im Wesentlichen mit dem der Raumordnungsprognose 2025 (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2009) überein, in der die Wanderungsströme nach einem bundesweiten Modellansatz verteilt werden. Jedoch sind nach der Raumordnungsprognose 2025, die deutlich höhere Wanderungsgewinne gegenüber dem Ausland unterstellt, die regionalen Unterschiede zwischen zentralen und peripheren Räumen etwas ausgeprägter.

Bei einer erwarteten Bevölkerungszunahme im Zeitraum 2008 bis 2028 von 0,9 % in Bayern insgesamt ergibt sich die relativ größte Bevölkerungszunahme im Landkreis Erding mit 14,8 % und der relativ stärkste Rückgang im Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge mit -20,3 %. Dies bedeutet, verglichen mit der Entwicklung in Deutschland insgesamt oder gar in den ostdeutschen Ländern (z. B. Mecklenburg-Vorpommern 2005-2030: -10,7 %, dort Landkreis Uecker-Randow: -29,9 %) und auf den Zeitraum von 20 Jahren betrachtet, nur in wenigen Landkreisen gravierende Veränderungen.

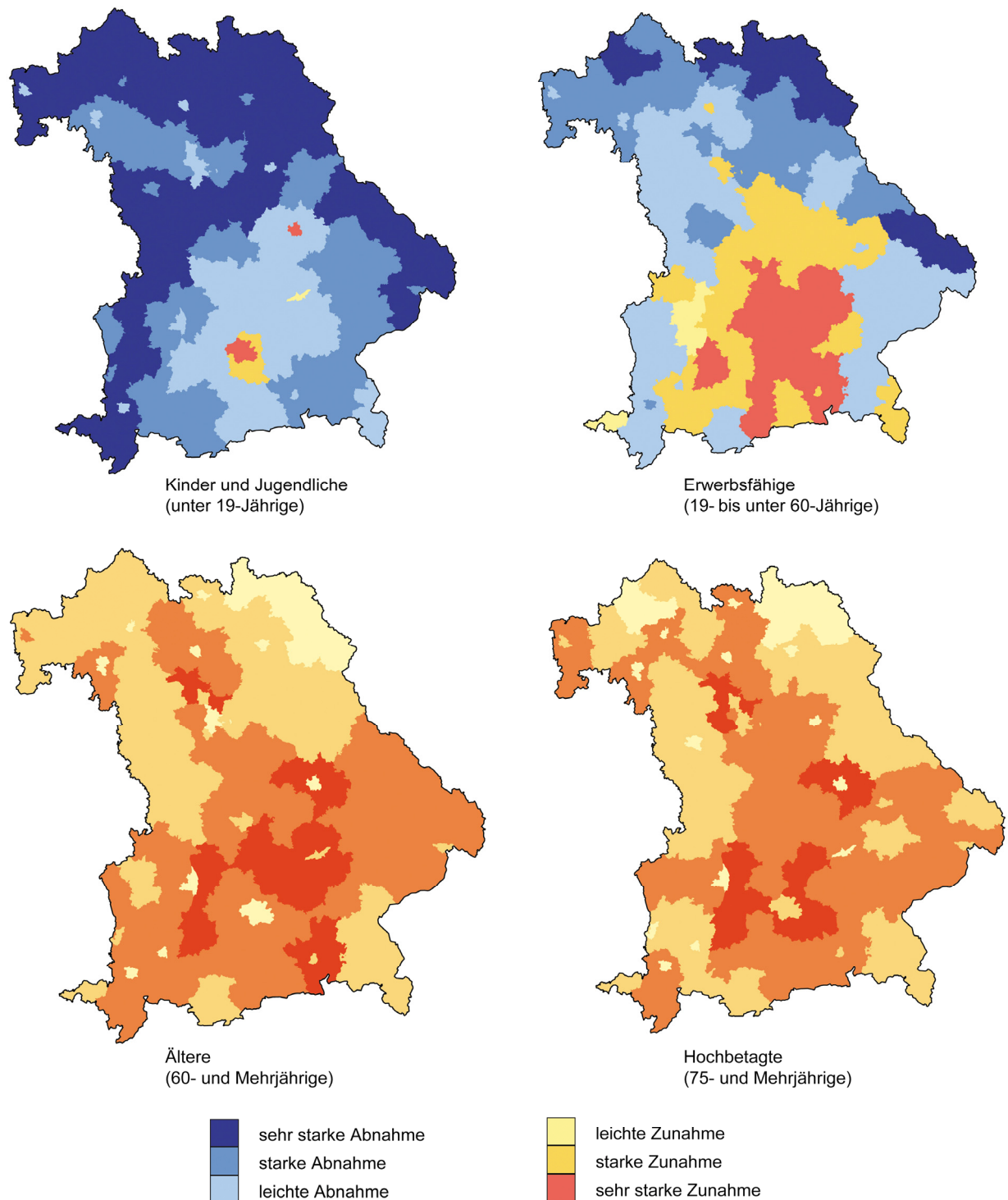
Die Gesamtveränderung kommt durch regional sehr unterschiedliche Zu- und Abnahmen in den Altersgruppen zustande (vgl. Abb. 15):

- So geht die Zahl der Kinder und Jugendlichen (unter 19-Jährige) bis 2028 in den Landkreisen Wunsiedel im Fichtelgebirge (-35,1 %), Hof (-32,9 %) und Tirschenreuth (-32,6 %) besonders stark zurück, während sie in den Städten Ingolstadt (+1,8 %) und München (+8,0 %) sowie im Landkreis München (+4,2 %) sogar noch zunimmt.
- Die erwerbsfähige Bevölkerung (19- bis unter 60-Jährige) vermindert sich in den oberfränkischen Landkreisen Wunsiedel im Fichtelgebirge (-31,2 %) und Hof (-26,2 %) am stärksten, wächst aber in den Umlandkreisen Erding und München mit +5,5 % und +5,3 % deutlich.
- Die ältere Bevölkerung (60- und Mehrjährige) nimmt in den oberfränkischen Landkreisen Wunsiedel im Fichtelgebirge (+9,7 %) und Hof (+8,4 %) sowie in der Stadt Hof (+12,5 %) am schwächsten zu, erreicht dort aber dennoch sehr hohe Anteilswerte. Am stärksten wächst die Zahl der 65- und Mehrjährigen im Umland von Regensburg mit +61,8 % sowie im „zweiten Ring“ um die Landeshauptstadt München (z. B. im Landkreis Landsberg am Lech mit +57,5 %).
- Die geringsten Zunahmen an Hochbetagten (75- und Mehrjährige) sind in den Städten Kaufbeuren, Coburg und Schweinfurt mit Werten unter 15 % zu erwarten. Die

stärksten Zunahmen ergeben sich für die Umlandkreise Landsberg am Lech (+76,6%), München (+71,7%), Ebersberg (+71,4%), Regensburg (+70,1%) und Fürstenfeldbruck (+68,2%).

Damit sind bis 2028 bei einem leichten gesamt-bayerischen Wachstum der Bevölkerung erhebliche Umschichtungen in den regionalen Altersstrukturen und daraus resultierend geänderte Anforderungen an die Infrastruktur zu erwarten.

Abb. 15: Entwicklung der Altersstruktur 2008-2028 in den kreisfreien Städten und Landkreisen



Datenquelle: Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

4 Auswirkungen des demographischen Wandels auf ausgewählte Bereiche

Die Diskussion der Auswirkungen des demographischen Wandels erfolgt in der Regel auf der Basis von Bevölkerungsprognosen, ergänzt um verschiedene Verhaltensprognosen, die in der Regel große Fachkenntnis im jeweiligen Bereich erfordern. So kann etwa aus der starken Abnahme der 25- bis 40-Jährigen, also der Personen in der Haushalts- und Familiengründungsphase, bis zum Jahr 2010 auf einen Rückgang des Bedarfs an bestimmten Konsumgütern geschlossen werden.

Vor diesem Hintergrund lassen sich folgende, zum Teil räumlich unterschiedliche, Auswirkungen ableiten:

Das Erwerbspersonenpotenzial wird sich zunächst bis zum Jahr 2015 um rund 0,3 % erhöhen, im Jahr 2016 wieder den Wert von 2008 erreichen und dann bis 2028 um rund 9 % zurückgehen. Das Durchschnittsalter des Erwerbspersonenpotenzials wird bis 2020 auf rund 40 Jahre ansteigen und danach nahezu konstant bleiben.

Die Arbeitslosigkeit wird sich durch demographische Veränderungen aufgrund von strukturellen Ungleichgewichten am Arbeitsmarkt nicht automatisch weiter vermindern. Die Arbeitsmärkte in Südbayern werden ihre „Sogwirkung“ behalten bzw. ausbauen.

Rückläufige Kinderzahlen bedingen für Kindergärten einen abnehmenden Platzbedarf. Mit der Umwidmung von 39.000 Plätzen im Kindergartenbereich kann im Zeitraum bis 2025 landesweit der größte Teil des Ausbaus der Platzangebote für unter 3-Jährige bewerkstelligt werden. Für den Hortbereich wird ein leicht steigender Trend bis 2020 unterstellt.

Für das allgemeinbildende Schulsystem sind folgende demographische Entwicklungen zu erwarten:

- Die Altersgruppe der 6- bis unter 10-Jährigen (Grundschüler) wird bis zum Jahr 2018 voraussichtlich um knapp 11,7 % zurückgehen. Bis zum Jahr 2028 wird die Zahl der Kinder in dieser Altersgruppe dann nahezu unverändert bleiben. Durch die seit dem Schuljahr 2007/2008 gegebene Möglichkeit, jahrgangskombinierte Klassen zu bilden, können auch Grundschulen erhalten bleiben, bei denen in einzelnen Jahrgangsstufen die Mindestschülerzahl von 13 für die Bildung einer Klasse nicht erreicht wird.
- Der Umfang der dem Sekundarbereich I entsprechenden Altersgruppe der 10- bis unter 16-Jährigen wird abnehmen und im Jahr 2022 rund 17 % unter dem Ausgangswert liegen und dann bis 2028 etwa konstant bleiben.
- Die den Sekundarbereich II repräsentierende Altersgruppe der 16- bis unter 19-Jährigen wird abnehmen und im Jahr 2028 den Wert des Jahres 2008 um voraussichtlich 20 % unterschritten haben.

Die Zahl der Studierenden an Hochschulen steigt bei gleichbleibender Bildungsbeteiligung aufgrund der demographischen Entwicklung zunächst an und erreicht in den Jahren bis 2013 einen Höchststand. In den darauffolgenden Jahren ist mit einem kontinuierlichen Rückgang der Studierendenzahlen zu rechnen. Die demographische Entwicklung wird jedoch von anderen Faktoren, wie der Studiengebühr, dem achtjährigen Gymnasium (2011 ein doppelter Abiturientenjahrgang) und der neuen Studienstruktur (Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen) überlagert.

Aufgrund der demographischen Entwicklung sind unter Status-quo-Bedingungen Steigerungsraten bei den ambulanten Pflegefällen von rund 30 % bis 2020 möglich. Im

stationären Bereich können sich Steigerungsraten von über 20 % ergeben. Der Bedarf an ambulanten Pflegediensten sowie an stationären Pflegeplätzen kann sich entsprechend erhöhen. Hier stehen die Kommunen vor gewaltigen Herausforderungen.

Der Bettenbedarf der Krankenhäuser in Bayern könnte unter Status-quo-Bedingungen aufgrund demographischer Effekte im Jahr 2025 um knapp 1.000 Betten niedriger sein als der aktuelle Bestand. Allerdings hat die Demographie in diesem Bereich nur geringe Auswirkungen; so könnten Veränderungen bei der Zahl der Patienten und der Verweildauer zu einem Entwicklungskorridor von 3.600 bis 14.800 weniger benötigten Betten führen.

Die mittel- und langfristige demographische Entwicklung wird nicht nur die Verkehrsmengen, sondern auch die Struktur des Verkehrs beeinflussen. Insbesondere der ÖPNV hat auf die Verschiebung der Altersstruktur, die aus dem sinkenden Anteil des Schülerverkehrs und dem steigenden Anteil älterer Fahrgäste, der mit einem tendenziell steigenden Anteil mobilitätseingeschränkter Personen einhergeht, zu reagieren.

Der Strukturwandel der Landwirtschaft wird durch den demographischen Wandel, eine zunehmende Konkurrenz um jüngere Erwerbspersonen und einen sich vollziehenden Wertewandel beschleunigt. In ländlichen Gemeinden mit Bevölkerungsrückgang ist u. a. mit einem Rückgang der Auslastung bestehender Einrichtungen und technischer Infrastruktur und einer Zunahme leer stehender Gebäude in den Ortskernen zu rechnen. Mit dem Anstieg des Anteils älterer Personen kann der ländliche Raum demgegenüber als Erholungs- und Freizeitraum an Bedeutung gewinnen.

5 Regional differenzierter Handlungsbedarf

Das Ausmaß und der Verlauf des demographischen Wandels in Bayern führen künftig auch in regionaler Hinsicht nicht zu ähnlich gravierenden Folgen wie in anderen Ländern der Bundesrepublik, etwa in Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern. Dennoch erfordert die Bewältigung der Auswirkungen des demographischen Wandels vor allem in zwei Bereichen einen **regional differenzierten** Handlungsbedarf:

In den **Umlandkreisen der Verdichtungsräume München und Nürnberg** wird die Zahl der alten und hochbetagten Menschen überproportional stark zunehmen. Daraus resultiert ein erheblicher Bedarf an zusätzlicher ambulanter und stationärer Altenhilfe. Das erforderliche Maßnahmenspektrum reicht vom Erhalt des selbstständigen Wohnens, der Stärkung von Selbsthilfe und familiärem Helferpotenzial über abgestufte Hilfe- und Unterstützungsformen bis zu bürgernahen Diensten und Einrichtungen.

In **peripher gelegenen ländlichen Räumen** birgt der demographische Wandel über die künftige Entwicklung des Erwerbspersonenangebots und der Arbeitskräftenachfrage das Risiko, dass der natürliche Bevölkerungsrückgang durch Abwanderung verstärkt wird. Auch angesichts dieser Entwicklung hält die bayerische Landesentwicklungs- und Wirtschaftspolitik am Ziel der Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Landesteilen fest.

Während die Maßnahmen zur Abschwächung und Bewältigung der Änderungen in der Bevölkerungsstruktur vor allem im Bereich der Sozial-, Familien- und Bildungspolitik angesiedelt sind, ist zur Vermeidung der Abwanderung eine Vielzahl von Maßnahmen zur Stabilisierung der betroffenen ländlichen Räume notwendig. Der Schwerpunkt muss hierbei in der Schaffung bzw. im Erhalt qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze liegen, die in Verbindung mit den Vorteilen des ländlichen Raums gegen die Konkurrenz des Arbeitsplatzangebots in den Verdichtungsräumen Bestand haben werden. Dazu be-

darf es einer Regionalpolitik, die einerseits frühzeitig die Wirtschaftspotenziale der betroffenen Regionen auslotet und zum anderen die Fördermaßnahmen gezielt bündelt.

Daneben ist es wesentlich, die Sicherung und Weiterentwicklung der technischen, sozialen und kulturellen Infrastruktur sowie des Bildungswesens so auszurichten, dass der Bevölkerung in allen Landesteilen in zumutbarer Entfernung die erforderlichen Einrichtungen und Angebote dauerhaft zur Verfügung stehen. Die für die Versorgung der Bevölkerung notwendigen Infrastruktureinrichtungen sollen unter Beachtung der sich abzeichnenden Änderungen bei Bevölkerungsentwicklung, Altersstruktur und Konsumverhalten insbesondere in den Zentralen Orten vorgehalten werden.

Literatur

Bayerische Staatsregierung (2009): 16. Raumordnungsbericht. München.

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (2009): Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2028. München.

Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (1974): Modellrechnungen zum Geburtenrückgang. München.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2009): Raumordnungsprognose 2025/2050. Bonn. = Berichte, Band 29.

Prognos AG (2004): Prognos Zukunftsatlas 2004. Berlin.

Statistisches Bundesamt (2009): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.

Matthias Proske

Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Daseinsvorsorge

Gliederung

- 1 Ziel des Beitrags
- 2 Daseinsvorsorge unter Druck
- 3 Wandel der Daseinsvorsorge
 - 3.1 Vom Modell der Erfüllungsverantwortung hin ...
 - 3.2 ... zum Modell der Gewährleistungsverantwortung
- 4 Leistungen der Daseinsvorsorge – was gehört dazu?
 - 4.1 Daseinsvorsorgeaufgaben des Freistaats
 - 4.2 Daseinsvorsorgeaufgaben der Landkreise
 - 4.3 Kommunale Daseinsvorsorge
- 5 Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Daseinsvorsorge
 - 5.1 Änderungen der Nachfragesituation
 - 5.1.1 Quantitative Auswirkungen durch den Bevölkerungsrückgang
 - 5.1.2 Qualitative Auswirkungen durch die Veränderung der Bevölkerungsstruktur
 - 5.2 Herausforderungen an die bayerische Daseinsvorsorge der Zukunft

Literatur

1 Ziel des Beitrags

Dass die Leistungen der Daseinsvorsorge im Zusammenhang mit den Auswirkungen des demographischen Wandels unter teilweise enormen Anpassungsdruck geraten werden, gilt in der raumwissenschaftlichen Literatur als unbestritten (z. B. Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen/Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2005; Winkel 2008: 41-47; Gutsche/Fahrenkrug/Melzer/Schiller 2008: 127-140). Doch welche Leistungen zur Daseinsvorsorge zu zählen und welche Leistungen damit sowohl für die Raumordnung im Hinblick auf das Postulat „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ als auch für die bezüglich deren Erbringung in der Verantwortung stehenden Träger im Freistaat Bayern von besonderer Bedeutung sind, ist bislang nicht hinreichend erörtert.

Der vorliegende Beitrag liefert zunächst einen Überblick über die Genese des Daseinsvorsorgebegriffs sowie über die Ausgangslage, die sich aufgrund eines geänderten Staatsverständnisses und weiterer äußerer Einflüsse für die Erbringung der Leistungen der Daseinsvorsorge ergibt. Aus diesem Überblick lässt sich ein Ansatz zur Definition eines „Kerns“ der Leistungen der Daseinsvorsorge entwickeln. Für die bayerische

Raumentwicklung ist dabei von besonderem Interesse, welche Träger in Bayern für deren Erbringung in der Verantwortung stehen. Denn diese Träger sind es, die im Hinblick auf die durch den demographischen Wandel verursachten Anpassungserfordernisse anhand der örtlichen Ausgangssituation konkret über Maßnahmen zu entscheiden haben.

Für den o. g. „Kern“ der Daseinsvorsorge werden in diesem Beitrag – soweit ersichtlich – die wesentlichen Auswirkungen des demographischen Wandels aufgezeigt. Dabei ist es nicht Anspruch, die Auswirkungen für die einzelnen Sektoren erschöpfend darzustellen. Die weiteren Beiträge in diesem Band gehen teilweise sehr viel konkreter auf die Konsequenzen des demographischen Wandels für die einzelnen Leistungsbereiche der Daseinsvorsorge ein.

2 Daseinsvorsorge unter Druck

Um eines vorwegzunehmen: Darüber, was Daseinsvorsorge ist und was sie umfasst, gibt es divergierende Auffassungen. Dementsprechend ist eine Definition des Begriffs anhand der Literatur nicht ohne Weiteres in abschließender Weise möglich. Die Schwierigkeit liegt dabei darin, dass der Begriff gleichzeitig gesellschaftstheoretische, wirtschaftspolitische, staats- und rechtstheoretische sowie politische Bedeutung besitzt (Scheidemann 1991: 17 ff.). Auch die Tragweite des Begriffs ist nicht eindeutig. Obwohl i. d. R. im Zusammenhang mit bürgerorientierten Dienstleistungen gebraucht, findet er – wenngleich nur selten – auch im Rahmen der Altersvorsorge (Grüll 1962: 19) und der sozialen Sicherungssysteme (Kingreen 2002: 96) oder sogar im Kontext des gesamten öffentlichen Diensts (Miegel 2003: 28) Verwendung.

Dabei ist der Begriff der Daseinsvorsorge ein spezifisch deutscher und wurde bereits vor dem Zweiten Weltkrieg durch Ernst Forsthoff begründet (Hellermann 2001a: 434; Bocklet 2001: 12). Er hat sich trotz aller wiederkehrenden Kritik und der Vorschläge, ihn durch die im europäischen Kontext verwendeten Begriffe der *Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse* und der *Dienstleistungen von allgemeinem Interesse* zu ersetzen, in Deutschland etabliert. In der ursprünglichen Definition wurden unter den Leistungen der Daseinsvorsorge diejenigen Veranstaltungen verstanden, welche zur Befriedigung des Appropriationsbedürfnisses getroffen werden (Forsthoff 1938: 6).¹ Heute zählt das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2007: 2) zur Daseinsvorsorge all jene Güter und Dienstleistungen, an deren Angebot ein besonderes öffentliches Interesse besteht; das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung betont dabei die Rolle des öffentlichen Sektors, nachdem die Gewährleistung der Daseinsvorsorge eine Grundaufgabe der öffentlichen Hand sei. Dazu gehörten wirtschafts-, gesellschafts-, sozial- oder kulturpolitische Leistungen, die mit Hilfe staatlicher Mittel erbracht werden (BMVBS o. J.). Die Leistungen und Angebote der Daseinsvorsorge gelten hiernach sowohl für die Bevölkerung als Voraussetzung zur Ausübung von Grunddaseinsfunktionen (wie Arbeiten, Wohnen und Mobilität) als auch für die Wirtschaft als Voraussetzung für Produktion und Vermarktung von Gütern und Dienstleistungen.

Die Betonung der Rolle der öffentlichen Hand kommt nicht von ungefähr: Der öffentliche Sektor hat in Deutschland im europäischen Vergleich einen großen Anteil an der Erbringung der Daseinsvorsorgeleistungen, innerhalb dessen die Kommunen als Träger wiederum eine gewichtige Position einnehmen (Hellermann 2001b: 82). Diese Konstellation ist zweifelsohne sowohl auf die Ausweitung der öffentlich organisierten Daseinsvorsorge während der wohlfahrtsstaatlichen Ausbauphase als auch auf das im Grundge-

¹ Vgl. kritisch hierzu Reusch (1970: 11)

setz verankerte Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung und dem hieraus resultierenden Vorrang der Kommunen bei der Erbringung der Daseinsvorsorge in bestimmten nicht-hoheitlichen Bereichen zurückzuführen. Auch heute noch werden Leistungen der Daseinsvorsorge überwiegend im Rahmen öffentlicher, vor allem kommunaler Angebotsmonopole erbracht, die rechtlich vor Wettbewerb geschützt sind (Einig 2008: 18).

Doch die Daseinsvorsorge gerät zunehmend unter erheblichen Anpassungsdruck – und dies gleich in mehrfacher Hinsicht. Zahlreiche öffentliche Träger stehen aufgrund ihrer fiskalischen Lage trotz der zuletzt wieder steigenden Einnahmen teilweise unter erheblichen Konsolidierungszwängen.² Diese finanzielle Zwangslage wird noch dadurch verschärft, dass die in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg errichtete Infrastruktur zwischenzeitlich in die Jahre gekommen und teilweise sanierungsbedürftig geworden ist; allein der kommunale Investitionsbedarf wird für die Jahre 2006 bis 2020 auf jährlich 47 Mrd. Euro geschätzt – Tendenz steigend. Im Jahr 2005 lag dieser noch bei ohnehin beachtlichen 40 Mrd. Euro (Bracher/Grabow/Schneider et al. 2008).

Daneben greift auch das europäische Recht immer stärker in die Daseinsvorsorge ein. Augenscheinlich wird dies neben dem europäischen Wettbewerbsrecht insbesondere anhand des europäischen Beihilferechts, wonach interne Querfinanzierungen von kommunalen Unternehmen zur Aufrechterhaltung ihrer defizitären Leistungsbereiche rechtlich zumindest bedenklich erscheinen. Infolge des zunehmenden Einflusses des europäischen Rechts werden daher weitläufig Dienstleistungen privatisiert und Märkte liberalisiert. Dabei trifft es auch Sektoren, die noch vor nicht allzu langer Zeit als klassischer öffentlicher Aufgabenbereich galten; Post, Energieversorgungsunternehmen und die Bahn sind eindrucksvolle Beispiele. In letzter Konsequenz führt die zunehmende Orientierung an der Wirtschaftlichkeit dazu, dass verlustbringende Dienste in der Fläche entweder stark ausgedünnt oder sogar ganz eingestellt werden.

Hinzu tritt in diesem Zusammenhang der grundlegende Trend zu einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft als Ergebnis der Doppelwirkung aus niedrigen Geburtenzahlen einerseits und steigender Lebenserwartung andererseits. Dass aufgrund dieses demographischen Wandels ein steigender Handlungsdruck für die Träger der Daseinsvorsorge erwächst, liegt auf der Hand: So nimmt infolge des quantitativen Bevölkerungsrückgangs die Anzahl der potenziellen Nutzer ebenso ab als sich infolge der Alterung die Nachfrage nach jugendorientierten Infrastrukturangeboten (z. B. Schulen) abschwächen und die Nachfrage nach altenbezogenen Infrastrukturangeboten (z. B. Pflegeeinrichtungen) erhöhen wird. Dramatische Ausmaße kann diese Entwicklung in dünn besiedelten Regionen mit geringer Bevölkerungsdynamik annehmen. Diese Erkenntnis gilt in der Literatur als unbestritten (Kocks 2003: III; Thum/Fester/Kappeler/Seitz 2005: 172; Müller 2004: 5 ff.; Wirth/Bose 2007). Von dieser Entwicklung sind alle Bundesländer mehr oder weniger stark betroffen. Auch wenn sich dieser Anpassungsdruck aufgrund der günstigeren demographischen Ausgangssituation im Freistaat Bayern (vgl. Beitrag Koch in diesem Band) insgesamt voraussichtlich nicht so extrem wie beispielsweise in den neuen Bundesländern manifestieren und aufgrund der anhaltenden Wanderungsgewinne auch zeitversetzt einsetzen dürfte, so werden auch hier die demographischen Entwicklungen zu einschneidenden Veränderungen bei der Daseinsvorsorge führen. Insbesondere aufgrund der hohen Heterogenität der Bevölkerungsentwicklung und -verteilung in Bayern stehen einige Teilräume Bayerns (v. a. diejenigen mit niedriger Bevölkerungsdichte und Bevölkerungsdynamik) heute schon vor gravierenden Anpassungserfordernissen der Daseinsvorsorge (Beckstein 2005: 20).

² Vgl.: Pressemitteilung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes Nr. 29 vom 01.07.2008, auf: www.dstgb.de

3 Wandel der Daseinsvorsorge

3.1 Vom Modell der Erfüllungsverantwortung hin ...

Die Konzeption der Daseinsvorsorge von Forsthoff sah im Zusammenhang mit der Erbringung der Leistungen der Daseinsvorsorge eine starke Stellung des Staates vor, wenngleich Forsthoff eine vollständige Verstaatlichung in der Form einer öffentlich-rechtlichen Organisation ihrer selbst nicht forderte. Man spricht vor dem Hintergrund des Staates in der Verantwortung auch vom Erfüllungsstaat (Held 2001: 66), von der Erfüllungsverantwortung des Staates (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2005: 13; Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2007: 2) oder auch von der Leistungsverwaltung (Gröttrup 1976)³, da der Staat die Leistungen der Daseinsvorsorge meist in eigener Regie erbringt. Diese Form der Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung ist in der Bundesrepublik nach ihrer Gründung und v. a. nach dem Eintreten des wirtschaftlichen Erfolgs und der steigenden Einnahmen des Staates als sinnvoll angesehen worden. Die in der Literatur häufige pleonastische Verwendung des Begriffs der *öffentlichen Daseinsvorsorge* bzw. deren Betonung verdeutlicht dies (Mensch 2003; Müller 2004: 5).

Während dieser Zeit waren Überlegungen zur Privatisierung verschiedener Bereiche der Daseinsvorsorge noch nicht weit gediehen. Zudem stand einer Privatisierung – auch wenn offensichtlich bereits Interesse der Privatwirtschaft an der Übernahme von lukrativen Versorgungsunternehmen bestanden hatte (Forsthoff 1958: 15) – noch die Auffassung entgegen, dass die Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge per se eine hoheitliche Aufgabe sei und in vollem Umfang beim Staat verbleiben müsse. Forsthoff warnte 1958 auch eindringlich vor einer Zerteilung der Einheit der Daseinsvorsorge und bezeichnete diese Einheit als *praktisches Gebot* (Forsthoff 1958: 14). Einen Vorteil eines gesamten Verbleibs bei der öffentlichen Hand sah man v. a. darin, dass die Dienste der Daseinsvorsorge den sozialen Bedürfnissen aufgrund der Möglichkeit eines interferierenden finanziellen Ausgleichs zwischen prosperierenden und defizitären Bereichen der Daseinsvorsorge flexibel angepasst werden könnten.⁴

Diskussionen gab es lediglich über die Frage, ob entweder der Staat (Bund oder Länder) oder aber die Kommunen in der Leistungsverantwortung stünden und welchen Rechts sie sich bei der Organisation der Leistungserbringung bedienen sollten. Zwar wurden schon damals neben den öffentlich-rechtlichen auch privatrechtliche Handlungsformen für die Organisation der Leistungserbringung für möglich gehalten, die Trägerschaft blieb in jedem Fall aber öffentlich. Die privatrechtlichen Organisationsformen erfreuten sich über die Jahre hinweg allerdings zunehmender Beliebtheit. In diesem Zusammenhang wird sogar von einer *Flucht ins Privatrecht* gesprochen (Rüfner 1967: 254). Von Liberalisierung, Deregulierung und einer ersten *Privatisierungswelle* (Knauff 2004: 55) war der Bereich der Daseinsvorsorge in jedem Fall jedoch noch weit entfernt.

Denn Wettbewerbsgedanken bzw. -motivationen waren interessanterweise nicht die treibende Kraft für die steigende Attraktivität privatrechtlicher Organisationsformen. Auch tarif-, gebühren-, haftungs- oder steuerrechtliche Gründe waren kaum ausschlaggebend. Wesentlich waren vielmehr die Vorentscheidungen über die für am zweckmä-

³ Vgl. hierzu auch das Urteil des OLG Koblenz vom 22.11.2000 – Az. 1 U 1645/97

⁴ Dieses Prinzip ist auch heute noch bekannt: Zahlreiche kommunale Unternehmen wie etwa Stadtwerke „subventionieren“ mit erwirtschafteten Überschüssen (beispielsweise aus der Energieversorgung) defizitäre Bereiche der Leistungsbreite der Daseinsvorsorge (oft beispielsweise den ÖPNV). Diese Praxis ist heute jedoch nicht mehr ganz unproblematisch, denn das europäische Recht untersagt staatliche Beihilfen in Art. 87 des EG-Vertrags.

bigsten gehaltene Organisationsstruktur eines Zweiges. Die Vorreiterrolle dieser Entwicklung übernahmen fast ausnahmslos die Versorgungsbetriebe. Die Popularität der Eigengesellschaft lag in erster Linie darin begründet, dass die von ihr zu erfüllenden Aufgaben einen unbürokratischen, mehr an den technischen und kommerziellen Erfordernissen orientierten als behördlichen Verwaltungsstil verlangten (Gröttrup 1976: 183).

Infolge der überaus günstigen wirtschaftlichen Entwicklung, verbunden mit der grundgesetzlichen Verankerung des Sozialstaatsprinzips und dem Verständnis, dass es sich dabei um ein rechtsverbindliches und nicht nur politisch wünschenswertes Prinzip handele (Knauff 2004: 54), wurde insbesondere in der Zeit nach 1970 die Leistungsbreite der Daseinsvorsorge massiv ausgebaut (Boysen/Neukirchen 2007: 20; Knauff 2004: 47). Dieser Ausbau war in gewisser Form auch von einer quasi finanzierungsimmanenten Zweckmäßigkeit geleitet, da die Einnahmen aus der sich ausdehnenden Wirtschaftstätigkeit der öffentlichen Hand stärker wuchsen als deren Einnahmen insgesamt. Grenzen für eine allzu ausufernde wirtschaftliche Betätigung seitens der öffentlichen Hand stellten lediglich die einschlägigen Formulierungen in den jeweiligen Gemeindeordnungen der Länder dar, die im Wesentlichen auf den Regelungen des § 67 DGO von 1935 beruhen.

Aufgrund der recht großzügigen Spielräume, die die Regelungen der deutschen Gemeindeordnungen nach 1949 lassen, war die Erbringung der Leistungen der Daseinsvorsorge überwiegend öffentlich organisiert. Nicht unerheblicher Spielraum besteht seitdem v. a. bei der Beurteilung der Frage, was zum Bereich der Daseinsvorsorge gehöre und damit im Rahmen einer rechtlich abgesicherten wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden liege. Der Privatwirtschaft wurde daneben die Leistungserbringung aber auch schlichtweg nicht in dem für erforderlich erachteten sozialverträglichen Maß zugestanden (Forsthoff 1958: 14 f.).

Doch mit der Ausweitung des Umfangs der von der öffentlichen Hand bereitgestellten Leistungen der Daseinsvorsorge ging auch die zunehmende Aufgabenverlagerung in den Privatsektor im Sinne einer *schleichenden Privatisierung* einher. Wie oben dargestellt, wählten die von der öffentlichen Hand getragenen Daseinsvorsorgeanbieter immer häufiger auch privatrechtliche Organisationsformen. In diesem Zug kam es auch vermehrt zu tatsächlichen Auslagerungen in den Privatsektor. Insbesondere in den Jahren nach der Wiedervereinigung gewann diese Entwicklung zunehmend an Fahrt.

Die Auslöser für diese Phase, welche auch bezeichnet wird als eine von der Privatisierungsdiskussion geprägte Phase, deren Charakterisierung wegen ihrer inneren Widersprüchlichkeit schwerfällt (Knauff: 2004: 55), werden zum einen mit den zunehmend knapper werdenden öffentlichen Mitteln, ganz besonders auf kommunaler Ebene, und zum anderen mit dem gestiegenen Konkurrenzdruck vonseiten der Privatwirtschaft, die immer mehr Aufgaben der Daseinsvorsorge übernehmen möchte, angegeben (Knauff 2004: 56). Zur Privatisierungsdebatte treten europarechtliche Vorgaben bezüglich des Wettbewerbs im europäischen Binnenmarkt sowie Bestrebungen über eine weitreichende Deregulierung und Liberalisierung der Daseinsvorsorge hinzu. Das Ende staatlicher Monopole und die zeitgleiche Öffnung des Marktes für Mitbewerber ist die logische Konsequenz. Diese Entwicklung beschränkt sich aber nicht nur auf Deutschland – kein Mitgliedstaat der EU ist hiervon ausgenommen (Hellermann 2001b: 81 ff., Schneider/Lippert 2005: 4 ff.). Intensität, Startzeitpunkt und Umfang der Privatisierungen variieren dabei jedoch erheblich, was wiederum neue Problemlagen im Zusammenhang mit dem europäischen Gemeinschaftsrecht schafft.

Zeitgleich kam und kommt es aber auch zu Rückverlagerungen bzw. zur Rückholung von Aufgaben der Daseinsvorsorge in den öffentlichen Sektor (Meyer-Timpe 2006).

Daneben dringt die öffentliche Hand außerdem in Wirtschaftsbereiche ein, deren öffentlicher Zweck fraglich ist bzw. die bislang typischerweise dem Privatsektor zuzurechnen sind (Knauff 2004: 57; Gehrt 2007: 3). Die tatsächliche Lage erscheint infolge des Nebeneinanders von Privatisierung und wirtschaftlicher Betätigung der öffentlichen Hand kaum überschaubar; die Kontrahenten stehen sich fast schon verbissen gegenüber. So beklagte etwa die privatwirtschaftliche Lobbyorganisation Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) bereits im Jahr 2000 auf der einen Seite, dass Bundesländer und Gemeinden den privaten Unternehmen unter dem Deckmantel der Daseinsvorsorge wichtige Geschäftsfelder entzögen (Bundesverband der Deutschen Industrie 2000: 9). Dem stehen auf der anderen Seite Äußerungen gegenüber, dass die Privatwirtschaft in Bereiche vordringe(n wolle), die aufgrund der Gemeinwohlverpflichtung grundsätzlich in öffentlicher Aufgabenträgerschaft verbleiben müssten und in denen die Privatwirtschaft nichts zu suchen habe (Brandl 2002; Schnappauf 2005). Andere wiederum beklagen unfaire Wettbewerbsbedingungen, nach denen sich die Kommunalwirtschaft in einem engen rechtlichen Rahmen bewegen müsse und mit den „multinationale(n) Konzerne(n) mit milliardenschweren Kriegskassen für weitere Eroberungszüge und mit Handlungsfreiheiten sogar über nationale Grenzen hinweg“ (Ude 2007) kaum konkurrieren könne. Die Fronten scheinen verhärtet, sogar von einem *Neuen Grabenkampf* ist die Rede (Scholz 2007: 1).

Als Faktum wird in jedem Fall angesehen, dass im Zeichen von Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung die staatsunmittelbare Leistungsverwaltung als klassischer Modus der Erfüllung staatlicher Daseinsvorsorgeverantwortung seit den 1970er Jahren kontinuierlich an Bedeutung verloren hat (Boysen/Neukirchen 2007: 20). An Dynamik dramatisch zugenommen hat diese Entwicklung insbesondere seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre (Frey 2005: 474). Es wird auch davon gesprochen, dass der deutsche Staat der Daseinsvorsorge in dieser Zeit gewissermaßen „über Nacht umgestürzt“ worden sei (Leibfried 2001: 159).

Als Beleg hierfür können die öffentlichen Unternehmen bzw. Bereiche angeführt werden, die die öffentliche Hand Jahr für Jahr an Private verkauft oder in Aktiengesellschaften umwandelt; die bekanntesten Beispiele der jüngeren Vergangenheit sind der Post- und Telekommunikationssektor, aber auch der Energiesektor. So gab es bis 1998 noch ein Bundesministerium für Post und Telekommunikation; diese Aufgaben werden nun von Privaten wahrgenommen. Doch nicht nur der Bund tritt als Verkäufer auf. Die Städte und Kommunen stehen dieser Entwicklung in nichts nach: Im Zeitraum von 1992 bis 1999 wurden bei den Kommunen rund 500.000 Arbeitsplätze abgebaut (-23,7%) – die meisten hiervon in Bereichen der Daseinsvorsorge (Vesper 2002: 162). Diese Entwicklung hat sich in den letzten Jahren sogar noch weiter verstärkt: So veräußerten Städte und Kommunen allein im Jahr 2005 Vermögen und Unternehmen im Wert von 5,7 Mrd. Euro; allein von 2003 bis 2004 wären daneben 61.000 Arbeitsplätze von der öffentlichen Hand in den Privatsektor gewandert (Schmid 2006).

In der gesellschaftlichen Wahrnehmung ist daher auch von *weniger Staat* (Hellermann 2001c: 20) oder auch von einem *Rückzug des Staates aus der Daseinsvorsorge* (Denninger 2001: 169) die Rede.

3.2 ... zum Modell der Gewährleistungsverantwortung

Diese Entwicklungen sind auch Folge eines gewandelten Staatsverständnisses, welches sich vom *Erfüllungsstaat*, der alle von der Gesellschaft geforderten Leistungen in eigener Regie erbringt, verabschiedet und sich im Verständnis eines *aktivierenden* bzw. *gewährleistenden* Staates wiederfindet (Mäding 2002: 5; Sternberg 2002: 210). Die aufge-

zeigte Entwicklung wird im Zusammenhang mit der Daseinsvorsorge daher auch als Übergang vom Erfüllungsstaat, bzw. von der Erfüllungsverantwortung des Staates (s. o.) hin zum Gewährleistungsstaat, bzw. zur Gewährleistungsverantwortung des Staates bezeichnet (Boysen/Neukirchen 2007: 20).

Das Prinzip der Gewährleistungsverantwortung sieht infolgedessen die Versorgung durch die öffentliche Hand nicht mehr unmittelbar in Form einer eigenständigen staatlichen Leistungserbringung vor. Vielmehr wird die gemeinwohlgerechte Versorgung durch den staatlichen Gesetzgeber und staatliche Regulierungsbehörden sichergestellt: In diesem Zusammenhang kann auch von einem Rückzug auf bloße Regulierungs- und Gewährleistungsverantwortung gesprochen werden (Oldiges 2001: 17). Die Trägerschaft über die leistungserbringenden Daseinsvorsorgebereiche obliegt hiernach nicht mehr ausschließlich und v. a. nicht zwangsläufig der öffentlichen Hand.

Grundlage ist die Erkenntnis, dass der Staat überhaupt oder jedenfalls nach der Liberalisierung, also der Öffnung von Märkten durch Monopolabbau, nicht selbst tätig werden, sondern nur gewährleisten muss, dass das als notwendig Angesehene geschieht (Knauff 2004: 64). Es genügt also für die Sicherstellung der jeweils politisch und gesellschaftlich im Rahmen der Daseinsvorsorge gewünschten Leistungen im Regelfall, wenn der Staat sich auf die Auftragsvergabe und die Aufsicht beschränkt und die Erbringung selbst Privaten überlässt. Anders ausgedrückt: Das Gewährleistungsprinzip ist dadurch gekennzeichnet, dass zwar die Durchführung einer Aufgabe, nicht aber die Verantwortung für diese auf Private verlagert werden kann. Dies bedeutet allerdings im Umkehrschluss nicht, dass die Erfüllung dieser Aufgaben nicht mehr auch durch die öffentliche Hand erfolgen kann. Eine Beteiligung ist per se nicht ausgeschlossen, die öffentliche Hand verliert jedoch ihre bevorzugte Stellung und wird zum *normalen* Marktteilnehmer (Knauff 2004: 65).⁵

Im Vordergrund dieser gesamten Entwicklungen stehen die verwaltungswissenschaftlichen Diskussionen um die Binnenmodernisierung der staatlichen und kommunalen Verwaltungen und der Konzepte des *New Public Management* oder der *Public Governance* bzw. des *Neueren Steuerungsmodells* (Ritter 2006: 133). Bei diesen Ansätzen geht es, auf wirtschaftswissenschaftlichen Theorien beruhend, um eine höhere Wirkungsorientierung staatlichen Handelns mit dem Anspruch einer höheren Kunden- und Produktorientierung und dem Ziel einer Prozess- und Kostenoptimierung. Dabei sollen Regeln und Anordnungen durch Aufträge und Vereinbarungen ersetzt und strategische und operative Kompetenzen getrennt werden; der Staat wandelt sich vom alten Wohlfahrtsstaat zum schlanken Staat mit funktionierenden Wettbewerbsmärkten (Kegelman 2007: 99 ff.).

Die Kritik am Modell der Gewährleistungsverantwortung des Staates hat jedoch insbesondere in der jüngsten Zeit stark zugenommen. Kontrovers wird dabei in Gesellschaft und Politik neben der aufgrund des Bieterwettbewerbs zunehmenden Bevorzugung von Großunternehmen und der damit verbundenen Existenzgefährdung kleiner und mittlerer Unternehmen und Stadtwerke v. a. die soziale Frage diskutiert (Eichhorn 2005: 194).⁶ Bereits 1958 hat Forsthoff davor gewarnt, dass sich die Daseinsvorsorge in der Wirtschaftlichkeit ihrer Durchführung nicht erschöpfen könne (Forsthoff 1958:

⁵ Der Bundesverband der Deutschen Industrie vertritt aus nachvollziehbaren Absichten die Auffassung, dass die Privatwirtschaft die Leistungen der Daseinsvorsorge besser, effizienter, und kostengünstiger für die Empfänger erbringen könne.

⁶ Problematisch wird es dann, wenn sich Private im Sinne der Gewinnmaximierung auf den lukrativen Teil einer Daseinsvorsorgeleistung (z. B. in dichter besiedelten Räumen mit einer größeren Nutzerschaft) zurückziehen wollen und der öffentlichen Hand nur mehr der defizitäre Teil dieser Leistung im Rahmen der Sicherung bzw. Gewährleistung der Grundversorgung obliegen soll.

13 ff.). Vor dem Hintergrund der Diskussionen über den Marktmissbrauch der großen Energieversorgungsunternehmen in Deutschland gewinnen solche Überlegungen wieder neue Aktualität (Dohmen/Kerbusk 2007). Im Extremfall könnte dies sogar zu einem Wiedereinstieg der öffentlichen Hand in bestimmte, bereits privatisierte Bereiche der Daseinsvorsorge führen. Auch am Beispiel des öffentlichen Nahverkehrs lassen sich beträchtliche Zweifel an der Dienlichkeit einer gewährleistenden Rolle des Staats und dem grundsätzlichen Nutzen eines verstärkten Wettbewerbs aufzeigen (Werner/Schaafkamp 2002: 127).

Sensibilisiert durch die o. g. Entwicklungen und die Diskussionen um die Rolle der Privatwirtschaft und deren Gebaren ist infolge der zunehmenden Kritik an der Liberalisierung und Privatisierung ein Meinungsumschwung in der Öffentlichkeit zu konstatieren. Der Ruf nach einer gewichtigeren Rolle der öffentlichen Hand bei der Erfüllung der Daseinsvorsorgeleistungen wird wieder lauter (Geue 2007: 10; Dohmen/Jung 2008: 58 ff.) oder Privatisierungsbestrebungen werden von der Bürgerschaft gar klare Abfuhr erteilt: So hat beispielsweise im Januar 2008 im Rahmen eines Bürgerentscheids in Leipzig mit rund 87 % der abgegebenen Stimmen eine eindeutige Mehrheit gegen eine Teilprivatisierung der Leipziger Stadtwerke votiert – drohende Verschlechterungen des ÖPNV-Angebots aufgrund des Wegbruchs der internen Quersubventionierung waren offenbar mit ausschlaggebend für diese eindeutige Entscheidung. Wie sich die jüngste globale Finanzkrise auf den Bereich der Daseinsvorsorge auswirken wird, kann nicht eingeschätzt werden und bleibt danach abzuwarten. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass es in der öffentlichen Wahrnehmung nicht nur bei einem lauter werdenden Ruf nach einer gewichtigeren Rolle des Staates bleiben wird und das Pendel der Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung sogar irgendwann zurückschlagen könnte.

4 Leistungen der Daseinsvorsorge – was gehört dazu?

Aus dem Grundgesetz lässt sich keine eindeutige Aussage darüber ableiten, welche Bereiche zum Leistungsumfang der Daseinsvorsorge zu zählen wären. Lediglich in einigen wenigen Fachgesetzen des Bundes⁷ und der Länder wird die Daseinsvorsorge überhaupt genannt; dementsprechend sind auch nur wenige Leistungen de jure der Daseinsvorsorge zuzurechnen. Das Recht bietet daher de facto nur eine eingeschränkte Argumentationshilfe bei der Frage nach dem Leistungsumfang.

Doch auch in der einschlägigen Literatur sucht man nach einer abschließenden Liste der Leistungen der Daseinsvorsorge vergeblich. Die meisten Quellen weisen darauf hin, dass eine solche Auflistung schlicht unmöglich wäre (Hellermann 2001b: 80); andere stellen fest, dass es sich nicht ein für allemal festlegen ließe, welche Aufgaben das im Einzelnen wären, da es keinen abschließenden Katalog der öffentlichen Aufgaben gäbe (Ronellenfitsch 2003: 77). So wäre es sogar einfacher, die Bereiche zu benennen, die nicht in den Einzugsbereich der Daseinsvorsorge gehörten, als umgekehrt (Miegel 2003: 29).

Wenn in der Literatur überhaupt Aussagen zum Leistungsumfang der Daseinsvorsorge getroffen werden, so in den allermeisten Fällen mit dem Hinweis darauf, dass diese Aufzählungen nicht abschließend wären (Dreher 2001: 34) oder es sich dabei lediglich um die Darstellung eines grundsätzlichen Rahmenbereichs (Brandl 2002) der Daseinsvorsorgeleistungen handele und sich dieser aufgrund von politischen Entscheidungen stets verändern könne. Doch selbst hierzu existieren unterschiedliche Auffassungen. Das Problem liegt dabei offensichtlich auch in der Grenzziehung zwischen spezifisch

⁷ Z. B. § 1 Regionalisierungsgesetz (RegG), § 2 Abs. 1 Nr. 2 Umweltinformationsgesetz (UIG)

staatlichem und privatwirtschaftlichem Aufgabenbereich (Hellermann 2000: 149). Dies lässt sich eindrucksvoll an folgendem Beispiel aufzeigen: Es wird kaum ernsthaft abzustreiten sein, dass die Trinkwasserversorgung ein zentraler Aufgabenbereich der Daseinsvorsorge ist. Aber warum ist dies für die leitungsgebundene Wasserversorgung offenbar unstrittig, während die Ansicht, dass die Versorgung mit Trinkwasser aus Flaschen ebenfalls zur Daseinsvorsorge gehöre, wohl kaum jemand teilen wird?

Unbestritten bleibt in der Frage nach dem Aufgabenspektrum der Daseinsvorsorge offenbar lediglich, dass das wichtigste Aufgabengebiet der Daseinsvorsorge die Erfüllung des Infrastrukturauftrags sei (Fuchs 2005: 2; Schulz-Nieswandt 2005: 14; Ronellenfisch 2005: 201). Insofern können die Begriffe *Daseinsvorsorge* und *Infrastruktur* bis zu einem gewissen Grad auch synonym verwendet werden.

Der dem sehr eng verstandenen Sprachgebrauch der NATO entlehnte Begriff der Infrastruktur gilt nach einer sehr weiten Begriffsabgrenzung als der materielle, institutionelle und personelle Unterbau einer arbeitsteiligen Wirtschaft (Jochimsen 1966: 100; Jellinghaus 2006: 5; Frey 2005: 470). Man kann in diesem Zusammenhang auch davon sprechen, dass die Infrastruktur im Grundsatz die materielle, institutionelle und personelle Voraussetzung für die Erbringung der Daseinsvorsorge darstellt. Damit erlangt die Daseinsvorsorge erhebliche Raumrelevanz. Denn die zur Erbringung oder Gewährleistung der Daseinsvorsorge erforderliche Infrastruktur bildet eine wichtige Grundlage zur Herstellung der räumlichen Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen – eines auch im aktuellen Raumordnungsgesetz weiterhin verankerten Postulats der Raumordnung.

Unter den drei Dimensionen der Infrastruktur (materiell, institutionell und personell) sind all jene Anlagen, Einrichtungen und Gegebenheiten zu verstehen, die zur Erreichung angestrebter Ziele erforderlich sind, z. B. die Infrastruktur einer Schule zur Erfüllung ihres Bildungsauftrages. Die personelle Infrastruktur umfasst dabei die geistigen, unternehmerischen und handwerklichen Fähigkeiten der beteiligten Personen (*Human-kapital*). Als institutionelle Infrastruktur werden die gesellschaftlichen Normen, Einrichtungen und Verfahrensweisen bezeichnet (Wirtschafts- und Rechtsordnung).

Abb. 1: Klassifizierung von Infrastruktur

Infrastruktur			
institutionelle Infrastruktur (gewachsene und gesetzte Normen, Abgaben- und Entgeltgestaltung, etc.)	materielle Infrastruktur (Sachkapital in Form von Anlagen und Ausrüstungen)		personelle Infrastruktur (Humankapital)
	technische Infrastruktur	soziale Infrastruktur	
	private Produktionsanlagen	öffentliche materielle Infrastruktur	
		haushaltsbezogen (z.B. Schulen)	
	indirekt unternehmensbezogen		

Materielle Infrastruktur (*Sachkapital*) lässt sich nach einer Klassifizierung in öffentliche und in private Infrastruktur unterteilen; die öffentliche Infrastruktur wiederum lässt sich in haushalts- und in unternehmensbezogene Infrastruktur unterscheiden. Geläufiger ist jedoch die Unterscheidung materieller Infrastruktur in *technische Infrastruktur* einerseits (Verkehr und Kommunikation, Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung) und in *soziale Infrastruktur* andererseits (Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Kindergärten, Sport- und Erholungsanlagen, Krankenhäuser und Pflegeheime). Technische und soziale Infrastruktur können dabei sowohl öffentlich als auch privat getragen sein.

Die materielle Infrastruktur ist danach also v.a. diejenige, welche die baulich-technischen örtlichen und überörtlichen Anlagen, Gebäude, Netze und sonstigen Einrichtungen umfasst. Diese ist für die Daseinsvorsorge – allein aufgrund ihrer höheren Kapitalintensität bei ihrer Erstellung und ihrem Unterhalt – zweifellos von besonderer Bedeutung (Jellinghaus 2006: 5). Die materielle Infrastruktur weist dabei eine punktuelle (Anlagen, Gebäude etc.) und eine lineare Dimension (Netze, Leitungen) auf.

Tab. 1: Kernleistungen der Daseinsvorsorge

Was gehört zu den Kernaufgaben der Daseinsvorsorge?								
Leistungen	Definition nach	SCHILL-DICKHUT 2002	COX 2001	HELLERMANN 2001	BMVBS o.J.	LENK; ROTTMANN 2007	EUROP. KOMMISSION 2000	DREHER 2001
Abfallwirtschaft		•	•	•	•	•		•
Abwasserentsorgung		•	•	•	•	•		•
Wasserversorgung		•	•	•	•	•	•	•
Energieversorgung (Gas/Elektrizität)		•	•	•	•	•	•	•
(Öffentlicher Personen)Verkehr		•	•	•	•	•	•	•
Gesundheitswesen		•	•		•	•		
Bildung/Schulen			•		•	•		
Post			•	•				•
Telekommunikation			•	•			•	•
Rundfunk				•				•
Sparkassen		•				•		
kulturelle Dienste			•			•		
soziale bzw. Wohlfahrtsdienste			•			•		
öffentliche Sicherheit			•					

In Tabelle 1 ist aufgeführt, welche Leistungen verschiedenen Quellen zufolge dem Kern der Daseinsvorsorgeleistungen zuzurechnen wären. Legt man der Beurteilung die Häufigkeit der Nennungen zugrunde, wird schnell ersichtlich, dass es v.a. die netz- bzw. leitungsgebundenen Dienstleistungen sind, die ohne größere Zweifel zum Kern der Daseinsvorsorge zu zählen sind (Energie, Wasser, Abwasser, Abfall, Verkehrsinfrastruktur). Noch relativ unumstritten dürfte sein, dass auch Teile der sozialen Infrastruktur (Bildung, Gesundheit) hinzuzurechnen wären, wohingegen hierzu Leistungen wie beispielsweise der Rundfunk offenbar nicht zwangsläufig gehören. Das hier gezeichnete Bild entspricht danach dem o. a. Verständnis des (materiellen) Infrastruktursicherungsauftrags der Daseinsvorsorge in besonderem Maße. Mit den netzgebundenen Ver- und Entsorgungsdienstleistungen sowie des Verkehrs erlangt die Bereitstellung von technischer Infrastruktur und deren Betrieb und Unterhalt wiederum eine besonders zentrale Bedeutung für die Daseinsvorsorge. Das liegt auf der Hand: Ohne eine entsprechende technische Infrastruktur sind Ver- und Entsorgungsaufgaben nicht erfüllbar; beispielsweise ist eine auf ein hohes Versorgungsniveau zugeschnittene und dauerhaft gesicherte Gasversorgung ohne Gasleitung nicht möglich.

Eine Zusammenstellung des Kerns der Daseinsvorsorgeleistungen trifft allerdings noch keinerlei Aussage darüber, in wessen Trägerschaft diese Leistungen im Einzelnen erbracht werden, bzw. welche Körperschaft in Bayern für diese in der Verantwortung steht. Die Aufgabenträgerschaft ist bei der Definierung des Leistungsumfangs der (öffentlichen) Daseinsvorsorge zunächst auch nur von zweitrangigem Interesse, da die öffentliche Hand heute nicht mehr zwangsläufig der eigenverantwortliche Erbringer sondern nur mehr Gewährleister dieser Leistungen ist und es bei einer Leistungserbringung durch Private nicht wesentlich darauf ankommt, ob nun der Bund, die Bundesländer, die Kreise oder die Kommunen diese zu gewährleisten haben.

Die Aufgabenträgerschaft wird jedoch im Rahmen von Finanzierungsfragen im Zusammenhang mit der Grundversorgung relevant – im Besonderen dann, wenn diese Leistungen überwiegend nicht durch Private erbracht werden, z.B. Abwasserentsorgung. Zudem ist sie auch dann von Interesse, wenn es darum geht, zu klären, wer denn für die Überwachung und Regulierung zuständig ist. Eine Zuordnung der Aufgaben zu den unterschiedlichen Trägern ist in der Bundesrepublik Deutschland dabei jedoch aufgrund des föderalen Staatsaufbaus nicht generalisierend möglich. Denn selbst innerhalb der einzelnen Bundesländer existieren teilweise unterschiedliche Trägerschaftsmodelle, z.B. Wasserversorgung in kommunaler Alleinträgerschaft, in interkommunalen Zweckverbänden oder sogar in Form von Public-Private-Partnerships (Schöneich 2001: 143 ff.), was wiederum auf regional bzw. lokal unterschiedliche und gewachsene Strukturen sowie historische Besonderheiten zurückzuführen ist. Dies ist auch im Freistaat Bayern der Fall. Prinzipiell ist – dem Subsidiaritätsprinzip entsprechend – die Trägerschaft über einzelne Aufgabenbereiche grundsätzlich denjenigen Gebietskörperschaften vorbehalten, auf deren räumlichen Umgriff sich diese beziehen, bzw. die von ihnen im Rahmen ihres Leistungsvermögens erfüllt werden können.

In der Praxis hat, wie oben dargelegt, der kommunale Sektor in Deutschland einen beträchtlichen Anteil an der Daseinsvorsorge. Die Trägerschaft ist dabei nicht selten in Form der *klassischen* Stadtwerke organisiert, die gleich mehrere Aufgaben abdecken. Besonders stellt sich die Situation jedoch in den Daseinsvorsorgesektoren Post und Telekommunikation sowie – für die kommunalen Unternehmen wesentlich bedeutender – Energieversorgung dar. Die Märkte dieser Sektoren sind im Zuge der Anpassung an EU-Recht bereits vollständig liberalisiert worden.

Der Bund hat kraft Verfassung die alleinige Trägerschaft für bestimmte Leistungen inne; hierzu gehören v.a. die hoheitlichen Aufgabenbereiche des Bundes, z.B. Bundeswehr, Bundespolizei. Für den oben definierten Kernbereich der Daseinsvorsorgeleistungen ist der Bund zunächst für das Post- und Telekommunikationswesen im Rahmen einer Gewährleistungspflicht zuständig. Darüber hinaus stellt er die Verkehrswege des Bundes (Bundesautobahnen und -straßen sowie Schienenverkehrswege und Wasserstraßen) bereit. Einzelne Aufgaben des Bundes werden jedoch auch in Regie der Bundesländer nach Art. 83 ff. GG als eigene Angelegenheit wahrgenommen. Deutlich wird dies beispielsweise im Verkehrsbereich; so werden die Bundesautobahnen zwar aus dem Bundeshaushalt finanziert, aber von den Ländern im Rahmen der Auftragsverwaltung betreut (Art. 90 Abs. 2 GG).

Dem Subsidiaritätsprinzip wird in Bayern durchgehend nachgekommen. Der Freistaat Bayern steht danach v.a. entweder als direkter Träger oder aber als Gewährleister der landesweit bedeutsamen daseinsvorsorgerelevanten Bereiche in der Verantwortung. In der Praxis sind dies insbesondere jene Leistungen der Daseinsvorsorge, die weder im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung, noch im Rahmen der Leistungsfähigkeit

der Landkreise zu bewältigen sind und/oder deren Wirkungen über deren jeweilige administrative Grenzen hinausgehen.

Eine allgemeine und abschließende Aussage zu den Zuständigkeiten kann jedoch nicht getroffen werden, da die Zuständigkeitsfrage in der Praxis aufgrund regionaler bzw. lokaler Besonderheiten nicht eindeutig beantwortet werden kann (s. o.). Die entsprechenden trägerschaftsrelevanten Gesetze sehen hiernach für diese Fälle nahezu durchgehend die Möglichkeit der Aufgabenverlagerung vor. So stehen beispielsweise für den Aufgabenbereich der Abfallwirtschaft per Gesetz grundsätzlich die Landkreise in der Verantwortung, die Aufgaben können jedoch auch auf Zweckverbände oder einzelne Gemeinden übertragen werden. Von der Möglichkeit, Aufgaben zu verlagern wird in der Praxis unterschiedlich und zum Teil reger Gebrauch gemacht.

4.1 Daseinsvorsorgeaufgaben des Freistaats

Nach Artikel 152 der Bayerischen Verfassung hat der Freistaat zunächst über die geordnete Herstellung und Verteilung der wirtschaftlichen Güter zur Deckung des notwendigen Lebensbedarfes der Bevölkerung zu wachen. Innerhalb der oben definierten Kernleistungen der Daseinsvorsorge stünde hiernach der Freistaat insbesondere für die Versorgung mit Wasser und Energie in der Pflicht. Hieraus lässt sich zwar eine generelle Gewährleistungspflicht für diese Leistungen ableiten, der Freistaat hat diese Aufgaben allerdings weitgehend auf Kommunen und Landkreise übertragen (Beispiel des Wirkungskreises der Gemeinden nach Art. 83 BayVerf). Insoweit kann auch die Gewährleistungspflicht als auf diese Körperschaften übergegangen interpretiert werden. In gewisser Weise hat der Freistaat durch diese Aufgabenübertragung ja auch *sichergestellt*, dass diese Leistungen erbracht werden.

Die Trägerschaft im Rahmen der Erfüllungsverantwortung, bzw. die Verantwortung im Rahmen des Gewährleistungsprinzips, hat der Freistaat Bayern für die Kernleistungen

- der Energieversorgung (im Sinne der genannten Überwachung der geordneten Herstellung und Verteilung der wirtschaftlichen Güter zur Deckung des notwendigen Lebensbedarfs der Bevölkerung nach Art. 152 BayVerf),
- der Wasserversorgung (ebenfalls im obigen Sinne),
- des Schienenpersonennahverkehrs (Art. 15 BayÖPNVG),
- der Bundes- (im Rahmen der Übertragung durch den Bund nach Art. 90 Abs. 2 GG) und Staatsstraßen (Art. 41 BayStrWG) und
- der staatlichen Hochschulen (Art. 5 BayHSchG).

Im Bereich der Grund- und Hauptschulen hat der Freistaat zwar keine Zuständigkeit im Sinne der Bereitstellung der Infrastruktur, er wirkt aber nach Art. 4 BaySchFG bei Betrieb und Unterhaltung auch im Rahmen von Finanzierungshilfen (Art. 5 BaySchFG) mit.

Insbesondere die Aufgaben der Energie- und Wasserversorgung werden als von der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie abgedeckt angesehen. Häufig werden sie von den klassischen kommunalen Stadtwerken wahrgenommen, die nicht selten gleich mehrere Daseinsvorsorgeaufgaben unter einem Dach zusammenfassen und als Allroundanbieter auftreten.

4.2 Daseinsvorsorgeaufgaben der Landkreise

Den Landkreisen steht in Bayern nach Art. 4 LKrO die Erfüllung der auf das Kreisgebiet beschränkten öffentlichen Aufgaben zu, die über die Zuständigkeit oder das Leistungsvermögen der kreisangehörigen Gemeinden hinausgehen, soweit es sich nicht um Staatsaufgaben handelt. Nach diesem Verständnis sind all jene Aufgaben, die nicht mehr im Rahmen der gemeindlichen Selbstverwaltung zu erbringen sind und alle jene, die noch keine staatliche Aufgabenträgerschaft begründen, grundsätzlich von den Kreisen wahrzunehmen. Theoretisch sind die Landkreise damit für eine Vielzahl an Daseinsvorsorgeleistungen verantwortlich. Dreh- und Angelpunkt ist die Feststellung, dass es sich bei einer solchen Leistung um eine handelt, die nicht mehr im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung bewältigt werden kann und für die der Kreis damit automatisch die Trägerschaft zu übernehmen hat. Daneben können die Landkreise nach Art. 52 LKrO auch Aufgaben kreisangehöriger Gemeinden übernehmen, sofern diese die Übernahme beantragen und die betreffende Aufgabe die Leistungsfähigkeit der Gemeinden übersteigt.

In der Praxis wird dabei in Pflichtaufgaben und freiwillige Aufgaben unterschieden.⁸ Zu den Pflichtaufgaben aus dem Bereich des oben definierten Kerns der Daseinsvorsorge gehören die Aufgabenbereiche

- der Abfallwirtschaft (Art. 3 BayAbfG),
- der Altenheime, der Sozial- und Jugendhilfe (Art. 51 Abs. 2 LKrO),
- der Krankenhäuser (Art. 51 Abs. 3 LKrO),
- der Berufsschulen, Realschulen und Gymnasien, Berufsfachschulen, Fachoberschulen und Sonderschulen (Art. 8 Abs. 1 BaySchFG) sowie
- der (Kreis)Straßen (Art. 41 BayStrWG).

Örtliche Einzelfallabweichungen in der Form einer Übertragung dieser Aufgaben auf kreisangehörige Kommunen und/oder Zweckverbände sind dabei aber möglich.⁹ Zu den freiwilligen Aufgabenbereichen zählen beispielsweise die Förderung oder Trägerschaft von Einrichtungen der Erwachsenenbildung und von überörtlichen Büchereien, die Kulturpflege (z. B. Museen, Denkmäler, Musikschulen und Chöre, überörtliche Heimatpflege), die Sportförderung für überörtliche Einrichtungen und im Rahmen der Jugendarbeit oder aber – aus dem Bereich des Kerns der Daseinsvorsorgeleistungen – auch

- der allgemeine öffentliche Personennahverkehr (Art. 8 BayÖPNVG).

Nach Angaben des Bayerischen Landkreistags stellen die freiwilligen Aufgaben, bei deren Erfüllung der Landkreis einen uneingeschränkten Ermessensspielraum hat, den wichtigsten Teil der Selbstverwaltung der Landkreise dar.¹⁰ Ein Vorrang der Pflichtaufgaben sei im Übrigen damit nicht verknüpft, vielmehr sei es den Landkreisen anheim zu stellen, ob sie mit ihren Mitteln eine Kreisstraße oder eine kulturelle Einrichtung ausbauen. Eine landkreisspezifische Prioritätensetzung ist hiernach möglich.

⁸ Vgl. z. B. <http://www.kreisnavigator.de/landkreistag/kreisaufgaben-index.htm> sowie <http://www.bay-landkreistag.de/eigener-wirkungskr.htm> (letzter Zugriff am 14.07.2010)

⁹ So z. B. bei den Schulen (Art. 8 Abs. 2 BaySchFG) oder auch bei der Abfallwirtschaft (Art. 5 BayAbfG)

¹⁰ Vgl. <http://www.bay-landkreistag.de/eigener-wirkungskr.htm> (letzter Zugriff am 14.07.2010)

4.3 Kommunale Daseinsvorsorge

Die kommunale Ebene (Städte und Gemeinden) ist bei der Erbringung der Daseinsvorsorgeleistungen die Ebene mit der größten Bedeutung. In Bayern wiederum nimmt die kommunale Daseinsvorsorge eine besondere, weil überdurchschnittlich starke Stellung ein. Wie ein bundesweiter Vergleich zeigt, sind die Einnahmen der Kommunen aus der wirtschaftlichen Betätigung (Daseinsvorsorgeleistungen im weiteren Sinne) von allen Bundesländern in Bayern prozentual gesehen am höchsten und im Zeitraum von 1999 bis 2004 in ihrer absoluten Höhe sogar noch angestiegen. Der mit Abstand größte Anteil der kommunalen Einnahmen aus der wirtschaftlichen Betätigung stammt dabei aus dem Bereich der Versorgungswirtschaft (Gas, Wasser, Strom, Fernwärme u. a.) (Bardt/Fuest 2007: 7).

Die Zuständigkeit für einzelne Daseinsvorsorgebereiche ist anhand der Art. 83 BayVerf und Art. 57 BayGemO prinzipiell den Gemeinden zuzurechnen. Durch die Definition des eigenen Wirkungskreises sind Leistungen definierbar, die im Sinne des Gesetzestextes von den Gemeinden zu erbringen sind. Art. 57 Abs. 1 Satz 1 BayGemO sagt aus, dass die Gemeinden im eigenen Wirkungskreis in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die öffentlichen Einrichtungen schaffen und erhalten, die nach den örtlichen Verhältnissen für das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wohl und die Förderung des Gemeinschaftslebens ihrer Einwohner erforderlich sind. Die dem Freistaat auferlegte Pflicht, die geordnete Herstellung und Verteilung der wirtschaftlichen Güter zur Deckung des notwendigen Lebensbedarfes der Bevölkerung zu überwachen, ist über diese Regelungen auf die Gemeinden übergegangen.

Es bleibt jedoch darauf hinzuweisen, dass die Aufgabenträgerschaft der Gemeinden rechtlich nur insoweit gedeckt ist, als dass nicht gegen Art. 28 Abs. 2 GG verstoßen werden kann, d. h. es muss sich um eine Angelegenheit der örtlichen Gemeinschaft handeln. Im Rahmen des Kernbereichs der Daseinsvorsorge stehen die Gemeinden hiernach für die Leistungen

- der Abwasserbeseitigung bzw. -behandlung (Art. 41 b BayWG),
- der Trinkwasserversorgung (Art. 57 Abs. 2 BayGemO),
- der Versorgung mit Energie (Gas und Elektrizität), sofern ein kommunales Versorgungsunternehmen Grundversorger nach § 36 EnWG ist,
- der Grund- und Hauptschulen (Volksschulen), für deren Gebiet oder Teilen davon die Schule errichtet ist (Art. 8 Abs. 1 BaySchFG) sowie
- des kommunalen Straßenwesens (Art. 46 ff. BayStrWG)

in der Verantwortung. Die kommunale Aufgabenwahrnehmung wird im föderalen Deutschland allerdings in unterschiedlicher Weise vollzogen. Grundsätzlich ist zu unterscheiden in ein dualistisches und ein monistisches Aufgabenmodell. Bayern orientiert sich am monistischen Aufgabenmodell, wonach alle von der Gemeinde wahrgenommenen Aufgaben auch als kommunale Aufgaben angesehen werden. Dementsprechend liegt, im Gegensatz zum dualistischen Aufgabenmodell, auch bei Vorliegen umfassender staatlicher Weisungsrechte immer eine gemeindliche Aufgabenwahrnehmung vor.¹¹

¹¹ Nach dem dualistischen Modell gibt es staatsfreie und originär den Gemeinden zuzuordnende Aufgaben. Daneben treten von der Gemeinde wahrgenommene Aufgaben, die vom Staat übertragen worden sind. Da hier ein umfassendes staatliches Weisungsrecht besteht, liegt die Aufgabenzuordnung beim Staat. Zu beachten ist, dass das bayerische Kommunalrecht zwar nach der Diktion des dualistischen Modells von Auftragsangelegenheiten spricht, sachlich jedoch dem monistischen Modell folgt (vgl. <http://www.saarheim.de/Anmerkungen/verwaltungsorganisationsformen.htm>, letzter Zugriff am 14.07.2010).

Auch bei den kommunalen Aufgaben wird also unterschieden zwischen Pflichtaufgaben einerseits und freiwilligen Aufgaben andererseits. Von den o. g. kommunalen Aufgaben aus dem Kernbereich der Daseinsvorsorge sind allerdings alle den Pflichtaufgaben zuzuordnen; freiwillige Aufgaben wären beispielsweise der Betrieb von Schwimmbädern oder dergleichen. Ob und wie eine Gemeinde freiwillige Aufgaben erfüllt, ist ihr überlassen.

Bei den Pflichtaufgaben wiederum wird unterschieden zwischen Pflichtaufgaben ohne Weisung und Pflichtaufgaben mit Weisung. Pflichtaufgaben ohne Weisung sind beispielsweise die Versorgung mit Strom, Gas und Wasser, der Bau von Kindergärten und Schulen. Der Kommune ist dabei überlassen, wie sie deren Aufgabenerfüllung regelt. Pflichtaufgaben nach Weisung hingegen müssen von der Kommune nach staatlichen Vorgaben erledigt werden. Dazu gehören beispielsweise die Bereitstellung von Feuerwehr, Rettungsdiensten und Katastrophenschutz.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass sämtliche kommunale Aufgaben aus dem Kernbereich der Daseinsvorsorge nach derzeit geltender Rechtslage und gegenwärtigem Aufgabenverständnis in Bayern den Pflichtaufgaben ohne Weisung zuzuordnen sind. Dies ist ein entscheidendes Ergebnis, denn den Kommunen wird dadurch zwar auferlegt, diese Aufgaben wahrzunehmen; wie sie dies jedoch tun, bleibt ihnen überlassen. Es bestehen demnach zum Teil erhebliche Gestaltungsspielräume, die in Anbetracht der demographischen Herausforderungen mit all ihren Begleiterscheinungen ausgenutzt werden können und auch ausgenutzt werden müssen.

5 Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Daseinsvorsorge

Auf den Kern der Daseinsvorsorge mit den entsprechenden Leistungen wird sich der demographische Wandel aufgrund der großen räumlichen Disparitäten je nach lokaler Ausprägung auch kleinräumig in unterschiedlicher Intensität auswirken. Durch den demographischen Wandel induzierte Auswirkungen sind analog zu dessen Dimensionen (Schrumpfung, Alterung, Heterogenisierung, insbesondere Internationalisierung) aufgrund

- der veränderten Dynamik des natürlichen Bevölkerungswachstums (niedrige Fertilitätsraten),
- der Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung (steigende Lebenserwartung und niedrige Fertilitätsraten) und
- der wachsenden Internationalisierung der Bevölkerung durch Zuwanderungen aus dem Ausland

zu erwarten. Außen vor bleiben hier solche Auswirkungen, die den demographischen Wandel überlagernde Entwicklungen beinhalten (Wertewandel, Trend zu Single-Haushalten, Pluralisierung der Lebensstile etc.). Die folgende Betrachtung fokussiert sich darüber hinaus primär auf die ersten beiden Aufzählungspunkte. Diese stellen die entscheidenden Parameter für die zukünftig zu erwartenden strukturellen Nachfrageveränderungen der Daseinsvorsorge dar. So sind durch die Internationalisierung der Bevölkerung keine signifikanten Angebots- oder Nachfrageanpassungszwänge der Daseinsvorsorge zu erwarten. Dies ist wenig erstaunlich, ist es für die Versorgung der Bevölkerung doch zunächst unerheblich, welcher Nationalität diese angehört: Die Nachfrage bei der Versorgung mit Wasser ist beispielsweise nicht davon abhängig, in welchem Verhältnis sich die Bevölkerung aus Einheimischen und Migranten zusammensetzt, sondern

vielmehr davon, wie zahlreich diese Menschen an einem Standort als Nutzer in Erscheinung treten.

5.1 Änderungen der Nachfragesituation

Unterschieden werden können solche Nachfrageveränderungen, die sich infolge der Abnahme der Bevölkerungszahlen generell in quantitativer Form ausdrücken, von jenen Veränderungen der Nachfragesituation, die sich infolge der strukturellen Bevölkerungsveränderungen in einer qualitativen (und in der Folge wiederum quantitativen) Veränderung der Nachfrage nach altersspezifischen Infrastruktureinrichtungen ausdrücken.

Nachfrageveränderungen infolge von Bevölkerungsrückgängen und strukturellen Veränderungen im Bevölkerungsaufbau werden sich aufgrund der unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklungen in den Teilräumen Bayerns jedoch sehr heterogen darstellen. Einige wenige Teilräume werden sogar noch weitere Bevölkerungszunahmen zu erwarten haben. So wird beispielsweise der Ballungsraum München auch längerfristig noch über Bevölkerungszuwächse und damit auch über eine weiter steigende Nachfrage an jeglichen Leistungen der Daseinsvorsorge verfügen. Dagegen sind in anderen Teilräumen Bayerns die Bevölkerungszahlen schon seit Längerem rückläufig, was generell eine sinkende Nachfrage an Daseinsvorsorgeleistungen nach sich zieht. Eine pauschal gültige Aussage über generelle Nachfrageänderungen kann damit konsequenterweise nicht abgegeben werden – vielmehr sind diese räumlich unterschiedlich differenziert ausgeprägt, weshalb die nachfolgenden Äußerungen jeweils hinsichtlich der spezifischen teilträumlichen Situation zu relativieren sind.

Auf einzelne Daseinsvorsorgebereiche sowie auf Beispiele aus den Teilräumen Bayerns gehen die weiteren Beiträge in dieser Publikation detaillierter ein.

5.1.1 Quantitative Auswirkungen durch den Bevölkerungsrückgang

In der Ökonomie wird (in marktwirtschaftlichen Systemen) das Angebot durch die Nachfrage beeinflusst und umgekehrt. Sieht man einmal von den sich ständig verändernden gesellschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen der Daseinsvorsorge ab, so verhält es sich auch im Bereich der Daseinsvorsorgeleistungen grundsätzlich ähnlich: Die Quantität der Nachfrager und deren Nutzerverhalten regelt das Angebot und den Umfang an Daseinsvorsorgeleistungen. Allerdings waren bislang hauptsächlich Zunahmen, also eine stetig steigende Nachfrage infolge von Bevölkerungszuwächsen, zu bewältigen.¹² Eventuell auftretende Unterversorgungserscheinungen und Kapazitätsengpässe infolge neu hinzutretender Nachfrager wurden über den an das entsprechende Wachstum angepassten Aus- und Neubau infrastruktureller Einrichtungen aufgefangen. Nimmt die Bevölkerung quantitativ zu, nehmen auch der Umfang und die Ausdehnung der infrastrukturellen Einrichtungen zu – in diesem Zusammenhang wäre eine solche Phase auch als infrastrukturelle Wachstumsphase zu bezeichnen.

Im Zuge des durch den demographischen Wandel bedingten Bevölkerungsrückgangs tritt dagegen eine Situation ein, die generell als Stagnations- und Schrumpfungsphase wahrgenommen werden muss. Mit der Abnahme des Bevölkerungsumfangs ist logischerweise auch ein Rückgang der potenziellen Nutzer von Daseinsvorsorgeleistungen verbunden. Dies bedeutet, dass weniger Nutzer die vorgehaltenen Infrastruktureinrichtungen in Anspruch nehmen und deren Auslastungsgrad zu sinken beginnt. Vor diesem

¹² In einigen Leistungsbereichen waren allerdings auch in der Vergangenheit bereits Rückgänge aufgrund veränderten Nutzerverhaltens (z.B. geringerer Wasserverbrauch pro Kopf) zu beobachten. Diese Rückgänge fielen jedoch aufgrund der steigenden Bevölkerungszahlen bislang nicht besonders ins Gewicht.

Hintergrund ist anzunehmen, dass insbesondere solche Leistungen der Daseinsvorsorge unter erheblichen Anpassungsdruck aufgrund des Bevölkerungsrückgangs geraten dürfen, die nicht durch flexible Lösungen umgewidmet werden können (z. B. Umbaumaßnahmen von Schulgebäuden und Neunutzung als Pflegeeinrichtung) und bei denen das Alter der Nutzer keine besondere Rolle spielt. Dies ist v. a. bei den altersunabhängigen Dienstleistungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft der Fall. Signifikante Unterschiede im Wasser- oder Energieverbrauch unterschiedlicher Altersgruppen sind nicht unbedingt zu erwarten bzw. sind bislang nicht empirisch zu belegen (Tietz 2006: 158). Von wesentlich größerer Bedeutung ist jedenfalls der quantitative Rückgang der Nutzerzahlen.

Geht die Bevölkerungszahl zurück, wird auch der Wasser- und Energieverbrauch, das Abwasser- und Müllaufkommen sowie der Bedarf an sozialen Einrichtungen rückläufig sein, es sei denn, das Nutzerverhalten ändert sich maßgeblich. Gegenwärtig sieht es allerdings nicht danach aus, als dass rückläufige Nutzerzahlen durch einen steigenden Pro-Kopf-Verbrauch oder ein höheres Pro-Kopf-Aufkommen kompensiert werden würden. Im Gegenteil ist eher davon auszugehen, dass sich der Trend zu sparsamem und verantwortungsbewusstem Umgang mit den verfügbaren Ressourcen auch infolge langfristig steigender Energiepreise sowie zusätzlicher Einsparpotenziale und technischer Innovationen weiter fortsetzt. Beispielhaft sei hier nur das trotz der bisherigen Bevölkerungszuwächse leicht rückläufige Aufkommen beim Siedlungsmüll angeführt (Umweltbundesamt 2006).

In dieser Situation müsste vornehmlich das Angebot an eine rückläufige Nachfrage angepasst werden. Jedoch ist im Gegensatz zur produktorientierten Wirtschaft diese Angebotsanpassung nicht ohne Schwierigkeiten zu bewältigen. Da die Leistungen der Daseinsvorsorge, wie oben dargestellt, überwiegend durch infrastrukturelle Einrichtungen erbracht werden, diese jedoch über die Jahrzehnte gewachsen und vorwiegend ortsgebunden fest installiert sind, wäre eine Reduzierung des Angebots auch mit der Stilllegung von Infrastruktureinrichtungen und mit Rückbaumaßnahmen verknüpft. Derartige Maßnahmen sind jedoch in hohem Maße politisch inopportun, gesellschaftlich unpopulär und nicht zuletzt kostenintensiv.

Quantitative Auswirkungen aufgrund des Bevölkerungsrückgangs werden sich für alle Kernleistungen der Daseinsvorsorge und in der Konsequenz sowohl für die punktuellen als auch die lineare Dimension der Infrastruktur ergeben. Denn eine rückläufige Bevölkerungszahl zieht in siedlungsstruktureller Hinsicht eine durchschnittlich niedrigere Belegungsdichte vorhandener Wohngebäude und damit generell eine sinkende Bevölkerungsdichte nach sich. Da der Rückgang der Bevölkerungszahlen aufgrund bestehender Eigentumsverhältnisse und der Trägheit der Systeme nicht in dem Maß mit einem Rückbau begleitet werden kann wie sich dies umgekehrt während der Wachstumsphase darstellt, sind sinkende Auslastungsgrade bzw. eine für eine kleiner werdende Nutzergruppe zu großzügig dimensionierte Infrastruktur die Folge. Dabei sind die Systeme i. d. R. ohnehin schon großzügiger dimensioniert, da sie vorsorglich auf einen stetigen Bedarfszuwachs und für eine zusätzliche Anlagenerweiterung ausgelegt sind (Tietz 2006: 155).

Während jedoch – sieht man von politischen Widerständen einmal ab – punktuelle infrastrukturelle Einrichtungen (wie z. B. Schulen) bei einer Unterschreitung des tragfähigen Auslastungsgrads relativ einfach geschlossen und räumlich an anderer Stelle konzentriert werden können, sodass die Nutzer „lediglich“ weitere Wegstrecken in Kauf nehmen müssen, können die leitungsbezogenen Daseinsvorsorgeleistungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft nicht durch Konzentrationsprozesse an schrumpfende Nutzerzah-

len angepasst werden. Dies stellt sich dabei sowohl für die punktuelle Dimension der Ver- und Entsorgungswirtschaft (z. B. Kläranlagen, Umspannwerke) als auch für die lineare Dimension (Leitungen, Netze) so dar, wobei sich die lineare Dimension, also die netzgebundene technische Infrastruktur, als wesentlich demographieanfälliger zeigt. Denn so wird diese aufgrund der bereits getätigten Investitionen und der langen Abschreibungszeiten auch dann noch aufrechterhalten (=gewährleistet) werden, wenn die Tragfähigkeitsgrenze z. T. deutlich unterschritten wird. Die Frage, die sich dann freilich stellt, ist die der Versorgungsqualität und der damit verbundenen Betriebskosten.

Denn behält man die leistungsbedingten technischen Qualitätsstandards und rechtlichen Normen (Hygiene, Versorgungssicherheit, Betriebssicherheit, umweltfreundlicher Betrieb) bei, so sind aufgrund der quantitativen Bevölkerungsrückgänge insbesondere für die netzgebundene Infrastruktur zum Teil massive Auswirkungen zu erwarten. Zwei technische Merkmale sind für eine Betrachtung im Zusammenhang mit dem Rückgang von Nutzerzahlen entscheidend (Tietz 2006: 156):

- die *Mindestkapazität* (entscheidend für einen ordnungsgemäßen Betrieb) und
- das *Teillastverhalten* (entscheidend für die Zusatzkosten bei Unterauslastung).

Geht man von einer unveränderten Rechtslage und von einer Beibehaltung der Qualitätsstandards aus, so ergeben sich für Unterauslastungen bezüglich der Energieversorgung, Gasversorgung, Fernwärmeversorgung, Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung und die Abfallentsorgung unterschiedliche Problemstellungen und hierauf angepasste Lösungsansätze. Technische Maßnahmen müssen dann aufgrund des sinkenden Nutzerpotenzials ergriffen werden. Diese können wiederum unterschieden werden in betriebstechnische Maßnahmen einerseits und investive Maßnahmen andererseits.

Am geringsten fallen die Probleme noch für die Energieversorgungswirtschaft aus, denn im Betrieb müssen lediglich Schaltzustände verändert werden. Kabel sowie Trafostationen können, müssen jedoch technisch und nicht baulich angepasst werden. Die nicht ausgenutzten Kapazitäten und deren Investitionen durch Überdimensionierung sind vergleichsweise niedrig (Tietz 2006: 159). Bei der Gasversorgung sieht dies ähnlich aus, wenngleich bei einem Nachfragerückgang investive Maßnahmen ergriffen und Leitungen sowie Druckregelungen angepasst oder stillgelegt werden müssen. Auf der betriebstechnischen Seite können Maßnahmen zur Netz- und Druckstufenänderung ergriffen werden. Ungünstig stellt sich die Situation für die Fernwärmeversorgung dar. Bei einem Rückgang der Nachfrage ist mit vergleichsweise umfangreichen investiven Maßnahmen zu reagieren, die im Einzelnen je nach Ausgangslage der Systeme den Rückbau bzw. die Stilllegung von Trassen und Wärmetauschstationen beinhalten können. Betriebstechnische Maßnahmen sind kaum möglich, da die Fernwärme ein zeitlich „vergängliches“ Gut ist und vergleichsweise schnell zum Verbraucher gelangen muss. Eine *kritische Masse* der Nutzerzahl ist somit für die Funktionalität des Systems immanent.

Den Leistungsbereich mit den größten Anpassungsschwierigkeiten stellt die Trinkwasserversorgung und die Abwasserentsorgung dar. Denn deren Leitungen und Kanäle verlaufen fast ausnahmslos unterirdisch, weshalb investive Maßnahmen schnell extrem kostspielig werden. Gleichzeitig sind im Bereich der Wasserver- und Abwasserentsorgung durch Rückgänge der Nachfrage bzw. des Aufkommens gesundheitsgefährdende Situationen nur durch kostenintensive betriebstechnische Maßnahmen zu vermeiden, die auch aus ökologischer Sicht wenig erstrebenswert sind. Geht die Nachfrage nach Trinkwasser zurück, dann werden auf der betriebstechnischen Seite zur Vermeidung von Keimbildungen und zur Abwendung von Gesundheitsgefahren aufgrund der länge-

ren Verweildauer des Wassers in den Zuleitungsrohren Leitungsspülungen notwendig, die aufwendig aufbereitetes Trinkwasser in Anspruch nehmen. Ähnlich verhält es sich bei der Abwasserentsorgung. Die punktuelle Dimension der abwasserentsorgungsrelevanten Infrastruktur (Kläranlagen) ist bislang relativ dezentral organisiert. Konzentrationsprozesse sind aufgrund topographischer Situationen kaum möglich, denn so müssten Abwassermengen in großem Stil über räumliche Distanzen gepumpt werden. Ein derartig hoher technischer Aufwand wird eher die Ausnahme bleiben. Von wesentlich höherer Bedeutung ist jedoch auch im Abwasserbereich die lineare Dimension. Geht das Abwasseraufkommen weiter zurück, werden wiederum betriebstechnische Maßnahmen ergriffen werden müssen, um einerseits den ordnungsgemäßen Betrieb der Kanalleitungen zu gewährleisten und andererseits Gesundheitsgefahren auszuschließen. Denn verringert sich das Abwasseraufkommen drastisch (auch infolge eines Rückgangs des Trinkwasserverbrauchs!), besteht die Gefahr, dass die Fließgeschwindigkeit und Fülltiefe nicht mehr ausreicht, um auch bei Trockenwetter den Schmutzfrachttransport sicherzustellen. Mit anderen Worten: Geht das Abwasseraufkommen zurück, können Bestandteile des im Abwasser enthaltenen Schmutzes in den Rohren verbleiben, was zu Verstopfungen und Fäulnis führen kann. Kanalspülungen bzw. -reinigungen würden dann erforderlich werden. Aufgrund der Maßnahmen zum sparsamen Umgang mit Trinkwasser waren solche Entwicklungen bereits in der Vergangenheit zu beobachten.¹³

Während in den dargestellten Fällen jeweils die lineare Dimension der Ver- und Entsorgungsinfrastruktur die demographieanfälliger war, verhält es sich bei der Abfallwirtschaft umgekehrt. Die Leistungen der Abfallwirtschaft bestehen zum einen aus einem mobilen Leistungselement (Sammlung und Transport) und zum anderen aus einem stationären Leistungselement (Behandlung und Deponierung). Die mobile Dimension der Abfallwirtschaft ist dabei einfacher an ein rückläufiges Müllaufkommen anzupassen als die stationäre. Der größte Teil des Siedlungsmülls wird in Deutschland aufgrund rechtlicher Regelungen thermisch behandelt (TA Siedlungsabfall). Müllverbrennungsanlagen benötigen allerdings für ihre Funktionsfähigkeit eine relativ konstante Müllmenge. Geht das Aufkommen stark zurück, werden einzelne Anlagen geschlossen werden müssen, sofern kein Müllimport aus anderen Ländern stattfindet. Für das mobile Leistungselement erfordern rückläufige Aufkommen jedoch keine besonders umfangreichen Maßnahmen. Betriebstechnische Maßnahmen beschränken sich auf einen geringeren Sammlungs- und Transportaufwand bzw. weniger Fahrten mit Müllfahrzeugen. Der investive Aufwand ginge durch eine kleinere Müllfahrzeugflotte ebenfalls zurück. Insofern könnte sogar eine Kostenentlastung die Folge sein. Inwiefern sich dieser Vorteil in dünn besiedelten Räumen jedoch möglicherweise auch zum Nachteil geriert, hängt u. a. auch von den Treibstoffkosten ab und bleibt abzuwarten.

Die unterschiedlichen Anforderungen, Dimensionierungen und Betriebsweisen sowie die teilträumlich unterschiedlich ausgeprägten Nachfrageveränderungen lassen keine pauschale Aussage über Schwellen zu, ab denen betriebstechnische und/oder investive Maßnahmen erforderlich werden würden. Daneben bleibt zu betonen, dass der Gesetzgeber auch die Möglichkeit hat, den rechtlichen Rahmen zu verändern und solche Mindeststandards festzulegen, die unter der bisherigen Leistungsqualität liegen. Dennoch lassen sich Untersuchungen zufolge pauschalierende Aussagen treffen. So werden bei einem Verbrauchsrückgang von 20 % betriebstechnische Maßnahmen erforderlich; bei einem Rückgang um 50 % werden Anlagenstilllegungen unumgänglich (Tietz 2006: 170).

¹³ Mit innovativen technischen Lösungen, wie etwa Toilettenspülungen mit geringerem Verbrauch, wassersparenden Haushaltsgeräten, Brauchwasserzisternensystemen und dergleichen mehr, bestehen bereits erste Erfahrungen.

5.1.2 Qualitative Auswirkungen durch die Veränderung der Bevölkerungsstruktur

Qualitative Auswirkungen aufgrund der Alterung der Bevölkerung sind insbesondere im sozialen Infrastrukturbereich zu erwarten. Denn während ein junger Mensch in ähnlichem Umfang Trinkwasser nachfragt wie dies ein älterer Mensch tut, werden einzelne infrastrukturelle Einrichtungen der Daseinsvorsorge ausschließlich altersspezifisch nachgefragt. Diesbezüglich wären Einrichtungen für Kinder und Jugendliche einerseits und Einrichtungen für Senioren andererseits besonders zu betrachten. Letztendlich bewirken die qualitativen Auswirkungen durch die Veränderung der Bevölkerungsstruktur aber wiederum nur quantitative Nachfrageveränderungen – allerdings sind diese altersabhängig.

Einrichtungen für Kinder und Jugendliche sind Kindergärten, Horte, Kinderkrippen, Grundschulen, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien. An dieser Stelle soll nur der Elementarbereich angerissen werden.

Ursache der fortschreitenden Alterung der bayerischen Bevölkerung sind neben der steigenden Lebenserwartung insbesondere die seit längeren Zeiträumen konstant niedrigen Fertilitätsraten. Da jedoch die heutige Elterngeneration der geburtenstarken Jahrgänge das Alter der Familiengründung verlassen wird, ist mit einem weiteren Rückgang der absoluten Kinderzahlen im zweistelligen Prozentbereich bis 2025 zu rechnen. Das Netz der außerhäuslichen Betreuung von drei- bis sechsjährigen Kindern in Kindergärten war im Jahr 2000 so eng geknüpft, dass für nahezu jedes Kind in dieser Altersgruppe in unmittelbarer Nachbarschaft zu seinem Wohnsitz ein Kindergartenplatz zur Verfügung stand (Staatsinstitut für Familienforschung 2000: 21).

Allerdings werden sich die Rückgänge der Kinderzahlen ebenso in quantitativen Nachfragerückgängen bezüglich dieser Einrichtungen manifestieren. Um Auslastungsdefiziten und erhöhten Kosten zu begegnen, wird es auch hier in Zukunft zu Zusammenlegungen kommen. Schließungen einzelner Einrichtungen werden unvermeidbar werden. Es ist jedoch davon auszugehen, dass der Druck, Kindergärten aus Auslastungsgründen zu schließen und diese räumlich an anderen Standorten zusammenzufassen, nicht ganz so stark sein wird wie dies bei Schulen der Fall sein dürfte. Kleinkindern im Alter zwischen drei und sechs Jahren sind – im Gegensatz zu Schülern – weitere räumliche Distanzen schlicht nicht zuzumuten. Es wird daher vermutlich viel eher zu kleineren Gruppen und damit höheren finanziellen Beitragssätzen kommen. Die möglicherweise freiwerdenden räumlichen Kapazitäten können dabei den weiteren Ausbau der Hort- und Kinderkrippenplätze begünstigen und über diesen Weg eine finanzielle Entlastung bewirken. Im Bereich der Kleinkinderbetreuung (bis drei Jahre) und bei der Kinderganztagesbetreuung (bis sechs Jahre) besteht trotz der absehbaren rückläufigen Kinderzahlen und der Anstrengungen zum Ausbau solcher Angebote noch erheblicher Nachholbedarf. So können trotz der Steigerung der Platzzahlen um 35 % erst 14 % der Kinder im Alter bis drei Jahre mit einem Platz rechnen (Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen 2008).

Auf der anderen Seite ist durch den Alterungsprozess bzw. den Anstieg des Durchschnittsalters der Bevölkerung ein erhöhter Bedarf an seniorengerechten Infrastruktureinrichtungen zu erwarten. Doch der zukünftige Bedarf in der Altenhilfe kommt weniger dem quantitativen Anstieg der Senioren ab 65 Jahre zu als vielmehr der Zunahme der Altersgruppe der hochbetagten und damit oft hilfs- und pflegebedürftigen Menschen (Winkel 2006: 177). Es kann davon ausgegangen werden, dass mit der quantitativen Zunahme dieser Bevölkerungsgruppe auch die Demenzerkrankungsfälle in erheblichem Umfang zunehmen werden. Die Folge wäre ein massiver Anstieg der Nachfrage nach

Pflegeeinrichtungen. Damit stehen in Bayern die Landkreise und kreisfreien Städte als originär zuständige administrative Ebene vor zum Teil erheblichen Herausforderungen.

5.2 Herausforderungen an die bayerische Daseinsvorsorge der Zukunft

Es wird heute vielfach gefordert, dass die öffentliche Hand weitestgehend auf die eigene Leistungserbringung verzichten und sie privaten Unternehmen überlassen sollte (Poth-Mögele 2006: 116). Die Interessen der öffentlichen Hand sollten vielmehr grundsätzlich durch Verträge gesichert werden. Damit würden sich auch die Gemeinden ganz nach dem Verständnis des *Gewährleistungsstaats* auf die Sicherstellung und Gewährleistung des gewünschten bzw. rechtlich geforderten Leistungsangebots der Daseinsvorsorge beschränken.

Ein weiterer Rückzug des Staates und der Kommunen auf die Gewährleistung oder gar der gänzliche Verzicht auf die eigene Leistungserbringung kann sich als Lösung durchaus anbieten. Die Effizienz einer solchen Lösung wäre aber von Fall zu Fall nachzuweisen. Aus kommunaler Sicht ist zu berücksichtigen, dass eine flächendeckende Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen die Selbstverwaltung gefährden kann (Poth-Mögele 2006: 116). Denn eine Privatisierung *um jeden Preis* bedeutet in der Konsequenz einen Verlust an gesellschaftlicher Gestaltungsfähigkeit und demokratischer Legitimation. So würde den Gemeinden – möglicherweise irreversibel – der Kontakt zur Leistungserstellung verloren gehen (Poth-Mögele 2006: 116). Es ist daher auch nicht davon auszugehen, dass die Europäische Union in dieser Hinsicht das Wettbewerbsrecht weiter zu Ungunsten der Unternehmen der öffentlichen Hand verschärfen wird.

Ob und inwiefern sich die globale Finanzkrise auch auf den Bereich der Daseinsvorsorge auswirken wird, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abgesehen werden. Möglicherweise geraten die öffentlichen Haushalte unter noch stärkeren Druck und sehen sich in der Folge dazu gezwungen, weitere Leistungen der Daseinsvorsorge zu privatisieren. Möglicherweise steigt jedoch auch seitens der Öffentlichkeit der Druck auf die Politik, weitere Privatisierungen nicht mehr vorzunehmen. Für beide Wege gibt es ausreichend Anzeichen, sodass bezüglich der Frage nach Privatisierung oder Verstaatlichung weniger von einem *entweder/oder* die Rede sein kann als vielmehr von einem *sowohl/als auch*.

Das Bild der Daseinsvorsorgeorganisation in Bayern wird daher durch anhaltende ungebremste Liberalisierungsbestrebungen und die kontinuierlich verfolgte Privatisierungspolitik der öffentlichen Hand einerseits und durch das Eindringen der öffentlichen Hand in privatwirtschaftliche Betätigungsfelder andererseits weiter diffus bleiben.¹⁴ Hinzu kommt, dass durch die zunehmende Bildung von Zweckverbänden und durch Aufgabenverlagerungen auf Gebietskörperschaften, denen die Betätigung auf dem betreffenden Feld übertragen wird, die eindeutige Zuordnung der Daseinsvorsorgebereiche unabhängig von der Frage nach der Erbringung in Eigenregie oder im Rahmen der Gewährleistungsverantwortung schwer bleibt.

Diese Entwicklungen sind bei einem Blick in die Zukunft sicher nicht zu vernachlässigen, nehmen sich allerdings vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung als geradezu harmlos aus. Denn von wesentlich größerer Bedeutung sind die Herausforderungen in Form von Anpassungserfordernissen, die sich aufgrund der demographischen Veränderungen ergeben. Nachfragerückgänge einerseits und Nachfragezunahmen

¹⁴ So bieten beispielsweise die Stadtwerke München mit ihrem Tochterunternehmen ›m-net‹ auch Telekommunikationsdienste an. Diese sind nach h.M. seit der Liberalisierung des Telekommunikationssektors jedoch ein Feld der Privatwirtschaft.

andererseits werden aufgrund der demographischen Entwicklung in bislang nicht beobachtetem Maß die Daseinsvorsorge der Zukunft bestimmen.

Grundsätzlich stehen in Bezug auf die Nachfrageveränderungen, die sich nicht nur infolge des Bevölkerungsrückgangs (Schrumpfung), sondern auch durch die Änderungen der Bevölkerungsstruktur (Alterung) ergeben, grundsätzlich verschiedene Handlungsoptionen zur Verfügung. Der einzige Leistungsbereich der Daseinsvorsorgeleistungen, der durch den demographischen Wandel eine generelle Nachfragezunahme erwarten lässt, ist das gesamte Leistungsspektrum der Altenbetreuung. Für diesen Sektor ist ein Zubau von infrastrukturellen Einrichtungen zu berücksichtigen.

Abseits dieser altersspezifisch sektoralen Nachfragezunahme wird die öffentliche Hand jedoch überwiegend mit Rückgängen bei der Nachfrage nach Daseinsvorsorgeleistungen konfrontiert werden. Um diese zu bewältigen, bestehen grundsätzlich sechs unterschiedliche Handlungsoptionen (Thrun 2003: 715; Winkel 2006: 184 ff.):

- *Zentralisierung bzw. Konzentration*
Durch Konzentrationsprozesse, also durch die Zusammenlegung von unterausgelasteten Einrichtungen bei gleichzeitiger Schließung an anderer Stelle, kann durch ein erhöhtes Nutzerpotenzial die ökonomische Tragfähigkeit erreicht oder wiederhergestellt werden. Dabei werden allerdings komplementär möglicherweise Verbesserungen der Erreichbarkeit im hierdurch ausgedehnten Einzugsbereich notwendig.
- *Erhöhung der Erreichbarkeit*
Über investive und/oder betriebstechnische Maßnahmen wird eine verbesserte Erreichbarkeit einer Infrastruktureinrichtung ermöglicht, die wiederum die Auslastung einer selbst unveränderten Einrichtung erhöht. Dies wird insbesondere dann erforderlich, wenn Einrichtungen an anderer Stelle geschlossen werden sollen.
- *Verkleinerung*
Durch investive oder betriebstechnische Maßnahmen wird eine Leistung auf das für eine kleinere Nachfragergruppe adäquate Maß reduziert.
- *Dezentralisierung*
Durch die Aufteilung in kleinere Infrastruktureinrichtungen wird die Effizienz des Gesamtsystems erhöht, wenn die Kosten der Anbindung unterausgelasteter Einrichtungen oder Nutzergruppen an die bestehende großräumige Infrastruktur zu hoch sind oder werden.
- *Temporär-mobile Ansätze und interkommunale Kooperation*
Leistungen sind nur zu eingeschränkten Zeiträumen verfügbar, um durch die Senkung des Betriebsaufwandes eine Schließung zu vermeiden oder die Bedienung zu ermöglichen. In diesen Rahmen fällt auch die Möglichkeit zu verstärkter interkommunaler Kooperation. Durch die zeitlich befristete Verfügbarkeit von ein und derselben Leistung in unterschiedlichen Kommunen können hier Synergieeffekte erzielt werden, sodass Schließungen vermieden werden können.
- *Neustrukturierung oder Substitution*
Durch eine neue Form der Aufgabenerfüllung bzw. durch die Erbringung der Leistung durch eine andere Einrichtung stehen Leistungen nach wie vor zur Verfügung.

Aufgrund der vielfältigen Ausgangslagen in den Teilräumen Bayerns, die sich durch teilweise große Unterschiede in Bezug auf die Bevölkerungsdichte, -struktur und -dynamik einerseits und in Bezug auf die Organisation der Daseinsvorsorge, die strategische Ausrichtung der kommunalen Daseinsvorsorge und auf die ökonomischen Rahmenbedingungen ihrer Träger andererseits auszeichnen, können keine pauschalisieren-

den Handlungsempfehlungen formuliert werden, die sich nicht in der Aufforderung zur rechtzeitigen inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Herausforderungen einer Daseinsvorsorge in Zeiten des demographischen Wandels erschöpfen würden. Es wird daher sowohl für die Träger der Daseinsvorsorge als auch für die Politik und Verwaltung darauf ankommen, aus den Instrumenten und Handlungsoptionen einen auf die jeweilige lokale Situation abgestimmten *Instrumentenmix* zusammenzustellen.

Literatur

- Bardt, H.; Fuest, W. (2007): Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen. In: IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 34. Jg., Heft 3, S. 1-10.
- Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (2008): Pressemitteilung vom 28. Juli 2008. Online unter: <http://www.stmas.bayern.de/cgi-bin/pm.pl?PM=0807-429.htm>, Zugriff am 09.11.2008.
- Beckstein, G. (2005): Die demografische Entwicklung – eine Herausforderung für Staat und Kommunen. In: Politische Studien 399, S. 15-23.
- Bocklet, R. (2001): Leistungen der Daseinsvorsorge im Konflikt mit EU-Wettbewerbsrecht. In: Schader-Stiftung (Hrsg.): Die Zukunft der Daseinsvorsorge – Öffentliche Unternehmen im Wettbewerb. Darmstadt, S. 11-24.
- Boysen, S.; Neukirchen, M. (2007): Europäisches Beihilferecht und mitgliedstaatliche Daseinsvorsorge. Baden-Baden.
- Bracher, T.; Grabow, B.; Schneider, S. et al. (2008): Investitionsrückstand und Investitionsbedarf der Kommunen. Berlin. = Edition Difu, Nr. 4.
- Brandl, U. (2002): Die Zukunft der kommunalen Daseinsvorsorge. In: Bayerischer Gemeindetag (Hrsg.): BayGT-Zeitung 1/2002. Online unter: <http://www.bay-gemeindetag.de/information/zeitung/2002/012002/bz012002b.htm>, Zugriff am 09.11.2008.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2007): Regionalplanerische Handlungsansätze zur Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Bonn. = MORO-Informationen 2/1.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (o. J.): Glossar – Raumordnung. Online unter: <http://www.bmvbs.de/-,1582.20402/Glossar-Raumordnung.htm>, Zugriff am 09.11.2008.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen; Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2005): Öffentliche Daseinsvorsorge und demographischer Wandel. Berlin/Bonn.
- Bundesverband der Deutschen Industrie (2000): Deckmantel Daseinsvorsorge: Vorfahrt für die Privatwirtschaft – Vorteil für die Verbraucher. Berlin.
- Denninger, E. (2001): Resümee. In: Schader-Stiftung (Hrsg.): Die Zukunft der Daseinsvorsorge – Öffentliche Unternehmen im Wettbewerb. Darmstadt, S. 167-175.
- Dohmen, F.; Jung, A. (2008): Wie viel Staat braucht das Land? In: DER SPIEGEL 1/2008, S. 58-60.
- Dohmen, F.; Kerbusk, K.-P. (2007): Energiepreise – Kartell der Abkassierer. In: DER SPIEGEL online vom 05.11.2007 auf: <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,515368,00.html>, Zugriff am 09.11.2008.
- Dreher, M. (2001): Die Privatisierung der Daseinsvorsorge – Vergabe- und gemeindewirtschaftliche Grenzen. In: Oldiges, M. (Hrsg.): Daseinsvorsorge durch Privatisierung – Wettbewerb oder staatliche Gewährleistung. Baden-Baden, S. 33-48.
- Eichhorn, P. (2005): Plädoyer für Pluralismus und kommunale Selbstverwaltung. In: Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft (Hrsg.): Öffentliche Dienstleistungen zwischen Eigenerstellung und Wettbewerb. Berlin, S. 193-195. = Beiträge zur öffentlichen Wirtschaft, Heft 22.
- Einig, K. (2008): Regulierung der Daseinsvorsorge als Aufgabe der Raumordnung im Gewährleistungsstaat. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 1/2, S. 17-40.
- Forsthoff, E. (1938): Die Verwaltung als Leistungsträger. Stuttgart.
- Forsthoff, E. (1958): Die Daseinsvorsorge und die Kommunen. Köln.
- Frey, R. (2005): Infrastruktur. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover, S. 469-475.
- Fuchs, T. (2005): Auf dem Weg zu einer neuen Konzeption der kommunalen Daseinsvorsorge. Online unter: <http://delegibus.com/2005,11.pdf>, Zugriff am 09.11.2008.
- Gehrt, H. (2007): Der letzte Gang zum Amt. In: Behörden Spiegel Nr. XII, 23. Jg., 50. Woche, S. 3.

- Geue, H. (2007): Wie viel Staat darf's sein? In: DIE ZEIT Nr. 46 vom 08.11.2007, S. 10.
- Gröttrup, H. (1976): Die kommunale Leistungsverwaltung. Stuttgart.
- Grüll, F. (1962): Handbuch für leitende Angestellte, Band 2: Daseinsvorsorge – Psychologie – Betriebsorganisation. Heidelberg.
- Gutsche, J.-M.; Fahrenkrug, K.; Melzer, M.; Schiller, G. (2008): Diskursive Erarbeitung regionaler Anpassungsstrategien der Daseinsvorsorge an den demographischen Wandel. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 1/2, S. 127-140.
- Held, F. W. (2001): Wir erinnern uns: Wichtige Entwicklungen in Kommunalpolitik und Kommunalaufsicht der zurückliegenden Jahre. In: Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Kommunalaufsicht im Spannungsfeld von kommunaler Selbstverwaltung und gesamtstaatlicher Verantwortung, Tagungsbericht. Düsseldorf, S. 63-67, Online unter: http://www.im.nrw.de/imshop/-shopdocs/forum_ka.pdf, Zugriff am 09.11.2008.
- Hellermann, J. (2000): Örtliche Daseinsvorsorge und gemeindliche Selbstverwaltung. Tübingen.
- Hellermann, J. (2001a): Mitgliedstaatliche Daseinsvorsorge im gemeinschaftlichen Binnenmarkt. In: Der Landkreis, 71. Jg., S. 434-437.
- Hellermann, J. (2001b): Daseinsvorsorge im europäischen Vergleich. In: Schader-Stiftung (Hrsg.): Die Zukunft der Daseinsvorsorge – Öffentliche Unternehmen im Wettbewerb. Darmstadt, S. 78-100.
- Hellermann, J. (2001c): Privatisierung und kommunale Selbstverwaltung. In: Oldiges, M. (Hrsg.): Daseinsvorsorge durch Privatisierung – Wettbewerb oder staatliche Gewährleistung. Baden-Baden, S. 19-31.
- Jellinghaus, L. (2006): Zwischen Daseinsvorsorge und Infrastruktur. Frankfurt am Main.
- Jochimsen, R. (1966): Theorie der Infrastruktur. Tübingen.
- Kegelmann, J. (2007): New Public Management. Wiesbaden.
- Kingreen, T. (2002): Die sozialen Sicherungssysteme als Elemente der Daseinsvorsorge in Europa. In: Hrbek, R.; Nettesheim, M. (Hrsg.): Europäische Union und mitgliedstaatliche Daseinsvorsorge. Baden-Baden, S. 96-117. = Schriftenreihe des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung, Band 25.
- Knauff, M. (2004): Der Gewährleistungsstaat: Reform der Daseinsvorsorge. Berlin.
- Kocks, M. (2003): Der demographische Wandel in Deutschland und Europa. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 12, S. I-V.
- Leibfried, S. (2001): Über die Hinfälligkeit des Staates der Daseinsvorsorge. In: Schader-Stiftung (Hrsg.): Die Zukunft der Daseinsvorsorge – Öffentliche Unternehmen im Wettbewerb. Darmstadt, S. 158-166.
- Mäding, H. (2002): Vorwort. In: Libbe, J.; Tomerius, S.; Trapp, J. H. (Hrsg.): Liberalisierung und Privatisierung kommunaler Aufgabenerfüllung. Berlin, S. 5. = Difu-Beiträge zur Stadtforschung, Band 37.
- Mensch, K. (2003): Öffentliche Daseinsvorsorge – Problem oder Lösung? Darmstadt.
- Meyer-Timpe, U. (2006): Begehrter Müll. In: DIE ZEIT online vom 22.06.2006.
- Miegel, M. (2003): Die Zukunft der öffentlichen Daseinsvorsorge. In: Schader-Stiftung (Hrsg.): Öffentliche Daseinsvorsorge – Problem oder Lösung? Darmstadt, S. 28-37.
- Müller, B. (2004): Demographischer Wandel und die Folgen für die Städte. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, 43. Jg., Heft 1, S. 5-13.
- Oldiges, M. (2001): Daseinsvorsorge durch Privatisierung – Wettbewerb oder staatliche Gewährleistung. In: Oldiges, M. (Hrsg.): Daseinsvorsorge durch Privatisierung – Wettbewerb oder staatliche Gewährleistung. Baden-Baden, S. 15-18.
- Poth-Mögele, A. (2006): Rechtssicherheit für Kommunen schaffen. Die Zukunft der Daseinsvorsorge in Europa. In: Stadt und Gemeinde, Heft 4, S. 115-117.
- Reusch, H.-C. (1970): Gemeindliche Rechtspflichten auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge. Bonn.
- Ritter, E.-H. (2006): Strategieentwicklung heute – Zum integrativen Management konzeptioneller Politik. In: Selle, Klaus (Hrsg.): Zur räumlichen Entwicklung beitragen, Planung neu denken Band 1. Dortmund, S. 129-145.
- Ronellenfisch, M. (2003): Daseinsvorsorge als Rechtsbegriff – Aktuelle Entwicklungen im nationalen und europäischen Recht. In: Blümel, W. (Hrsg.): Ernst Forsthoff. Kolloquium aus Anlaß des 100. Geburtstages von Prof. Dr. Dr. h. c. Ernst Forsthoff. Berlin, S. 53-114.
- Ronellenfisch, M. (2005): Daseinsvorsorge ist originär staatliche Aufgabe. In: Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft (Hrsg.): Öffentliche Dienstleistungen zwischen Eigenerstellung und Wettbewerb. Berlin, S. 201-202. = Beiträge zur öffentlichen Wirtschaft, Heft 22.

- Rüfner, W. (1967): Formen öffentlicher Verwaltung im Bereich der Wirtschaft, Untersuchungen zum Problem der leistenden Verwaltung. Berlin.
- Scheidemann, D. (1991): Der Begriff Daseinsvorsorge – Ursprung, Funktion und Wandlungen der Konzeption Ernst Forsthoffs. Göttingen. = Göttinger politikwissenschaftliche Forschungen, Band 5.
- Schmid, K.-P. (2006): Alles muss raus. In: DIE ZEIT online vom 22.06.2006.
- Schnappauf, W. (2005): Chancen und Risiken von Liberalisierung und Privatisierung bei Leistungen der Daseinsvorsorge. Online unter: <http://www.stmugv.bayern.de/aktuell/reden/detailansicht.htm?tid=8166>, Zugriff am 09.11.2008.
- Schneider, K.; Lippert, I. (2005): Die Privatisierung der Daseinsvorsorge in Europa. In: AWW-Informationen, Heft 3, S. 4-6.
- Scholz, R. (2007): Mehr Wettbewerb stärkt die Daseinsvorsorge, Vortrag auf der BDI/BDE-Veranstaltung Dienstleistungen mit Zukunft am 03.07.2007. Online unter: http://www.bdi.eu/Dokumente/OeA-Verteidigung/Vortrag_Prof_Scholz_-_BDI_Veranstaltung070703.pdf, Zugriff am 09.11.2008.
- Schöneich, M. (2001): Das Beispiel der Wasserversorgung in der Diskussion um Daseinsvorsorge. In: Schader-Stiftung (Hrsg.): Die Zukunft der Daseinsvorsorge – Öffentliche Unternehmen im Wettbewerb. Darmstadt, S. 143-157.
- Schulz-Nieswandt, F. (2005): Daseinsvorsorge und europäisches Wettbewerbsregime. In: Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft (Hrsg.): Öffentliche Dienstleistungen zwischen Eigenerstellung und Wettbewerb. Berlin, S. 12-24. = Beiträge zur öffentlichen Wirtschaft, Heft 22.
- Staatsinstitut für Familienforschung (2000): ifb-Familienreport Bayern 2000. Zur Lage der Familie in Bayern. Bamberg. = ifb-Materialien 6-2000.
- Sternberg, M. (2002): Strukturwandel der kommunalen Daseinsvorsorge. In: Libbe, J.; Tomerius, S.; Trapp, J. H. (Hrsg.): Liberalisierung und Privatisierung kommunaler Aufgabenerfüllung. Berlin, S. 207-219. = Difu-Beiträge zur Stadtforschung, Band 37.
- Thrun, T. (2003): Handlungsansätze für ländliche Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 12, S. 709-717.
- Thum, M.; Fester, T.; Kappeler, A.; Seitz, H. (2005): Öffentliche Infrastruktur und kommunale Finanzen. München. = ifo dresden studien 37.
- Tietz, H.-P. (2006): Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Netzinfrastruktur. In: Gans, P.; Schmitz-Veltin, A. (Hrsg.): Demographische Trends in Deutschland. Hannover, S. 154-171. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 226.
- Ude, C. (2007): Wie viel Kommune brauchen wir? – Kommunale Daseinsvorsorge im Wandel. Rede von Oberbürgermeister Christian Ude, Präsident des Deutschen Städtetages, zur SGK-Fachkonferenz „Zukunft der kommunalen Daseinsvorsorge“ am 23./24.März 2007 in Mannheim. Online unter: http://www.sgg-online.net/servlet/PB/show/1715902/Ude_070323_Rede_Daseinsvorsorge.pdf, Zugriff am 09.11.2008.
- Umweltbundesamt (2006): Abfallstatistik 2006. Online unter: <http://www.umweltbundesamt.de/abfallwirtschaft/abfallstatistik/index.htm>, Zugriff am 09.11.2008.
- Vesper, D. (2002): Kommunale Handlungsspielräume in allokationstheoretischer und finanzwissenschaftlicher Perspektive. In: Libbe, J.; Tomerius, S.; Trapp, J. H. (Hrsg.): Liberalisierung und Privatisierung kommunaler Aufgabenerfüllung. Berlin, S. 151-174. = Difu-Beiträge zur Stadtforschung, Band 37.
- Werner, J.; Schaafkamp, C. (2002): Daseinsvorsorge im Wettbewerb – quo vadis öffentlicher Personennahverkehr? In: Libbe, J.; Tomerius, S.; Trapp, J. H. (Hrsg.): Liberalisierung und Privatisierung kommunaler Aufgabenerfüllung. Berlin, S. 127-150. = Difu-Beiträge zur Stadtforschung, Band 37.
- Winkel, R. (2006): Die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die soziale Infrastruktur. In: Gans, P.; Schmitz-Veltin, A. (Hrsg.): Demographische Trends in Deutschland. Hannover, S. 172-191. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 226.
- Winkel, R. (2008): Öffentliche Infrastrukturversorgung im Planungsparadigmenwandel. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 1/2, S. 41-47.
- Wirth, P.; Bose, M. (2007): Schrumpfung an der Peripherie. München.

Daniel Metzler, Ferdinand Paesler

Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Tourismus in Bayern

Gliederung

- 1 Einleitung
- 2 Grundlagen, Zahlen und Fakten
 - 2.1 Bedeutung und Struktur des Tourismus in Bayern
 - 2.2 Der demographische Wandel in Bayern
 - 2.3 Demographische Situation in den ausländischen Quellmärkten
- 3 Tourismus und demographischer Wandel
 - 3.1 Tourismusrelevante gesellschaftliche Veränderungen durch den demographischen Wandel
 - 3.2 Auswirkungen auf die Nachfrage nach Urlaubsreisen in Bayern
 - 3.3 Auswirkungen auf die Nachfrage nach Tagesausflügen in Bayern
 - 3.4 Auswirkungen auf die Nachfrage nach Geschäftsreisen in Bayern
 - 3.5 Auswirkungen auf den touristischen Arbeitsmarkt in Bayern
 - 3.6 Auswirkungen auf das touristische Angebot (Infrastruktur) in Bayern
- 4 Schlussfolgerungen für die touristischen Anbieter und die Tourismuspolitik in Bayern

Literatur

1 Einleitung

Der sowohl in Bayern und Deutschland wie auch in einem Großteil der ausländischen touristischen Quellmärkte bereits zu beobachtende bzw. zu erwartende demographische Wandel wird nicht nur die jeweiligen Bevölkerungsstrukturen und -volumina beeinflussen, sondern auch Auswirkungen auf den nationalen und internationalen Fremdenverkehr haben. Die Tourismuswirtschaft und -politik muss sich daher auf sowohl strukturelle als auch quantitative/qualitative Veränderungen der touristischen Nachfrage wie auch des Arbeitsmarktes einstellen und mit entsprechenden Änderungen, Anpassungen und Verbesserungen des touristischen Angebots reagieren.

Während die demographische Entwicklung relativ zuverlässig berechnet und prognostiziert werden kann, sind die konkreten Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Tourismus oftmals unklar und Gegenstand von vielfältigen Spekulationen. Daher wurde im Jahr 2008 vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie eine Untersuchung der Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Touris-

mus in Deutschland in Auftrag gegeben¹, für die Anfang 2009 erste Ergebnisse vorlagen (Grimm et al. 2009d). Hierbei wurden auf Basis verschiedener Daten zur Bevölkerungsentwicklung (u. a. Eurostat 2004; BBR 2006; Statistisches Bundesamt 2006; Statistisches Bundesamt 2007; UN 2006) einerseits Trendprognosen für bestimmte Merkmale des demographischen Wandels (Bevölkerungsvolumen, Wanderungen, Altersstruktur) berechnet, andererseits Interviews mit Experten aus den Bereichen Tourismusforschung und -wirtschaft geführt. Auf Grundlage dieser quantitativen und qualitativen Daten wurden dann die Auswirkungen des demographischen Wandels analysiert und aus tourismusfachlicher Sicht gutachterlich bewertet.

Der vorliegende Beitrag überträgt die Ergebnisse der genannten Studie auf die touristische Situation des Freistaats Bayern und analysiert bzw. interpretiert diese unter Berücksichtigung regionalspezifischer Gegebenheiten. Hierfür werden zuerst kurz einige Grundlagen zum demographischen Wandel, zum Tourismus sowie der demographischen Struktur in Bayern dargestellt, danach allgemein durch den demographischen Wandel verursachte tourismusrelevante gesellschaftliche Veränderungen erläutert und schließlich die Auswirkungen auf den Tourismus in Bayern beschrieben.

2 Grundlagen, Zahlen und Fakten

2.1 Bedeutung und Struktur des Tourismus in Bayern

Das bayerische Wirtschaftsministerium sieht den Tourismus als wichtigen „Stützpfeiler der bayerischen Wirtschaft“ und Bayern als „Tourismusland Nr. 1 in Deutschland“ (StMWIVT 2007: 3). Die Bedeutung des Tourismus für Bayern² lässt sich aber auch anhand einer Vielzahl von Daten zeigen:

- Laut einer Studie des Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts für Fremdenverkehr werden jährlich etwa 24,3 Mrd. € von Touristen in Bayern ausgegeben (Bruttoumsatz), woraus eine *Wertschöpfung* von 11,8 Mrd. € resultiert. Dies entspricht einem relativen Beitrag zum bayerischen Volkseinkommen von 4,52 %. Von der gesamten touristischen Wertschöpfung in Deutschland entfällt damit fast ein Fünftel (18,5 %) auf Bayern, das somit den Ländervergleich anführt (vgl. Meyer 2005: 4 f.).
- In Bayern gibt es über 42.000 steuerpflichtige Betriebe im Beherbergungsgewerbe (Stand 2007), die über 570.000 Gästebetten³ anbieten (22 % Bundesanteil). Allein im *Gastgewerbe* sind rund 324.000 Menschen beschäftigt (vgl. StMWIVT 2007: 3 f.).
- Da der Tourismus eine *Querschnittsbranche* ist, profitieren jedoch nicht nur Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, sondern ebenso eine Vielzahl weiterer Branchen, wie z. B. der Einzelhandel oder Dienstleister aus den Bereichen Freizeit, Kultur und Sport. Insgesamt lässt sich errechnen, dass der Tourismus statistisch mehr als 560.000 Einwohnern ein durchschnittliches Gehalt sichert⁴ (vgl. Meyer 2005: 5).

¹ Konzept und Erarbeitung durch das Institut für Tourismus- und Bäderforschung in Nordeuropa (N.I.T.), das Deutsche Wirtschaftswissenschaftliche Institut für Fremdenverkehr (dwif) sowie TNS Infratest.

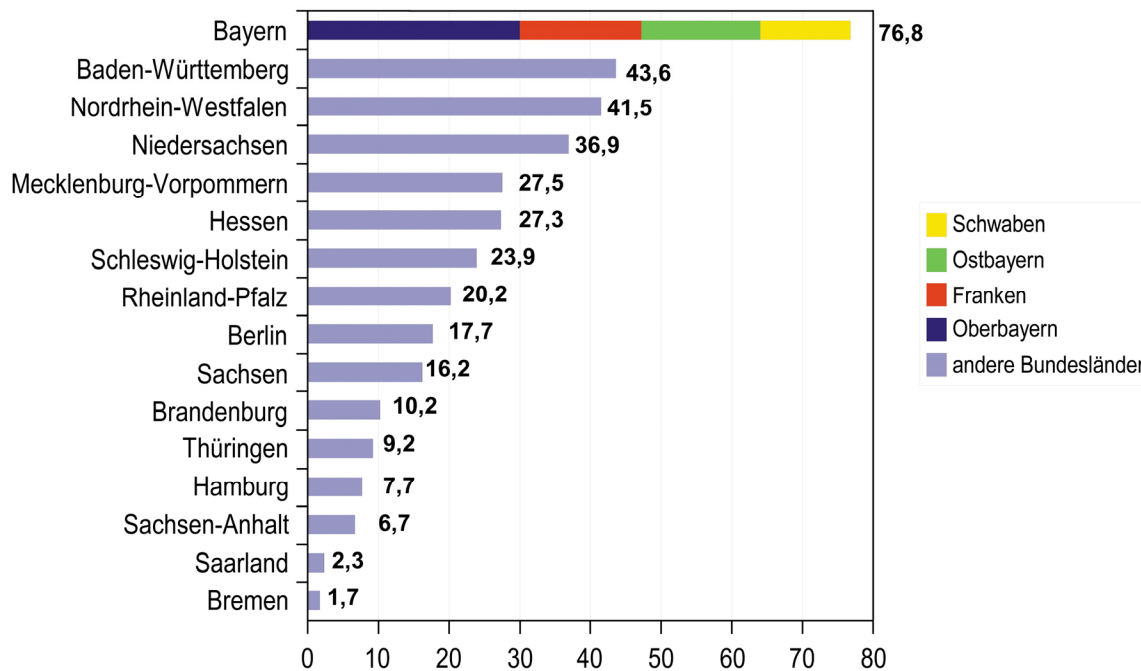
² In der vorliegenden Studie werden unter Tourismus die Reisen der deutschen Wohnbevölkerung innerhalb Deutschlands (Binnentourismus), die Reisen von Deutschen ins Ausland (Outgoing) und Reisen von Ausländern nach Deutschland subsummiert. Dabei umfassen diese Reisen sowohl Tages- als auch Übernachtungsreisen. Falls nicht anders beschrieben, werden hierzu auch Reisen mit geschäftlichem Anlass gezählt.

³ Nur Betten in Betrieben mit neun und mehr Gästebetten

⁴ Dieses sogenannte Arbeitsplatzäquivalent wird errechnet aus der Division der touristischen Wertschöpfung durch das durchschnittliche Volkseinkommen pro Kopf (vgl. Meyer 2005: 5).

- Im Jahr 2008 wurden in Bayern 26,7 Mio. *Gästeankünfte* mit einer Gesamtübernachtungszahl von 76,9 Mio. registriert⁵ (LfStaD 2009). Auch hier steht Bayern im Vergleich der Bundesländer an der Spitze (vgl. Abb. 1). Von diesen Übernachtungen entfielen 39 % auf Oberbayern, 22,4 % auf Franken, 21,9 % auf Niederbayern und die Oberpfalz sowie 16,7 % auf Schwaben.
- 6,7 % aller *deutschen Urlaubsreisen* gehen nach Bayern, nur Spanien und Italien werden häufiger besucht (Aderhold/Lohmann 2009: 3).

Abb. 1: Gästeübernachtungen 2008 in den deutschen Bundesländern



Quelle: eigene Darstellung nach Daten des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung

Ein Blick auf die *Herkunftsstruktur der Besucher* zeigt, dass etwa 22,5 % der Touristen in Bayern aus dem Ausland kommen (6 Mio. Ankünfte). Die bedeutendsten internationalen Quellmärkte sind dabei die Niederlande (10,9 % der ausländischen Gäste), die USA (10,4 %), Italien (9,2 %) sowie Österreich (7,9 %). Die deutschen Touristen stammen zu 38 % aus Bayern selbst, zu 15 % aus Baden-Württemberg und zu 14 % aus Nordrhein-Westfalen (vgl. StWIVT 2008: 5).

Zusätzlich zu diesen Reisenden sind Destinationen in Bayern jährlich das Ziel von etwa 446 Mio. Tagesreisenden, die für einen geschätzten Bruttoumsatz von etwa 14 Mrd. € verantwortlich sind und damit für über die Hälfte des gesamten touristischen Bruttoumsatzes (vgl. Maschke 2007: 59 ff.).

Angesichts dieser Zahlen ist es verständlich, dass das Bayerische Wirtschaftsministerium den Tourismus als Leitökonomie bezeichnet, der durch seine vielfältigen Verflechtungen und durch mittelbare Effekte ein wichtiger Impulsgeber für Handel, Freizeitindustrie und Dienstleister sein kann (vgl. StWIVT 2007: 4).

⁵ In Betrieben mit neun und mehr Gästebetten, inklusive Campingplätze

2.2 Der demographische Wandel in Bayern

Der Begriff „demographischer Wandel“ beschreibt die Veränderungen der demographischen Strukturen, die seit geraumer Zeit v. a. in den Industrieländern beobachtet werden. Wesentliche Faktoren des demographischen Wandels werden durch das Modell des demographischen Übergangs (vgl. z. B. Hauser 1981 oder Bähr 1997) beschrieben, das die sich im Zeitverlauf ändernden Geburten- und Sterberaten von Gesellschaften skizziert. Zum demographischen Wandel kommen aber darüber hinaus auch externe Faktoren wie Migration, die im Modell nicht erfasst sind, hinzu. Entsprechend sind mathematische Prognosen auf der Basis dieses Modells nicht sinnvoll. Denn ob, wie stark und wie lange sich die Bevölkerungsstruktur einer Gesellschaft nach diesem regelhaften Verlauf verändert, hängt von einer Vielzahl weiterer ökonomischer, sozialer und kultureller Bedingungen ab.

Im Folgenden werden in aller Kürze die für die späteren Betrachtungen relevanten demographischen Kennziffern und Entwicklungen in Bayern vorgestellt (vgl. den Beitrag Koch in diesem Band).

Seit dem Jahr 2001 liegen in Bayern die Zahlen der Sterbefälle über den Geburtenzahlen. Dies hat eine Umschichtung der Altersstruktur sowie einen Anstieg des Durchschnittsalters zur Folge (2005: 41,7 Jahre, Prognose 2025: 45,4; vgl. LfStaD 2007). Nur aufgrund der Zuwanderung v. a. junger Menschen aus anderen Bundesländern (selektive Migration) ist mit einem Bevölkerungszuwachs bis 2025 um 2,1 % im Vergleich zu 2005 zu rechnen, während für Deutschland gesamt im selben Zeitraum ein Rückgang um 4,3 % erwartet wird, wodurch sich die vollen Auswirkungen des demographischen Wandels (Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung) zeitlich nach hinten verschieben, langfristig jedoch nicht abgewendet werden. Bis 2050 wird eine Steigerung des Anteils der über-60-Jährigen von 24 % (2006) auf 35,7 % prognostiziert (vgl. Beitrag Koch in diesem Band).

Bereits heute sind in Bayern demographische Disparitäten zwischen einzelnen Regionen deutlich zu erkennen. Während die großen Städte, allen voran München, noch kaum von „Überalterung“ gekennzeichnet sind und teilweise Bevölkerungszuwächse erzielen, zeigen insbesondere grenznahe, periphere, strukturell und wirtschaftlich benachteiligte Räume, z. B. die Rhön, deutliche Abwanderungs- und Überalterungstendenzen. Für diese innerbayerischen Unterschiede sind fast ausschließlich Wanderungsbewegungen verantwortlich (vgl. Grimm et al. 2009a: 30).

Langfristig ist davon auszugehen, dass sich auch die demographischen Kennziffern der heute noch nicht vom Wandel betroffenen Räume in Richtung einer älteren Gesellschaft bewegen – mittelfristig, dass sich die bestehenden Disparitäten zwischen den verschiedenen Regionen verschärfen.

2.3 Demographische Situation in den ausländischen Quellmärkten

In den meisten der ausländischen Quellmärkte, v. a. in den europäischen, zeigen sich ähnliche demographische Entwicklungen wie in Bayern bzw. Deutschland. Die Bevölkerungen werden nur noch in sehr geringem Ausmaß wachsen, eine Schrumpfung wird in den meisten Fällen nur durch Zuwanderung verhindert. Für Italien und Japan wird spätestens ab 2010 mit sinkenden Einwohnerzahlen gerechnet; nur in den USA werden Immigranten noch bis über das Jahr 2020 hinaus für eine wachsende Bevölkerung sorgen (vgl. Grimm et al. 2009a: 37 f.).

Dies korrespondiert mit der Entwicklung der Altersstruktur. In den USA schreitet – begründet in der selektiven Zuwanderung – die Überalterung der Gesellschaft deutlich

langsamer voran als in Europa und Japan. Insgesamt wird die Zahl der Über-60-Jährigen in den Hauptquellmärkten von 134 Mio. (2005) auf 182 Mio. (2020) ansteigen (vgl. Grimm et al. 2009a: 39).

Anders sieht es in den sogenannten *emerging markets* (Wachstumsmärkten) aus, deren Besuchervolumen zwar momentan in der Gesamtschau zu vernachlässigen ist, die jedoch in den letzten Jahren prozentual starke Zuwächse bei den Übernachtungszahlen verzeichnen konnten. Hier sind in der Hauptsache China, die Vereinigten Arabischen Emirate und Russland zu nennen – Länder, die durch ihr Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum zukünftig ein beachtliches Potenzial als touristischer Quellmarkt bieten können. Die Zahl der Übernachtungen in Deutschland aus den beiden erstgenannten Ländern konnte sich im Laufe der letzten zehn Jahre mehr als verdoppeln, was die starke Dynamik dieser Märkte unterstreicht (Grimm et al. 2009a: 32 f.).

Mit Ausnahme von Russland werden in diesen Staaten die Bevölkerungszahlen in absehbarer Zukunft weiter stark ansteigen, da den nach wie vor hohen Geburtenraten immer weiter sinkende Sterberaten gegenüberstehen. Auch sind diese Länder deutlich weniger stark von „Überalterung“ betroffen. Allein Russland wird sich im demographischen Verhalten in den nächsten Jahren immer mehr den europäischen Ländern angleichen.

3 Tourismus und demographischer Wandel

3.1 Tourismusrelevante gesellschaftliche Veränderungen durch den demographischen Wandel

In Gesellschaften, deren demographische Struktur und Zusammensetzung sich entsprechend der in Kapitel 2.2 kurz vorgestellten Befunde wandelt, zeigen sich drei hauptsächliche Trends, die direkten oder indirekten Einfluss auf den Tourismus haben können, allerdings nicht müssen (vgl. Grimm et al. 2009a: 9 ff. und 48 ff.):

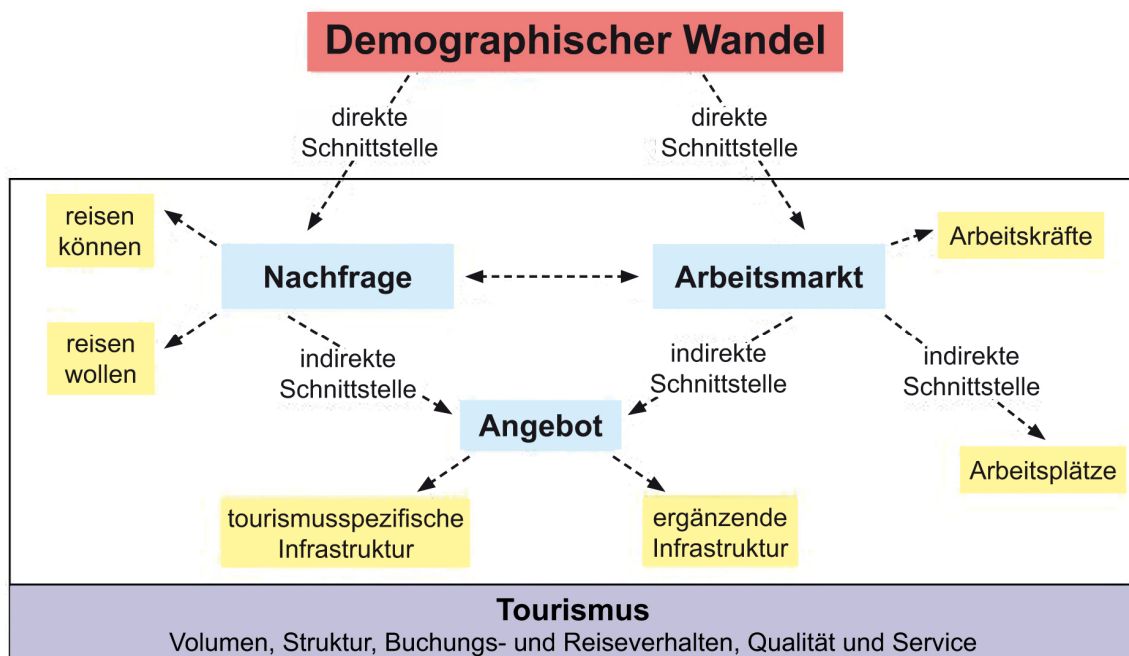
- Durch sinkende Geburtenraten wird ein vorerst leichter, jedoch sich beschleunigender Bevölkerungsrückgang hervorgerufen (ohne Berücksichtigung von Migration). Dieses geringere Bevölkerungsvolumen stellt eine Reduktion der Menge potenzieller Nachfrager touristischer Leistungen und potenzieller Arbeitskräfte dar. Zudem führt ein Rückgang der Bevölkerung zu einer schlechteren Auslastung sowohl der tourismusspezifischen als auch der ergänzenden Infrastruktur.
- Natürliche Bevölkerungsbewegungen werden verstärkt von (selektiver) Migration überlagert. Es ist von einer Wanderungsbewegung überwiegend junger Menschen von strukturschwachen, oft peripheren Regionen in wirtschaftlich prosperierende Zentralräume auszugehen. Innerhalb Deutschlands (Binnenmigration) führt dies zur Konzentration junger, gebildeter Menschen in den Zentren sowie zur Bevölkerungsabnahme in peripheren Regionen. Außenwanderungsbewegungen führen zu einer Erhöhung des Anteils an Ausländern (da mehr Zuzüge als Fortzüge), die im Vergleich zu Einheimischen oft auch über ein deutlich unterschiedliches Reiseverhalten verfügen.
- Sinkende Geburtenraten und steigende durchschnittliche Lebenserwartung, verbunden mit einer Verbesserung des durchschnittlichen Gesundheitszustands bei gleichem Alter, haben eine Änderung der Altersstruktur zur Folge. Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung wird zunehmen, während die Anteile von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen abnehmen werden. Es wird weniger und ältere Erwerbstätige geben.

Dies kann zwei verschiedene Auswirkungen auf den Tourismus mit jeweils gegenläufigen Effekten haben:

- Einerseits ist davon auszugehen, dass eine ältere im Vergleich zu einer jüngeren Bevölkerung über geringere Mobilität sowie ein daran angepasstes Reiseverhalten verfügt (Trend zu komfortableren, weniger extremen Reisen; geringere Entfernungen).
- Andererseits wird die Bevölkerung zwar im Durchschnitt älter, bei gleichem Alter jedoch über einen besseren Gesundheitszustand sowie eine deutlich größere (quantitative und qualitative) Reiseerfahrung verfügen. Untersuchungen haben gezeigt, dass sich das Reiseverhalten der Senioren früherer Jahre nicht ohne Weiteres auf das der Senioren späterer Jahre übertragen lässt (vgl. Lohmann 1989). Vielmehr ist von einem kohortenspezifischen Reiseverhalten auszugehen, das von den Reisenden im Wesentlichen und im Rahmen der Möglichkeiten lebenslang beibehalten wird (Kohortenregel). Dies bedeutet beispielsweise, dass kommende ältere Generationen, die viel intensiver touristisch sozialisiert wurden als frühere, auch im Alter nicht auf die gewohnten Fernreisen verzichten wollen.

Diese Einflüsse lassen sich prinzipiell differenzieren in direkte Auswirkungen auf die touristische Nachfrage sowie den touristischen Arbeitsmarkt. Änderungen in diesen beiden Bereichen wirken sich schließlich ebenfalls auf das touristische Angebot aus (vgl. Abb. 2). Beispielsweise könnte der demographische Wandel dazu führen, dass das bestehende touristische Angebot zukünftig nicht mehr zur (veränderten) Nachfrage passt oder mit dem vorhandenen Arbeitskräftepotenzial nicht bereitgestellt werden kann (vgl. Grimm et al. 2009a: 4 f.).

Abb. 2: Direkte und indirekte Schnittstellen des demographischen Wandels mit dem Tourismus

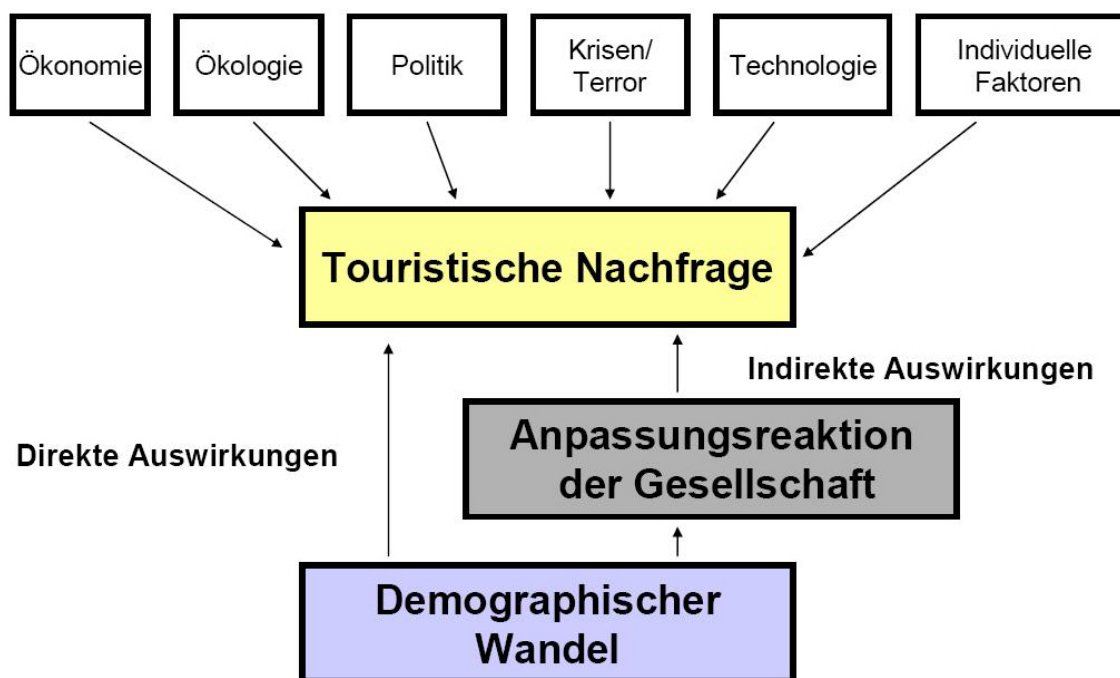


Quelle: Grimm et al. (2009a:10)

Eine Analyse der Auswirkungen des demographischen Wandels auf die touristische Situation in Bayern muss einerseits die verschiedenen Quellmärkte betrachten und die dortigen demographischen Entwicklungen analysieren, andererseits auf die verschiedenen Komponenten der Nachfrage (Urlaubs-, Kurzurlaubs-, Tagesausflüge und Geschäftsreisen) sowie den touristischen Arbeitsmarkt eingehen.

Demographische Veränderungen werden in einer sich stetig wandelnden Gesellschaft jedoch immer nur eine von vielen intervenierenden Variablen sein⁶, die einen Einfluss auf das zukünftige Reiseverhalten haben (vgl. Abb. 3). Daher stellen die folgenden Betrachtungen keine exakten Prognosen dar, sondern beschreiben lediglich den vom demographischen Wandel hervorgerufenen Trend, der durchaus durch andere Faktoren (z. B. die wirtschaftliche oder politische Entwicklung) abgeschwächt oder sogar umgekehrt werden kann. Die beiden wesentlichen Aspekte, die das individuelle Reiseverhalten bestimmen – die Möglichkeit („reisen können“) und die Motivation („reisen wollen“) zu reisen – determinieren nicht nur, „ob“ jemand überhaupt reist, sondern auch das „wie“ (vgl. Grimm et al. 2009b: 10 ff.).

Abb. 3: Direkte und indirekte Auswirkungen des demographischen Wandels auf die touristische Nachfrage



Quelle: Grimm et al. (2009b: 11)

Wie bereits in Kapitel 2.1 festgestellt wurde, ist Deutschland (einschließlich Bayern) mit einem Anteil von 77,5% der Besucher im Jahr 2007 der wichtigste Quellmarkt für den Tourismus nach Bayern (vgl. StWIVT 2008: 5). Da von diesen über ein Drittel aus Bayern selbst stammen, sind also die demographischen Veränderungen in Deutschland bzw. Bayern (vgl. Kapitel 2.2) die wichtigsten Faktoren, die Auswirkungen auf die touristische Nachfrage haben. Unter den Tagestouristen ist der Anteil bayerischer und deut-

⁶ Der demographische Wandel (z. B. als Änderung der Anzahl der Menschen über 80 Jahre in der Bevölkerung) führt aber auch zu einer Anpassungsreaktion der Gesellschaft (z. B. höhere Beiträge zur Pflegeversicherung). Diese Anpassungsreaktion wiederum wirkt ebenfalls auf die Nachfrage (z. B. Veränderung der wirtschaftlichen Möglichkeiten von Personen unter 80 Jahren, eine Urlaubsreise zu machen).

scher Ausflügler noch deutlich höher, hier sind also fast ausschließlich die innerdeutschen demographischen Verhältnisse ausschlaggebend.

3.2 Auswirkungen auf die Nachfrage nach Urlaubsreisen in Bayern

Der in Deutschland mit dem demographischen Wandel einhergehende Rückgang des Bevölkerungsvolumens wird bei gleichbleibender Urlaubsreiseintensität und -häufigkeit tendenziell zu einem Rückgang der Nachfrage nach *Urlaubsreisen* führen. Allerdings lässt sich errechnen, dass sich der (noch) geringe Bevölkerungsrückgang im Zeitraum bis 2020 kaum nennenswert auf die quantitative Urlaubsnachfrage und damit die Anzahl der Inlandsreisen der Deutschen auswirken wird (vgl. Grimm et al. 2009b: 15 f.).

Da die Bevölkerung Bayerns aufgrund der positiven Binnen- und Außenmigrationsalden noch bis mindestens 2025 ansteigen wird (vgl. den Beitrag Koch in diesem Band) und mehr als ein Drittel der inländischen Touristen in Bayern selbst aus Bayern kommen, wird sich dieser zu erwartende geringe Besucherrückgang für Bayern noch weiter in die Zukunft verlagern.

Weiterhin ist anzunehmen, dass der steigende Anteil ausländischer Migranten zu einer leichten Verringerung der Nachfrage nach Deutschland- bzw. Bayernreisen führt, da diese im Sinne eines „roots tourism“ (vgl. Meethan 2004: 139 ff.) eher Reisen in ihre Heimat als in deutsche Regionen unternehmen könnten. Allerdings liegen zum Reiseverhalten von Migranten kaum Untersuchungen vor, so dass sich hierbei auf die Aussagen von Experten gestützt werden muss. „Wenn immer mehr Menschen ihren Heimatort bzw. die Region, in der sie aufgewachsen sind, verlassen, wäre denkbar, dass zur Aufrechterhaltung und Pflege der sozialen Kontakte immer häufiger Urlaubsreisen unternommen werden und dass dadurch die Anzahl der Verwandten- und Bekanntenbesuche steigt. Falls zeitgleich weder die frei verfügbare Zeit noch das verfügbare Einkommen ansteigen, muss jedoch davon ausgegangen werden, dass diese Reisen andere Reisen substituieren. (...) Am Gesamtvolumen ändert sich hierdurch also nichts.“ (Grimm et al. 2009b: 17).

Die deutlichsten Auswirkungen des demographischen Wandels wird jedoch die sich verändernde Altersstruktur der deutschen bzw. bayerischen Gesellschaft haben. Der wesentliche Effekt ist hierbei der wachsende Anteil älterer Personen an der Gesamtbevölkerung. Tendenziell liegt die Urlaubsreiseintensität älterer Personen niedriger als die jüngerer, es wäre also bei steigendem Durchschnittsalter mit einer Abnahme der Reise-tätigkeit zu rechnen. Allerdings steigt die Urlaubsreiseintensität der über-50-Jährigen seit 1970 kontinuierlich an, so dass heute deutlich mehr ältere Menschen reisen als noch vor 40 Jahren. So stieg die Urlaubsreiseintensität über-70-Jähriger von 33 % (1970) auf 60 % (2007) (vgl. Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen 2008).

Der Wandel im Konsumverhalten der zukünftigen „Alten“ im Bereich Urlaubsreisen wird nur teilweise durch Änderungen der quantitativen Verhältnisse bedingt (vgl. Zahl/Lohmann/Meinken 2007). Ein zusätzlicher wichtiger Faktor sind im Laufe des Lebens entwickelte Konsumgewohnheiten der verschiedenen Kohorten, wodurch zukünftige Trends aus vergangenem Verhalten erkennbar werden (vgl. Kapitel 3.1; Grimm et al. 2009b: 20 f.). Das Verhalten der jeweils aktuellen Senioren erlaubt demnach jedoch keine verlässlichen Rückschlüsse auf das der zukünftigen in der gleichen Altersklasse.

Neben der Verhaltenskontinuität spielen folgende weitere Aspekte des Älterwerdens eine Rolle für die Seniorennachfrage: neue Möglichkeiten im Alter, z.B. durch mehr frei verfügbare Zeit; neue Einschränkungen, z.B. durch körperliche Gebrechen; sowie

aktuelle gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen (vgl. Lohmann/Sierck/Grimm 2007).

Insgesamt werden sich die verschiedenen Effekte einer veränderten Altersstruktur im Besuchervolumen nur geringfügig bemerkbar machen, da sich die verschiedenen denkbaren Entwicklungen oftmals gegenseitig aufheben. So wird es einerseits mehr ältere Reisende geben, die die in Bayern gute gesundheitstouristische Infrastruktur sowie das gemäßigte Klima und die räumliche Nähe (im Vergleich zu Fernreisen) zu schätzen wissen. Andererseits werden die zukünftigen Senioren deutlich mobiler und reiseerfahrener sein als früher und mit vielen heutigen Angeboten für „Ältere“ nichts anfangen können sowie Fernreisen bevorzugen. So wird z. B. für die oberbayerischen Alpen (aufgrund des Kohortenverhaltens) mit einem nachlassenden Interesse seitens der älteren Generation gerechnet (vgl. Grimm et al. 2009c: 59), für ganz Bayern wird (wie für fast alle Bundesländer) mit einem Rückgang des Marktanteils bei den über-60-Jährigen von 10 % (2007) auf 6 % (2020) zugunsten von Auslandsreisen gerechnet (Grimm et al. 2009b: 30 f.). Dieser Rückgang des Marktanteils wird aber in absoluten Zahlen wiederum weitgehend durch das Wachstum des Senioren-Segments ausgeglichen.

Die Folge ist also nicht eine bedeutende Änderung des Gesamtvolumens der Nachfrage, sondern vielmehr eine neue Verteilung der verschiedenen Altersgruppen, v. a. ein höherer Stellenwert der Senioren, die zudem veränderte Interessen und Bedürfnisse zeigen werden.

Die Entwicklung der Nachfrage aus den ausländischen Hauptquellmärkten wird ähnlich der inländischen Nachfrage verlaufen. Es wird auch hier zu einer Verschiebung der Bedeutung der Alterssegmente hin zu den Senioren kommen. Allerdings wird der demographische Wandel nur einen sehr eingeschränkten Effekt auf das gesamte Nachfragenvolumen haben. Im Vordergrund stehen vielmehr Einflussfaktoren wie z. B. das sich seit der Fußball-WM 2006 stetig verbessernde Deutschland-Bild oder ökonomische Faktoren. Chancen für Bayern werden hier v. a. bei Kultur- und Städtereisen (v. a. München) insbesondere aus Italien, Österreich, den USA und Japan gesehen (vgl. Grimm et al. 2009b: 79 ff. und 91 f.).

Für die *emerging markets* China, Russland und Vereinigte Arabische Emirate kann momentan noch kaum von einem Einfluss des demographischen Wandels gesprochen werden. Lediglich die steigende Gesamtbevölkerung in diesen Ländern bietet das Potenzial für eine Nachfragesteigerung in der Zukunft. Betrachtet man allerdings den geringen Anteil des internationalen Incoming-Tourismus am gesamten Tourismus in Bayern, so machen sich Entwicklungen in einzelnen Auslandsquellmärkten lediglich regional oder lokal bemerkbar. So können beispielsweise einzelne Kurorte, die ein sehr spezialisiertes Angebot aufweisen, mit einer stetig steigenden Zahl von Gesundheitstouristen aus dem arabischen und russischen Raum rechnen. Für chinesische Besucher sind hingegen meist nur die bekanntesten Sehenswürdigkeiten (z. B. Schloss Neuschwanstein) von Interesse. Wesentlich bedeutsamer als die demographische Entwicklung erscheint mittelfristig in dieser Ländergruppe z. B. die Frage relevant, ob die Teilhabe am Tourismus durch entsprechende Einkommen möglich ist.

Die für Urlaubsreisen dargestellten Entwicklungen gelten größtenteils ebenso für *Kurzurlaubsreisen* (Dauer zwei bis vier Tage). Es ist, insbesondere bei den über-60-Jährigen, mit einer weiterhin steigenden Kurzurlaubsreiseintensität zu rechnen (Trend zu mehreren, aber kürzeren Reisen), die allerdings auf allgemeine gesellschaftliche Änderungen und ökonomische Rahmenbedingungen zurückgeführt wird. Das anteilmäßige Wachstum der Senioren an der Gesamtbevölkerung wird aber zu einer steigenden Nachfrage nach Kurzurlaubsreisen führen. Da die meisten Kurzreisen der Senioren In-

landsreisen sind, wird Bayern vermutlich von dieser Entwicklung leicht profitieren (vgl. Grimm et al. 2009b: 59 ff.; Grimm et al. 2009c: 60 ff.).

3.3 Auswirkungen auf die Nachfrage nach Tagesausflügen in Bayern

Sowohl von der Anzahl der Reisenden als auch der ökonomischen Bedeutung übertrifft der *Tagesausflugsverkehr* die Urlaubsreisen in Bayern bei Weitem (vgl. Kapitel 2.1). Die nachfolgend dargestellten Entwicklungen beruhen auf den Studien zu den Tagesausflügen der Deutschen, die vom Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Institut für Fremdenverkehr an der Universität München seit 1986 durchgeführt werden (vgl. u. a. Maschke et al. 1995; Maschke 2007).

Grundsätzlich können Tagesreisen in Tagesausflüge mit privatem Motiv und Tagesgeschäftsreisen mit geschäftlichem Motiv unterteilt werden. Im Folgenden wird lediglich der Bereich der privaten Tagesausflüge betrachtet, durch den allerdings eine Marktdeckung von über 80 % gewährleistet ist. Ein Tagesausflug wird definiert als jedes Verlassen des Wohnumfelds (ohne Übernachtung), das nicht als Fahrt zu Schule, Arbeitsplatz oder Berufsausübung vorgenommen wird, nicht als Einkaufsfahrt zur Deckung des täglichen Bedarfs dient und nicht einer gewissen Routine oder Regelmäßigkeit unterliegt (z. B. Arztbesuche) (vgl. Grimm et al. 2009b: 71).

Die wichtigsten Kennzahlen sind die Tagesreiseintensität (Anteil der Bevölkerung, der im Berichtsjahr mindestens einen Tagesausflug unternommen hat) sowie die Tagesreishäufigkeit (Anzahl der Tagesausflüge, die ein Reisender durchschnittlich pro Jahr unternommen hat). Die Tagesreiseintensität der Deutschen nimmt mit zunehmendem Alter ab, wird aber in allen Altersklassen bis 2020 ansteigen. In den Klassen bis 54 Jahren liegt sie bereits heute nahe am Maximum von 100 %.

Zusätzlich wird die Tagesreishäufigkeit bis 2020 durch die weiterhin steigende Mobilität der Gesellschaft voraussichtlich in allen Altersklassen stark ansteigen, was zu einem Anstieg des Tagesreisevolumens in allen Altersklassen führen wird. Allerdings werden sich die Marktanteile zwischen den Altersklassen deutlich verschieben. Bereits im Jahr 2020 werden die über-65-Jährigen die wichtigste Zielgruppe im Tagesausflugsverkehr sein.

Diese Marktanteilsverschiebung hat auch Einfluss auf weitere Kennzahlen: Als Hauptanlass werden Spazierfahrten und organisierte Fahrten, die von den „Älteren“ bevorzugt werden, an Bedeutung zunehmen – mit entsprechender Zunahme insbesondere des Pkw-Verkehrs. Ebenso wird mit einer Steigerung der Gesamtausgaben im Tagesausflugsverkehr bis 2020 gerechnet, da insbesondere in der Gruppe der 50- bis 70-Jährigen überdurchschnittliche Ausgaben festzustellen sind (vgl. Grimm et al. 2009b: 72 f.).

Für Bayern als das Bundesland mit der zweithöchsten Zahl an Tagesausflüglern (nach Nordrhein-Westfalen; vgl. Maschke 2007: 59) bietet hier der demographische Wandel also ein großes Nachfragepotenzial sowie die Chance einer Steigerung der (tages)touristischen Einkünfte. Insbesondere die Destinationen oberbayerische Alpen sowie Alpenvorland, für die München den bedeutendsten Quellmarkt für Tagesausflüge darstellt, werden von dieser Entwicklung profitieren.

3.4 Auswirkungen auf die Nachfrage nach Geschäftsreisen in Bayern

Die Datenlage für den *Geschäftsreiseverkehr* ist, ähnlich dem Tagesausflugsverkehr, schlechter als für Urlaubsreisen. Für die folgenden Aussagen wurden repräsentative Studien von TNS Infratest/Deutsche Zentrale für Tourismus (2008) sowie der For-

schungsgemeinschaft Urlaub und Reisen (F.U.R.) (2008) als Grundlage verwendet, die jedoch nicht auf einer langen Zeitreihe fußen.

Im Jahr 2007 wurden von der deutschen Wohnbevölkerung 72,8 Mio. Geschäftsreisen (mit Übernachtung) zu Zielen im Inland, 18,3 Mio. zu Zielen im Ausland getätigt, was einem Durchschnitt von 2,3 Geschäftsreisen (mit Übernachtung) pro Erwerbstätigem entspricht (vgl. Grimm et al. 2009b: 74 f.). Mit 41 % der Inlandsreisen ist hierbei der Besuch von Veranstaltungen (auch Kongresse, Tagungen, Konferenzen) der Hauptanlass. Insgesamt gehen etwa 150 Mio. Übernachtungen in Deutschland auf innerdeutsche Geschäftsreisen zurück. Nach diesen Daten ergeben sich 14,3 Mio. Übernachtungsgeschäftsreisen von Deutschen nach Bayern und 12,3 Mio. Reisen mit geschäftlichem Hintergrund von Bayern ins übrige Deutschland.

Es lassen sich zudem einige demographische Merkmale der inländischen Geschäftsreisenden (mit Übernachtung) in Deutschland feststellen: 79 % der Geschäftsreisenden sind Männer, zwei Drittel befinden sich im Alter von 30 bis 49 Jahren, nur 3 % sind älter als 60. Auch die sozioökonomische Stellung der Geschäftsreisenden weicht vom Bundesdurchschnitt ab. So sind das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen sowie das Bildungsniveau überdurchschnittlich hoch.

Zur mittel- und langfristigen Entwicklung der Geschäftsreisenden lassen sich aus den vorhandenen Daten keine direkten Tendenzen ableiten. Auch die Feststellung, dass der demographische Wandel einen Rückgang der Geschäftsreisetätigkeit bewirkt, da die hauptsächlich betroffene Altersgruppe bis zum Jahr 2020 deutlich stärker rückläufig sein wird als die Gesamtbevölkerung, muss nicht zwangsläufig richtig sein: Es ist eher davon auszugehen, dass das Volumen der Geschäftsreisetätigkeit vielmehr von ökonomischen und gesellschaftlichen Faktoren (z. B. Verlängerung der individuellen Lebensarbeitszeit) dominiert wird. Der Einfluss des demographischen Wandels wird daher als nur gering angesehen (vgl. Grimm et al. 2009b: 78).

3.5 Auswirkungen auf den touristischen Arbeitsmarkt in Bayern

Wie bereits in Kapitel 2.1 beschrieben, ist der Tourismus eine Querschnittsbranche. Das macht auch eine exakte Betrachtung des touristischen Arbeitsmarktes schwierig, da vom Tourismus lebende Menschen nicht allein in unmittelbar tourismusbezogenen Branchen (wie z. B. dem Gastgewerbe) tätig sind, sondern in zahlreichen weiteren vor- und nachgelagerten Bereichen (z. B. Warenproduzenten, Einzelhandel, Dienstleistungsanbieter). Angesichts dieser Komplexität sind Berechnungen und Aussagen zum gesamten Beschäftigungsfaktor Tourismus kaum möglich (vgl. Grimm et al. 2009b: 93). Meist werden daher z. B. lediglich die Zahlen der im Gastgewerbe Beschäftigten oder grobe Schätzungen verwendet.

Dennoch können Einschätzungen zu demographischen Merkmalen der unmittelbar im Tourismus Beschäftigten in Bayern getroffen werden. Eine Analyse der Altersstruktur zeigt beispielsweise einen vergleichsweise hohen Anteil junger Arbeitnehmer (im Gastgewerbe ist nahezu jeder Zweite unter 34 Jahren). Die Verdienstmöglichkeiten weisen aufgrund der vielen sehr unterschiedlichen Berufe eine große Streuung auf, sind aber im Einklang mit dem niedrigen Anteil an Arbeitsplätzen für Hochqualifizierte tendenziell unterdurchschnittlich.

Das langfristig für Deutschland vorhandene Risiko des mit dem Bevölkerungsrückgang durch den demographischen Wandel einhergehenden potenziellen Arbeitskräftemangels spielt für Bayern aufgrund der demographischen Gegebenheiten mittelfristig noch keine Rolle. Besonders die Standortgunst vieler bayerischer Regionen als Migrati-

onsziel wird hier für ein ausreichendes Arbeitskräftepotenzial aller Qualifikationsniveaus sorgen. Hier spielt vor allem auch die Arbeitsmigration aus östlichen EU-Staaten (z.B. aus Tschechien in den Bayerischen Wald) eine Rolle. Lediglich für einige periphere Regionen (z.B. die bayerische Rhön) ist mittelfristig ein lokaler Fachkräftemangel möglich. Im Gesamtzusammenhang wird der demographische Wandel in Bayern jedoch kaum Auswirkungen auf das Arbeitskräftepotential und den Arbeitsmarkt haben.

3.6 Auswirkungen auf das touristische Angebot (Infrastruktur) in Bayern

Die tourismusrelevante Infrastruktur umfasst neben dem tourismusspezifischen Bereich (z.B. Hotels, Tourist-Informationen, Wanderwege) auch die ergänzende Infrastruktur, die ebenfalls von Einheimischen und Touristen genutzt wird (z.B. Einzelhandel, Verkehrsinfrastruktur). Qualität und Quantität dieser Angebote sind entscheidend für den touristischen Wert einer Region, Voraussetzung für deren Existenz ist wiederum eine ausreichende Nachfrage seitens der Bevölkerung und/oder der Touristen. Insbesondere die ergänzende Infrastruktur ist auf eine Grundauslastung durch die Bevölkerung angewiesen.

Hier zeigt sich der Einfluss des demographischen Wandels sehr deutlich: Bei anhaltend rückläufiger Bevölkerungsnachfrage (oft verbunden mit einer Verschlechterung der finanziellen Ausstattung) in Schrumpfungsregionen wie den peripheren Grenzräumen Bayerns (z.B. in der Oberpfalz) ist es tendenziell schwieriger, das Verkehrs- oder Einzelhandelsangebot aufrechtzuerhalten, das für den Tourismus benötigt wird.

Das touristische Angebot Bayerns profitiert von einer im internationalen Vergleich herausragenden Reiseinfrastruktur. Weiterhin besteht (trotz vielfältiger politischer Sonderprogramme) ein teilweise erheblicher Investitionsbedarf, besonders in traditionellen, mittelständisch geprägten Urlaubsregionen wie z.B. dem Landkreis Garmisch-Partenkirchen in den oberbayerischen Alpen. Hier sind viele Betriebe „bemerkenswert rückständig“ und das Wintersportangebot „überaltert“ (Grimm et al. 2009c: 64).

Der demographische Wandel kann also, besonders in ländlichen und ohnehin dünn besiedelten Regionen, Nachfragerückgänge der einheimischen Bevölkerung verursachen, die zu einer Ausdünnung, aber auch zu Marktberichtigungen des tourismusrelevanten Angebots führen können. Vor Herausforderungen stehen in diesen Schrumpfungsregionen auch öffentlich finanzierte Freizeiteinrichtungen sowie permanent zu pflegende Tourismusinfrastrukturen, die auf eine dauerhaft hohe Nachfrage angewiesen sind (z.B. Erlebnisbäder, Kureinrichtungen). Gerade beim touristischen Angebot sind die Auswirkungen des demographischen Wandels jedoch regional sehr unterschiedlich.

4 Schlussfolgerungen für die touristischen Anbieter und die Tourismuspolitik in Bayern

Die tourismuspolitischen Maßnahmen sollten geeignet sein, die negativen Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Tourismus in Bayern abzuschwächen oder zu verhindern bzw. dafür Sorge tragen, dass sich das bayerische Tourismusangebot im nationalen und internationalen Wettbewerb besser positionieren kann. Solche Maßnahmen betreffen sowohl die übergreifende Tourismuspolitik des Bundes bzw. Landes als auch regionale Tourismuspolitiken und -konzepte der einzelnen bayerischen Destinationen. Letztendlich können (und sollen) politische Maßnahmen jedoch nur die Rahmenbedingungen setzen, innerhalb derer sich die touristischen Anbieter selbst auf die Herausforderungen und Auswirkungen des demographischen Wandels einstellen müssen.

Die Aufgaben einer übergeordneten bayerischen Tourismuspolitik lassen sich in drei Bereiche gliedern (vgl. auch Grimm/Lohmann 2009: 6):

- Bayern als Ganzes muss im In- und Ausland als Reiseziel attraktiver gemacht werden. Hierfür sind entsprechende Marketing-Maßnahmen zu ergreifen.
- Es muss weiterhin in Verkehrsinfrastruktur bzw. die Sicherung der Mobilität der Reisenden investiert werden. Hierzu gehört die flächenhafte Erreichbarkeit auch von peripheren, ländlichen Räumen ebenso wie barrierefreie Angebote.
- Um vorhandenen Migrations- und Schrumpfungstendenzen einzelner Regionen entgegenzuwirken, sollte versucht werden, regionale Disparitäten abzubauen und auch die Wettbewerbsfähigkeit ländlicher Regionen zu erreichen bzw. erhalten.

Für die bayerischen Destinationen sowie die Anbieter touristischer Leistungen wird es unerlässlich sein, sich auf die gewandelten demographischen Verhältnisse einzustellen und anzupassen. Wichtig ist hierbei allerdings, sich nicht auf pauschale „Angebote für Ältere“ zu beschränken, sondern den zunehmend heterogenen Gruppen (insbesondere der Vielfalt der unterschiedlichen Zielgruppen der über-60-Jährigen) Rechnung zu tragen und differenzierte Angebote für unterschiedliche Lebensstile und -phasen bereitzuhalten. Bei der Angebotsgestaltung für die Zielgruppe Senioren muss berücksichtigt werden, dass es sich bei diesen meist um gut informierte, reiseerfahrene Nachfrager handelt, die viel Wert auf Qualität und Transparenz legen. Auch darf das Verhalten der Senioren der letzten Jahre nicht einfach auf die Zukunft übertragen werden. Wie in Kapitel 3.1 beschrieben, muss davon ausgegangen werden, dass sich die Wünsche und Bedürfnisse älterer Menschen von Generation zu Generation unterscheiden, daher müssen Angebote stetig angepasst werden. In diesem Zusammenhang ist es auch sinnvoll, sich jetzt um die Zielgruppe im Vor-Seniorenalter (etwa 40- bis 50-Jährige) zu bemühen und sie eventuell emotional an die Region bzw. Destination zu binden, da eine derartige Prägung möglicherweise mit ins höhere Alter genommen wird (vgl. Grimm/Lohmann 2009: 7 f.).

Hierfür ist eine intensive Auseinandersetzung der Branche mit der Thematik des demographischen Wandels nötig. Es müssen regionale Datenerhebungen und -auswertungen, eine genaue Segmentierung der Seniorenzielgruppen (sowie aller anderen Altersklassen) sowie Analysen der eigenen Stärken und Schwächen durchgeführt werden. Wichtige Voraussetzungen für einen zukünftigen Erfolg solcher Aktivitäten können destinationsinterne und -übergreifende Kooperationen und Netzwerke sein. Hierbei sind sicherlich auch grenzüberschreitende Kooperationen von Bedeutung, da insbesondere von Reisenden aus Übersee Europa als Destination gewählt wird und die kleinräumige Aufteilung von Destinationen – teilweise orientiert an administrativen Grenzen – kaum eine Rolle bei der Reiseplanung spielt.

Zukunftsfähige Bereiche sind prinzipiell sicherlich der Gesundheits-, Wellness- und Kulturtourismus, doch sind gerade dort schlüssige Gesamtkonzepte, vielfältige regionale Angebote sowie maßgeschneiderte, regions- und zielgruppenspezifische Angebote notwendig. Ein unüberlegtes bloßes Trittbrettfahren auf aktuellen Trends muss vermieden werden.

Insgesamt gesehen ist es für die bayerischen Destinationen durchaus möglich, vom demographischen Wandel zu profitieren. Die Grundvoraussetzungen wie eine gute Infrastruktur, historisch und kulturell wertvolle Städte und Stätten, unberührte Natur- und gewachsene Kulturlandschaften sowie international konkurrenzfähige Angebote im Gesundheits- und Wellnessbereich sind gegeben. Allerdings müssen bereits vorhandene Angebote in den genannten Bereichen regelmäßig erneuert, verbessert und angepasst werden; vor notwendigen Investitionen darf nicht zurückgeschreckt werden.

Literatur

- Aderhold, P.; Lohmann, M. (2009): Reiseanalyse 2009. Erste Ergebnisse ITB 2009. Online unter: http://www.fur.de/fileadmin/user_upload/Reiseanalyse_RA09_Erste_Ergebnisse.pdf, letzter Zugriff am 01.06.2009.
- Bähr, J. (1997): Bevölkerungsgeographie. Stuttgart.
- Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (LfStaD) (2007): Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2025. München.
- Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (LfStaD) (2009): Monatlicher Zahlenspiegel – Handel, Gastgewerbe, Tourismus. Online unter: <http://www.statistik.bayern.de/daten/bayern/handel/00078/index.php>, letzter Zugriff am 02.06.2009.
- Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (StMWIVT) (2007): Tourismus in Bayern. München.
- Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (StMWIVT) (2008): Tourismus in Bayern. Daten – Fakten – Zahlen. München.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2006): Raumordnungsprognose 2020/2050. Bonn. = Berichte, Band 23.
- Eurostat (2004): Bevölkerungsvorausschätzung – Basisvariante. Luxemburg.
- Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen (F.U.R.) (2008): Reiseanalyse 2008 (Sonderauswertungen). Kiel.
- Grimm, B.; Lohmann, M. (2009): Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Tourismus und Schlussfolgerungen für die Tourismuspolitik. AP 3: Bewertung der Trend- und Folgenabschätzung und Ableitung von Herausforderungen für die Tourismuspolitik. Berlin.
- Grimm, B.; Lohmann, M.; Heinsohn, K.; Richter, C.; Metzler, D. (2009a): Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Tourismus und Schlussfolgerungen für die Tourismuspolitik. AP 1: Eckdaten des demographischen Wandels und Schnittstellen zum Tourismus. Berlin.
- Grimm, B.; Lohmann, M.; Heinsohn, K.; Richter, C.; Metzler, D. (2009b): Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Tourismus und Schlussfolgerungen für die Tourismuspolitik. AP 2: Trend- und Folgenabschätzung für Deutschland. Berlin.
- Grimm, B.; Lohmann, M.; Heinsohn, K.; Richter, C.; Metzler, D.; Butzmann, E. (2009c): Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Tourismus und Schlussfolgerungen für die Tourismuspolitik. AP 2, Teil 2: Trend- und Folgenabschätzung für ausgewählte Beispielregionen. Berlin.
- Grimm, B.; Lohmann, M.; Heinsohn, K.; Richter, C.; Metzler, D. (2009d): Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Tourismus und Schlussfolgerungen für die Tourismuspolitik. Berlin.
- Hauser, J.A. (1981): Zur Theorie der demographischen Transformation. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Heft 7, S. 255-271.
- Lohmann, M. (1989): Kommen die neuen Senioren? – Urlaubsgenerationen im Wandel. In: Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten (Hrsg.): Voraussichtliche Entwicklung des Fremdenverkehrs bis zum Jahr 2010. Dokumentation zum Österreichischen Fremdenverkehrstag 1989. Baden/Wien, o. S.
- Lohmann, M.; Aderhold, P. (2009): Urlaubsreisetrends 2020. Die RA-Trendstudie – Entwicklung der touristischen Nachfrage der Deutschen. Kiel.
- Lohmann, M.; Sierck, A.; Grimm, B. (2007): Seniorenreisen mit Zukunft. Aktuelle Daten und Trends zum Urlaubsmarkt der Best Ager. Kiel.
- Maschke, J. (2007): Tagesreisen der Deutschen. Teil 3 – Jahr 2006. München.
- Maschke, J.; Harrer, B.; Zeiner, M.; Scherr, S. (1995): Tagesreisen der Deutschen. München.
- Meethan, K. (2004): To stand in the shoes of my ancestors. Tourism and genealogy. In: Coles, T.E.; Timothy, D.J.: Tourism, Diasporas and Space. London, S. 139-149.
- Meyer, A. (2005): Die Zukunft des bayerischen Tourismus. Angebotsstruktur und Marketingstrategie im nationalen und internationalen Wettbewerb. Ausgewählte Ergebnisse der vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie in Auftrag gegebenen Grundlagenstudie. München.
- Statistisches Bundesamt (2006): Bevölkerung Deutschlands bis 2050 – Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2007): Demographischer Wandel in Deutschland – Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern. Wiesbaden.

TNS Infratest; Deutsche Zentrale für Tourismus (2008): Übernachtungsgeschäftsreisen 2007 aus dem deutschen Quellmarkt. Frankfurt.

United Nations (UN) (2006): World Population Prospects: The 2006 Revision Population Database. Online unter: <http://esa.un.org/unpp/>, letzter Zugriff am 01.03.2009.

Zahl, B, Lohmann, M.; Meinken, I. (2007): Reiseverhalten zukünftiger Senioren: Auswirkungen des soziodemographischen Wandels. In: Haeling von Lanzanauer, C.; Klemm, K. (Hrsg.): Demographischer Wandel und Tourismus. Zukünftige Grundlagen und Chancen für touristische Märkte. Berlin, S. 91-107.

Jürgen Rauh, Julia Wettemann

Die Auswirkungen des demographischen Wandels auf Konsumentenverhalten und Einzelhandel – Beispiele aus Unterfranken

Gliederung

- 1 Einführung
- 2 Kaufkraft
 - 2.1 Einzelhandelsrelevante Kaufkraft im Marktgebiet von Würzburg
 - 2.2 Einzelhandelsrelevante Kaufkraft im Marktgebiet von Würzburg im Jahr 2020
- 3 Konsumententypen
 - 3.1 Die heutige Hauptzielgruppe des Einzelhandels
 - 3.2 Die zukünftige Hauptzielgruppe des Einzelhandels
- 4 Angebot
 - 4.1 Das Fallbeispiel städtischer Raum: Würzburger Einzelhandel
 - 4.1.1 Ist-Zustand
 - 4.1.2 Ausblick
 - 4.2 Das Fallbeispiel peripherer Räume: Grundversorgung in den Landkreisen Hassberge und Rhön-Grabfeld
- 5 Fazit

Literatur

1 Einführung

„Wandel“ war in den letzten Jahren ein fast inflationär verwendeter Begriff. Neben dem „Demographischen Wandel“ haben sich auch zahlreiche Handels- und Konsumforscher mit dem „Wandel im Handel“ (Schmalen 1997) befasst. Gemeint ist damit vor allem der Betriebsformenwandel (Kulke 1992; Klein 1995; Löffler 2004), aber auch der Wandel des Konsumentenverhaltens wird immer wieder thematisiert (Gerhard 1998; Kulke 2005; Gerhard/Arnold 2006). 1950 kannte der Einzelhandel lediglich drei Formen der Betriebsführung (klassisches Fachgeschäft, Warenhaus und Versandhandel), 1995 waren es bereits über 20 Formen (Meffert 2000: 1180 f.). Damit einher ging die Flächenexpansion des Einzelhandels. Betrug die Verkaufsfläche 1980 in Gesamtdeutschland noch lediglich 63 Mio. m², so beträgt sie heute (2006) 119 Mio. m²¹. Großflächige Formate wie SB-Warenhäuser, Verbraucher- oder Fachmärkte benötigen aufgrund der Breite und Tiefe ihres Sortiments die entsprechend erweiterte Verkaufsfläche außerhalb der Innenstadt. Damit verbunden ist ein Rückgang der Zahl der Betriebe im Einzelhandel.

¹ Angaben des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels

Abb. 1: Ausdifferenzierung von Betriebsformen aufgrund demographischer Prozesse

	Alterung	Bevölkerungs- abnahme	Heterogenisierung
Konsumentenverhalten	<ul style="list-style-type: none"> • serviceorientiert • kaufkräftig • anspruchsvoll • Markentreue • nachlassende Mobilität • größeres Zeitbudget • eingeschränkte körperliche Voraussetzungen • rationale versus emotionale Kaufentscheidungen 	<ul style="list-style-type: none"> • selbstbewusst • Convenience-orientiert 	<ul style="list-style-type: none"> • Polarisierung zwischen rationalen und emotionalen Kaufentscheidungen • individualisierte Bedürfnisse
Kaufkraft	einzelhandelsrelevante Kaufkraft pro Kopf nimmt zu	Rückgang (oder Stagnation) der absoluten Kaufkraft	Schere zwischen Reich und Arm öffnet sich
Konsequenzen für Unternehmenskonzeption	Leistungsoptimierung aller Handlungsparameter, die zur Profilierung beitragen	Behauptung auf stärker umkämpftem Markt; Diversifizierung der Vertriebschienen (z.B. Ergänzung um elektronischen Handel)	(weitere) Polarisierung von kostenminimierenden und leistungsoptimierenden Konzepten
Handlungsparameter			
Angebots-/Sortimentsausrichtung	<ul style="list-style-type: none"> • größerer Flächenbedarf für Warenpräsentation, Gänge, Funktionsflächen • Marken • seniorengerechte Produkte • überschaubares, nicht zu tiefes Sortiment • vermindertes Angebot bestimmter Produktgruppen (z.B. Spielsachen) 	<ul style="list-style-type: none"> • große Auswahl an Fertigprodukten • Klein- und Einzelpackungen • vermindertes Angebot bestimmter Produktgruppen (z.B. Spielsachen) 	Spezifizierung des Angebots auf vielfältige Zielgruppen und Lebensstile (z.B. spezifisches Sortiment für Aussiedler etc.)
Personaleinsatz	<ul style="list-style-type: none"> • hoch • qualifiziertes, älteres sozialkompetentes Stammpersonal • Fachabteilungen mit Entscheidungskompetenz 	reduziertes Stammpersonal ergänzt um z.T. gut gebildete Teilzeitkräfte, steigende Anzahl an Minijobs	hoher Personaleinsatz bei leistungsoptimierenden Konzepten steht geringem Personaleinsatz bei kostenminimierenden Konzepten gegenüber
Preisgestaltung / Image	gehobenes Preis-Leistungs-Verhältnis	in einem intensiven Preiswettbewerb Vermittlung von Preiswürdigkeit	gehobenes Preis-Leistungs-Verhältnis bei leistungsoptimierenden Konzepten steht Vermittlung von Preiswürdigkeit bei kostenminimierenden Konzepten gegenüber
Standortwahl	bevorzugt integrierte Lagen in den Zentren; ggf. Zustellung, Formen des Versandhandels	Kostenminimierung von Erschließung und Unterhalt der Betriebsflächen; geringe Zugangskosten für ein möglichst großes Kundenpotenzial; bevorzugt am Stadtrand, verkehrsorientierte Standorte, Transiträume	hohes externes Kopplungspotenzial → integrierte Lagen; Event-Standorte; kostenminimierende Standorte

Quelle: Klein (1995); eigene Bearbeitung

Folge ist die Erhöhung der durchschnittlichen Verkaufsfläche pro Einzelhandelsbetrieb und oft auch ein Sinken der Flächenproduktivität. Weitere Entwicklungen sind der Rückgang der eigentümergeführten Unternehmen zugunsten von nationalen und internationalen Konzernen (Unternehmenskonzentration) und die zunehmende Internationalisierung von Einzelhandelsunternehmen. Verstärkt wurden diese Prozesse durch die Erhöhung der Mobilität und der damit geforderten, aber innerstädtisch nicht realisierbaren, Erweiterung der Parkplatzflächen sowie den erhöhten Mietpreisen, welche aus den mit der Innenentwicklung (z.B. Fußgängerzonen) verbundenen Sanierungen resultierten, welche meist nur von „betriebswirtschaftlich optimierten Unternehmen“ (Heinritz/Klein/Popp 2003: 209) bezahlt werden konnten. Raumwirksame Folgen dieser Entwicklungen sind ein Rückgang der flächendeckenden Nahversorgung, verlängerte Einkaufswege sowie eine zunehmende Fremdbestimmung der Standort- und Sortimentsstruktur durch große Unternehmen.

Nun ist der Betriebsformenwandel nicht unabhängig von anderen gesellschaftlichen und ökonomischen Prozessen zu sehen und Wandel bedeutet in den seltensten Fällen einen Bruch, sondern beschreibt häufig langwierige Prozesse verschiedener gesellschaftlicher und ökonomischer Phänomene mit systemaren Verbindungen zueinander. Für den Einzelhandel exogene Einflüsse wie der demographische Wandel mit seinen Kennzeichen einer demographischen Alterung, Schrumpfung, gesellschaftlich-ethnischer Heterogenisierung aber auch seiner regional unterschiedlichen Prozesshaftigkeit machen sich in einem differenzierten Konsumentenverhalten bemerkbar. Dieses wiederum spiegelt sich auf der Angebotsseite in einer entsprechenden Ausdifferenzierung der Betriebsformen wider, die im Wesentlichen von weiteren (nicht nur demographisch bedingten) exogenen wie endogenen Einflüssen und Prozessen auf und im Einzelhandel begleitet oder verstärkt werden. In Abwandlung der theoretischen Überlegungen von Klein (1995) lassen sich mögliche Strategien unternehmerischer Konzeptionen des Einzelhandels ausgehend von exogenen Einflüssen wie der demographisch bedingten Alterung, Schrumpfung und Differenzierung über Veränderungen des Konsumentenverhaltens und der Kaufkraftentwicklung idealtypisch ableiten (vgl. Abb. 1).

Hinsichtlich der Nachfrage ergeben sich zwei Haupteffekte des demographischen Wandels auf den Einzelhandel: Zum einen der langfristige Rückgang der Nachfragerzahl und zum anderen die Veränderungen in der Nachfragestruktur. So verschiebt sich die Hauptzielgruppe von den 19- bis 39-Jährigen zu den über 50-Jährigen (Wirtschaftsförderung Osnabrück 2006: 6; Streller 2005: 3), da diese durch die Erhöhung ihrer Zahl und den hohen relativen Ausgaben für den Konsum nun den Großteil der Kaufkraft besitzen. Den heutigen und zukünftigen Senioren wird im Vergleich zu früheren Kohorten Selbstbewusstsein, Flexibilität, körperliche Fitness, Aktivität, Mobilität und vor allem eine wirtschaftlich gute Situiertheit nachgesagt (HDE 2007: 37). Hinsichtlich ihres Konsumverhaltens gelten sie als anspruchsvoll, serviceorientiert und qualitätsbewusst. Aber auch aufgrund der unterschiedlichen Bedürfnisse von älteren und jüngeren Menschen ergeben sich branchenspezifische Nachfrageänderungen. Als Beispiel seien die erhöhte Nachfrage nach pharmazeutischen Produkten und die langfristig sinkende Nachfrage nach Nahrungs- und Genussmitteln, Kinder- und Babybekleidung sowie Spielzeug (Rosenfeld 2006: 69 ff.) genannt. Weniger beachtet in der allgemeinen Diskussion und auch in der Literatur werden hingegen die Prozesse demographischer Schrumpfung und sozialer Heterogenisierung. Diese drücken sich im Konsumentenverhalten z.B. in einer gesteigerten Nachfrage nach Convenience-Produkten (z.B. Tiefkühlprodukte, Halbfertigprodukte, einfache warme Speisen, kleine Produktgrößen) und individualisierten Produkten aus. Bevölkerungsabnahme bedeutet auch, dass die Kon-

sumenten vom Einzelhandel stärker umworben werden, was deren Selbstbewusstsein (bessere Verhandlungsposition) steigern dürfte. Die Standortwahl eines Betriebes stellt einen Handlungsparameter unter mehreren dar (vgl. Klein 1995). Anpassungsstrategien werden nur in seltenen Fällen Standortverlagerungen mit sich bringen, allerdings dürften Standortneueröffnungen sich auch an die veränderten Bedingungen anpassen. Zum stationären Handel alternative Vertriebsformen könnten sich raumwirksam bemerkbar machen.

Bislang reagiert der Einzelhandel verhalten auf die sich verändernden Voraussetzungen (HDE 2007: 71 f.). Einige große Supermarktketten wie Coop und Migros in der Schweiz sowie ADEG in Österreich und EDEKA in Deutschland erneuern ihre Konzepte. Sie versuchen gezielt bestimmte Elemente des Marketing-Mix zu verändern. Als Beispiele seien Beleuchtung, Regalgestaltung, Schriftgröße der Verpackungen oder breitere Gänge genannt (Streller 2005: 3). Bei den Kaufhäusern widmet sich z. B. die Kaufhof Warenhaus AG mit Engagement der älteren Klientel, wobei diese eine direkte Werbung ihres Status als „seniorenfreundlichstes Kaufhaus Deutschlands“ vermeidet, um die jugendlichen Konsumenten nicht zu verlieren. Und dies, obwohl schon 2000 jeder vierte Kaufhofbesucher über 50 Jahre alt war (Mandac 2000: 263). Rewe passt ihre Betriebsformenstrategie mit ihren neuen „City-Märkten“ der demographischen Alterung mit einer Orientierung an Innenstadtlagen an. Convenience-Stores, deren Angebotspalette flach und schmal ist, haben sich in den vergangenen Jahren an vielfältigen Standorten etabliert (Innenstädte, Stadtteilzentren, Ausfallstraßen, Transiträume wie z. B. Tankstellen, Bahnhöfe und Flughäfen).

Diese allgemeinen Überlegungen zur Entwicklung von Konsumentenverhalten, Kaufkraftentwicklung und Betriebsformenwandel sollen in diesem Beitrag zunächst am Fallbeispiel des unterfränkischen Oberzentrums Würzburg überprüft werden. Dabei sollen zunächst Kaufkraftberechnungen Abschätzungen zukünftiger einzelhandelsrelevanter Kaufkraftentwicklungen im Marktgebiet liefern, um anschließend auf der Basis einer standardisierten Konsumentenbefragung Einstellungen, Verhaltensweisen und Merkmale bisheriger und zukünftiger Hauptzielgruppen des Einzelhandels zu typisieren, um darauf aufbauend mögliche Anpassungsstrategien des Einzelhandels auf der Grundlage qualitativer Experteninterviews zu diskutieren. Die Angebotsstrukturen in der Grundversorgung sollen weiterhin auch an dünn besiedelten, strukturell schwächeren Räumen behandelt werden. Basierend auf einer Analyse der Entwicklung des Lebensmittel-, Bäcker- und Metzgereieinzelhandels zwischen 1993 und 2008 sowie einer telefonischen Kommunalverwaltungsbefragung in den Gemeinden der Landkreise Hassberge und Rhön-Grabfeld soll der Tragweite eines potenziellen Rückzugs der Grundversorgung aus der Fläche und deren Konsequenzen unter den Bedingungen demographischer Veränderungen nachgegangen werden.

2 Kaufkraft²

In allen Bevölkerungsvorausschätzungen wird eine Bevölkerungsabnahme der 35- bis 55-Jährigen für Deutschland bis 2020 vorausgesagt. Diese Gruppe ist gemäß der amtlichen Einkommens- und Verbrauchsstichproben auch diejenige mit dem höchsten Nettoeinkommen. Für den Einzelhandel mag daraus die Konsequenz gezogen werden, dass dieser Prozess zu einer Abnahme der Konsumausgaben führen muss. Diese Logik ist

² Unter Kaufkraft (meist allgemeine Kaufkraft) versteht man das verfügbare Einkommen in absoluten Zahlen. Als einzelhandelsrelevante Kaufkraft hingegen wird der Anteil der allgemeinen Kaufkraft bezeichnet, der letztendlich für Ausgaben im Einzelhandel zur Verfügung steht (also nach Abzug von Mieten, Dienstleistungen, Versicherungen, Reisen etc.). Somit bezeichnet die einzelhandelsrelevante Kaufkraft in einer Region das Umsatzpotenzial des dortigen Einzelhandels.

jedoch nicht zwangsläufig. So argumentiert Ellrott (2006: 73), dass mit zunehmendem Alter tendenziell nicht nur das Einkommen abnimmt, sondern auch die Sparquote (Anteil der Ersparnis an den laufenden Einkünften) und die Ausgaben für Wohnen – nach einem etwa mit 50 Jahren erreichten Spitzenwert – mit zunehmendem Alter sinken, was u. a. darauf zurückzuführen ist, dass als Eigentum erworbene Häuser und Wohnungen (weitgehend) abbezahlt sind. Ellrott (2006: 73) folgert, dass das für freien Konsum verfügbare Einkommen dementsprechend keineswegs abnimmt, es legt im Gegenteil tendenziell zu. Er macht hierfür auch Erbschaften verantwortlich, „da die ‚Erbengeneration‘ typischerweise das Lebensalter von 50 Jahren bereits merklich überschritten hat“. Die hohe Bedeutung der 50+-Generation bestätigen auch die GfK-Kaufkraftzahlen nach Altersklassen (vgl. Tab. 1): Danach stellt die Generation 50+ heute rund 37 % der Bevölkerung und ist gleichzeitig verantwortlich für stattliche 46 % der Kaufkraftsumme. Auch liegt die Pro-Kopf-Kaufkraft in den drei Altersgruppen ab 50 Jahre jeweils merklich oberhalb des gesamten Durchschnitts. Je nach Bevölkerungsentwicklung innerhalb einer Region wird sich auch der Anteil der Kaufkraft weiter in Richtung der Generation der über 50-Jährigen verschieben (Ellrott/Petersen 2005: 21 f.).

Tab.1: GfK GeoMarketing GmbH Kaufkraft nach Altersgruppen 2005

Altersklassen	Einwohner	GfK GeoMarketing GmbH Kaufkraft 2005	
		in Mrd. €	in € pro Kopf
15 bis 19 Jahre	4.742.205	15,5	3261,0
20 bis 29 Jahre	9.583.408	136,0	14189,0
30 bis 39 Jahre	12.780.232	292,4	22881,0
40 bis 49 Jahre	12.989.485	323,2	24880,0
50 bis 59 Jahre	9.937.782	238,6	24008,0
60 bis 64 Jahre	5.476.454	112,0	20443,0
65 Jahre und älter	14.859.995	292,6	19691,0

Quelle: GfK GeoMarketing GmbH

2.1 Einzelhandelsrelevante Kaufkraft im Marktgebiet von Würzburg

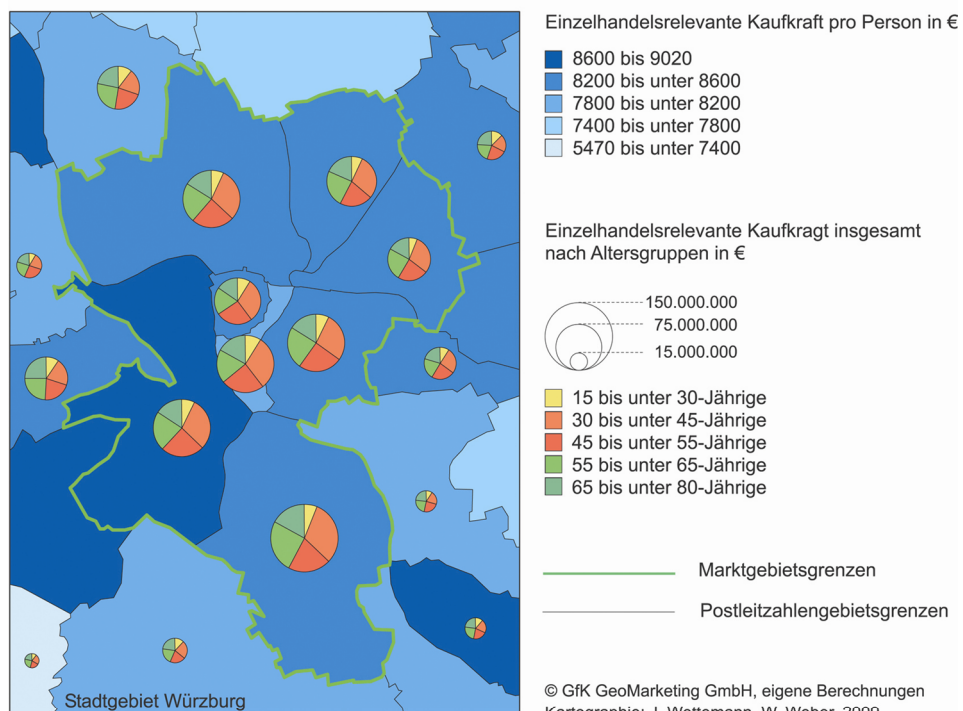
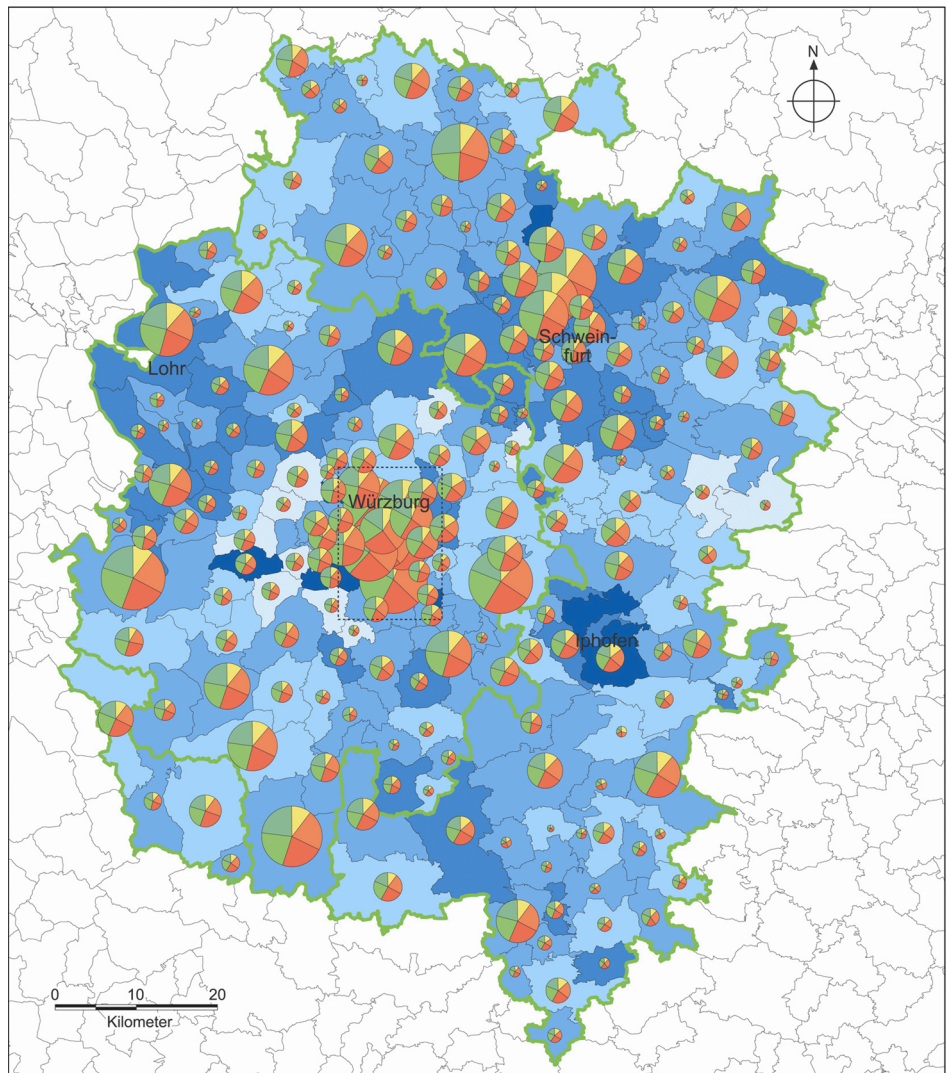
In einem Einzelhandelsgutachten im Auftrag der Stadt Würzburg hat die GfK GeoMarketing GmbH das Marktgebiet des Würzburger Einzelhandels in drei Zonen untergliedert (vgl. Abb. 2), das gut eine Million Einwohner umfasst. In Zone 1, dem Stadtgebiet Würzburgs, leben mit 133.539 Personen rund 13 % der Bevölkerung des Einzugsgebiets (2005). Diese Zone weist einen überdurchschnittlichen Anteil in der Altersklasse der 20- bis unter 30-Jährigen sowie der über 65-Jährigen auf, während der Anteil der unter 15-Jährigen stark und der 40- bis 60-Jährigen gering unterdurchschnittlich ist. Die Zone 2 (Landkreis Würzburg und Gemeinden v. a. aus den Landkreisen Main-Spessart, Kitzingen, Main-Tauber-Kreis, Schweinfurt) weist 424.568 Einwohner (41 %) mit leicht überdurchschnittlichen Bevölkerungsanteilen in den Altersklassen zwischen 40 und 60 Jahren auf. In Zone 3 (v. a. Stadt- und Landkreis Schweinfurt, Landkreis Bad Kissingen sowie Gemeinden der Landkreise Hassberge, Rhön-Grabfeld, Neustadt/Aisch-Bad Windsheim, Bamberg, Ansbach) wohnen 475.874 Personen (46 %) mit relativ hohen Anteilen von Kindern und Jugendlichen. Die bisherige Hauptzielgruppe des Einzelhandels, die 19- bis 39-Jährigen, stellt insgesamt 26,4 % (273.024 Personen). 372.643 Personen (35 %) sind bereits heute älter als 50 Jahre.

Auf der Basis der altersgruppenspezifisch vorliegenden Kaufkraftdaten (Quelle: GfK GeoMarketing GmbH) konnten eigene Berechnungen zur einzelhandelsrelevanten Kaufkraft nach Postleitzahlengebieten und nach Altersklassen durchgeführt werden. Dazu wurden die für die Postleitregion vorliegenden prozentualen Anteile der Altersklassen an der allgemeinen Kaufkraft mit der nicht-altersspezifisch für jede Postleitregion vorliegenden einzelhandelsrelevanten Kaufkraft multipliziert. Aufgrund dieser Berechnung kann die einzelhandelsrelevante Kaufkraft auf ca. 5,3 Mrd. im gesamten Einzugsgebiet des Würzburger Einzelhandels geschätzt werden (vgl. Abb. 2, Tab. 2). Dies bedeutet eine durchschnittliche einzelhandelsrelevante Kaufkraft von 5.109 pro Einwohner. Aufgrund der Größe des Gebietes weist Zone 3 (2,4 Mrd.) die höchste absolute einzelhandelsrelevante Kaufkraft auf. Bezüglich der Pro-Kopf-Kaufkraft hat Zone 1 mit 5.258 den höchsten Wert. Auf Altersklassen bezogen ergibt sich ein sehr heterogenes Bild. Die höchsten Pro-Kopf-Werte der 15- bis 19-Jährigen (887), der 30- bis 39-Jährigen (7.362), der 50- bis 59-Jährigen (7.562) sowie der 60- bis 64-Jährigen kommen in Zone 1 vor. Zone 2 führt bei den 20- bis 29-Jährigen (4.873) und den über 65-Jährigen (5.537) die höchsten Werte an, während in Zone 3 die 40- bis 49-Jährigen (7.709) den höchsten Wert erzielen. Die bisherige Hauptzielgruppe des Einzelhandels der unter 40-Jährigen besitzt rund 32 % der einzelhandelsrelevanten Kaufkraft im Marktgebiet, was absolut etwa 1,7 Mrd. entspricht. Im Gegensatz dazu verfügt die Generation 50+ bereits heute über rund 43 % der einzelhandelsrelevanten Kaufkraft (2,3 Mrd.) im Marktgebiet.

Tab. 2: Einzelhandelsrelevante Kaufkraft 2006 nach Zonen des Marktgebiets des Würzburger Einzelhandels

Einzelhandelsrelevante Kaufkraft 2006		Zone 1	Zone 2	Zone 3	Anteil der Altersgruppe an gesamter Kaufkraft
insgesamt	Mio. Euro	702,2	2.157,3	2.427,3	100%
	Euro je Einw.	5.258,9	5.045,2	5.025,9	
15 bis unter 20 Jahre	Mio. Euro	5,6	21,9	25,0	1,0%
	Euro je Einw.	887,4	827,8	824,1	
20 bis unter 30 Jahre	Mio. Euro	123,5	223,9	249,9	11,3%
	Euro je Einw.	4.563,8	4.873,4	4.846,2	
30 bis unter 40 Jahre	Mio. Euro	145,9	446,1	491,5	20,5%
	Euro je Einw.	7.362,3	7.308,1	7.325,7	
40 bis unter 50 Jahre	Mio. Euro	151,0	528,1	589,1	24,0%
	Euro je Einw.	7.348,7	7.434,3	7.709,0	
50 bis unter 60 Jahre	Mio. Euro	103,2	369,1	413,2	16,7%
	Euro je Einw.	7.562,0	6.987,3	7.135,1	
60 bis unter 65 Jahre	Mio. Euro	45,5	145,1	166,5	6,8%
	Euro je Einw.	6.433,4	6.199,4	6.217,0	
65 Jahre und älter	Mio. Euro	127,5	421,8	492,2	19,7%
	Euro je Einw.	5.127,0	5.537,6	5.391,8	

Abb. 2: Die einzelhandelsrelevante Kaufkraft im Einzugsgebiet des Würzburger Einzelhandels 2006



2.2 Einzelhandelsrelevante Kaufkraft im Marktgebiet von Würzburg im Jahr 2020

Um die Veränderungen der einzelhandelsrelevanten Kaufkraft im Marktgebiet für das Jahr 2020 abschätzen zu können, werden zunächst die Bevölkerungsprognosewerte für 2020 (BBR 2006), welche nur auf Landkreisebene vorhanden sind, auf die einzelnen Postleitzahlengebiete im Marktgebiet umgelegt. Dazu wird der Anteil der gesamten Bevölkerungszahl eines Postleitzahlgebietes sowie der der einzelnen Altersklassen an der Gesamtbevölkerung des jeweiligen Landkreises für das Ausgangsjahr 2005 berechnet. Anschließend werden die gleichen Anteile wiederum für die BBR-Prognosewerte der Landkreise für 2020 berechnet. Bezüglich der Altersklassen kommt es dabei zu einer Verschiebung. Unterschiedliche Entwicklungen zwischen den Postleitzahlengebieten innerhalb der Landkreise werden dabei sehr vereinfachend ausgeblendet, jedoch sollen durch die Berechnung lediglich Aussagen über die Verschiebungen in der Altersstruktur getroffen werden, um dann Kaufkraftberechnungen durchführen zu können.

Demnach schrumpft die Bevölkerung im Einzugsgebiet lediglich um 0,1 % auf 1.033.593 Einwohner. Zone 1 wird einen Bevölkerungsrückgang von 1,3 % erfahren. In Zone 2 hingegen wird es zu einer Zunahme der Bevölkerung um 1,3 % kommen, während Zone 3 einen Rückgang um 1,0 % zu verzeichnen hat. Der Anteil der Altersklasse 50+ steigt am stärksten von 35 % (2005) auf über 42 % (2020) an.

Multipliziert man nun die für das Jahr 2020 berechnete Bevölkerung nach Altersklassen mit der altersspezifischen Kaufkraft des Jahres 2006 und multipliziert diesen Wert mit einer eher vorsichtig angesetzten jährlichen Wachstumsrate der Kaufkraft von 2,0 % (der bundesdeutsche Durchschnitt der Pro-Kopf-Kaufkraft der Jahre 2002 bis 2009 liegt bei 2,3 %), so lässt sich eine Schätzung der Kaufkraft für das Jahr 2020 nach Postleitzahlengebieten durchführen. Daraus kann dann wiederum die einzelhandelsrelevante Kaufkraft 2020 berechnet werden. Diese wird für das Marktgebiet von Würzburg auf etwa 6,8 Mrd. geschätzt. Pro Person (15- bis 79-Jährige) dürfte die durchschnittliche einzelhandelsrelevante Kaufkraft bei 8.052 liegen. Die 50- bis 79-Jährigen besitzen 2020 eine einzelhandelsrelevante Kaufkraft von insgesamt 3,5 Mrd. (51 % der einzelhandelsrelevanten Kaufkraft der 15- bis 79-Jährigen). 2006 besaßen alle über 50-Jährigen lediglich 43 % (2,2 Mrd.) der gesamten einzelhandelsrelevanten Kaufkraft. Der Kaufkraftanteil der bisherigen Hauptzielgruppe der unter 40-Jährigen schwindet hingegen von 32 % auf 21 % (1,42 Mrd.).

Dabei gibt es leichte Verschiebungen zwischen den Marktgebietszonen. In der Zone 1 der Stadt Würzburg ist der einzelhandelsrelevante Kaufkraftzuwachs von gut 700 Mio. € in 2006 auf rund 900 Mio. € in 2020 im Vergleich zu den anderen Zonen trotz Bevölkerungsrückgang leicht überdurchschnittlich, die Pro-Kopf-Kaufkraft verändert sich demnach überdurchschnittlich auf über 8.300 € pro Person. Zone 3 hat den geringsten Zuwachs der absoluten einzelhandelsrelevanten Kaufkraft (auf gut 3 Mrd. €) bei durchschnittlichen Pro-Kopf-Zuwachsraten, während der relativ niedrige Pro-Kopf-Zuwachs in Zone 2 durch das Bevölkerungswachstum kompensiert wird. Ein unterdurchschnittliches Wachstum bei der absoluten einzelhandelsrelevanten Kaufkraft wird demnach vor allem für den Landkreis Bad Kissingen prognostiziert, während vor allem Kommunen im nahen Umland Würzburgs relativ hohe Zuwachsraten aufweisen. Bei den über 64-Jährigen sind in Zone 1 die niedrigsten Zuwachsraten zu registrieren, während in Zone 2 der höchste Kaufkraftzuwachs bei Senioren geschätzt wird (vgl. Tab. 3).

Tab.3: Einzelhandelsrelevante Kaufkraft 2020 nach Zonen des Marktgebiets des Würzburger Einzelhandels

Einzelhandelsrelevante Kaufkraft 2020		Zone 1	Zone 2	Zone 3	Anteil der Altersgruppe an gesamter Kaufkraft
insgesamt	Mio. Euro	900,4	2.813,1	3.057,9	100%
	Euro je Einw.	8.386,3	7.952,8	7.955,1	
15 bis unter 30 Jahre	Mio. Euro	61,6	315,5	348,7	10,7%
	Euro je Einw.	4.404,8	4.647,8	4.612,2	
30 bis unter 45 Jahre	Mio. Euro	243,9	548,6	606,8	20,7%
	Euro je Einw.	7.357,8	7.351,2	7.427,8	
45 bis unter 55 Jahre	Mio. Euro	192,2	593,1	646,8	21,1%
	Euro je Einw.	9.837,2	9.520,9	9.754,6	
55 bis unter 65 Jahre	Mio. Euro	187,7	623,9	675,5	22,0%
	Euro je Einw.	9.233,3	8.712,2	8.774,2	
65 bis unter 80 Jahre	Mio. Euro	137,1	556,7	586,2	18,9%
	Euro je Einw.	6.765,0	7.313,6	7.092,0	

3 Konsumententypen

Die einzelhandelrelevante Kaufkraft ist diejenige Umsatzgröße, die der Einzelhandel insgesamt bei optimaler Abschöpfung erzielen kann. Für die strategische Ausrichtung von Betrieben sind darüber hinaus die Werte, Einstellungen und letztendlich das Verhalten einer zahlenmäßig großen, möglichst kaufkräftigen Zielgruppe von grundlegender Bedeutung. „Werte sind eine treibende Kraft für Verhalten in den unterschiedlichen Lebensbereichen. Darunter fällt natürlich auch das Konsumverhalten“ (Müller 2008: 293). Müller (2008) argumentiert, dass sich das Wertespektrum der Generationen einerseits angeglichen hat und andererseits die Konsumenten heute ein breiteres Wertespektrum haben. Dies führt dazu, dass rein altersbedingte Unterschiede weniger zum Ausdruck kommen und das Konsumverhalten flexibler wird.

Der Konsument unterliegt seit den 1960er Jahren einem immer schneller wechselnden Wertewandel. Hedonistisch geprägte Werte wie Selbstverwirklichung und Erlebnisorientierung prägen die Nachfrager. Individualität, Emotionen und Erlebnis beim Einkauf zeichnen den Konsumenten aber nur in manchen Situationen aus, in anderen Situationen wiederum zeigt er sich rational und preisbewusst. Zusammen mit der steigenden Mobilität, dem gestiegenem Einkommensniveau, den unterschiedlichen Zeitbudgets, differenzierterer Ausprägungen der aktivierenden und kognitiven Prozesse des Einkaufs, dem steigenden Angebot an unterschiedlichen Standorten sowie den endogenen Entwicklungen im Einzelhandel kommt es zu immer hybrideren Verhaltensweisen der Kunden. Ihre eindeutige Charakterisierung fällt deshalb immer schwerer.

Unter Berücksichtigung der Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur und den daraus folgenden Auswirkungen auf die Kaufkraft gilt es zu erörtern, inwiefern die Verschiebung der Hauptzielgruppe, weg von den 19- bis 39-Jährigen hin zu den über 50-Jährigen, es erfordert, Anpassungen des Einzelhandels hinsichtlich dieser neuen Hauptzielgruppe vorzunehmen. Das Wissen über eventuelle Unterschiede zwischen den beiden Hauptzielgruppen stellt eine Voraussetzung für den Einzelhandel für eine Anpassung seiner Handlungsparameter und damit seiner Unternehmenskonzeption dar (vgl. Abb. 1).

Das methodische Vorgehen basiert auf einer quantitativen Haushaltsbefragung (4.000 Fragebögen, 600 Rücklauf) im Stadtgebiet Würzburg³. Inhaltliche Schwerpunkte lagen

³ Mittels einer bewussten Auswahl wurden die Fragebögen in fünf verschiedenen Stadtvierteln (Grombühl, Frauenland, Lengfeld, Sanderau, Zellerau) zu gleichen Anteilen verteilt. Da die Fragestellung eine Befragung von Personen unterschiedlicher sozio-demographischer Herkunft notwendig machte, wurde für die Auswahl die Miethöhe als Indikator herangezogen. Der Rücklauf war unregelmäßig über die einzelnen Stadtviertel verteilt (Grombühl 24 %, Frau-

in der Ermittlung von Merkmalen des Kaufvorbereitungs- und -entscheidungsprozesses, der Interaktionstätigkeit beim Einkauf, dem Informationsverhalten, der Bewertung unterschiedlicher Marketing-Mix-Elemente, der Betrachtung der Adaption neuer Produkte der letzten Jahre, genereller Lebensphilosophien und -stilelemente sowie grundlegender sozio-demographischer Merkmale. Mittels Variablenverdichtung (Hauptkomponentenanalyse) und Clusterzentrenanalyse wurden Konsumentengruppen der jeweiligen Hauptzielgruppen gebildet, welche als Grundlage des Vergleichs dienen. Für die Charakterisierung der bisherigen Hauptzielgruppe konnten 302 Fälle und der zukünftigen Hauptzielgruppe 286 Fälle zugrunde gelegt werden. Um das Konsumentenverhalten der im Jahr 2020 über 50-Jährigen zu charakterisieren, wurden auch die heute 36-Jährigen bis unter 50-Jährigen (Bezugsjahr 2006) einbezogen, welche 2020 alle älter als 50 Jahre sein werden. Begründet werden kann dieses Vorgehen mit der Methode der Kohortenanalyse. Das zukünftige Verhalten der Personen beruht dabei auf dem Zusammenwirken dreier Effekte: Dem Kohorteneffekt (Eigenschaften und Verhaltensweisen, die die betrachtete Kohorte prägen), dem Alterseffekt (Änderungen der Verhaltensweisen aufgrund von veränderten Bedürfnissen in den unterschiedlichen Abschnitten des Lebenszyklus) und dem Periodeneffekt (allgemeine Umweltveränderungen, welche alle Personen betreffen) (Berekhoven/Eckert/Ellenrieder 2006: 268 f.). Müller (2008: 293) sieht in den individuellen Biografien und in der Sozialisation stärkere Einflüsse auf die Art und Weise des Konsumierens als durch das Lebensalter, denn das Konsumverhalten ist im „Laufe des Lebens gelernt, erworben und weiterentwickelt“ und „eine Alterskohorte nimmt das gelernte Verhaltensrepertoire mit auf ihren Lebensweg“.

3.1 Die heutige Hauptzielgruppe des Einzelhandels

Die heutige Hauptzielgruppe des Würzburger Einzelhandels, nämlich die 19- bis 39-Jährigen, kann in drei Konsumtypen unterteilt werden, welche folgendermaßen charakterisiert werden:

Typ A1: Der informierte, statusorientierte Konsument (41,0 %)

Dieser Typus zeichnet sich durch eine relativ lange Entscheidungsdauer für den Einkauf aus. In einem langen Kaufvorbereitungsprozess werden Informationen über Produkte über visuelle Medien wie Internet, Kataloge, Anzeigen, Zeitungen, aber auch verstärkt durch den persönlichen Kontakt beim Anbieter eingeholt. Dabei schätzt er Qualität und z. T. auch Extravaganz. Bezüglich der abgefragten Lebensstilelemente ist der Faktor „soziale Anerkennung“ relativ stark ausgeprägt. Die Mehrzahl dieser Konsumenten ist gut gebildet; sowohl Angestellte als auch Studierende finden sich bevorzugt in diesem Cluster.

Typ A2: Der preisbewusste und nicht statusorientierte Konsument (19,2 %)

Dieser Konsumtyp ist von einem geringen Qualitäts-, aber einem ausgeprägten Preisbewusstsein gekennzeichnet. Informationen vor dem Kauf werden weit weniger intensiv eingeholt als bei Typ A1, dafür bestimmt Bequemlichkeit oft sein Verhalten. Auch können Zukunftsorientierung, Streben nach sozialer Anerkennung und Kontinuität diesem Konsumtyp kaum zugeschrieben werden. Typ A2 weist hinsichtlich sozio-demographischer Merkmale breite Streuungen auf. Hier sind die meisten Haushalte mit Kindern zu finden, eine Häufung der Arbeitslosen und ein geringerer Anteil der Studierenden und Selbstständigen sowie überdurchschnittlich viele 30- bis unter 40-Jährige. Diesem Cluster gehören überdurchschnittlich viele Personen mit niedrigem und middle-

enland 7%, Lengfeld 7%, Sanderau 33%, Zellerau 13%, keine Angabe 17%). Die Altersstruktur der Befragten spiegelt jedoch die demographische Struktur im Einzugsgebiet fast gänzlich wider.

rem Bildungsabschluss sowie eine geringe Anzahl von Hochschulabgängern an. Das Einkommen ist eher unterdurchschnittlich.

Typ A3: Der spontane und ausgabefreudige Konsument (39,7%)

Dieser Typus zeichnet sich durch eine relativ kurze Entscheidungsdauer beim Kauf sowie einem gering ausgeprägten Preisbewusstsein aus, welches aber nicht zwangsweise mit einem starken Streben nach Extravaganz verbunden ist. Qualität ist jedoch wichtig. Typ A3 ist zukunftsorientiert, setzt auf Kontinuität und ist eher „seinen“ Handelsbetrieben treu. Überdurchschnittliches Einkommen, ein hoher Anteil über 30-Jähriger, Akademiker, Haushalte ohne Kinder (Singles und „Double Income No Kids“) prägen diesen Konsumtyp.

Zusammenfassend kann zur heutigen Hauptzielgruppe gesagt werden, dass in allen Clustern nur sehr wenige der 20 aus der Hauptkomponentenanalyse resultierenden Faktoren Werte aufweisen, welche die Cluster prägen. Die Aussagen der Konsumenten innerhalb eines Clusters fallen z. T. sehr unterschiedlich aus und dementsprechend lassen sie sich schwer charakterisieren. Diese Vielfalt an Aussagen bestätigen die Ausführungen der Literatur, welche dem Konsumenten von heute ein hybrides Einkaufsverhalten zuschreiben. Obwohl generell ein Zusammenhang zwischen Clusterbildung und Altersgruppenzugehörigkeit, Arbeitsverhältnis, Bildungsabschluss sowie der Haushaltsgröße besteht, sind sozio-demographische Variablen nur selten für die Cluster als charakterisierende Faktorwerte verantwortlich. Am ehesten kann man die Konsumtypen nach ihrer Ausgabebereitschaft, der Statusorientierung, der Spontaneität und der Aufgeschlossenheit gegenüber Neuerungen differenzieren.

3.2 Die zukünftige Hauptzielgruppe des Einzelhandels

In den vergangenen Jahrzehnten konnten Ältere meist als relativ homogene Konsumentengruppe bezeichnet werden. Ihren Lebensabend bezeichneten sie oft selbst als die Jahre der Arbeitsfreiheit (Opaschowski 2000: 120), welche mit Heim- und Gartenarbeiten oder Fernsehen gefüllt werden konnten (Opaschowski 2000: 126). Charakterisiert werden konnten sie größtenteils mit „gemütlich und bescheiden“. Die Älteren von heute hingegen leben häufig nach dem Motto „carpe diem“. Sie gelten als eher kulturell interessiert, gesellig, übernehmen Ehrenämter (Opaschowski 2000: 120 f.), aber auch körperlich und geistig sind sie fitter und aktiver, was sich vor allem auch darin zeigt, dass sie sich mehrheitlich jünger fühlen als sie es sind (Kalbermatten 2000: 81). Alter bedeutet heute, sich nicht mehr so starr an Normen zu halten, sondern selber „seinen Sinn und Weg zu finden“ (Kalbermatten 2000: 83), sich zu verwirklichen und das Leben zu genießen. Somit gestaltet sich das Leben der Älteren immer mannigfaltiger. Trotz der erhöhten Lebenserwartung und der verlängerten Jahre der aktiven Lebensgestaltung lassen sich die natürlichen Alterungsprozesse, wie eine Abnahme der Sehschärfe, des Hörvermögens oder der Muskelkraft, allerdings nicht aufhalten (Meyer-Hentschel 2004: 25 ff.).

Diese zukünftige Hauptzielgruppe des Würzburger Einzelhandels kann in vier Konsumtypen unterteilt werden, welche folgendermaßen charakterisiert werden können:

Typ B1: Der traditionsbewusste, unsichere und statusorientierte Konsument (21,9%)

Die Personen in diesem Cluster kennzeichnet ein hohes Traditionsbewusstsein, ein starkes Streben nach sozialer Anerkennung sowie eine hohe Interaktionstätigkeit beim Einkauf. Dies äußert sich auch im starken Rückgriff dieses Konsumtyps beim Einkauf und der Informationssuche auf die Meinung anderer. Die Personen übernehmen zwar Neuerungen nicht gleich, aber dennoch in einem frühen Mehrheitsstadium des Produktle-

benszyklus. Die hohe Bedeutung von Angebotsqualität und -vielfalt steht eigentlich im Widerspruch zu dem gestiegenen Preisbewusstsein dieses Clusters in den letzten Jahren. Trotz relativ niedrigem Budget und der Verteuerung der Lebenshaltungskosten wird versucht, den erreichten Lebensstandard zu halten, da Qualität und Marke ein gewisses Prestige mit sich bringen, was wiederum mit dem Streben nach sozialer Anerkennung in Verbindung gebracht werden kann. Dieser Konsumtyp findet das seinen Anforderungen am ehesten gerecht werdende Angebot in den Innenstädten. Eine Einordnung in den Lebenszyklus kann in zwei Richtungen erfolgen. Zum einen ist der Typus geprägt von arbeitenden Personen unter 50 Jahren und zum anderen von Personen im Rentenalter. Gemeinsam ist ihnen ein in der Regel niedriger Bildungsabschluss. Im Jahr 2020 werden in diesem Cluster etwa 86 % über 55 Jahre alt sein.

Typ B2: Der informierte, aufgeschlossene und das Leben genießende Konsument (23,7 %)

Lebensqualität ist für eine große Mehrheit dieses Konsumtyps wichtig. Weiteres Kennzeichen ist die hohe spontane Ausgabebereitschaft, welche sich auch dahin gehend äußert, dass z.B. oft die aktuellste Mode oder die neuesten Multimediaprodukte gekauft werden, oder einfach einmal etwas ohne festen Grund aus einer Laune heraus. Informationen werden verstärkt aus dem Internet bezogen. Auch der Onlineeinkauf kommt bei diesem Typus vergleichsweise häufig vor. Die Interaktionstätigkeit beim Einkauf ist relativ gering, weder der Einfluss aus dem Umfeld noch Beratung oder Begleitung beim Einkauf wird für wichtig erachtet. Traditionen spielen bei diesem Cluster eine eher untergeordnete Rolle. Große Bedeutung wird langen Öffnungszeiten zugeschrieben. Hinsichtlich der Einkaufsstättenwahl ist dieser Typus sowohl auf die Innenstadt als auch auf die Fachmärkte am Stadtrand orientiert. Das Cluster ist geprägt von berufstätigen Personen unter 50 Jahren bei hohen monatlichen Nettoeinkommen sowie einem hohen Anteil von Personen mit Hochschulabschluss. 2020 werden rund 78 % dieses Typus älter als 55 Jahre sein. Aufgrund des hohen Durchschnittseinkommens kann davon ausgegangen werden, dass die Personen, welche sich zu diesem Zeitpunkt im Ruhestand befinden, eine relativ hohe Rente beziehen werden. Die hohe Ausgabebereitschaft, welche sich in den heutigen Konsumausgaben spiegelt, wird demzufolge weiter bestehen.

Typ B3: Der gebildete und ausgabebereite Konsument (26,5 %)

Generell kennzeichnend sind ein verstärktes Bildungsinteresse sowie eine geringere Bedeutung der Lebensqualität bei geringer Preisempfindlichkeit. Gemeinsam ist den Personen die niedrige Beeinflussung durch Dritte beim Einkauf, welche sich auch in der minimalen Informationsaufnahme vor dem Kauf sowie der unerheblichen Bedeutung von Service und Beratung widerspiegelt. Leicht überdurchschnittlich ist das Qualitätsbewusstsein. Typ B3 ist zwar ausgabebereit, aber wenig trendorientiert, Neuerungen werden nicht so schnell übernommen. Informationen über Produkte holen sich die Personen eher selten über visuelle Medien oder über das Internet, was sich auch in der geringen Bedeutung des Onlineeinkaufs äußert. Cluster B3 ist geprägt von unter 50-Jährigen, aber auch von einer hohen Anzahl an Rentnern. Selbstständige sind in diesem Cluster vermehrt zu finden. 2020 werden etwa 84 % des Typs 3 über 55 Jahre alt sein. Aufgrund ihres relativ hohen Verdienstes der heute Berufstätigen kann davon ausgegangen werden, dass diese eine dementsprechend hohe Rente zur Verfügung haben werden. Im Ruhestand kann das relativ hohe Bildungsinteresse weiter ausgelebt werden und es macht diesen Typus empfänglich für entsprechende kulturelle Angebote.

Typ B4: Der service-, preis- und traditionsbewusste, aber eher passive Konsument (27,9 %)

Innerhalb dieses Konsumtyps finden sich vor allem heute schon ältere Personen, welche bereits mehrheitlich im Ruhestand sind. Kennzeichen sind das relativ hohe Traditionsbewusstsein, aber auch die hohe Bedeutung des Verkaufsgesprächs. Generell ist der Einfluss Dritter beim Einkauf hoch. Informationen werden von unterschiedlichen Quellen bezogen, das Internet spielt hierbei kaum eine Rolle. Die spontane Ausgabebereitschaft ist niedrig und trotz des vergleichsweise hohen Budgets sind die Ausgaben für Konsum eher gering. Trends wird eher zögernd gefolgt. Weiteres Kennzeichen dieses Konsumtyps ist die geringe Ausprägung des Strebens nach Anerkennung. Als Einkaufsstätten werden Geschäfte im Wohnumfeld besonders bevorzugt. 2020 werden rund 90 % dieses Clusters älter als 55 Jahre sein.

Auch die zukünftige Hauptzielgruppe folgt aktuellen Konsumtrends, jedoch ist sie nicht so hybride in ihrem Konsumverhalten wie die 19- bis 39-Jährigen. Zwar sind auch bei den älteren Konsumtypen von morgen nicht immer eindeutige Werte zu allen Faktoren vorhanden (z. B. Zukunftsorientierung oder Übersichtlichkeit), jedoch können die Cluster im Gegensatz zu der heutigen Zielgruppe mit mehr charakterisierenden Faktoren beschrieben werden. Bei einigen Konsumtypen der zukünftigen Zielgruppe sind eindeutige Aussagen hinsichtlich Warenpräsentation, Beratung und Service vorhanden. Die abgefragten Lebensstilelemente weisen bei der zukünftigen Hauptzielgruppe charakteristischere Ausprägungen auf, allen voran das Traditionsbewusstsein. Dies ist bei den bereits Älteren hoch, bei den Jüngeren eher gering ausgeprägt. In beiden Zielgruppenbetrachtungen ist auffällig, dass Traditionsbewusstsein innerhalb eines Clusters immer in Verbindung mit geringeren Ausgaben im Konsumgüterbereich und einem damit verbundenen erhöhtem Preisbewusstsein einhergeht. Bemerkenswert ist zudem, dass es in der zukünftigen Zielgruppe Konsumtypen gibt, die sich verstärkt über das Internet informieren.

Hinsichtlich der Handlungsparameter des Einzelhandels (vgl. Abb. 1) lassen sich folgende Zuordnungen treffen:

- Angebots-/Sortimentsanpassung:
 - B1: Angebotsvielfalt, Qualität, Marken
 - B2: modisch, Qualität
 - B3: klassisch, Qualität
 - B4: standardisierte Produkte, klassisch
- Personaleinsatz:
 - B1: beratungsintensiv, geschultes Verkaufspersonal
 - B2: geringe Beratung durch Verkaufspersonal, ggf. Personal für Internet und Marketing höher
 - B3: geringe Bedeutung von Beratung und Service
 - B4: beratungs- und serviceintensiv, älteres Stammpersonal
- Preisgestaltung/Image:
 - B1: Preiswürdigkeit
 - B2: gehoben
 - B3: gehoben
 - B4: niedrig

- Standortwahl:
 - B1: eher Innenstadt
 - B2: Innenstadt und Stadtrand, Internet
 - B3: keine Zuordnung möglich
 - B4: eher integrierte Lagen, Wohnumfeld

4 Angebot

Die Veränderungen hinsichtlich Bevölkerungsvolumen und -struktur, deren Auswirkungen auf die Kaufkraft und die Veränderungen von Konsumententypen können eine Anpassung der Handlungsparameter wie Angebots-/Sortimentsausrichtung und -präsentation, Preisgestaltung und Personaleinsatz erforderlich machen. Die Reaktionen können sich aber nicht nur in einer Anpassung an veränderte Zielgruppen und deren Kaufverhalten äußern, sondern auch die Effizienz von Einzelhandelsstandorten kann aufgrund der veränderten Nachfrage langfristig in Frage gestellt werden. Von dieser doppelten Anpassung sind zumeist strukturschwache periphere Räume betroffen. Nachfolgend sollen anhand von zwei Fallbeispielen in Unterfranken die Reaktionen und Anpassungsstrategien des Einzelhandels auf diese Veränderungen aufgezeigt werden.

4.1 Das Fallbeispiel städtischer Raum: Würzburger Einzelhandel

4.1.1 Ist-Zustand

Die Zentralitätskennziffer⁴ Würzburgs von 173,57 (2006, Angaben der Stadt Würzburg) und die Umsatzkennziffer⁵ von 190,9 (2002, Angaben der Stadt Würzburg) zeigen einen beachtlichen Bedeutungsüberschuss Würzburgs für das Umland an. Würzburgs stärkste überregionale Konkurrenz ist in Nürnberg (GfK 1998: 9) und Frankfurt am Main zu sehen. Als regionale Konkurrenzstandorte können die Oberzentren Schweinfurt und Aschaffenburg benannt werden. Die Eröffnung eines innenstadtnahen Einkaufszentrums in Schweinfurt im Februar 2009 mit einer Verkaufsfläche von ca. 22.500 m² sowie eines IKEA-Marktes in Würzburg im Juni 2009 kann zu Verschiebungen von Kaufkraftströmen führen. Die aktuelle Einzelhandelssituation ist analog zu den meisten Städten in Deutschland von einer verstärkten Ansiedlung von Betrieben in verkehrsgünstig gelegenen Gewerbegebieten der Stadt geprägt. In der Innenstadt hingegen kam es zur Aufgabe vor allem großflächiger Anbieter in den Bereichen Haushaltswaren, Heimwerk und Textilien. Insgesamt war zwischen 2003 und 2006 ein Rückgang der innerstädtischen Unternehmen um rund 15 % auf 556 Betriebe (GfK 2003: 22; Stadt Würzburg 2006) zu beobachten, die Einzelhandelsumsätze der Innenstadt gingen von 649 Mio. (1993) auf 512 Mio. (2003) zurück (GfK 2003: 24; GfK 1998: 4). Generell folgt auch Würzburg dem Trend einer zunehmenden Filialisierung der Innenstadt (1998: 14 %; 2006: 34 %; GfK 1998: 46; Stadt Würzburg 2006), welche sich verstärkt in den A- und B-Lagen konzentrieren. Eigentümergeführte Unternehmen dominieren dagegen die C- und Streulagen. Wie bereits in Kapitel 3 erwähnt, genießen die unter 40-Jährigen ein besonderes Augenmerk des Würzburger Einzelhandels; dies gilt vor allem in den Branchen Bekleidung, Sport und Elektro/Multimedia sowie generell bei den Filialisten. Ei-

⁴ Die Zentralitätskennziffer ergibt sich aus der Relation von Umsatzkennziffer und der einzelhandelsrelevanten Kaufkraftkennziffer in einer Region. Ist diese höher als 100, übersteigt der Umsatz die vorhandene Kaufkraft in der Region. Diese Mehreinnahmen stammen aus Kaufkraftzuflüssen aus anderen Regionen, was als Bedeutungsüberschuss des Einzelhandelsstandortes zu interpretieren ist.

⁵ Die Umsatzkennziffer stellt die Relation zwischen Einzelhandelsumsatz pro Einwohner innerhalb einer Region und dem bundesweiten Einzelhandelsumsatz pro Einwohner (=100) dar.

gentümergeführte Unternehmen behaupten sich dagegen häufig über Differenzierungsstrategien. Filialisten setzen sowohl auf Preisorientierung als auch auf Differenzierungsstrategien. Die geringen Ladengrößen außerhalb der A-Lage erschweren eine weiträumige und themenorientierte Warenpräsentation. Der Personalaufwand (bezogen auf die Verkaufsfläche) ist im Allgemeinen in eigentümergeführten Unternehmen höher.

4.1.2 Ausblick

Mögliche Anpassungsstrategien der Einzelhändler an den demographischen Wandel wurden mit Hilfe qualitativer Interviews im Februar 2007 ermittelt. Ausgewählt wurden Einzelhändler aus den umsatzstärksten Branchen Bekleidung, Lebensmittel, Spiel, Sport, Hobby und Elektrogeräte, Leuchten, Unterhaltungselektronik (GfK 1998: 13), welche sich zudem in ihrer Betriebsgröße und Organisationsform unterscheiden. Es wurden lediglich sechs Einzelhändler befragt, weswegen kein Anspruch auf Repräsentativität erhoben werden kann. Dies stellte auch nicht das Ziel der Befragungen dar. Vielmehr liefern die Interviews wichtige Ergebnisse, um Hypothesen über die Reaktionen der Einzelhändler bezüglich des demographischen Wandels zu gewinnen. Inhaltliche Schwerpunkte lagen in der Erörterung der Wahrnehmung des demographischen Wandels, die Einschätzung der Folgen für das Unternehmen und die Branche sowie die potenziellen Veränderungen und Anpassungsstrategien. Im Folgenden sollen einige Ergebnisse ausgewählter Interviews vorgestellt werden.

Laut eines Vertreters der Sportbranche hängen die konkreten Auswirkungen sehr stark von der Bereitschaft der Konsumenten ab, in welcher Höhe sie Geld für Sport ausgeben wollen und können. Grundsätzlich wird aber davon ausgegangen, dass die neue Hauptzielgruppe relativ viel Geld für Materialien ausgeben wird, diese aber dann auch verhältnismäßig lange nutzt. Hinsichtlich der Anpassung an die neue Hauptzielgruppe werden Veränderungen in der *Sortimentspolitik* für unabdingbar angesehen. Generell wird die heutige hohe Aktivität der über 50-Jährigen betont, welche sich auch im Freizeitverhalten äußert, jedoch unter Berücksichtigung der körperlichen Veränderungen. Dies bedeute eine Abwendung vom Hochleistungssport zum Breitensport. Vor allem Nordic Walking werden gute Zukunftschancen eingeräumt. Ambiente und Wohlfühlcharakter sind für die *Verkaufsraumgestaltung* äußerst wichtig. Kommunikation mit der neuen Hauptzielgruppe muss vor allem individuell und nicht nach allgemeingültigen Konzepten erfolgen, da die neue Hauptzielgruppe dahin gehend eingeschätzt wird, dass diese, im Gegensatz zur heutigen Zielgruppe, eher noch den persönlichen Kontakt, die *individuelle Beratung und Betreuung* beim Einkauf schätzt. Die heutige Zielgruppe greife sowohl beim Einkauf als auch bei der Informationssuche verstärkt auf moderne Medien zurück. Deren Nutzung durch Senioren beim Einkauf wird auch in Zukunft nicht zunehmen, jedoch werden diese bei der Informationsgewinnung eine höhere Rolle spielen und somit ist eine dortige Präsenz wichtig. Weitere Veränderungen in der Branche werden dahin gehend gesehen, dass Sportgeschäfte in Zukunft ihre *Zusammenarbeit mit Krankenkassen* und anderen Institutionen verstärken und Kurse, speziell auch für Ältere, anbieten werden (z. B. Nordic Walking). Generell wird der demographische Wandel als Chance angesehen, welche durch eine verstärkte Ausrichtung auf die neue Zielgruppe genutzt werden kann. Allerdings hat das befragte Unternehmen bislang noch keine Anpassungen vorgenommen.

Der Interviewpartner der Elektroartikel- und Multimediabranche sieht die Herausforderung bezüglich des demographischen Wandels in der Anpassung der *Sortimentspolitik* an die Konsumansprüche der neuen Hauptzielgruppe. Dabei hängt der Grad der Anpassung sehr stark von der Produktionsweise der Industrie ab, die aufgrund der derzeit noch geringen Nachfrage nach an das Alter angepassten Produkten nur in geringem Maße

und relativ hochpreisig produziert. Vor allem die Bedienung der heute angebotenen Multimediaprodukte ist meist kompliziert und unverständlich erklärt, weshalb die neue Zielgruppe lieber bei altbewährten Produkten bleibt und erst dann ein neues Produkt kauft, wenn es unvermeidlich ist. Bis eine vollständige Anpassung an die neue Hauptzielgruppe erfolgt ist, sollen diese Mängel durch eine *Erhöhung des Service* vor allem im Bereich der direkten Kundenberatung erfolgen. Dabei soll gleichaltriges *Personal* eingesetzt werden, welches aufgrund desselben Alters, des gleichen Vokabulars und derselben technologischen Grundvoraussetzungen besser die Hemmnisse gegenüber modernen Multimediaprodukten abbauen kann und so das Interesse der neuen Zielgruppe am Kauf weckt. Hinsichtlich der *Ladengestaltung* und der Warenpräsentation sind aktuell keine Veränderungen vorgesehen, lediglich die Notwendigkeit eines Aufzuges wird gesehen. Innerhalb der *Kommunikationspolitik* werden dahin gehend Veränderungen vorgenommen, dass es zu einer Abwendung von stark polarisierender und auf das jüngere Publikum gerichteter Werbung kommt. Insgesamt soll eine Anpassung an die demographischen Veränderungen im höchstmöglichen Maße erfolgen, da die neue Zielgruppe als sehr konsumfreudig eingeschätzt wird. Dabei wird es für wichtig angesehen, dass man sich an die Auswirkungen des demographischen Wandels Schritt für Schritt anpasst („Man darf jetzt nicht von schwarz auf weiß springen“).

Innerhalb der Lebensmittelbranche wurde ein Unternehmen befragt, welches eine Vorreiterrolle in der Auseinandersetzung mit dem demographischen Wandel einnimmt. Ziel des Unternehmens ist, die Chancen des demographischen Wandels zu nutzen, in dem eine Anpassung an die Bedürfnisse der neuen Zielgruppe unter Berücksichtigung aller anderen Zielgruppen erfolgt. Deshalb hat das Unternehmen bereits einige Handlungsparameter auf die Bedürfnisse der neuen Zielgruppe ausgerichtet. Die einzelnen Bausteine der Anpassung in unterschiedlichen Bereichen können von den von selbstständigen Kaufleuten geführten Filialen übernommen werden. Eine Übernahme grundlegender Anpassungen soll in den nächsten Jahren verbindlich werden. Das Unternehmen setzt im Bereich *Sortimentspolitik* verstärkt auf Convenience-Produkte, das Angebot von Sanitätshaushaltsprodukten, sowie aufgrund der Zunahme der Ein-Personen-Haushalte auf kleinere Verpackungsgrößen. Die *Ladengestaltung* wird den physischen Bedürfnissen der Älteren angepasst: Niedrige Regalhöhen, hellere Beleuchtung, rutschfeste Böden, Lupen an den Regalen oder Serviceknöpfe, um das Personal zu rufen, sind nur einige Beispiele für Maßnahmen des Unternehmens. Das Unternehmen betont, dass alle Aktivitäten nicht speziell auf diese Altersgruppe ausgelegt werden, sondern dass versucht wird, mittels oben genannter Maßnahmen nicht nur den Einkauf älteren Personen zu erleichtern, sondern allen Generationen, weswegen noch zusätzliche Elemente wie Kinderecken im Geschäft vorhanden sind. Unterschiede zur heutigen Hauptzielgruppe werden vor allem in der Markentreue und im geringeren Kaufvolumen pro Einkauf gesehen. Speziell geschultes *Personal* soll Kunden für Fragen zur Verfügung stehen. Im November 2008 wurde im Würzburger Stadtteil Sanderau ein Supermarkt mit oben angeführter Gesamtkonzeption eröffnet.

Der Vertreter der Bekleidungsbranche sieht durch eine veränderte Schwerpunktsetzung in der *Sortimentspolitik* eine Anpassung an die veränderten demographischen Gegebenheiten. Als wichtig wird vor allem das Anbieten zielgruppenspezifischer Marken und größerer Größen erachtet. Diese Anpassung kann nur durch eine enge Abstimmung mit den Herstellern erfolgen, wobei vor allem die heterogene Konsumweise der neuen Hauptzielgruppe als große Herausforderung gesehen wird. So wird davon ausgegangen, dass sich die Polarisierung von Markenkäufern und preisbewussten Käufern auch in den höheren Altersgruppen fortsetzt, und auch die gegensätzlichen Konsumeigenschaften der Markentreue und der Neugierde auf Neues den Kunden der neuen Zielgruppe prägt.

Diese Heterogenität wirkt sich auch auf die *Kommunikationspolitik* der Unternehmen aus: Analog zur heutigen Hauptzielgruppe erfolgt eine Ansprache nach Lebensstilgruppen. Die Wahl dieser Form der Kommunikation wird zusätzlich noch durch den Jugendkult unterstützt, welcher auch bei den Älteren stark ausgeprägt ist. Innerhalb der *Verkaufsräume* soll auf den demographischen Wandel durch die Herstellung von Übersichtlichkeit eingegangen werden. *Gute Beratung und Service* sowie ein verstärkter persönlicher Kontakt sollen mit Hilfe von spezifischen Mitarbeiterschulungen und der Einstellung gleichaltrigen Personals erreicht werden. Von einem vermehrten Einkauf der neuen Zielgruppe über das Internet, Versand oder Teleshopping wird nicht ausgegangen, da diese Altersgruppe auch in Zukunft die Ware „riechen, spüren und fühlen will“. Auch der Vertreter dieser Branche sieht den demographischen Wandel als Chance, welche genutzt werden sollte, ohne dabei aber die jüngere Zielgruppe zu vernachlässigen. Langfristige Chancen durch den demographischen Wandel sieht er vor allem dahin gehend, die Hauptzielgruppe von morgen schon heute an das Geschäft zu binden.

Die Ergebnisse zeigen, dass alle befragten Unternehmen sich mit dem demographischen Wandel auseinandergesetzt haben und diesen mehr als Chance denn als Risiko sehen. Vor allem die Bindung einer großen, kaufkräftigen Zielgruppe ist Ziel aller Einzelhändler. Die Aussagen bezüglich der Auswirkungen auf die Branche beziehen sich vor allem auf Anpassungen der Produkte an die Bedürfnisse der zukünftigen Hauptzielgruppe, welche aber nur in enger Zusammenarbeit mit der Industrie erfolgen könne. Die Charakterisierung der neuen Zielgruppe durch die befragten Unternehmer erfolgt relativ homogen. Das Personal soll speziell für den Umgang mit dieser Altersgruppe geschult und es soll mehr Personal eingesetzt werden, welches zudem in ähnlichem Alter wie der Kunde sein sollte, um die Beratung intensiver und individueller gestalten zu können. Dies soll zudem durch eine Ausweitung des Service und eine Anpassung der Ladengestaltung und Warenpräsentation (z. B. Übersichtlichkeit der Geschäfte) unterstützt werden. Geplante Standortschließungen oder -verlagerungen im Zuge des demographischen Wandels wurden von keinem der Interviewpartner als Handlungsoptionen genannt. Es wird zwar nicht explizit, aber wohl indirekt die voranschreitende Heterogenisierung der Bevölkerung erkannt, denn alle befragten Unternehmen legen auch Wert darauf zu erwähnen, dass die Orientierung an der neuen Zielgruppe nicht ausschließlich geschieht und zu keiner Vernachlässigung der aktuellen Zielgruppe führen wird. Alles in allem sind nur von wenigen Unternehmen konkrete Anpassungsmaßnahmen in der Hoffnung, kurzfristig reagieren zu können, getroffen worden. Es mangelt daher etwas an aktivem vorausschauendem Handeln.

4.2 Das Fallbeispiel peripherer Räume: Grundversorgung⁶ in den Landkreisen Hassberge und Rhön-Grabfeld

In strukturschwächeren, peripheren Räumen ist seit Jahrzehnten die Sicherstellung der Grundversorgung eine große Herausforderung. Der Rückzug des Einzelhandels aus der Fläche wird in der Öffentlichkeit gerne als angebotsseitige Entwicklung mit Standort-schließungen, Verkaufsflächenkonzentration und Konzentration auf wenige Anbieter dargestellt, die weitgehend von den Wünschen der Verbraucher losgelöst ist. Doch dabei wird leicht übersehen, dass artikuliert Wünsche von Verbrauchern nach wohnstandortnaher Versorgung dem Verhalten eines Gros der Konsumenten konträr gegenüber stehen. Hinter dem angebotsseitigen „Verdrängungswettbewerb“ steht ein sozio-ökonomischer Wandel, der sich eben auch in einem geänderten Kaufverhalten nieder-

⁶ Hier soll der soziale und medizinische Bereich der Grundversorgung ausgeklammert und sich lediglich auf die Versorgung mit Lebensmitteln als ausgewählte Güter des täglichen Bedarfs konzentriert werden.

schlägt bzw. ein solches herbeiführen will“ (Weber 2006: 248). Neben dem hohen Motorisierungsgrad, der größere Einkaufsradien erst ermöglichte, werden lokale Märkte beeinflusst durch die schleichende Mutation von Stammkunden zu hybriden Konsumenten, gestreckte Einkaufsrhythmen mit Großeinkäufen und Erlebnisshopping sowie gehobene Kundenansprüche in Sortimentsbreite und -tiefe, Preiswertigkeit, Ambiente, Umfeld etc. (Weber 2006: 248 f.).

Auch im Untersuchungsgebiet der Landkreise

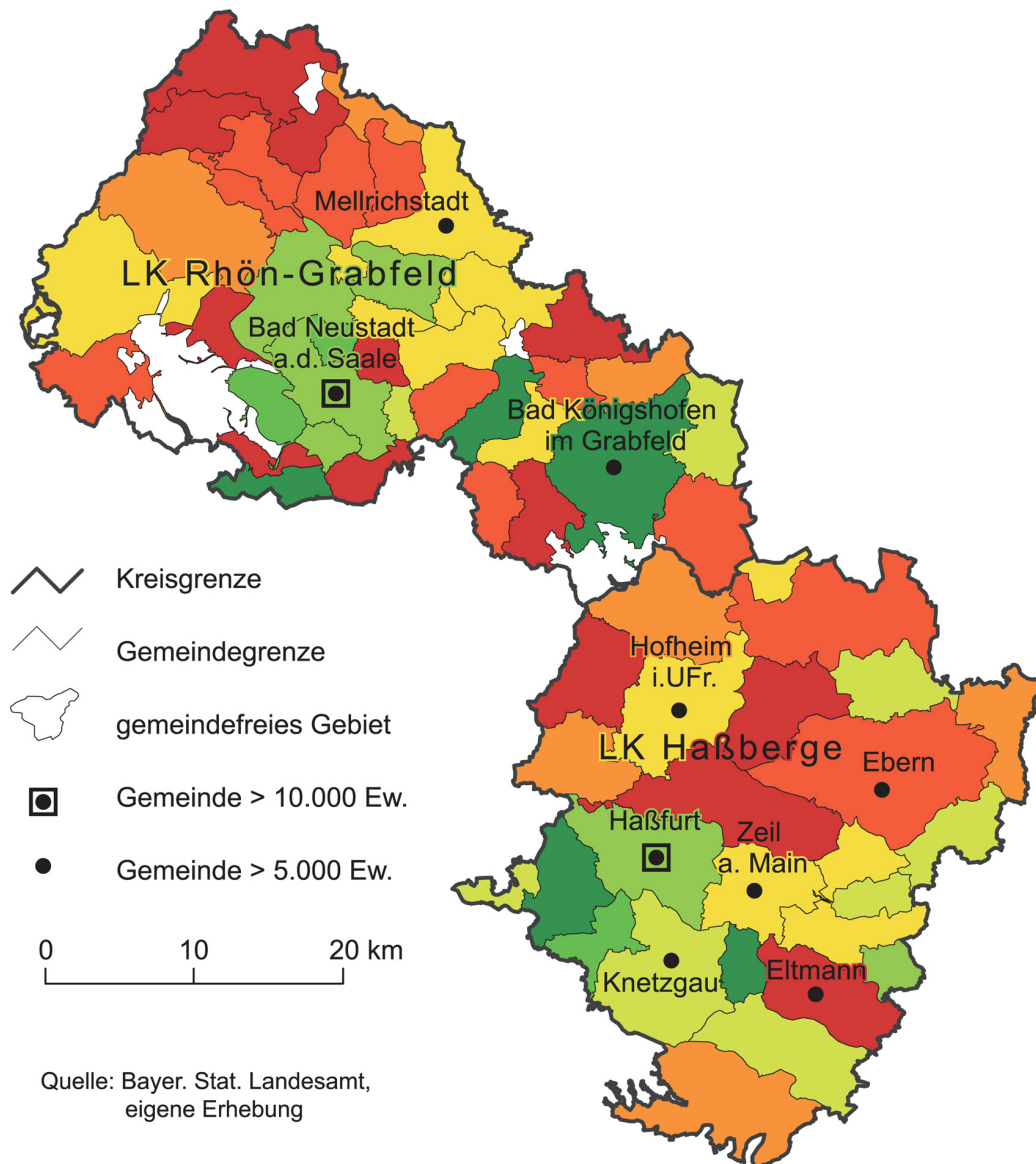
- Hassberge (87.878 Einwohner; ein Mittelzentrum (Haßfurt), ein mögliches Mittelzentrum (Ebern), einzelhandelsrelevante Kaufkraft: 435,5 Mio.€, einzelhandelsrelevante Kaufkraft pro Kopf: 4.926€/Jahr [(Quelle: GfK GeoMarketing GmbH; eigene Berechnungen)] und
- Rhön-Grabfeld (86.731 Einwohner; ein Mittelzentrum (Bad Neustadt), zwei mögliche Mittelzentren (Bad Königshofen, Mellrichstadt), einzelhandelsrelevante Kaufkraft: 413,8 Mio.€, einzelhandelsrelevante Kaufkraft pro Kopf: 4.806€/Jahr [Quelle: GfK GeoMarketing GmbH; eigene Berechnungen])

können derartige Prozesse beobachtet werden. Jedoch konnte in den letzten 15 Jahren kaum ein einheitlicher Wandel in der Angebotsstruktur des Lebensmittelhandels (Lebensmittelgeschäfte, Bäckerei- und Metzgereiverkaufsstellen) in quantitativer Hinsicht registriert werden. So ergab eine Analyse der „Gelben Seiten“ der Jahre 1993/94 und 2008⁷, dass sich die Anzahl der Bäckereiverkaufsstellen kaum veränderte (von 128 auf 127), sich die Anzahl der Metzgereien geringfügig reduzierte (von 96 auf 89), während sich die Anzahl der allgemeinen Lebensmittelgeschäfte deutlich verringerte (von 157 auf 109). Hatten von den insgesamt 63 Gemeinden in den beiden Landkreisen 1993/94 15 Gemeinden keinen Eintrag in den „Gelben Seiten“ unter Lebensmittel, neun keinen Eintrag für Bäckereien und 21 keinen Eintrag für Metzgereien, so lagen 2008 die entsprechenden Werte bei 21 (Lebensmittel), 16 (Bäckereien) und 21 (Metzgereien). Entfielen 1993/94 im Durchschnitt auf 1.000 Einwohner noch 0,89 Lebensmittelgeschäfte, 0,78 Bäckereien und 0,54 Metzgereien, so sind es 2008 nur mehr 0,53 Lebensmittelgeschäfte, 0,68 Bäckereien und 0,5 Metzgereien.

In Abbildung 3 wurde der Mittelwert aus „Lebensmittelgeschäfte je 1.000 Einwohner“, „Bäckereien je 1.000 Einwohner“ und „Metzgereien je 1.000 Einwohner“ (Indikator für den aktuellen Status (2008) der Grundversorgung) und analog der Mittelwert über die drei Veränderungsraten seit 1993/94 (Dynamik der Grundversorgung) berechnet sowie die Entwicklung der Bevölkerungszahl zwischen 1993 und 2007 herangezogen. Von den Orten mit positiver Bevölkerungsentwicklung weisen z.B. die verkehrsgünstig gelegenen Gemeinden Sand am Main und Theres auch positive Entwicklungen und Strukturen in der Lebensmittelgrundversorgung auf. Ein Ort, der trotz rückläufiger Bevölkerung sowohl hinsichtlich Status als auch Dynamik des Einzelhandels positiv positioniert ist, ist Hofheim (5.190 Einwohner; Unterzentrum), das heute über mehrere Discounter (Aldi, Norma) und Supermärkte (Edeka, Rewe) verfügt sowie insbesondere bei den Verkaufsstellen von Backwaren deutlich zulegen konnte. Eine sowohl negative Bevölkerungs- als auch Einzelhandelsentwicklung haben insbesondere einige Kommunen in der Rhön.

⁷ Die Methode der Analyse von „Gelben Seiten“ ist aus der Not fehlender amtlicher Statistiken über Einzelhandelsangebote im zeitlichen Vergleich geboren und birgt eine Reihe von Fehlerquellen (z.B. Freiwilligkeit des Eintrags, Veränderung der Eintragsbereitschaft aufgrund gestiegener Konkurrenzsituation unter den Branchenverzeichnissen). So haben sich gerade einige Lebensmittelketten seit 1993/94 aus den „Gelben Seiten“ zurückgezogen, weshalb für 2008 noch zusätzliche Recherchen unter den Homepages von Aldi, Edeka, Kaufland, Lidl, Marktkauf, Norma, Penny, Plus, Real, Rewe und Tegut durchgeführt und die Ergebnisse mit den „Gelben Seiten“ abgeglichen wurden. Ein derartiger Abgleich konnte für 1993/94 nicht erfolgen, nichtsdestotrotz ist die Anzahl der ermittelten Lebensmittelgeschäfte deutlich rückläufig.

Abb. 3: Demographische Entwicklung und Lebensmitteleinzelhandel in den Landkreisen Haßberge und Rhön-Grabfeld



Bevölkerungs- entwicklung 1993-2007	Entwicklung des LM-Einzelhandels 1993-2008	Status des LM- Einzelhandels 2008	Typ
negativ	negativ	unterdurchschnittl.	1
negativ	negativ	überdurchschnittl.	2
negativ	positiv	unterdurchschnittl.	3
negativ	positiv	überdurchschnittl.	4
positiv	negativ	unterdurchschnittl.	5
positiv	negativ	überdurchschnittl.	6
positiv	positiv	unterdurchschnittl.	7
positiv	positiv	überdurchschnittl.	8

In einer telefonischen Befragung der Gemeindeverwaltungen (n=57) wurde u. a. nach Einschätzungen der Veränderungen in der Grundversorgung, Formen mobiler Angebote (Bäckerei-, Metzgereiverkaufsfahrzeuge etc.), Einkaufsorientierungen, Einsatz von Gemeindemobilen und zukünftige Entwicklungsperspektiven gefragt. Hieraus lassen sich folgende Ergebnisse ableiten:

- Es bestätigt sich das Bild differenzierter Entwicklungen. So wird in einigen Gemeinden eine Angebotsreduktion beobachtet, die sich nicht nur in der Schließung von Verkaufsstellen bemerkbar macht (in 20 Gemeinden), sondern z. B. in einer Verkürzung von Ladenöffnungszeiten (z. B. Wonfurt), Schließung von Frischetheken oder Metzgereifachabteilungen in Supermärkten oder eines Rückzugs aus integrierten Lagen in Gemeindeteilen, verbunden mit Verlagerungen von Standorten der Grundversorgung an periphere Standorte (z. B. Haßfurt, Bad Neustadt). Auch deuten Aussagen wie „früher gab es mehr selbstständige Bäckereien, heute hat es sich auf Filialen von Großbäckereien verlagert“ eine qualitative Verschiebung der Angebotssituation an. Jedoch können einige Kommunen auch positive Entwicklungen verzeichnen. Von einer quantitativen Zunahme der Geschäfte der Grundversorgung berichten zehn Gemeinden. Auch wird z. B. von Verkaufsflächenzunahmen aufgrund einer Verlagerung von Lebensmittelläden hin zu Märkten und Discountern berichtet (z. B. Hohenroth, Bischofsheim, Sand am Main, Zeil am Main, Ebern).
- 63 % der befragten Bürgermeister bzw. Gemeindeangestellten gaben an, dass sich ihre Bürger bevorzugt nicht im eigenen Ort mit Lebensmitteln versorgen. Neben Bad Neustadt und Haßfurt werden verhältnismäßig häufig die möglichen Mittelzentren Bad Königshofen und Mellrichstadt sowie die Unterzentren Hofheim und Ostheim als Einkaufsorte genannt. Selbst Einwohner aus Maroldswesach, das über einen durchschnittlichen Angebotsstand bei jedoch ungünstiger Dynamik verfügt, kaufen offensichtlich bevorzugt in Orten mit Discountern wie Ebern, Bad Königshofen und Hofheim ein.
- Mehr oder weniger regelmäßig schließen mobile Verkaufsfahrzeuge Versorgungslücken oder schaffen ein zusätzliches Angebot: In 38 Gemeinden (oder Gemeindeteilen) kommen Bäckermobile und in 14 Gemeinden fahrende Metzger. In einigen Gemeinden kommen bis zu vier mobile Backwarenverkäufer. Die Anbieter kommen in der Regel aus der eigenen Gemeinde und aus Nachbargemeinden, aber z. B. auch aus Schweinfurt oder Suhl. Ohne jegliche (stationäre oder mobile) Bäckerversorgung bleiben zwei Gemeinden (Heustreu [1.297 Einwohner], Wollbach [1.258 Einwohner]) und ohne Metzgersversorgung sechs Gemeinden (insgesamt 6.875 Einwohner). In wenigen Gemeinden kommen auch Verkaufsmobile mit zusätzlichen Angeboten wie Fisch, Geflügel, Eier und Nudeln.
- Sechs Gemeinden haben ein Gemeindemobil im Einsatz, das u. a. auch dazu dient, Senioren das Einkaufen zu erleichtern. Weitere drei Kommunen planen eine derartige Anschaffung, die in der Regel aus Spenden finanziert und von Vereinen oder der Kommune selbst unterhalten wird. Die Gemeindemobile bringen ihre Nutzer z. T. sogar bis zur Haustür, sie verkehren allerdings sehr selten (zumeist einmal pro Woche), sodass ein nennenswerter Beitrag zur Deckung des Grundbedarfs mit den existierenden Gemeindemobilprojekten nicht geleistet wird. Der Seniorenbus der Gemeinde Bundorf z. B. ist ein Kleinbus für sechs Personen und fährt nur jeden ersten Dienstag im Monat mit einem festen Fahrplan über Hofheim und Haßfurt nach Schweinfurt.
- Einige Kommunen konnten in den letzten Jahren neue Angebotsformen erhalten bzw. schaffen. So konnte in Unsleben ein von Schließung bedrohter Lebensmittel-

laden aufgrund bürgerschaftlicher Initiative erhalten werden und wird heute als Dorfladen von einem kommunalen Verein geführt.

- Eine beachtenswerte Bedeutung für die Grundversorgung in ländlichen Räumen generell und auch im Untersuchungsgebiet haben landwirtschaftliche Direktvermarkter (Hofläden) erlangt. Ihre Funktion geht über eine bloße Ergänzung defizitären Angebots hinaus. Frischeprodukte z. T. aus ökologischer Produktion sprechen weite Konsumentenkreise an. So sind beim Amt für Landwirtschaft und Forsten Schweinfurt 56 Direktvermarkter im Landkreis Hassberge gelistet (Stand: 09/2006) und eine Liste zeigt für den Landkreis Rhön-Grabfeld 40 Direktvermarkter (Stand: 2003). Das angebotene Sortiment ist breit. Die Hofläden haben häufig feste Öffnungszeiten; Lieferservice ist vereinzelt möglich. Gelegentlich gibt es ein ergänzendes Erlebnisangebot wie Ponyreiten, Probierstuben, Heckenwirtschaft, Hoffeste etc.
- Der Versandhandel und insbesondere das Internet spielen im Bereich der Lebensmittelversorgung (bislang) eine untergeordnete Rolle. Zwar gibt es mit bofrost und Eismann zwei große Lieferanten von Tiefkühlprodukten, die sicherlich auch im Untersuchungsgebiet einen Kundenstamm haben. Darüber hinaus ist das Angebot spärlich, wenngleich durchaus Potenziale der Internetbestellung z. B. bei mobilen Verkaufsläden und Hofläden gesehen werden.

5 Fazit

Der Einzelhandel unterliegt einem permanenten Wandel, der sowohl endogenen als auch exogenen Einflüssen geschuldet ist. Sozialer und demographischer Wandel, aber auch weitere Rahmenbedingungen wie die hier nicht thematisierten Konjunkturverläufe und Energiepreise prägen vor allem über das Konsumentenverhalten Dynamik und Struktur des Einzelhandels. Die Konsumenten der Zukunft sind nicht nur über ihr biologisches Alter definiert, sie sind differenziert und heterogen in ihrem Konsumverhalten. Selbst bei der in den unterfränkischen Untersuchungsräumen prognostizierten rückläufigen Bevölkerungsentwicklung steigt die Kaufkraft, auch die einzelhandelsrelevante Kaufkraft, noch an.

An den Beispielen unterschiedlicher Branchen in Würzburg konnte gezeigt werden, dass der demographische Wandel sich in den unternehmerischen Überlegungen, weniger in bereits durchgeführten wie geplanten Maßnahmen der Sortimentsanpassung, darüber hinaus in Serviceorientierung, einem den neuen Hauptzielgruppen angepassten Personaleinsatz und einer differenzierten Preis- und Imagepolitik bemerkbar macht. Der Handlungsparameter Standortwahl wurde hingegen von keinem der befragten Einzelhandelsunternehmen in einem direkten Zusammenhang mit dem demographischen Wandel gesehen. Bezüglich der Standortwahl wäre eine Rückbesinnung auf die Innenstädte nicht nur aus politisch-planerischer Sicht wünschenswert, sondern würde auch konform mit einigen demographischen Prozessen gehen. Entsprechende Anpassungen von Betriebsformen wie Convenience-Stores, der „Supermarkt der Generationen“ (Edeka) oder City-Märkte (Rewe) können bereits beobachtet werden. Eine Aufgabe von Standorten in nicht-integrierten Lagen wird es aber sicher nicht geben, denn die Erfolgsgeschichte dieser Standortlagen wird nicht zuletzt auch durch die Mobilität der Generation 50+ getragen.

Bedingt durch die gestiegene Einkaufsmobilität und aufgrund der Bedeutung von nicht-integrierten Lagen an Stadträndern hat sich die Nahversorgungssituation verschlechtert. Dies gilt sowohl für städtische Quartiere wie für ländliche Räume. In ländlichen Räumen Bayerns kommt es besonders darauf an, dass das Netz der Grundversor-

gung nicht zu weitmaschig wird und auch Unter- und Mittelzentren nicht weiter an Einzelhandelsvielfalt verlieren. Jedenfalls ist eine weitere Verdrängung von Fachgeschäften durch Discounter zu befürchten, denn demographischer Wandel bedeutet auch, dass viele eigentümergeführte Betriebe vom Markt verschwinden, da kein Nachfolger gefunden werden kann. In deren Lücken können aber neue Formen des stationären (z. B. das sich vorwiegend auf die Versorgung des ländlichen Raums bemühte Konzept von „Um's Eck“), ambulanten und mobilen Handels, des internetgestützten Versandhandels, der bäuerlichen Direktvermarktung sowie erlebnisorientierte Veranstaltungen wie themenorientierte Genießermärkte stoßen. Wichtig bleibt jedoch, dass kritische Umsatzmargen gehalten werden. Dies ist nur möglich, wenn Bevölkerung und Kaufkraft vor Ort gehalten werden können.

Dazu sind ganzheitliche Stadt- und Dorfentwicklungskonzepte ebenso relevant wie regionale Einzelhandelsentwicklungs- bzw. Nahversorgungskonzepte (vgl. Heinritz 2009), die über die kommunalen Grenzen hinaus gehen. Eine bei der Erstellung regionaler Einzelhandelsentwicklungskonzepte ausgeprägte interkommunale Zusammenarbeit setzt das Erkennen eines gemeinsamen Problems und Gestaltungsanspruchs voraus. Erforderliche freiwillige Selbstbeschränkungen einerseits und interkommunale Absprachen z. B. bei der Ausweisung von Nahversorgungslagen andererseits erfordern kommunikative Strukturen, welche vonseiten der Regionalplanung auch gefördert und gestützt werden können. Auf der kommunalen Ebene ist vor allem die Bauleitplanung gefordert, zentrale Versorgungsbereiche gegenüber den Gewerbegebieten zu stärken und vor allem in den Kleinzentren die Nahversorgung zu sichern.

Literatur

- Berekhoven, L.; Eckert, W.; Ellenrieder, P. (2006): Marktforschung. Methodische Grundlagen und praktische Anwendung. Wiesbaden.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2006): Raumordnungsprognose 2020/2050. Bonn.
- Ellrott, R. (2006): Demographischer Wandel und Einzelhandel. In: Deutsche EuroShop (Hrsg.): Geschäftsbericht 2006. Hamburg, 72-74.
- Ellrott, R.; Petersen, O. (2005): Die Situation der deutschen Immobilienwirtschaft. In: Bildungsinitiative der deutschen Immobilienwirtschaft (Hrsg.): Immobilienjahresbericht 2006. Paderborn, 15-22.
- Gerhard, U. (1998): Erlebnis-Shopping oder Versorgungskauf? Eine Untersuchung über den Zusammenhang von Freizeit und Einzelhandel am Beispiel der Stadt Edmonton, Kanada. Marburg. = Marburger Geographische Schriften, Bd. 133.
- Gerhard, U.; Arnold, S. (2006): Konsumentenverhalten im internationalen Vergleich. Ein Beitrag zur Institutionentheorie. In: Berichte zur deutschen Landeskunde 80, 2, 157-176.
- Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) (1998): Fortschreibung des Markt- und Standortgutachtens von 1994 unter Berücksichtigung der City Nord für die Stadt Würzburg. Nürnberg.
- Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) (2003): Standort und Marktuntersuchung für die Würzburg Arcaden im Bereich des Hauptbahnhofes Würzburg. Nürnberg.
- Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE) (2007): Der demographische Wandel. Berlin.
- Heinritz, G. (2009): Erfahrungen mit regionalen Einzelhandelskonzepten. Vortrag im Rahmen des Geographischen Kolloquiums an der Universität Würzburg, 05.05.2009.
- Heinritz, G.; Klein, K. E.; Popp, M. (2003): Geographische Handelsforschung. Stuttgart.
- Kalbermatten, U. (2000): Neuland Alter. In: Meyer-Hentschel-Management-Consulting (Hrsg.): Handbuch Seniorenmarketing. Frankfurt am Main, 71-110.
- Klein, K. (1995): Die Raumwirksamkeit des Betriebsformenwandels im Einzelhandel. Untersucht an Beispielen aus Darmstadt, Oldenburg und Regensburg. Regensburg. = Beiträge zur Geographie Ostbayerns, H. 26.
- Kulke, E. (1992): The dynamics of retail locations: New large-scale forms of retailing and their impact on selected types of locations. In: Heinritz, G. (Hrsg.): The attraction of retail locations. IGU-Symposium 5.-8. August 1991. Kallmünz/Regensburg, 52-62. = Münchener Geographische Hefte, H. 69.

- Kulke, E. (2005): Räumliche Konsumentenverhaltensweisen. In: Kulke, E. (Hrsg.): Dem Konsumenten auf der Spur. Neue Angebots und Nachfragemuster. Passau, 9-27. = Geographische Handelsforschung, Bd. 11.
- Löffler, G. (2004): Lebensmitteleinzelhandel in Schweden. Wandel der Betriebsformen und Auswirkung auf die Versorgung. In: Geographische Rundschau 2, 18-24.
- Mandac, L. (2000): Kaufhof Warenhaus AG: Senioren-Marketing Integration statt Abgrenzung. In: Meyer-Hentschel-Management-Consulting (Hrsg.): Handbuch Seniorenmarketing. Erfolgsstrategien aus der Praxis. Frankfurt am Main, 141-170.
- Meffert, H. (2000): Marketing. Grundlagen marktorientierter Unternehmensführung. Konzepte – Instrumente – Praxisbeispiele. Wiesbaden.
- Meyer-Hentschel, H. G. (2004): Seniorenmarketing. Generationengerechte Entwicklung und Vermarktung von Produkten und Dienstleistungen. Göttingen.
- Müller, D. K. (2008): Kaufkraft kennt keine Altersgrenze. Ein kritischer Beitrag zur Werberelevanz von Alterszielgruppen. In: Media Perspektiven 6, 291-298.
- Opaschowski, H. W. (2000): Was ist neu an den „Neuen Senioren“? In: Meyer-Hentschel-Management-Consulting (Hrsg.): Handbuch Seniorenmarketing. Erfolgsstrategien aus der Praxis. Frankfurt am Main, 111-140.
- Rosenfeld, M. T. W. (2006): Demographischer Wandel, unternehmerische Standortentscheidungen und regionale Disparitäten. In: Gans, P.; Schmitz-Veltin, A. (Hrsg.): Demographische Trends in Deutschland. Folgen für Städte und Regionen. Hannover, 65-83. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Bd. 226.
- Schmalen, H. (1997): Wandel im Handel. Ist der Käufer Opfer oder Täter? In: Wirtschaftswissenschaftliches Studium 26, 8, 405-411.
- Stadt Würzburg (2006): Einzelhandelsmonitoring Würzburg. CD-Rom. Würzburg.
- Streller, S. (2005): Seniorenmarketing. München. = Landesverband des Bayerischen Einzelhandels Praxiswissen 1/2005.
- Weber, G. (2006): Sicherung der Grundversorgung mit Gütern und kommerziellen Diensten vor dem Hintergrund des demographischen Wandels in Österreich. In: Gans, P.; Schmitz-Veltin, A. (Hrsg.): Demographische Trends in Deutschland. Folgen für Städte und Regionen. Hannover, 242-262. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Bd. 226.
- Wirtschaftsförderung Osnabrück (2006): Demographischer Wandel und Einzelhandel. Osnabrück.

Ulrich Ante

Kurorte als Wohnstandorte: Möglichkeiten im Kontext des demographischen Wandels? Das Beispiel Bad Kissingen

Gliederung

- 1 Einleitung
- 2 Die Anpassung der Wohnfunktionen an den demographischen Wandel
- 3 Skizze des Kurortes Bad Kissingen
- 4 Einstellungen der Senioren zum Wohnen in Bad Kissingen – Beurteilung der Stadt als Wohnsitz
- 5 Anpassungen der Stadt Bad Kissingen an den demographischen Wandel
- 6 Anpassungen der Wohnungsanbieter an den demographischen Wandel
- 7 Folgerungen

Literatur

1 Einleitung

Der demographische Wandel, in dem sich die Gesellschaft befindet, verlangt in unterschiedlicher Weise eine Auseinandersetzung, Anpassung oder einen Gestaltungswillen. Allerdings wird es kaum einheitliche Strategien im Umgang mit diesen Veränderungen geben können. Dies schon deswegen nicht, weil der demographische Wandel die Gesellschaft und ihre Lebensräume in sehr unterschiedlicher Weise erfasst. Einmal mehr soll auch hier daran erinnert werden, dass dieser Prozess mit seiner verkürzenden Kennzeichnung des „Älter“, „Weniger“ und „Bunter“ regional sehr unterschiedlich wirksam ist und weiterhin werden wird.

Es scheint naheliegend, dass in diesem Gefüge von Bevölkerungsumschichtungen jeder Standort, jede Gemeinde ihre – spezifische – Position suchen und finden muss. Und es scheint durchaus die Annahme vertraut – und das heißt: wenig überraschend –, dass Kurorte als Wohnstandorte für die „Best Ager“ von Interesse sein könnten. Eine generalisierende Antwort mag darin gefunden werden, dass sie entwickelte Ausstattungen und Angebote bereits im Grundsatz haben, die ältere Menschen zum Wohlfühlen brauchen: Café, Restaurant, Geschäfte, Natur, Park, Ruhe oder Rehamöglichkeiten. Und diese sind zumeist in recht kompakter Zuordnung und damit auf kurzen Wegen erreichbar.

So darf hier angenommen werden, dass der demographische Wandel zumindest bezüglich seiner Ausprägung „älter“ bereits in den Kurorten angekommen ist. Diese mögen sogar schneller altern als der Osten Deutschlands. Insofern geben diese punktuell zumindest jenes Labor ab, in dem die Gesellschaft – sicherlich ansatzweise, etwas größer und durchaus unvollkommen – in die eigene Zukunft schauen mag.

In den folgenden Ausführungen wird der Text die Betroffenheit durch den demographischen Wandel nicht in der gesamten Breite des Geschehens aufnehmen. Insbesondere

re bleibt das für die Zukunft überaus spannende Verhältnis von Alten und Jungen außer Betracht – spannend dürfte dies angesichts der Frage sein, wer sich von beiden besser auf den anderen einzustellen vermag oder ob die zukünftige Mehrheit jener die notwendige Toleranz der Minderheit entgegenbringen wird. Im Zentrum dieses Beitrages wird der Umgang mit dem Wohnstandort Kurort stehen und dies am Beispiel der Stadt Bad Kissingen. Namentlich erfolgt diese Sicht aus der Perspektive jener Seniorinnen und Senioren – weiterhin vereinfachend als Senioren bezeichnet – die ihren Wohnsitz erst im Alter in diese Stadt verlegt haben. Zugleich soll auch ein Beitrag zur These gegeben werden, wonach die Mobilität „der Alten“ eher kein Massenphänomen wird, sondern als eine jeweils sehr individuelle Entscheidung zu begreifen ist.

2 Die Anpassung der Wohnfunktionen an den demographischen Wandel

Es ist angezeigt, die Vielfalt der Aspekte, die mit der Anpassung des Wohnens an den demographischen Wandel im Zusammenhang stehen, zu begrenzen. Hierzu mögen neben dem Rückbau von Wohnraum – vor allem in Schrumpfungsregionen in Verbindung mit dem Stadtumbau Ost – auch die quantitativen Aspekte des Wohnens sowie die Abschätzung des zu erwartenden Wohnflächenbedarfs angesichts der Entkopplung von Bevölkerungsentwicklung und Wohnungsbedarf rechnen (u. a. BBR 2007; vgl. auch Waltersbacher 2006). Allerdings ist es berechtigt, nicht nur die Wohnverhältnisse (qua Wohnung) zu sehen, sondern das Wohnumfeld einzubeziehen. „Wer heute vom Wohnen spricht, meint nicht nur das Gehäuse der Wohnung, sondern auch die privaten und öffentlichen Dienstleistungen, Verkehrsanbindungen, soziale und technische Infrastruktur und die Qualität der Freiräume“ (Siebel 2007: 13; vgl. BMFSFJ 1998). Diese Sichtweise gilt freilich nicht nur für die Senioren, sondern für alle Bevölkerungsgruppen.

Damit wird angedeutet, dass die seniorengerechte Ausstattung der Wohnung und auch altersgerechte Wohnformen einerseits hier nicht intensiver verfolgt werden, obwohl sie andererseits als eine Voraussetzung dafür erscheinen, selbstständiges Leben möglichst lange gewährleisten zu können. Und nur ergänzend sei angemerkt, dass die Wirkungen demographischer Alterung auf den Funktionsbereich „Wohnen“ auch über sektorale und regionale Bezugsebenen einzubeziehen sind (als nur ein Hinweis hierzu vgl. Gans/Schmitz-Veltin 2006). Freilich zeichnet sich immer deutlicher ab, dass ergänzend zu diesen Perspektiven die spezielle Betrachtung einzelner Kommunen mit ihren Individualitäten nicht übergangen werden kann, verlaufen doch die demographischen Prozesse in vielfältigen Ausprägungen und Stärken, woraus sich unterschiedliche Anpassungshandlungen ergeben.

Auch für die mögliche Anpassung der Wohnfunktion an den demographischen Wandel gilt, den Alterungsprozess differenziert zu sehen. Zwar mögen die prognostizierten Zahlenangaben den unaufhaltsamen Anstieg älterer Menschen unterstreichen (vgl. Statistisches Bundesamt 2006): So wird beispielhaft mit einer Verdoppelung des Altersquotienten zu rechnen sein. Kamen im Jahr 2005 noch 32 der über 65-Jährigen auf 100 Personen im Erwerbsalter, so soll sich dieses Verhältnis bis 2050 auf 65 verändern. Wichtiger aber dürfte sein, dass neben dieser quantitativen Verschiebung zugunsten der Älteren sich deren Struktur ändert. Vor allem wird der Anteil der Hochaltrigen (Personen im Alter von 80 Jahren und älter) in dieser Zeitspanne kontinuierlich ansteigen und 2050 etwa 40 % der Senioren stellen. Der Anteil der „jüngeren Alten“ (65 bis 80 Jahre) wird wohl bis 2030 auf rund 16 Mio. Menschen anwachsen, aber bis 2050 auf etwa 12 Mio. leicht zurückgehen, sobald die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und 1960er die Hochaltrigkeit erreicht haben.

Allgemein wird dabei erwartet, dass die Gruppe der „jüngeren Alten“ Verhaltensweisen zeigt, die nicht mit den bisherigen Senioren zu vergleichen sind. Diese „Heterogenisierung“ oder die „bunter werdenden Alten“ dürften nicht zuletzt auch mit einer höheren Mobilitätsbereitschaft auffallen.

Mithin kann Unternehmensfreudigkeit – im Alltag wie auf Reisen – ein Merkmal zumal der jüngeren Senioren sein, während sich der Kreis der Hochaltrigen tendenziell stärker auf ein weniger eigenständiges und mobiles Leben – mit entsprechender Nachfrage nach spezifischen Versorgungsstrukturen – einzurichten hätte. Folglich ist es nicht unbillig anzunehmen, dass die Mobilitätsbereitschaft künftiger Seniorengenerationen wachsen wird. Teilt Friedrich (1995: 103) für die zurückliegende Zeit noch mit, dass im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung die über 60-Jährigen dreimal seltener an Binnenwanderung beteiligt waren, erwartet der Zweite Altenbericht (BMFSJF 1998: 203) von den künftigen Senioren eine deutlich höhere Mobilitätsbereitschaft, wobei eine positive Korrelation zwischen dieser und dem Einkommen bzw. dem Mobilitätsgrad in jüngeren Jahren angenommen wird. So kann die Erwartung nicht überraschen, dass die Zahl der in der Nacherwerbsphase mobilen Personen zunimmt, mit Rückwirkungen auf die zahlenmäßige wie altersstrukturelle Einwohnerentwicklung der Kommunen (vgl. Janich 1991).

Aufgrund der weitgehenden Entkopplung von ökonomisch-arbeitsmarktlich bestimmten Notwendigkeiten dürfte eine große zeitliche Beständigkeit mit dieser Mobilitätsform verbunden sein. Bislang war sie bevorzugt aus großen und mittleren Großstädten sowie aus Kernräumen von Agglomerationen in Umlandgemeinden gerichtet. Aber auch Gemeinden in landschaftlich attraktiven Lagen, die zugleich als Tourismus- oder Kurorte bekannt sind oder die in Naherholungsgebieten gelegen sind, tauchen als Wanderungsziele auf, so dass diese Seniorenwanderungen zugleich für eine frühzeitige Alterung dieser Zielgemeinden verantwortlich sind (vgl. auch Bucher/Kocks/Siedhoff 1998, 18; Janich 1991). Dabei scheint deren selektive Wirkung sich auch auf regionaler Ebene der Bundesländer auszuwirken, wenn Friedrich (2001) Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt oder die Stadtstaaten als ausgeprägte Abwanderungsregionen und in besonderer Weise – wenngleich nicht alleinig – Bayern als Zuwanderungsregion der Seniorenmigration ausweist.

Zusammenfassend kann der Hinweis auf vor allem „weiche“ Faktoren, die die Wohnortentscheidung wandernder Senioren beeinflussen, gegeben werden. Nestmann (1989: 56-60) stellt denn als gewichtige Motive heraus:

- Lage- und Umweltqualität (Klima, Luftqualität, landschaftliches Milieu, eher untergeordnet ebenes Relief);
- die in Kurorten vorfindliche und gut erreichbare Infrastrukturausstattung bezüglich Versorgung, Sport- und Freizeitaktivitäten, Kultur- und Gesundheitseinrichtungen;
- eine auf Flair, Image und Symbolik gestützte örtliche Anziehungskraft sowie
- persönliche Gründe.

Hingegen werden wohnungsbezogene Motive – unpassende Größe oder Ausstattung, Lage, zu wenig soziale Kontakte oder kaum noch gesicherte Versorgung im Wohnumfeld – bei intrakommunalen Umzügen genannt (vgl. auch Heinze/Eichener/Naegle et al. 1997: 43 ff.).

3 Skizze des Kurortes Bad Kissingen

Die unterfränkische Stadt Bad Kissingen liegt im durch die Ausläufer der Südrhön bestimmten ländlichen Raum zentral im Länderdreieck Bayern-Hessen-Thüringen. Die Entfernungen zu den benachbarten Großstädten und Agglomerationsräumen Frankfurt am Main, Kassel, Erfurt und Nürnberg betragen jeweils etwa 150 km, nach Würzburg etwa 70 km. Dabei ist die Erreichbarkeit dieses Mittelzentrums bestimmt durch die Lage zwischen den Bundesautobahnen A 7 und A 71 und hat über Linie Gemünden-Schweinfurt eine Anbindung an das Eisenbahnnetz.

Mit der Gebietsreform (1972) wurde Bad Kissingen „Große Kreisstadt“, da acht umliegende, aber sehr unterschiedlich strukturierte Gemeinden, in die ehemals kreisfreie Stadt eingemeindet wurden. Die Stadt ist Sitz des gleichnamigen Landkreises, der im Zuge der Gebietsreform um die zuvor selbstständigen Kreise Bad Brückenau und Hammelburg erweitert wurde (vgl. u. a. Eberth 2001).

Die Lage im Naturraum der Südrhön prägt die natürlichen Gegebenheiten von Relief und Klima einerseits, andererseits erstreckt sich das südöstliche Stadtgebiet auf die naturräumliche Haupteinheit der Wern-Lauer-Platte, die der Großlandschaft der mainfränkischen Platten zugeordnet wird. Die mit dieser Situation verbundenen stark variierenden geologischen und tektonischen Verhältnisse auch im Stadtgebiet beeinflussen dessen wechselnde Oberflächengestaltung und sind auch für das Vorhandensein der Mineralquellen verantwortlich. Sie brachten seit der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts Kissingen neue Funktionen, deren Salze aber schon im frühen Mittelalter genutzt wurden. Mit der (fränkischen) Saale, die das Stadtgebiet etwa in Nord-Süd-Richtung durchfließt, ist ein weiteres Landschaftselement gegeben. Neben dem Kurort Bad Kissingen liegen zwei weitere Stadtteile im Tal, während die übrigen sich in den Seitentälern oder auf den umliegenden Hochflächen befinden. Die ozeanische Prägung des Klimas erfährt durch die Leelage gegenüber Rhön und Taunus eine deutliche Abschwächung, wiewohl es als mittelgebirgstypisches Klima im Vergleich zu dem des kontinentaler geprägten mainfränkischen Kernraum eine Sonderstellung einnimmt.

Die heute für Bad Kissingen dominante Kurfunktion entwickelte sich in der Stadt mit dem Verlust des Salzmonopols (1868). Zuvor lebte die städtische Ökonomie sehr deutlich von der Salzgewinnung aus den lokalen solehaltigen Quellen. Allerdings konnte sich schon seit der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts allmählich ein Kurbetrieb etablieren, sodass die zur Salzproduktion notwendigen Einrichtungen für Therapiezwecke eingesetzt wurden. Diese Ausrichtung auf das Gesundheitswesen intensivierte sich zu Anfang des 19. Jahrhunderts und war nicht ohne ein „innovatives Milieu“ denkbar, das durch Wirtschaftsförderungsmaßnahmen des bayerischen Königshauses angeregt wurde und den Ausbau attraktivitätssteigernder Maßnahmen initiierte. Vor allem trug es zu Investitionen in bauliche Kureinrichtungen bei und erfuhr schließlich durch die Tätigkeit des Architekten Friedrich Gärtner einen städtebaulichen Umbau mit einer neuen städtischen Hauptachse und einem nun zusammenhängenden Kurviertel. Dies soll freilich nicht die Aktivitäten und Initiativen verschiedener Privatpersonen mindern, die als Hoteliers, Betreiber von Kurhäusern, als Badeärzte oder Kurpächter (vgl. Winkler 1984: 364) tätig wurden. Das damit verbundene Wachstum der Gästezahlen – etwa 100 Gäste 1832, 7.408 Gäste in 1867, etwa 20.000 Gäste in 1900 (vgl. Mahr 1959: 140 und 171) – gab zugleich positive Impulse in die lokale Stadtwirtschaft und für eine Modernisierung städtischer Infrastrukturen¹. Kissingen wandelte sich von einer Ackerbürgerstadt zu

¹ Telegraphennetz (1853), Gasbeleuchtung (1876), Schwemmkanalisation (1886-1889), Eisenbahnlinie (1871), zentrales Elektrizitätswerk (1905)

einem Dienstleistungsstandort, was nicht zuletzt Rückschlüsse auf die Finanzkraft der zahlreichen Gäste aus Europa zulässt und dem Ort auch das Etikett „Weltbad“ bzw. „Diplomatenbad“ eintrug (vgl. Weidisch 1998: L-LI). Andererseits akzentuierte dies aber auch die ökonomische Einseitigkeit. Bereits in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts wurde Kissingen als eine Gegenmaßnahme Garnisonstadt – eine Funktion, die nach dem Zweiten Weltkrieg US-amerikanische Streitkräfte fortführten. Weitere Diversifizierungsbemühungen der Wirtschaftsbasis schlugen fehl, fanden aber im Rahmen der Konversion der ehemaligen Kasernen (Anfang der 1990er Jahre) mit dem Aufbau des Rhön-Saale-Gründer- und Innovationszentrums und anderer Gewerbe und Dienstleistungen eine neuerliche Basis. Dennoch bleibt die „Kur“ die stadtökonomische Basis.

Allerdings erfordert dies infolge markanter Veränderung von Rahmenbedingungen – u. a. sozialer Wandel oder Sozialgesetzgebung mit Gesundheitsreform (ab 1996) (vgl. u. a. Janetzek 1997) – das Bemühen, für unterschiedliche Gruppen attraktiv zu bleiben und sich veränderten Besucherzahlen wie -strukturen der Gäste zu öffnen. Als eine Anpassungsmaßnahme an die veränderten Rahmenbedingungen kann die „Heilbadelandschaft“ KisSalisTherme angesehen werden (vgl. Russ 1997; Schober 1997), die zumal den Wellnessaspekt betont und auch den Tagesgast ansprechen soll.

Tab. 1: Bevölkerungsentwicklung insgesamt und nach ausgewählten Altersklassen für Stadt und Landkreis Bad Kissingen, Regierungsbezirk Unterfranken und Bayern 1970-2006

		1970	1987	1996	2006	Veränderung 2006 zu 1970 in %
Stadt Bad Kissingen	< 18 Jahre	5.125	3.146	3.474	2.960	- 42,24
	≥ 65 Jahre	3.771	5.568	5.962	6.682	77,19
	gesamt	21.505	20.455	21.867	21.092	- 1,92
Lkr. Bad Kissingen	< 18 Jahre	31.851	20.384	23.231	19.809	- 37,81
	≥ 65 Jahre	13.656	16.890	19.481	23.523	72,25
	gesamt	102.859	99.022	109.662	107.267	4,29
Reg.-Bez. Unterfranken	< 18 Jahre	362.981	245.061	276.328	245.914	- 32,25
	≥ 65 Jahre	145.680	174.224	206.324	259.255	77,96
	gesamt	1.181.309	1.202.711	1.323.132	1.337.876	13,25
Bayern	< 18 Jahre	2.893.521	2.096.027	2.372.199	2.281.962	- 21,14
	≥ 65 Jahre	1.358.413	1.638.208	1.872.884	2.361.403	73,84
	gesamt	10.479.386	10.902.643	12.043.869	12.492.658	19,21

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung; Knopf (2008)

In der Bevölkerungsentwicklung Bad Kissingens (vgl. Tab. 1) spiegelt sich die Entwicklung der Stadt wieder, die über lange Zeit eine kurabhängige Entwicklung blieb; aufgrund der Beschäftigung von Saisonkräften war zwischen Sommer- und Winterzei-

ten zu unterscheiden (vgl. auch Mahr 1959: 145 und 171). Deutlichere kurunabhängige Bevölkerungszuwächse ergaben sich in jüngerer Zeit zum einen durch die Zuwanderung von Flüchtlingen nach dem Zweiten Weltkrieg, wiewohl diese wegen fehlender Arbeitsplätze nur einen vorübergehenden Aufenthalt nahmen. Schließlich erbrachte die Eingemeindung nach Bad Kissingen (1972) der Stadt einen Bevölkerungszuwachs von etwa 10.000 Einwohnern. Die Bevölkerungszahlen für den Zeitraum von 1970 bis Anfang des 21. Jahrhunderts geben freilich auch den ablaufenden demographischen Wandel zu erkennen.

Die Abnahme der jüngeren Bevölkerung – wiewohl mit Schwankungen – hat sich in den verschiedenen Raumeinheiten ebenso verfestigt wie die Zunahme der älteren Menschen. Beide Gruppen weisen gegenüber der jeweiligen Gesamtbevölkerung überproportionale Veränderungen auf (die Bevölkerungsabnahme von Stadt und Landkreis Bad Kissingen in 1987 ist im Zusammenhang mit der peripheren Lage im ehemals geteilten Deutschland zu sehen). Der Prozess der Alterung der Bevölkerung begrenzt sich aber nicht nur auf die Stadt Bad Kissingen, sondern hat auch den Landkreis erfasst. Dessen Altenanteile an der Gesamtbevölkerung liegen im Jahre 2006 bei knapp 22 % (Regierungsbezirk Unterfranken 19,4 %, Land Bayern fast 19 %).

Bezüglich der Ursachen für diese Entwicklung genügen hier die folgenden Hinweise: Mit Beginn der 1970er Jahre übersteigt die Sterberate in der Großen Kreisstadt Bad Kissingen die Geburtenrate; mit einigen Schwankungen setzt sich dieser Trend bis in die Gegenwart fort, wobei die Sterberate einen leicht ansteigenden, die Geburtenrate einen absteigenden Trend aufweist. Dabei hat sich das Geburtendefizit in etwa drei Dekaden annähernd verdreifacht. Die Alterung der Bad Kissinger Bevölkerung hat als eine Ursache mithin die sinkenden Geburtenzahlen.

Die Migrationen hatten wegen nahezu ausgeglichener Zu- und Fortzüge lange Zeit kaum einen Einfluss auf die Einwohnerentwicklung. Mit einem deutlichen Anstieg der Zuwanderungen Ende der 1990er Jahre, worin sich zum einen die veränderten politischen Verhältnisse, zum anderen aber auch ein gewisser Aufschwung im Kurwesen nach vorhergehenden Rückgängen spiegeln (vgl. Janetzek 1997: 114 f.), beeinflussen diese die städtische Bevölkerungsentwicklung positiv. Gleichwohl weisen Zu- wie Fortzüge eine abnehmende Tendenz bis 2006 auf, so dass die Wirkungen des negativen natürlichen Saldos langfristig nicht ausgeglichen werden und eine Verringerung der Einwohnerzahlen zu konstatieren ist. Es erscheint nicht sehr überraschend, dass die Wanderungsverluste vor allem durch Fortzug der 18- bis unter 25-Jährigen geprägt sind, während der Wanderungssaldo der über 50-Jährigen derzeit positiv verläuft. Zum einen zeigt sich darin ein struktureller Sachverhalt: Das Mittelzentrum verfügt wohl über ein angemessenes Schulangebot, nicht aber über anschließende Bildungseinrichtungen und/oder einen nur begrenzten Arbeitsmarkt für Berufseinsteiger in qualifizierteren Berufen. Zum anderen wird ersichtlich, dass der Kurort offensichtlich für ältere Menschen als Wohnstandort attraktiv ist.

Allerdings ist festzuhalten, dass nicht das Gebiet der gesamten Stadt Bad Kissingen von den älteren Menschen bevorzugt wird. Eine Analyse auf Stadtteilebene unterstreicht, dass besonders hohe Anteile an älteren Menschen – und entsprechend die geringsten Anteile an unter 18-jährigen Einwohnern – die zentral gelegenen und eher urban geprägten Stadtteile Bad Kissingens (34,2 %) sowie Garitz (31,4 %) aufweisen (und die damit in etwa eine Altersgliederung heute aufweisen, die 2050 für Deutschland insgesamt erwartet wird).

4 Einstellungen der Senioren zum Wohnen in Bad Kissingen – Beurteilung der Stadt als Wohnsitz

Nachstehende Ausführungen basieren auf einer standardisierten Befragung von 48 Seniorinnen und Senioren sowie auf Ergebnissen eines Gruppengesprächs². Dabei handelte es sich nur um solche Senioren, die erst im Alter nach Bad Kissingen zugezogen sind. Die Spezifität der Befragten erlaubt trotz ihrer relativ geringen Anzahl einen aufschlussreichen Einblick in deren Verhaltensweisen.

Zur sozio-demographischen Struktur der Befragten können folgende Angaben ausreichen: Die „jungen Alten“ (Senioren unter 80 Jahren) sind geringfügig schwächer repräsentiert (48 %) als die „alten Alten“ (Senioren ab 80 Jahre), wobei die Frauen mit 57 % gegenüber den Männern stärker vertreten sind („junge Alte“: 64 % weiblich, 36 % männlich; „alte Alte“ je 50 %). Unabhängig vom Alter sind etwa zu gleichen Teilen Verheiratete und Alleinlebende vertreten, wobei das Alleinleben vor allem durch Tod des Ehepartners zu erklären ist.

Dem Geburtsort nach sind – bis auf die Stadtstaaten und Mecklenburg-Vorpommern – alle Bundesländer vertreten. Allerdings tritt das Land Hessen besonders deutlich hervor. Ihren letzten Wohnort hatten die Befragten mit deutlichem Abstand (über 40 % der Nennungen) in Hessen, gefolgt von Bayern und Nordrhein-Westfalen (zwischen 10 und 15 %). Anders formuliert: Rund ein Drittel der angegebenen Geburtsstädte liegt in einem Radius von 120 km um Bad Kissingen.

Innerhalb Bad Kissingens konzentrieren sich die Senioren auf zwei Stadtteile, das Zentrum und den Ortsteil Garitz. Dies ist Ausdruck der infrastrukturellen Ausstattung des Zentrums und damit der Gunst zentrumsnahen Wohnens und der Lage von Seniorenresidenzen in Garitz. Diese Verteilung wird ergänzt durch die gewählte Wohnform: Im Zentrum der Stadt leben etwa 56 % der Befragten in Seniorenwohnanlagen, die übrigen aber in Miet- und Eigentumswohnungen. Im Stadtteil Garitz leben fast 15 % der Befragten in nichtinstitutionellen Wohnformen (davon die Hälfte zur Miete), aber rund 85 % geben als Wohnform Seniorenresidenzen an. Diese Situation fügt sich ergänzend mit einer sozialen Einordnung der Befragten zusammen, von denen über die Hälfte (54 %) einen akademischen oder zu einem Studium befähigenden Abschluss angeben. Entsprechend findet sich auch bevorzugt bei ehemaligen Angestellten die Charakterisierung in gehobener oder leitender Stellung, bei Ruhestandsbeamten jene, die dem mittleren oder höheren Dienst angehörten.

Warum aber ist man im Alter nach Bad Kissingen gezogen (vgl. auch Tab. 2)? Als zutreffend darf unterstellt werden, dass die Wohnortwahl in der Nacherwerbsphase von größeren Freiheitsgraden beeinflussbar ist als dies für die Erwerbsphase gilt. Doch bevor Bad Kissingen in die engere Wahl eines neuen Wohnstandortes kommt, muss es den Betroffenen bekannt sein.

Dazu geben knapp ein Drittel der Befragten (31 %) einen früheren Kur- und 19 % einen Ferienaufenthalt an. Ein Viertel nennen „andere Gründe“ und spezifizieren mit der Lage in der Rhön, Kurveranstaltungen des Badeortes oder auch in vertretbarer Entfernung wohnende Angehörige. Für ein Zehntel war schließlich der Ort deshalb bekannt, weil man selbst dort bereits gelebt hatte oder Verwandte oder Freunde dort leben. Ein

² Die Befragung ist auf Einzelpersonen ausgerichtet. Der quantitative Umfang der Grundgesamtheit ist leider nicht anzugeben, da die gemeindliche Statistik Wanderungen nicht nach Altersklassen erfasst; andere Quellen mit Altersangaben unterscheiden nicht nach ortsansässiger und zugewanderter Bevölkerung. Die Fragebögen wurden von verschiedenen Einrichtungen als „Mittler“ nach definierten Merkmalen an die Probanden verteilt und mit einer Rücklaufquote von rund 48 % wieder eingesammelt. Weitere Informationen basieren auf einem Gruppengespräch und zehn Experteninterviews.

knappes Drittel der Befragten geben aber auch an, die Badestadt zuvor nicht gekannt zu haben; so sind einige aus dieser Gruppe vor allem über Empfehlungen oder durch Wohnanzeigen in überregionalen Zeitungen auf Bad Kissingen aufmerksam geworden.

Tab. 2: Motive für den Zuzug in die Stadt Bad Kissingen nach Altersgruppen (Mehrfachnennungen)

Ja, Grund war ausschlaggebend für den Zuzug		Altersklasse	
		bis unter 80 Jahre (n = 22)	80 Jahre und älter (n = 24)
attraktive landschaftliche Lage	Anzahl	13	13
	Anteil an Altersklasse	59,09 %	54,17 %
Nähe zur Natur	Anzahl	7	8
	Anteil an Altersklasse	31,82 %	33,33 %
überschaubare Stadtgröße	Anzahl	9	14
	Anteil an Altersklasse	40,91 %	58,33 %
seniorengerechte Stadtgestaltung	Anzahl	2	0
	Anteil an Altersklasse	9,09 %	0,00 %
Bekanntheit als Kurort	Anzahl	4	12
	Anteil an Altersklasse	18,18 %	50,00 %
gute medizinische Versorgung	Anzahl	8	9
	Anteil an Altersklasse	36,36 %	37,50 %
vielfältiges Freizeit-, Sport-, Kulturangebot	Anzahl	12	7
	Anteil an Altersklasse	54,55 %	29,17 %
Eintritt in den Ruhestand	Anzahl	8	8
	Anteil an Altersklasse	36,36 %	33,33 %
Rückkehr in die Heimat	Anzahl	5	0
	Anteil an Altersklasse	22,73 %	0,00 %
gesundheitliche Gründe	Anzahl	4	4
	Anteil an Altersklasse	18,18 %	16,67 %
Veränderung der familiären Situation	Anzahl	1	2
	Anteil an Altersklasse	4,55 %	8,33 %
Nähe zu eigenen Kindern	Anzahl	4	1
	Anteil an Altersklasse	18,18 %	4,17 %
Nähe zu Verwandten/ Freunden	Anzahl	2	3
	Anteil an Altersklasse	9,09 %	12,50 %
bestehender Immobilienbesitz	Anzahl	1	0
	Anteil an Altersklasse	4,55 %	0,00 %
anderer Grund	Anzahl	3	4
	Anteil an Altersklasse	13,64 %	16,67 %

Quelle: Befragung von Stefanie Knopf 2008

Neben den Bekanntheitsmedien Kur und Tourismus erhöhen offenbar weitere nicht unwichtige Informationsquellen den Aufmerksamkeitsgrad für diese Stadt, jedoch scheinen intensivere Vorkenntnisse keine zwingende Vorbedingung für die Wahl zum Alterswohnsitz zu sein. So haben ein Drittel der befragten Senioren durchaus Alternativen zu Bad Kissingen erwogen, ohne dass hierbei klare Präferenzen für andere Regionen oder Orte erkennbar sind.

Was aber gibt den Ausschlag zugunsten Bad Kissingens? Zunächst mag in der intensiven Nutzung der Mehrfachantwortmöglichkeiten bei den Fragen nach den Zuzugsmo-

tiven ein Hinweis für vielfältige und individuelle Motive erkannt werden³. Gruppieren man die angeführten individuellen Einzelmotive nach Faktoren, die im Ort Bad Kissingen begründet und solche, die als persönlich einzustufen sind, fällt auf, dass die Zuzüge sehr intensiv durch lokale Faktoren gesteuert werden⁴. Persönliche Motive fallen demgegenüber deutlich ab⁵. Vor allem ist es die attraktive landschaftliche Lage des Badeortes, die fast gleichwertig von den unter und über 80-Jährigen genannt wird.

Hohe Bedeutung haben zudem Faktoren wie Stadtqualität oder Freizeit- und Kulturangebot, die die Lebensqualität umreißen. Deutlich schwächer in der Rangfolge erscheinen dann Argumente bezüglich der gesundheitlichen Versorgung. Wie denn bemerkenswert ist, dass – jedoch mit Ausnahme der medizinischen Versorgung und der Seniorenwohnanlagen – keine Argumente für die Zuwanderung genannt werden, die explizit auf das Altern oder womöglich gar präventiv bedachten Motiven ausgerichtet sind. Gewichtiger bleiben Faktoren, die die Lebensqualität im Alter steigern. Allerdings wird auch ein anderer Aspekt spürbar: Über zwei Drittel der Befragten zogen mit Ehepartner oder Lebensgefährten nach Bad Kissingen. Wenn dann ein Partner verstirbt, ergeben sich offensichtlich Probleme des Alleinseins in relativ fremder Umgebung.

Offenkundig ist es sinnvoll, dass Senioren möglichst lange selbstständig leben. Es darf angenommen werden, dass namentlich Senioren, die im Alter nochmals ihren Wohnstandort verändern, hierbei einen Anzeiger für altersgerechte Strukturen bei Wohnungen und Wohnumfeld darstellen. Von daher ist es aufschlussreich, mögliche Präferenzen dieser Gruppe bezüglich dieser Kriterien zu erkennen sowie über deren Einschätzung des Wohnstandortes Kurort – hier: Bad Kissingen – nach dem Wohnortwechsel zu erfahren. Zu erwarten ist, dass damit Stärken wie Schwächen des Kurortes erkennbar werden und zu Handlungsansätzen beitragen können.

Tab. 3: Wohnformen der Befragten vor und nach dem Zuzug nach Bad Kissingen

Wohnform	vor dem Umzug		nach dem Umzug	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Haus (Eigentum)	21	43,75 %	2	4,17 %
Haus (Miete)	3	6,25 %	0	0,00 %
Eigentumswohnung	7	14,58 %	5	10,42 %
Mietwohnung	17	35,42 %	7	14,58 %
Betreutes Wohnen	0	0,00 %	2	4,17 %
Seniorenresidenz	0	0,00 %	32	66,67 %
Gesamt	48	100,00 %	48	100,00 %

Quelle: Befragung von Stefanie Knopf 2008

Die befragten Senioren leben nach dem Umzug nach Bad Kissingen zu zwei Drittel in der Seniorenresidenz, eine institutionelle Wohnform, die aufgrund angebotener Serviceleistungen den Wohnkomfort steigert, vor allem auch unterstützend die Selbstständigkeit im Blick hat. Hingegen lebt rund ein Viertel weiterhin in nichtinstitutionalisierten Wohnformen (vgl. Tab. 3). Es überrascht nicht, dass bei jüngeren Senioren (unter-80-Jährige) die Normalwohnverhältnisse individuelles Wohnen, bei älteren Senioren (über-

³ Bei einem auf maximal vier Antwortmöglichkeiten begrenzten Rahmen nannte jeder Befragte durchschnittlich 3,6 Gründe.

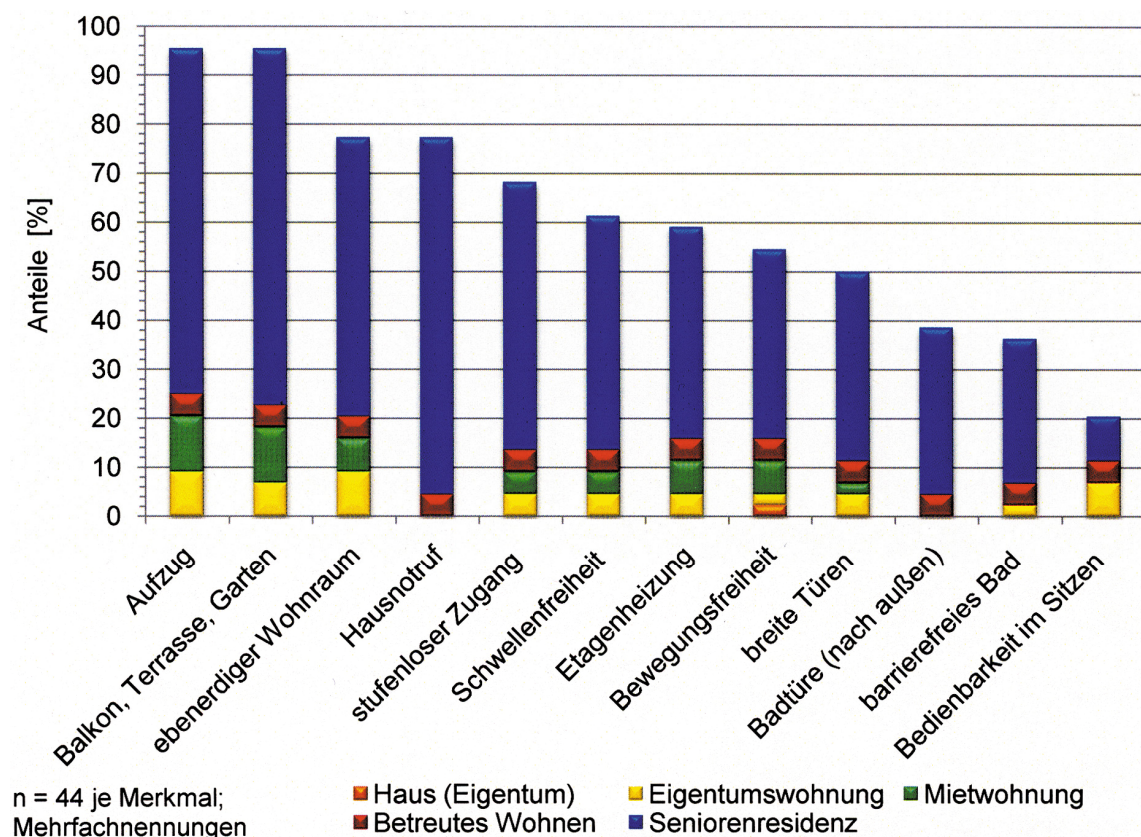
⁴ Überwiegend Zustimmungssanteile von je > 30 %

⁵ Zustimmungssanteile überwiegend > 18 %

80-Jährige) die institutionelleren Wohnformen stärker vertreten sind. Seniorenwohngemeinschaften oder -hausgemeinschaften sind als „experimentelle“ Wohnform im Alter (noch) nicht vertreten.

Die Möglichkeit zu einem selbstständigen Leben in der Wohnung auch im höheren Alter ist für rund 90% der Befragten von größerer Bedeutung. Dazu sind auch bestimmte Ausstattungsmerkmale angezeigt, die von den Befragten – nach Wohnformen gegliedert – in der Abbildung 1 erfasst sind. Teilweise handelt es sich um Merkmale, die sowohl in institutionellen wie in Normalwohnformen eingelöst sind bzw. erwartet werden. Andererseits sind präventive Merkmale für das sehr fortgeschrittene Alter (z.B. Notruf, Badtür nach außen öffnend) in Wohnanlagen selbstverständlich, können aber z.T. auch in Normalwohnungen installiert werden. Es wurde in Gesprächen aber erkennbar, dass vielfach präventive Ausstattungsmerkmale bei Zuzug nur von untergeordneter Bedeutung sind. Offenbar wird ebenso auch bei deutlicher Betreuungs- und Pflegebedürftigkeit nicht vorgesehen, Bad Kissingen wieder zu verlassen. So werden lang- oder mittelfristig die Relevanz altersgerechter Wohnungen einerseits, sowie das Vorhalten von sozialen Diensten oder Pflegestrukturen andererseits deutlich. Nach der gegenwärtigen Wahrnehmung durch die befragten Senioren werden in Bad Kissingen die Vielfalt des seniorengerechten Wohnangebotes bei jüngeren wie älteren Senioren gleichermaßen überwiegend positiv wahrgenommen. Hingegen stufen die jüngeren Senioren den Umfang dieses Angebotes deutlich schlechter ein. Hier scheint es vor allem an barrierefreiem, modernem Wohnraum auch in zentraler Lage und an nicht ausreichender Lifterschließung innerhalb der Häuser zu mangeln. Auch am Mietniveau besteht eine gewisse Kritik.

Abb. 1: Anteile der altersgerechten Ausstattungsmerkmale nach Wohnformen

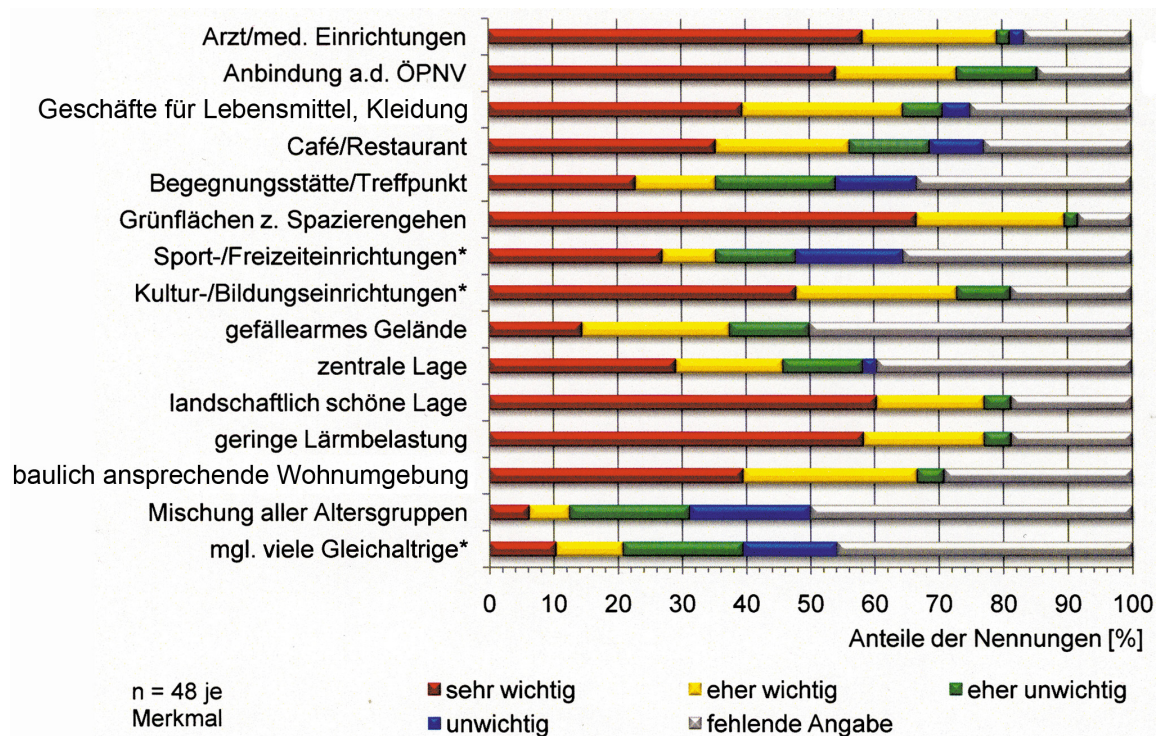


Quelle: Befragung von Stefanie Knopf 2008; eigene Darstellung

Anmerkung: Aus Platzgründen wurde die Betitelung der Ausstattungsmerkmale verkürzt.

Eine selbstständige Lebensführung von Senioren wird neben einer angemessenen Wohnung auch durch die Wohnumfeldausstattung beeinflusst. Es ist sinnvoll, diese nach infrastrukturellen und ästhetisch-gestalterischen Merkmalen zu unterscheiden (vgl. Abb. 2). So wird deutlich, dass eine landschaftlich gefällige Situation sowie eine ruhige Wohnlage den höchsten Stellenwert einnehmen. Über drei Viertel der Befragten stellen diese Kriterien ohne altersmäßige Differenzierung heraus. Des Weiteren wird, obschon nicht mit gleicher Intensität, auf die bauliche Ausprägung des Wohnumfeldes geachtet, ein Aspekt, der offenbar mit dem vorherigen Wohnort in großen Agglomerationsräumen korreliert. Mit der damit einhergehenden Erfahrung großer Distanzen mag auch erklärlich werden, dass eine zentrale Lage des Wohnstandortes in Bad Kissingen keine hohe Priorität hat.

Abb. 2: Relevanz von Eigenschaften des neuen Wohnumfeldes



Quelle: Befragung von Stefanie Knopf 2008; eigene Darstellung

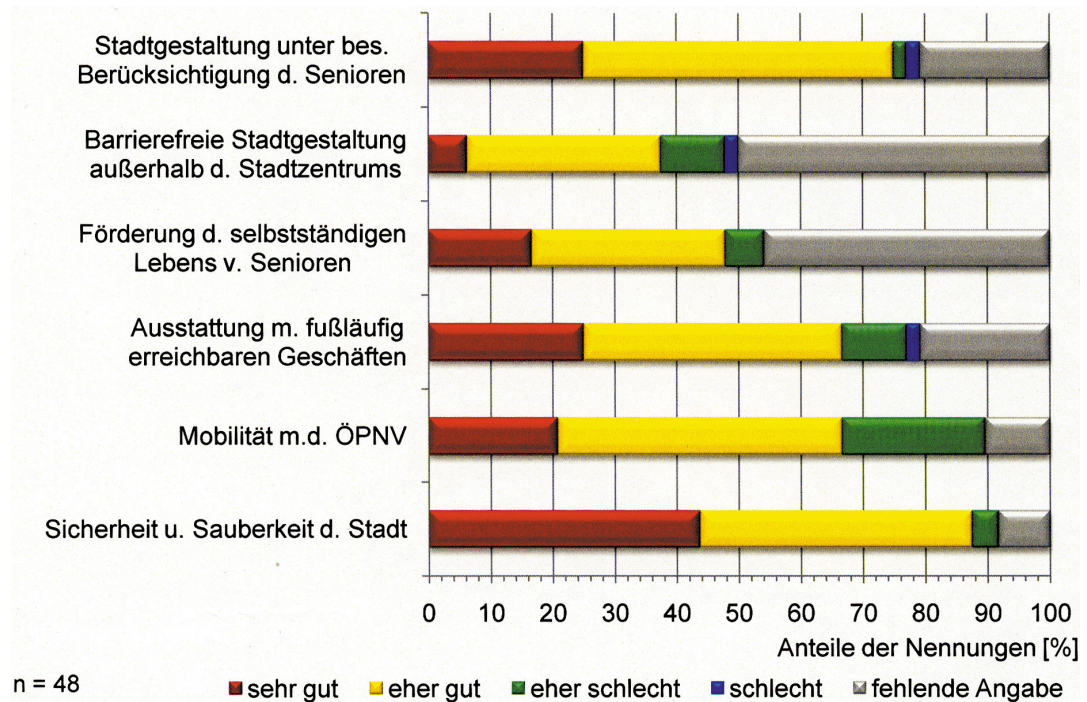
Anmerkung: Mit * gekennzeichnete Kategorien verkürzt.

Hingegen ist die Möglichkeit für Spaziergänge offenbar ein wichtiges Beurteilungskriterium, wobei eine gefällearme Wegführung nur bei den älteren Senioren mit 82% eine wichtige Qualität des Wohnstandortes ist. Dies gilt auch – ohne altersstrukturelle Differenzierung – für die Erreichbarkeit von Kultur- und Bildungseinrichtungen, wohingegen Sport- oder Freizeiteinrichtungen nur von untergeordneter Bedeutung sind, hier „natürlicherweise“ aber für die jüngeren Senioren gewichtiger als für die älteren. Die Existenz eines Arztes oder anderer medizinischer Einrichtungen werden sehr wohl als Qualitätsmerkmal des Wohnumfeldes angegeben.

Wenngleich offenbar die städtebaulich-architektonische Situation für den Zuzug selbst nach Bad Kissingen nur eine untergeordnete Stellung einnimmt, wird nach dem Umzug sehr wohl die Seniorenfreundlichkeit der Stadtgestaltung wahrgenommen. Freilich muss gesehen werden, dass diese Wahrnehmungen von verschiedenen Ansprüchen und Erwartungen gesteuert werden, denen wiederum subjektive Bedürfnisse und Erfahrungen zugrunde liegen (vgl. Abb. 3). Die Stadtgestaltung von Bad Kissingen bezüglich

der Bedürfnisse der Senioren wird allgemein positiv vermerkt, wobei die jüngeren Senioren tendenziell eine bessere Bewertung, die älteren eher eine schlechtere Note geben. Allerdings bemerken die Senioren auch eine Differenz zwischen Stadtzentrum und anderen Stadtteilen, sodass hier offensichtlich ein möglicher struktureller Anpassungsbedarf deutlich wird.

Abb. 3: Beurteilung kommunal beeinflussbarer Merkmale Bad Kissingens

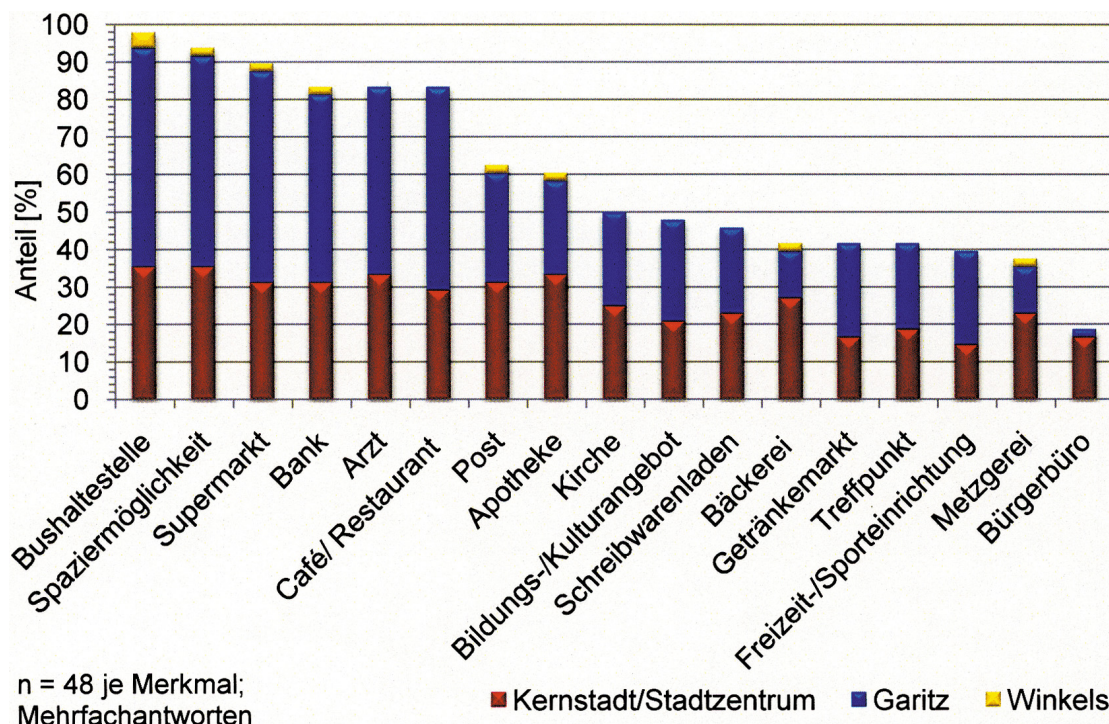


Quelle: Befragung von Stefanie Knopf 2008; eigene Darstellung

Zur Wohnqualität tragen erheblich die fußläufige Erreichbarkeit unterschiedlicher, aber für Senioren durchaus wichtiger Versorgungsmöglichkeiten bei. Abbildung 4 gibt über diese Einstufung Auskunft. Die in der Regel positive Beurteilung des Stadtteiles Garitz ist nicht durch die in der dort gelegenen Seniorenresidenz wohnenden Befragten zu erklären. Vielmehr ist dieser Stadtteil mit unterschiedlichen auch seniorenrelevanten Angeboten ausgestattet, und die Nähe zu einem Waldareal erlaubt zudem Spaziergänge. Freilich ist die Kernstadt mit fußläufig erreichbaren Fachgeschäften, Apotheken und Poststellen eher zugänglich als die beiden Stadtteile Garitz und Winkels. So sehen zwei Drittel denn kaum Anlass, sich über die Ausstattung mit diesen Funktionen zu beklagen, aber 12 % werten dieselbe Situation als problematisch. Für zwei Drittel nämlich waren die Merkmale „Bekleidungs- und Lebensmittelgeschäfte“ ein relevantes Kriterium für das neue Wohnumfeld. Hierin deuten sich grundsätzlich und für die Zukunft wichtige Handlungsfelder der Stadt an.

Der zunehmend größer werdende Altenanteil in Städten sollte die Aufmerksamkeit auf die verstärkt fußläufige Erreichbarkeit zumal seniorenrelevanter Versorgungsfunktionen lenken. Dies bezieht nicht allein die Gesundheits- oder Lebensmittelversorgung ein, sondern erstreckt sich auf viele Fachgeschäfte; dies schließt freilich im konkreten Einzelfall nicht aus, dass eben diese Zugänglichkeit nicht gewährleistet werden kann.

Abb. 4: Fußläufig erreichbare Einrichtungen unterteilt nach Stadtteilen



Quelle: Befragung von Stefanie Knopf 2008; eigene Darstellung

Anmerkung: Über einen Lieferservice zugängliche Einrichtungen sind in der Auswertung nicht erfasst. Kategorienamen aus Platzgründen verkürzt.

Dieses Anliegen wird dadurch gestützt, dass sich mit zunehmendem Alter die Individualmobilität der Senioren verringert und dieser Personenkreis auf den ÖPNV vermehrt angewiesen sein wird. Hier machen die Senioren deutlich, dass nicht bereits die Existenz einer Haltestelle in fußläufiger Distanz zur Wohnung ausreichend ist. Zum „Angewandensein“ gehören auch kundengerechte Verkehrszeiten, und es wird deutlich, dass hier sowohl in den Abendstunden wie an Wochenenden Verkehrsmangel besteht; Mobilitätsalternativen seien zudem nicht wirtschaftlich oder würden – aus Preisgründen – von den potenziellen Benutzern nicht angenommen.

Die medizinischen Versorgungsmöglichkeiten waren für ein Drittel der befragten Senioren einer der Gründe, in Bad Kissingen einen neuen Wohnstandort zu nehmen. Nach dem Umzug wird dieser Aspekt dann von fast 90 % der Befragten positiv bewertet. Ähnlich verhält es sich mit der Situation bezüglich des Kultur- und Freizeitangebotes: 40 % sahen darin ein Motiv für den Zuzug, dann beurteilen rund 35 % dieses Angebot mit „sehr gut“ und 40 % mit „eher gut“ im Hinblick auf Vielfalt und Niveau. Gleichwohl ist aber bei den Senioren eine kritische Stimmung bezüglich der Preise für die Kulturveranstaltungen zu bemerken, zumal Konzerte des Kissinger Sommers bzw. Winters von nahezu einem Drittel dieses Personenkreises mehrmals im Monat besucht werden; spezielle Seniorenpreise werden mithin vermisst. Hingegen werden Theatervorstellungen – wohl bedingt durch den geringeren Aufführungswechsel – in größeren Abständen besucht; etwa 60 % der Senioren geben an, mehrmals im Jahr Veranstaltungen zu besuchen.

Wenn andere Angebote (lokale Sport-, Wellnessmöglichkeiten und Bildungsangebote) vergleichsweise weniger genutzt werden, dann liegt dies nicht an Konkurrenzangeboten in anderen Orten, sondern dies ist dem Umstand geschuldet, dass die befragten

Senioren eben keine „Dauergäste“ sind, sondern ein normales Alltagsleben in einem Kurort-Umfeld zu bewältigen haben. Dennoch bleiben sie interessante Nachfrager, zumal auch deshalb, weil die Nutzungsintensität der unterschiedlichen – vor allem sportlichen Einrichtungen – von den praktizierten Freizeitaktivitäten bzw. Hobbys gesteuert werden.

Zur Wahrnehmung einer Stadt und dem Wohlfühlen in ihr gehört schließlich auch das persönliche Sicherheitsempfinden (in einem weitesten Sinne). Rund 88 % der befragten Senioren geben der Stadt hierzu „sehr gute“ oder „eher gute“ Noten. Wenn dennoch Kritik erkennbar ist, dann ist sie dem individuellen Sicherheitsempfinden und unterschiedlichen Wahrnehmungen von Missständen geschuldet. Das positive Grundgefühl für eine sichere Stadt, aber auch für ihre Sauberkeit und beispielhafte Parkanlagen wird durchaus begleitet von Kritikpunkten (= Verbesserungsvorschlägen), die sich auf einzelne bauliche Mängel beziehen und festgemacht werden am Zustand von Gehwegen oder einzelnen Plätzen, renovierungsbedürftiger Bausubstanz oder Defiziten bei Fahrradwegen.

In einer Gesamtbewertung der Stadt und hinsichtlich ihrer allgemeinen Zufriedenheit mit dem neuen Wohnort fällt zunächst tendenziell auf – aber da die Hälfte der Befragten hierzu keine Antwort geben, hat dieses Merkmal offensichtlich kaum Gewicht –, dass der Umstand, dass viele ältere Menschen das Stadtbild von Bad Kissingen prägen, von den jüngeren Senioren eher negativer als von den älteren beurteilt wird. Ähnlich verhält es sich auch mit der Wahrnehmung der Alterszusammensetzung im eigenen Wohnumfeld: Über die Hälfte wünschen hier keine Veränderungen, über 16 % wünschen sich mehr junge Menschen und ein Viertel äußert sich nicht. Die Neigung, die gegenwärtige Altersstruktur im Wohnumfeld beizubehalten, dürfte der Erwartung entspringen, in einer relativ altershomogenen Gruppe den eigenen Alltagsrhythmus leichter fortsetzen zu können (vgl. auch Knopf 2008: 75).

Gleichwohl ist die Zufriedenheit mit dem Kurort Bad Kissingen groß, denn 60 % der Senioren würden umzugswilligen Freunden oder Verwandten diesen Wohnort ohne Einschränkung empfehlen; lediglich knapp 13 % würden eine solche Empfehlung mit einer deutlichen Einschränkung versehen.

5 Anpassungen der Stadt Bad Kissingen an den demographischen Wandel

Aufgrund der Erfahrungen mit älteren Kurgästen darf unterstellt werden, dass die Stadt schon frühzeitig auch auf die Bedürfnisse und Erwartungen älterer Menschen, die dauerhaft ihren Wohnsitz nehmen, aufmerksam wurde und hinreichend aufgeschlossen und flexibel ist. Mithin kann sich ein Gespür hierfür entwickelt haben, und die Stadt vermag sich auf die neuen Bürger und damit auf die Anforderungen durch den demographischen Wandel einzustellen, ohne dass im jeweiligen Einzelfall explizit auf die Inhalte der DIN-Norm 18024 zur barrierefreien Stadtgestaltung rekuriert werden muss.

Besonders offensichtlich wird dieses Handlungsfeld in der baulichen Gestaltung des öffentlichen Raumes sowie öffentlicher Gebäude in Bezug auf die Barrierefreiheit und Beseitigung von Mobilitätshemmnissen allgemein. Darüber hinaus vermag die Stadt bei öffentlich zugänglichen Gebäuden (z. B. Geschäften) in diese Richtung zu wirken oder zumindest Anregungen zu geben. Allerdings handelt es sich zumeist nicht um senioren-spezifische Maßnahmen, sondern betrifft alle Menschen mit körperlichen oder altersbedingten Beeinträchtigungen (vgl. dazu auch die bei Knopf (2008: 76 ff.) angeführten Expertengespräche).

Beispielhaft mögen für derartige Betätigungsfelder genannt werden:

- umfangreicher Verzicht auf Kopfsteinpflaster zumindest in der Fußgängerzone, da dieses die Nutzung von Gehhilfen erschwert;
- Fußgängerhinweise auch mit Blindenschrift ergänzen;
- an Gebäuden in der Innenstadt das Niveau zwischen Straße und Haus durch „schiefe Ebenen“ (Rampen) glätten;
- Ampeln im Bereich der Kernstadt durch blindengerechte Ausrüstung aufwerten.

Durch Feldbeobachtungen mögen diese Punkte um folgende ergänzt werden:

- Zebrastreifen in der Innenstadt durch Ampeln ersetzen;
- erhöhte Sitzbänke im Kurgarten (vorhanden) auch an anderen Stellen;
- Treppen durch Rampen an Stegen und Gebäuden ergänzen.

Eine gewisse Problematik verbindet sich mit dem Kurgebiet im zentralen Stadtbereich. Als Sondergebiet ausgewiesen ist eine dauerhafte Wohnnutzung (mit Ausnahme des Bestandschutzes vorhandener Gebäude) sowie eine kurunabhängige Nutzung nicht erlaubt. Dies hat einerseits zur Folge, dass manche alten Kurhäuser längere Zeit leer stehen, bis eine neue Nutzung gefunden wird. Andererseits ist dies Spiegel dessen, dass die Kur als wichtigster Wirtschaftszweig der Stadt erhalten werden soll. Denn die Befürchtung scheint zu sein, dass eine Abwärtsspirale entsteht, wenn durch Klinikschließungen Arbeitsplätze verloren gehen, in der Folge Arbeitskräfte abwandern, dadurch die Innenstadt weniger belebt ist und dies ein Fortbleiben älterer Zuwanderer nach sich zieht.

Andererseits mag als Folge bisheriger Konzentration auf die älteren Innenstadtbewohner auch angemerkt werden, dass das familiengerechte Wohnen vernachlässigt ist. Hiervon scheinen Restaurants oder Kneipen negativ beeinflusst zu sein. Die Revitalisierung der innerstädtischen Brache eines ehemaligen Brauereigeländes soll daher das familiengerechte Wohnen unterstützen. Das frühere Family Housing Area der US-amerikanischen Streitkräfte – seiner Struktur nach als innenstadtnahes Seniorenwohnen besonders geeignet – kann nur durch Strukturänderungen auch für junge Familien genutzt werden. Im Rahmen der Konversion wird diese Fläche wohl als Mehrgenerationenwohngebiet entwickelt werden. Damit scheint die Strategie der Stadt Bad Kissingen insoweit erkennbar zu sein, dass sie einerseits die Zuwanderung älterer Menschen mit deren Kaufkraft nicht verlieren möchte, andererseits – um der lokalen Alterung entgegenwirken zu können – die Wohneigentumsbildung junger Familien unterstützt („Poppenrother Modell“⁶). Dies wird freilich nur dann nachhaltigen Erfolg zeigen können, wenn zugleich auch die einseitige Arbeitsmarktstruktur diversifiziert werden kann.

Der demographische Wandel konfrontiert die Stadt mithin mit der Herausforderung, neben der bisherigen Asymmetrie im Altersaufbau von Einheimischen und Zuwanderern zukünftig verstärkt auch den Alterungsprozess der einheimischen Bevölkerung zu beachten. Die Bindung junger Familien z. B. durch Wohneigentumsbindung mag dabei als ein erster Schritt gesehen werden, kann freilich nicht als konsistentes Konzept für bzw. gegen den demographischen Wandel und seine lokalen Konsequenzen eingestuft werden. Hier müssten wohl über die bislang stärker seniorenbezogenen Stadtquartiere hinaus alle Stadtteile mit ihren differierenden Einwohner- und Ausstattungsstrukturen in

⁶ Dem „Poppenrother-Modell“ liegt für die Wohneigentumsbildung junger Familien ein Bewertungsschema zugrunde, durch das bei kommunalen Grundstücken der höhere örtliche Bodenpreis gegenüber dem der umliegenden Gemeinden reduziert wird.

ein Konzept eingebracht werden. In diesem Kontext dürfte die Kommune selbst neben den allgemeinen städtebaulichen Maßnahmen auch als Wohnungsbaugesellschaft gefordert werden, um ihre Wohnungen seniorenangepasst umzugestalten. Als Kommune tritt die Stadt auch mit Beratungsleistungen auf, die in Form des Ehrenamtes – und an die Wahlperiode gebunden – angeboten wird und daher kaum die Leistungsfähigkeit haben kann, die einem eigenen Sozialressort möglich ist. Dennoch wirkt ein bestehender Seniorenbeirat der Stadt bereits heute dergestalt, dass er Eigeninitiativen aus dem Kreis der Senioren verstärkend unterstützt. Offenbar bleiben die Erfahrungen der Stadt mit ihren älteren Bürgern, ihre Handlungsaktivitäten und organisatorischen Maßnahmen insofern eine Insellösung, da kein organisatorischer Kontakt zu anderen Kommunen besteht. Angesichts der Einflüsse aus dem demographischen Wandel ist interkommunale Zusammenarbeit jedoch nicht nur auf wirtschaftlichen Feldern angezeigt.

6 Anpassungen der Wohnungsanbieter an den demographischen Wandel

Neben den Senioren und Kommunen sind auch die Wohnungsanbieter genötigt, sich mit Anpassungsmaßnahmen den Anforderungen des demographischen Wandels zu stellen. Auch hierbei kann unterstellt werden, dass diese Anbieter aufgrund der langjährigen Zuwanderung älterer Menschen hinreichende Kenntnisse gesammelt haben und das Wohnungsangebot auf diese Nachfrager ausrichten. Ein Ergebnis dieser Bemühungen mag in der inzwischen gegebenen Vielfalt an Wohngelegenheiten für Senioren gesehen werden.

Neben dem (bereits oben erwähnten) kommunalen Wohnungsbau bedienen lokale Bauträger und Makler den regulären Wohnungsmarkt; hinzu kommen Anbieter des institutionellen Wohnens. Zu diesen gehören tradierte Wohnformen wie Alten- und Pflegeheimen sowie Einrichtungen neuerer Formen wie betreutes Wohnen oder Seniorenresidenzen⁷. Zumindest die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Bad Kissingen GmbH als kommunales Unternehmen hat in ihrem Bestand barrierefreie Wohnungen gemäß der DIN 18025, die sich in verschiedenen Einzelobjekten, vor allem aber in der „Seniorenwohnanlage Hartmannstraße“ befinden. Wenigstens ist aber die barrierefreie Zugänglichkeit in die Gebäude gegeben. Umfassendere Serviceeinrichtungen im weiteren Sinne des betreuten Wohnens werden jedoch nicht angeboten. Die Mieter in diesen kommunalen Wohnungen gehören eher nicht zu jener Gruppe gut situerter Senioren, die erst im Alter ihren neuen Wohnsitz in der Stadt nehmen.

Hinsichtlich Größe, Leistungsangebot oder Lage gibt es unterschiedliche Angebote des institutionellen Wohnens; zwei davon weisen Vollservice⁸ auf, die zudem bevorzugt von im Alter zuziehenden Senioren angenommen werden. Beide Häuser existieren seit über drei Dekaden. Das eine ist die Nachnutzung eines früheren Kurhotels, das andere wurde als Seniorenresidenz konzipiert und errichtet. Die lange Existenz beider Einrichtungen machte im Laufe der Zeit wiederholt Anpassungen sowohl baulicher wie organisatorischer Art notwendig. Diese ergaben sich aus gewandelten Ansprüchen der Bewohner sowie veränderten Konzepten und Standards altersgerechten Wohnens. Aber es ist auch die Notwendigkeit erkennbar, gegenüber der Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt für Senioren bestehen zu müssen.

Im nichtinstitutionellen Wohnbereich, in dem der größere Teil der Senioren in Bad Kissingen lebt, ergeben sich bezüglich altersgerechten Wohnungsausstattungen (gemäß

⁷ Vgl. <http://www.badkissingen.de/stadtleben/arbeit/senioren/arb223,4860.html> (letzter Zugriff am 06.05.2010)

⁸ Damit werden die Leistungen umschrieben, die denen von Seniorenresidenzen entsprechen; in Bad Kissingen führt nur eines der beiden Häuser die Bezeichnung „Residenz“.

DIN 18025, besonders bei Bädern) spezifische Probleme. Seit etwa einer Dekade wird beim Neubau – zumal von Eigentumswohnungen – Seniorenfreundlichkeit angestrebt mit dem Ziel, im Falle der Hilfsbedürftigkeit oder eingeschränkter Mobilität ohne große Umbaumaßnahmen die Erreichbarkeit und den Verbleib in der Wohnung zu ermöglichen. Einerseits scheinen im allgemeinen Wohnungssegment gegebene Platzverhältnisse einer optimalen altersgerechten Ausstattung entgegenzuwirken, andererseits ist diese nicht sonderlich verkaufsfördernd. Offenbar haben die Senioren doch ein anderes Selbstbild und/oder möchten nicht an zukünftig denkbare Gebrechlichkeiten erinnert werden. Hingegen stellen ein Aufzug (aus Sicherheitsgründen werden Erdgeschosswohnungen – auch mit Gartenanteil – nicht präferiert), große Balkone, eine südexpionierte Wohnungslage sowie eine zentrale Lage am oder in der Nähe des Kurparks wichtige Entscheidungsgründe dar. Wohneigentum in sanierten Altbauten, zumal diese in Bad Kissingen in zentraler Lage lokalisiert sind, findet nur eine geringe Nachfrage.

7 Folgerungen

Offenbar hat die Tradition der Stadt Bad Kissingen als Kurort und der damit verbundenen Erfahrung mit zumal älteren Kurgästen und ihrer wirtschaftlich aktiven Gruppen Kenntnisse und Übung im Umgang mit Senioren erbracht. Bei aller im Einzelfall möglichen Kritik ist davon auszugehen, dass die Stadt einen durchaus positiven Anpassungsprozess an die Folgen des demographischen Wandels leisten kann. Dass interkommunaler Erfahrungsaustausch, womöglich sogar – zumindest partielle – Zusammenarbeit (noch) nicht gepflegt wird, mag ängstlichem Konkurrenzdenken geschuldet sein, aber auch verwundern. Mehr noch freilich verwundert, dass das regionale Image als Gesundheitsregion nicht offensiv mit zumal seniorengerechten Wohnungsbelangen forciert wird und in entsprechenden Modellbauten seinen Niederschlag findet. Hierbei wäre die Barrierefreiheit heute nur ein selbstverständlicher Einstieg, dem als weitere gängige Ausstattung der Hausnotruf hinzuzufügen wäre. Denkbar sollten, zumal für mobilitätsbeschränkte Personen, „der elektronische Marktplatz“ oder „die elektronische Dorflinde“ werden, die die informatorische wie kommunikative Teilhabe am lokalen Geschehen erleichtern und unterstützen.

Im Kern wird es letztlich darum gehen, durch technische Lösungen das Leben in einem bekannten Umfeld mit dem Ziel zu unterstützen, Senioren möglichst lange zu ermöglichen, gewohnte Lebensabläufe beizubehalten. Solche Technologie müsste offenbar derart strukturiert sein, dass sie in ihrer Leistungsfähigkeit den Bedürfnissen der älteren und älter werdenden Kunden angepasst werden kann. Bei prinzipieller Einfachheit in der Bedienung sowie im individuellen Hilfsniveau scheint es vor allem darum zu gehen, Unterstützung der Senioren in folgenden Alltagsbereichen zu leisten:

- Gesundheit: Übertragung oder Überwachung menschlicher Vitaldaten;
- Sicherheit: Überwachung von Wohnumfeld, vom Schließen der Fenster und Türen sowie von Gefahrenquellen (z. B. Herd);
- Alarmierung: Vom selbstständigen bis automatischem Rufen von Hilfe;
- Komfortleistungen: Wohlfühlen durch Klimageräte oder durch mediale Nutzungsmöglichkeiten.

Technische Lösungen, um dem demographischen Wandel begegnen zu können, mögen zu einheitlichen oder gleichen Grundausstattungen der Wohnungen führen, müssen aber stets die individuelle Anpassung an die Fähigkeiten und Wünsche der Bewohner ermöglichen. Es muss dabei gesehen werden, dass namentlich im gesundheitlichen Bereich damit auch Daten erfasst werden (können), die als hochsensibel einzustufen sind.

Dies freilich scheint wohl generell eine noch wenig diskutierte Problematik im Kontext des demographischen Wandels zu sein.

Wenn auch das Beispiel des Kurortes Bad Kissingen insgesamt keine unfreundliche Antwort auf die allgemeine Frage gibt, ob und inwieweit die Migration von Menschen im höheren Erwachsenenalter eine Chance für – bestimmte – Gemeinden oder gar Regionen im demographischen Wandel bieten könnte: Ein sicherlich verallgemeinerbarer Aspekt schält sich gleichfalls heraus. Man sollte realistisch sehen, dass die „mobilen Alten“ eher kein Massenphänomen werden, sondern ihnen eine Standortstetigkeit oder -beharrung eigen ist. Diese wird nicht zuletzt von den Netzwerken vertrauter Personen, gesundheitlich bedingten Einschränkungen oder dem Verlust des Lebenspartners beeinflusst. Freilich kann und wird dies in Zukunft nicht ausschließen, dass lokale – womöglich auch regionale – spezifische Rahmenbedingungen die Zuwanderung älterer Menschen dann stimulieren können, wenn sie sehr mobile und finanziell gut situierte Senioren ansprechen und wenn die örtlichen Daseinsstrukturen in besonderem Maße den Bedürfnissen dieser Gruppe entsprechen. Aber dies dürften insgesamt doch eher Einzelfälle bleiben.

Literatur

- BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) (2007): Wohnungs- und Immobilienmärkte in Deutschland 2006. Bonn. = Berichte, Bd. 27.
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (1998): Zweiter Altenbericht: Wohnen im Alter. Bonn.
- Bucher, H.; Kocks, M.; Siedhoff, M. (1998): Regionale Alterung, Haushalts- und Wohnungsmarktentwicklung. In: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.): Regionales Altern und Mobilitätsprozesse Älterer. Expertenband zum Zweiten Altenbericht der Bundesregierung. Frankfurt am Main, 14-69.
- Eberth, W. (2001): Der unaufhaltsame Aufstieg vom dörflichen Landstädtchen zum Verwaltungsmittelpunkt des Landkreises Bad Kissingen. In: Ahnert, T.; Weidisch, P. (Hrsg.): 1200 Jahre Bad Kissingen 801 – 2001; Facetten einer Stadtgeschichte. Festschrift zum Jubiläumsjahr und Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung. Bad Kissingen, 185-201.
- Friedrich, K. (1995): Altern in räumlicher Umwelt. Sozialräumliche Interaktionsmuster älterer Menschen in Deutschland und den USA. Darmstadt. = Darmstädter Geographische Studien, Bd. 10.
- Friedrich, K. (2001): Binnenwanderung älterer Menschen. In: Institut für Länderkunde (Hrsg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland. Band 4: Bevölkerung. Heidelberg/Berlin, 124-125.
- Gans, P.; Schmitz-Veltin, A. (Hrsg.) (2006): Demographische Trends in Deutschland: Folgen für Städte und Regionen. Hannover. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Bd. 226.
- Heinze, R.; Eichener, V.; Naegele, G.; Bucksteg, M.; Schauerte, M. (1997): Neue Wohnung auch im Alter. Folgerungen aus dem demographischen Wandel für Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft. Darmstadt.
- Janetzek, D. (1997): Die Kurstadt Bad Kissingen. Entwicklung der Kur und Tendenzen. In: Ahnert, T.; Weidisch, P. (Hrsg.): 25 Jahre Große Kreisstadt Bad Kissingen 1972-1997: Ein Stadtmagazin. Bad Kissingen, 113-115.
- Janich, H. (1991): Die regionale Mobilität älterer Menschen: Neuere Ergebnisse der Wanderungsforschung. In: Informationen z. Raumentwicklung 3/4, 137-148.
- Knopf, S. (2008): Anpassungsstrategien des Wohnens in Kurorten an den demographischen Wandel? Eine Untersuchung am Beispiel der Stadt Bad Kissingen. Unveröffentlichte Diplomarbeit an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg.
- Mahr, W. (1959): Geschichte der Stadt Bad Kissingen: Ein Abriss. Bad Königshofen.
- Nestmann, E. (1989): Bedeutung der Infrastruktur für die Ruhestandswanderung. Karlsruhe.
- Russ, W. (1997): Die Entwicklung der Kissinger Großraumplanung. In: Ahnert, T.; Weidisch, P. (Hrsg.): 25 Jahre Große Kreisstadt Bad Kissingen 1972-1997: Ein Stadtmagazin. Bad Kissingen, 27-29.

- Schober, H. (1997): Stadtplanung und Städtebau in der Großen Kreisstadt. In: Ahnert, T.; Weidisch P. (Hrsg.): 25 Jahre Große Kreisstadt Bad Kissingen 1972-1997: Ein Stadtmagazin. Bad Kissingen, 31-35.
- Siebel, W. (2007): Neue Lebensbedingungen in der Stadt. In: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Stadtquartiere für Jung und Alt. Bonn, 12-21.
- Statistisches Bundesamt (2006): Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 11. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Presseexemplar. Wiesbaden.
- Waltersbacher, M. (2006): Räumliche Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Wohnungsmarkt. In: Gans, P.; Schmitz-Veltin, A. (Hrsg.): Demographische Trends in Deutschland: Folgen für Städte und Regionen. Hannover, 112-130. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Bd. 226.
- Weidisch, P. (1998): Das Weltbad Kissingen im 19. und 20. Jahrhundert. In: Chevalley, D.; Gerlach, S. (Hrsg.): Stadt Bad Kissingen. Ensembles, Baudenkmäler, archäologische Denkmäler. München XXXVI-LX. = Denkmäler in Bayern, 75/2.
- Winkler, K. (1984): Bad Kissingen. In: Bothe, R. (Hrsg.): Kurstädte in Deutschland. Zur Geschichte einer Baugattung. Berlin, 361-384.

Reinhard Paesler

Der demographische Wandel im suburbanen Raum – Auswirkungen dargestellt an Beispielen Münchner Randgemeinden im Kreis Fürstenfeldbruck

Gliederung

- 1 Der demographische Wandel in seiner regionalen Differenzierung
- 2 Der demographische Wandel im suburbanen Raum
 - 2.1 Das Untersuchungsgebiet im Landkreis Fürstenfeldbruck
 - 2.2 Auswirkungen des demographischen Wandels
 - 2.3 Reaktionen auf den demographischen Wandel
 - 2.3.1 Politik für Senioren
 - 2.3.2 Politik für junge Familien, Kinder und Jugendliche
 - 2.4 Bewertung
- Literatur

1 Der demographische Wandel in seiner regionalen Differenzierung

Die Prozesse, die derzeit zusammenfassend als „demographischer Wandel“ bezeichnet werden, basieren auf Entwicklungen (vor allem verändertes generatives Verhalten), deren Ursprünge Jahrzehnte zurückliegen. Ihre Brisanz wurde aber bis in die jüngste Vergangenheit von den politischen Entscheidungsträgern vielfach nicht erkannt oder aber verdrängt, obwohl von Bevölkerungswissenschaftlern, Soziologen sowie Wirtschafts- und Sozialgeographen seit den 1970er Jahren immer wieder auf die unvermeidlich kommenden gesellschaftlichen und räumlichen Probleme hingewiesen wurde. So analysierte bereits Ruppert (1979) die zu erwartenden Auswirkungen der demographischen Entwicklung in Bayern im Rahmen des damaligen Arbeitsprogrammes „Bevölkerung als Gegenstand der Raumordnung“ der Landesarbeitsgemeinschaft Bayern der ARL. Er gab Hinweise auf notwendig werdende regionalplanerische Maßnahmen in den ländlichen Räumen und in den Großstädten und ihren Umlandbereichen (Ruppert 1979: 10 ff.). Auch der Autor beschäftigte sich bereits 1978 mit den auf Deutschland zukommenden gesellschaftspolitischen und raumplanerischen Problemen als Folge der jährlichen Geburtendefizite und bedauerte das damals noch völlig fehlende Problembewusstsein (Paesler 1978).

Dieser Sachverhalt hat sich inzwischen entscheidend geändert. Wie Dorbritz (2004: 356) nachweist, haben „der demographische Wandel und seine vielfältigen Konsequenzen“ (...) „eine breite Öffentlichkeit erreicht“, insbesondere aufgrund häufiger Medienpräsenz. Nuissl und Bigalke (2007: 381 f.) stellen fest, dass auf kommunaler Ebene inzwischen Stadtverwaltungen, öffentliche und private Aufgabenträger und Wohnungsbau-gesellschaften auf den demographischen Wandel reagieren und dass zunehmend die Frage auftauche, inwieweit die gegebenen Siedlungsstrukturen „einer alternden Gesell-

schaft generell angemessen sind“. Langhagen-Rohrbach und Gretschel (2005: 226) kommen anhand einer deutschlandweiten Umfrage zu dem Ergebnis, dass sich inzwischen 81,5 % aller Bürgermeister und 67,4 % aller Gemeindeverwaltungen im Bundesgebiet mit dem demographischen Wandel auseinandergesetzt haben.

In Deutschland sind es – ähnlich wie in den meisten anderen europäischen Ländern – vor allem drei Komponenten, die den demographischen Wandel ausmachen und die zu gravierenden räumlichen und sozialen Auswirkungen bereits heute führen bzw. mit Sicherheit zukünftig noch führen werden: 1. die niedrigen Geburtenziffern, die auf gesamtstaatlicher Ebene seit Jahrzehnten permanent unter den Sterbeziffern liegen, woraus sich ein Sterbeüberschuss und somit ein Bevölkerungsrückgang ergibt, sofern das Defizit nicht durch Zuwanderung ausgeglichen wird; 2. die Zunahme der durchschnittlichen Lebenserwartung, woraus sich – verstärkt durch das Geburtendefizit – ein erhöhtes Durchschnittsalter der Bevölkerung und ein gestiegener und weiter steigender Anteil der älteren Jahrgänge an der Gesamtbevölkerung ergeben; 3. die zunehmende kulturell-ethnische Internationalisierung und Heterogenisierung der Bevölkerung aufgrund der Einwanderung von Personen nicht-deutscher Ethnien, die zwar mit wechselnder Stärke, aber permanent seit Jahrzehnten andauert (vgl. auch den Beitrag Klee in diesem Band).

Manche Autoren (z. B. Kemper 2006: 195; Gans 2006: 200; Gans 2008: 53) nennen zudem als vierte Komponente des demographischen Wandels die Haushaltsverkleinerung (abnehmende Durchschnittsgröße der Privathaushalte) als Folge einerseits der geringeren Kinderzahlen, andererseits der Aufsplittung der Haushalte durch den gesellschaftlichen Prozess der Vereinzelung oder „Singularisierung“ (z. B. weitgehendes Verschwinden der Drei- und Mehrgenerationenhaushalte). Durch Wanderungen (Binnen- und Außenwanderung) hervorgerufene Bevölkerungsveränderungen werden in der Regel nicht unter dem Begriff des demographischen Wandels subsumiert.

Der insoweit für Deutschland skizzierte demographische Wandel tritt keineswegs in allen Landesteilen in gleicher Weise auf. Es ergeben sich Unterschiede zwischen den Gebietskategorien und starke regionale Differenzierungen, z. B. bei den Geburtenziffern, beim prozentualen Anteil der älteren Jahrgänge, beim Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung. Die Hauptursache dieser Unterschiede ist in sozio-kulturellen und sozio-ökonomischen Charakteristika der Bevölkerung der einzelnen Regionen zu sehen; diese wiederum beruhen zu einem beträchtlichen Teil auf der Struktur und Entwicklung der regionalen Wirtschaft und den dadurch hervorgerufenen Wanderungen. Wie Gans (2006) zeigt, ist nicht nur in Deutschland, sondern in allen EU-Staaten eine „regionale Vielfalt“ des demographischen Wandels festzustellen. Daher können keine allgemeingültigen Handlungsempfehlungen zur Auseinandersetzung mit seinen Auswirkungen gegeben werden (vgl. Gans 2008: 56). Jegliche Maßnahmen müssen einen räumlichen Bezug aufweisen, d. h. auf die spezielle Situation der Gemeinde oder Region bezogen sein.

Selbst innerhalb einer Region können das Ausmaß und die Ausprägung des demographischen Wandels auf Gemeindeebene beträchtlich variieren, so z. B. in einem Agglomerationsraum zwischen Kernstadt und Umland und innerhalb des suburbanen Raumes zwischen Gemeinden unterschiedlicher Struktur. Vor allem die Sozial- und Altersstruktur der Wohnbevölkerung, die oft selbst zwischen Nachbargemeinden nicht unwesentlich differiert, spielt hierbei eine große Rolle. Blotevogel (2006: 17) konnte anhand einer Gemeindetypisierung von Nordrhein-Westfalen nach demographischen Merkmalen zeigen, dass die regionalen demographischen Muster „immer weniger den überkommenen landesplanerischen Gebietskategorien entsprechen“ und dass selbst bei kleinräumiger Betrachtung nur schwer einheitliche regionale Trends zu erkennen sind.

2 Der demographische Wandel im suburbanen Raum

Wegen der beträchtlichen raumbedeutsamen Auswirkungen des demographischen Wandels – von der kommunalen über die regionale bis zur gesamtstaatlichen Ebene – ergibt sich auf den verschiedenen Stufen Handlungsbedarf für die Orts-, Regional- und Landesplanung, die Raumordnung und für diverse Fachplanungen. Im politischen Bereich sind hauptsächlich die Sozial-, Stadtentwicklungs-, Städtebau- und Verkehrspolitik gefordert. In der vorliegenden Studie wird analysiert, in welcher Weise in unterschiedlich strukturierten Gemeinden des suburbanen Raumes die Wohnbevölkerung und ihre gesellschaftlichen und politischen Repräsentanten vom demographischen Wandel und seinen Auswirkungen betroffen sind, wie sie darauf reagieren und welche Maßnahmen schon getroffen worden oder für die nahe Zukunft geplant sind, um den Folgen der veränderten demographischen Verhältnisse zu begegnen bzw. um die Gemeinden an die neuen Alters- und Sozialstrukturen der Bevölkerung anzupassen.

2.1 Das Untersuchungsgebiet im Landkreis Fürstentumbruck

Das Untersuchungsgebiet umfasst die östlichen Gemeinden des oberbayerischen Kreises Fürstentumbruck, der westlich an das Stadtgebiet von München anschließt (Städte Fürstentumbruck und Germering; Gemeinden Alling, Eichenau, Emmering, Gröbenzell, Maisach, Olching und Puchheim). Der Kreis ist strukturell deutlich zweigeteilt: Die Gemeinden in der westlichen Kreishälfte in größerer Entfernung von der Landeshauptstadt sind noch teilweise ländlich geprägt; demgegenüber gehören die bevölkerungsstarken östlichen Gemeinden zum inneren suburbanen Randbereich des großstädtischen Agglomerationsraums München. Dieser ist dem Typ derjenigen Verdichtungsräume in Deutschland zuzuordnen, die nach allen Prognosen auch in mittelfristiger Zukunft noch ein stärkeres Bevölkerungswachstum aufweisen werden, ganz überwiegend durch Zuwanderung aus anderen Regionen Deutschlands und aus dem Ausland (vgl. BBR 2005: 85 f.). Der demographische Wandel – dieses Ergebnis sei vorweggenommen – wird hier von der Bevölkerung und den Lokalpolitikern zwar in der Regel als solcher wahrgenommen und auch beispielsweise in der Presse häufig thematisiert. Er wird aber meist (noch) nicht als wirkliches Problem des eigenen Lebensumfeldes gesehen, zumal er, zumindest bei oberflächlicher Betrachtung, in manchen der untersuchten Gemeinden bisher erst relativ schwach ausgeprägt ist.

Um den demographischen Wandel im Untersuchungsgebiet mit seinen Auswirkungen, mit den Reaktionen der Bevölkerung bzw. ihrer Repräsentanten und mit eventuellen Gegenmaßnahmen zu erfassen und zu analysieren, wurden in denjenigen Landkreismunicipien, die zur engeren suburbanen Zone der Landeshauptstadt gehören, Interviews durchgeführt. Partner waren Bürgermeister, Seniorenreferenten der Gemeinderäte und sonstige ausgewählte Kommunalpolitiker sowie Vertreter sonstiger Organisationen, die sich vorzugsweise oder zumindest teilweise um die Belange von Seniorinnen und Senioren kümmern (Seniorenbeiräte und -arbeitskreise der Gemeinden; kommunale und kirchliche Seniorenclubs; gemeindliche, kirchliche und private Sozialdienste; Agenda-21-Gruppen; Betreiber von kommunalen, kirchlichen, sonstigen gemeinnützigen und privaten Alten- und Pflegeheimen u. ä.). Die Ergebnisse wurden ergänzt durch eine Auswertung der regionalen und lokalen Presse und durch Erkenntnisse aus der „teilnehmenden Beobachtung“ des Autors als Mitglied des Gemeinderates einer der Untersuchungsgemeinden und von mehreren im obigen Sinn einschlägigen Organisationen. Außerdem wurden zu Vergleichszwecken Analysen anderer Autoren in neueren Publikationen herangezogen.

Der Grad der Betroffenheit vom demographischen Wandel hängt im Untersuchungsgebiet – und dies kann verallgemeinert werden – vor allem von der Dauer und dem Stand des Suburbanisierungsprozesses ab. Es existieren im Agglomerationsraum München im Wesentlichen drei bezüglich ihrer Genese und Struktur deutlich voneinander zu unterscheidende Typen suburbaner Gemeinden. Diese wurden in der regionalgeographischen und -planerischen Fachliteratur für die Region München in den 1980er und 1990er Jahren mehrfach mit dem Schwerpunkt auf ihrer demographischen und sozio-ökonomischen Entwicklung analysiert, so z. B. durch Lintner (1987), Paesler (1987) und Schußmann (1996: 238 ff.).

Als erster Typ sind die Gemeinden in stadtnaher Lage zu nennen, in denen das stärkste Bevölkerungswachstum durch intensive Neubautätigkeit und Zuwanderung in den 1970er und 1980er Jahren stattfand. Sie traten seit Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre in eine Stagnationsphase ohne wesentliches weiteres Wachstum ein, teils weil die zur Bebauung zur Verfügung stehenden Freiflächen weitgehend erschöpft waren (z. B. in Gröbenzell mit seinen sehr eng gezogenen Gemeindegrenzen und einer Fläche von nur 634 ha), hauptsächlich aber wegen des Wunsches der Bevölkerungsmehrheit, gerade auch der „Neubürger“ aus der vorangegangenen intensiven Stadt-Umland-Wanderung, nach Konsolidierung und bedarfsgerechtem Ausbau einer qualitativ hochwertigen kommunalen Infrastruktur statt weiteren Siedlungs- und Einwohnerwachstums.

Beispiele für diesen Typ suburbaner Kommunen sind im Untersuchungsgebiet die Stadt Germering und die Gemeinden Puchheim und Gröbenzell. In diesen Gemeinden verstärkt der demographische Wandel die sowieso stattfindende zyklische Veränderung der relativ homogenen Bevölkerungsstruktur, die sich zur Zeit der starken Zuwanderung einstellte. Die damals unter den Zuzüglern vorherrschende Gruppe der jungen Familien wächst, was die Elterngeneration betrifft, in das Seniorenalter hinein, während die Kinder inzwischen als junge Erwachsene nicht nur das Elternhaus, sondern meist auch die Wohngemeinde zugunsten eines neuen Ausbildungs- oder Arbeitsortes verlassen haben. Als Folge stagniert die Bevölkerungszahl der betreffenden Gemeinden oder ist sogar rückläufig; das Durchschnittsalter der Einwohner erhöht sich rasch. Als Beispiel seien die Daten von Puchheim genannt. Die Bevölkerungszahl nahm 1970-1985 von 7.247 auf 19.153 zu; bis 2001 erfolgte noch ein mäßiger Anstieg auf 19.738 und seitdem ein Rückgang auf 19.416 (31.12.2007). Der Anteil der Einwohner mit einem Alter von 65 und mehr Jahren stieg im Zeitraum 1985-2007 von 10,5 % auf 21,2 % (PV 2008).

Einen zweiten Typ stellen solche Gemeinden dar, die aufgrund von weiterhin andauernden Baugebietsausweisungen und Ortserweiterungen auch in der Gegenwart noch Zuwanderer in größerer Zahl anziehen. Hier hat sich das Wachstum gegenüber der Zeit des Baubooms der 1960er bis 1980er Jahre zwar abgeschwächt, doch ist weiterhin eine Bevölkerungszunahme zu verzeichnen, wiederum vornehmlich durch den Zuzug jüngerer bis mittlerer Jahrgänge. Durch das Zusammentreffen von demographischem Wandel der ansässigen Bevölkerung und anhaltender Zuwanderung jüngerer Familien kann sich hier eine relativ ausgewogene Haushalts- und Altersstruktur der Wohnbevölkerung einstellen. D. h. die zuziehenden jüngeren Bevölkerungsgruppen kompensieren wenigstens teilweise die geringeren Geburtenzahlen bei den vorhandenen Einwohnern und sorgen für eine Absenkung des Durchschnittsalters der Bevölkerung oder zumindest für eine starke Verlangsamung des Anstiegs.

Gemeinden dieses Typs liegen in einem weiter von München entfernten zweiten Ring um die Stadt. Im Untersuchungsgebiet handelt es sich beispielsweise um Olching und Maisach. In Olching erhöhte sich zwar die Einwohnerzahl ebenfalls in den 1970er und 1980er Jahren stark (1970: 14.135, 1985: 20.582), doch setzte sich der Zuwachs gerade

in den letzten Jahren durch die Erschließung des neuen Siedlungsgebietes Schwaigfeld weiter fort, sodass die Gemeinde Ende 2007 bereits 24.501 Einwohner zählte; hiervon waren nur 17,5 % im Alter von 65 und mehr Jahren (PV 2008).

Einen dritten Typ bilden Gemeinden, bei denen der Suburbanisierungsprozess erst relativ spät einsetzte, vor allem aufgrund größerer Entfernung vom Einpendlerzentrum München und ungünstigerer Verkehrsverbindungen für Pendler. Solche Gemeinden, die erst seit den 1990er Jahren oder noch später als Ziele stärker in die Stadt-Umland-Wanderung einbezogen wurden und die derzeit häufig ein beträchtliches Wachstum verzeichnen, liegen u. a. im westlichen Teil des Kreises Fürstentum Bruck; im Untersuchungsgebiet fehlen sie. Allenfalls die Gemeinde Alling, die als einzige der untersuchten Gemeinden an keiner Linie des Münchner S-Bahn-Netzes liegt, könnte in diesem Zusammenhang genannt werden (2007: 3.484 Einwohner mit Wachstum vor allem in den letzten Jahren und weiteren Zunahmetendenzen; PV 2008).

2.2 Auswirkungen des demographischen Wandels

Von den genannten Komponenten des demographischen Wandels spielt der Aspekt Internationalisierung bzw. Heterogenisierung der Bevölkerung in den untersuchten Gemeinden die geringste Rolle, da der Anteil von Einwohnern nicht-deutscher Staatsangehörigkeit im Untersuchungsgebiet mit rund 10 % relativ gering ist. Insbesondere wegen der verhältnismäßig hohen Boden- und Mietpreise als Folge der Attraktivität der Gemeinden als Wohnorte kam es bisher – verglichen mit der Landeshauptstadt – nur zu einer schwachen Zuwanderung ausländischer Bevölkerung.

Demgegenüber äußert sich der demographische Wandel, je nach Gemeindetyp, in mäßiger bis sehr starker Ausprägung in Bezug auf die beiden anderen genannten Aspekte: geringere Kinderzahlen wegen der niedrigeren Geburtenziffern, rasch zunehmender Anteil der älteren Einwohner an der Wohnbevölkerung bei gleichzeitig zunehmender Lebenserwartung und dadurch bedingtem ansteigenden Altersdurchschnitt der Gesamtbevölkerung. Auf diese beiden Aspekte konzentrieren sich daher folgerichtig das Augenmerk der Bevölkerung und ihrer Repräsentanten sowie die Politik der Gemeinden und der in den Gemeinderäten vertretenen Fraktionen.

2.3 Reaktionen auf den demographischen Wandel

Sofern die Kommunalpolitiker sowie bürgerschaftliche Initiativen, Organisationen, Vereine usw. auf den demographischen Wandel reagieren – vor allem in den Gemeinden des oben beschriebenen ersten Typs, wo man den größten Handlungsbedarf sieht – wird in der Regel an zwei Problemfeldern angesetzt. Einerseits werden Maßnahmen zugunsten der wachsenden Zahl und des zunehmenden Anteils von Senioren an der Bevölkerung eingeleitet bzw. gefordert. Vereine, Seniorenbeiräte, -clubs und ähnliche interessengeleitete Zusammenschlüsse älterer Menschen ergreifen hier häufig die Initiative und fordern und unterstützen entsprechende gemeindliche Aktivitäten. Andererseits werden Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Gemeinde als Wohnort für junge Familien, Kinder und Jugendliche angemahnt bzw. eingeleitet mit dem Ziel, deren Anteil an der Einwohnerschaft durch Zuwanderung stabil zu halten und eventuell sogar zu erhöhen. Teilweise wird dezidiert der Versuch unternommen, im Sinne einer mehr oder weniger aktiven Bevölkerungspolitik den Familien Anreize zu mehr Geburtenfreudigkeit zu geben.

2.3.1 Politik für Senioren

Der wachsende Anteil der Senioren an der Bevölkerung und das zunehmende Selbstbewusstsein dieser Altersgruppe haben in den letzten Jahren dazu geführt, dass sich in allen Gemeinden Seniorenarbeits- und -interessengemeinschaften, -vereine, -clubs, -treffs usw. gebildet haben. Derartige Gruppierungen waren bis in die 1990er Jahre meist reine Geselligkeitsvereinigungen bzw. dienten der gemeinsamen Freizeitgestaltung oder Sportausübung; sie haben sich darüber hinaus längst zu Interessenvertretungen zur Durchsetzung von Forderungen der älteren Generation gewandelt. Die Bürgermeister und Gemeinderäte haben darauf reagiert und inzwischen „Seniorenbeiräte“ bzw. „Senioren-Arbeitsgemeinschaften“ (in Eichenau und Gröbenzell) als offizielle kommunale Beratungsorgane gegründet. Die politischen Gemeinden organisieren regelmäßig Senioren-Bürgerversammlungen, halten Wahlen zu diesen Gremien ab und gewähren ihnen ein Budget für ihre Arbeit. Im untersuchten suburbanen Raum spielt bei dieser Entwicklung zweifellos die Tatsache eine gewisse Rolle, dass angesichts des relativ hohen Akademikeranteils an der Gemeindebevölkerung genügend gut ausgebildete und durchsetzungsfähige Rentner und Pensionäre zur Verfügung stehen, um im Rahmen gezielter „Lobby-Arbeit“ die Interessen der Senioren wirkungsvoll zu vertreten.

Nicht zuletzt wegen des starken politischen Gewichts, das die Senioren schon aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke, ihres hohen und weiter zunehmenden Anteils an der Bevölkerung und ihrer überdurchschnittlich hohen Beteiligung an politischen Wahlen darstellen, werben inzwischen alle Parteien gerade bei Gemeinderatswahlen intensiv um die Stimmen der Senioren. In der CSU wurde die Arbeit für die ältere Generation inzwischen auch auf der kommunalen Ebene durch die Gründung von Ortsvereinen der „Senioren-Union“ institutionalisiert, in der SPD werden gelegentlich Veranstaltungen für Bürgerinnen und Bürger „60+“ angeboten. Eine Durchsicht der Wahlprogramme für die Kommunalwahlen 2008 ergab, dass Seniorenpolitik inzwischen fast überall einen hohen Stellenwert besitzt. Zwei Beispiele seien zitiert. Im Programm der CSU Gröbenzell heißt es: „Der demographische Wandel trägt dazu bei, dass Seniorinnen und Senioren in unserer Gesellschaft (...) eine immer größere Rolle spielen. Ihre reiche Lebenserfahrung wollen wir (...) noch stärker einbinden und nutzen“. Die SPD Germering schrieb in ihr Programm: „Wir schaffen Voraussetzungen dafür, dass die Senioren in Germering auch im hohen Alter ein selbständiges Leben führen und sich damit auch aktiv bürgerschaftlich engagieren können. Ihre Erfahrung ist für die Gesellschaft ein sehr wertvolles Gut“.

Konkret lassen sich drei Handlungsfelder kommunaler Seniorenpolitik in den untersuchten Gemeinden unterscheiden. Fast alle Planungen, Maßnahmen, Angebote u. ä., die der Deutsche Landkreistag (2008) in einer neueren Ausgabe seiner Mitgliederzeitschrift vorstellt und empfiehlt, sind im Untersuchungsgebiet anzutreffen, mit besonderem Schwerpunkt in den Gemeinden des oben erwähnten ersten Typs. Zunächst geht es um finanzielle Mittel, die im Rahmen der „freiwilligen Leistungen“ der Gemeinden zur Unterstützung der Seniorenarbeit an Organisationen und Vereine gegeben werden, wobei die Summen in den vergangenen Jahren regelmäßig erhöht wurden. Neben den Etats, mit denen die Arbeit der gemeindlichen Seniorenbeiräte gefördert wird, gehören hierzu beispielsweise:

- finanzielle Mittel für Vereine zur Durchführung von geselligen Veranstaltungen, Sommerfesten, Advents- und Weihnachtsfeiern für Senioren;
- zweckgebundene Zuschüsse für Volkshochschulen, andere Einrichtungen der Erwachsenenbildung und kirchliche Seniorenclubs für deren Aktivitäten (z. B. Vorträge und andere kulturelle Veranstaltungen, spezielle Computer- und Sprachkurse für

ältere Menschen, gemeinsame Ausflüge von Radtouren über Theater-, Konzert- und Museumsbesuche bis zu zweiwöchigen Bildungsreisen);

- Zuschüsse für kommunale und kirchliche Sozialdienste, die „Essen auf Rädern“, Gesundheitsberatung, Krankenpflege, Sozial- und Rentenberatung u. ä. anbieten – Dienste, die ganz überwiegend Senioren zugutekommen;
- Zuschüsse für Sportvereine, die Gymnastik, Turnen, Leichtathletik, Ballsport u. a., z. T. auch Koronarsport, speziell für Senioren anbieten.

In drei Fällen finanzieren die Gemeinden die Musik für einen monatlichen „Seniorentanz“, in anderen bekommen Rentner Getränkegutscheine für das Bierzelt beim jährlichen Volksfest; Rentnerrabatte für kostenpflichtige gemeindliche Veranstaltungen sind fast überall üblich. Dies ist nur eine beispielhafte Auswahl von freiwilligen finanziellen Leistungen der Gemeinden für ihre Senioren.

Als zweiter Bereich einer in den letzten Jahren neu entwickelten speziellen Seniorenpolitik ist die Schaffung einer seniorengerechten gemeindlichen Umwelt zu nennen. Speziell in den Kommunen mit hohem Altersdurchschnitt der Bevölkerung wird inzwischen kein Bebauungsplan mehr aufgestellt und kein Straßenbauprojekt mehr durchgeführt, bei dem nicht ausdrücklich die Bedürfnisse älterer Menschen berücksichtigt würde. Viele der entsprechenden Maßnahmen kommen selbstverständlich auch Kinderwagen schiebenden Eltern und Menschen mit körperlicher Behinderung zugute: z. B. Bau flacher Rampen statt Treppen an Straßen- und Bahnunter- bzw. -überführungen, Abflachung von Randsteinen an Straßenübergängen, Bau von „Laufbändern“ aus ebenen Steinplatten zur besseren Begehrbarkeit von gepflasterten Fußgängerzonen, Anlage von Spazierwegen und Aufstellung und Pflege von seniorengerechten Ruhebänken an diesen, Verlängerung der Grünphasen für Fußgänger an mit Ampeln gesicherten Straßenkreuzungen.

Zudem werden die Gemeindeverwaltungen zunehmend in dem Sinn aktiv, dass sie die Senioren bei Anliegen gegenüber Dritten unterstützen. Hier sind vor allem die Forderungen an die Münchner S-Bahn nach dem Bau von Aufzügen zu den Bahnsteigen zu nennen und die Aufforderung an Geschäftsleute, ihre Läden barrierefrei und die Präsentation der Waren seniorengerecht zu gestalten (z. B. gut lesbare Regalbeschilderung in den Supermärkten). In mehreren Kommunen arbeiten in diesem Sinn Gemeindeverwaltungen, Senioren- und Behindertenbeiräte gut zusammen. Ein besonderes Problem, an dem bisher ohne größeren Erfolg gearbeitet wird, stellt nach Aussagen fast aller Seniorenvertretungen die gefahrlose Fußgänger-Mobilität dar. Auf Gehwegen fühlen sich insbesondere gehbehinderte Senioren durch Radfahrer gefährdet, und in den seit Jahren zunehmend gebauten verkehrsberuhigten Bereichen und auf sogenannten Spielstraßen ohne Gehwege sind es zu schnell und rücksichtslos fahrende Autolenker und Radler, die den intendierten gefahrlosen Aufenthalt auf diesen Straßen nicht zulassen. Gemeinsame Aktionen von Gemeindeverwaltungen, Polizei, Agenda-21-Gruppen und Seniorenverbänden, bei denen um mehr Rücksichtnahme auf weniger bewegliche Menschen geworben wird, werden regelmäßig durchgeführt, konnten aber bisher keinen dauerhaften Erfolg verbuchen.

Der dritte Handlungsbereich betrifft das Wohnungswesen. Seit einigen Jahren wird vermehrt das Problem diskutiert, ob und inwieweit Häuser und Wohnungen, in denen ursprünglich Familien mit Kindern gewohnt haben, auch für das Wohnen im Alter geeignet sind, insbesondere nach dem Auszug der Kinder und bei eventueller körperlicher Behinderung der Eltern oder sogar nur noch eines überlebenden Elternteils. Vor allem die in den Stadtrandgemeinden gehäuft gebauten Reihenhäuser erweisen sich von der

vertikalen Gliederung (Wohnräume über mehrere Stockwerke), der Enge der Treppen und der Raumaufteilung her oft als wenig seniorenfreundlich. Auch bringt die Pflege der meist vorhandenen Gärten im Alter nicht selten Probleme mit sich. Einerseits könnte hier ein Wohnungswechsel angebracht sein: in eine seniorengerechte barrierefreie Wohnung, in ein „Betreutes Wohnen“, in ein Altenheim oder schließlich in ein Pflegeheim. Die Alternative ist „Ageing in Place“ („creating a situation whereby older people can remain in their own familiar surroundings for longer“; Swiaczny/Graze/Schlömer 2008: 189), d. h. Wohnen in der gewohnten Umgebung und im angestammten Heim mit eventuellen Umbauten, nach der Verkleinerung des Hauses durch Aufteilung eines Einfamilienhauses in ein Zweifamilienhaus oder mit ähnlichen Maßnahmen. Hier könnte dann eine ambulante Betreuung in Anspruch genommen werden (z. B. „Essen auf Rädern“, Besuche durch den Sozialdienst, „Betreutes Wohnen zu Hause“). Es geht also um Kombinationen eines geeigneten Wohnraumangebots mit Dienstleistungen, welche die Autonomie der älteren Menschen unterstützen (vgl. Heye/van Wezemaal 2007: 41).

Die Bedeutung der Wohnung und des Wohnumfeldes nimmt im Seniorenalter stark zu, da einerseits durch den Wegfall der beruflich bedingten Abwesenheit regelmäßig ein höherer Anteil der Tages- und Wochenzeit in der Wohnung verbracht wird als in jüngerem Alter, sich andererseits aber auch in vielen Fällen durch altersbedingte Krankheiten und geringere Mobilität der Aktionsradius verringert. Es ist daher gerade in Gemeinden mit steigenden Seniorenanteilen an der Bevölkerung wichtig, im oben zitierten Sinn Wohnformen anzubieten, die den Bedürfnissen dieser Gruppe entgegenkommen. Durch eine altersgerechte Infrastruktur des Wohnumfelds sowie eine zweckmäßige Ausstattung der Wohnung selbst sollte es Senioren ermöglicht werden, möglichst lange in der vertrauten Umgebung selbstständig zu leben. Ähnlich argumentiert Daumann (2009: 8): Die Wohnung und deren nähere Umgebung gewinne im Alter zunehmend an Bedeutung und müsse demgemäß seniorengerecht aus- und umgestaltet werden, zumal mit höherem Lebensalter eine stärkere emotionale Bindung an das Wohnumfeld bestehe. Auch Hesse/Scheiner (2007: 44 f.) weisen darauf hin, dass die Aktionsräume älterer Menschen deutlich stärker als diejenigen jüngerer auf das nähere Wohnumfeld ausgerichtet seien und daher die Wohnung und die Wohngemeinde entsprechend optimiert werden müssten. In den suburbanen Gemeinden der 1960er und 1970er Jahre gebe es hier teilweise Probleme.

Anhand einer Modelluntersuchung für eine Gemeinde im Rhein-Pfalz-Kreis gibt Diebler (2007) einen Überblick über traditionelle und alternative neue Wohnformen für Senioren. Wiegandt und Wiesemann (2008: 60) berichten über den Ablauf des Planungsprozesses mit dem Ziel, für einen Landkreis in Rheinland-Pfalz ein Handlungskonzept für die Auswirkungen des demographischen Wandels zu erarbeiten. Auch hier ging es u. a. um die „Schaffung neuer Wohnformen für Senioren“, die „Anpassung des Wohnungsbestands an die Bedürfnisse Älterer“ und die „Etablierung einer aktiven Wohnberatung zur Unterstützung älterer Menschen“. Nach Nutz (2006: 264 f.) ist bei Senioren „der Zufriedenheitsgrad bezüglich Wohnen und Mobilität“ in Stadtrandgebieten am größten, da hier die nachgefragten Einrichtungen und Dienstleistungen am ehesten vorhanden seien (im Gegensatz zu innerstädtischen Wohnlagen) und ein Gefühl der Sicherheit herrsche. Der Umzug Älterer aus dem suburbanen Raum in die Innenstädte werde daher eher die Ausnahme bleiben. Zu einem ähnlichen Resultat kommen Nuissl und Bigalke (2007) aufgrund von Untersuchungen im östlichen Umland der Stadtregion Leipzig. Die Autoren stellen fest, dass die häufig vermuteten negativen Auswirkungen der Suburbanisierung auf das Leben von Senioren nicht nachweisbar sind. Es herrscht im Gegenteil hohe Zufriedenheit mit der Ausstattung des Wohnumfelds, mit der Einbindung in soziale Netzwerke und mit der räumlichen Umgebung. Einschränkend wird

allerdings angemerkt, dass es sich in den untersuchten Gemeinden überwiegend um materiell gut situierte „junge“ Alte (bis etwa 80 Jahre) handelt; die Ergebnisse seien daher nicht generell verallgemeinerbar. Sie entsprechen aber – sowohl bezüglich der Bevölkerungsstruktur als auch der gefundenen Einschätzung der Senioren – den im östlichen Kreis Fürstentfeldbruck ermittelten Resultaten.

Die Problematik des Wohnens im Alter hat im Untersuchungsgebiet eine besondere Bedeutung, da ein relativ hoher Anteil der Bevölkerung in Einfamilienhäusern wohnt. Insbesondere in Eichenau, Gröbenzell, Maisach und Alling ist der Anteil der Einzel-, Doppel- und Reihenhäuser am Gebäudebestand sehr hoch. Die Häuser wurden in der Regel zunächst von Familien mit Kindern bezogen. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen finden wegen der Knappheit an Mietwohnungen nach dem Auszug aus dem Elternhaus meist am Ort selbst keine Wohnung und ziehen, wie schon erwähnt, häufig nach München oder in einen anderen Ausbildungs- bzw. Arbeitsort. Die Alterung der Bevölkerung wirkt sich also rein rechnerisch in einer starken Steigerung der Wohnfläche pro Einwohner aus. In der Realität bleiben jedoch nach dem Auszug der Kinder sehr oft Teile der Häuser weitgehend ungenutzt.

Umfassende Planungskonzepte oder Gemeindeanalysen der Wohnungslage oder der Wohnbedürfnisse von Senioren im oben zitierten Sinne gibt es bisher im Untersuchungsgebiet nicht. Allerdings wird derzeit im Landratsamt Fürstentfeldbruck ein „Seniorenpolitisches Gesamtkonzept“ erarbeitet, das sich u. a. auch des Themas „Wohnen im Alter“ annimmt. Es ist jedoch bereits jetzt deutlich erkennbar, dass auf die zunehmende Zahl von Senioren, die ihre bisherige Wohnung oder ihr Haus nicht mehr bewohnen können oder wollen, sowohl von kommunaler Seite als auch von gemeinnützigen oder privaten Trägern mit der Errichtung von Seniorenwohnungen verschiedenster Art reagiert wird. Seit ca. etwa fünf bis sechs Jahren kommt es im östlichen Kreis Fürstentfeldbruck zu einem sprunghaften Anstieg der Zahl der Wohnungen in seniorengerechten Neubauprojekten. Derzeit bestehen in den untersuchten Gemeinden 15 entsprechende Einrichtungen mit unterschiedlichem Standard und unterschiedlicher Bezeichnung (Seniorenheime, Seniorenresidenzen, Seniorenstifte, Altenheime, Pflegeheime, „Betreutes Wohnen“), von denen etwa die Hälfte erst in den letzten fünf Jahren neu eröffnet oder bedeutend erweitert worden sind.

Einige Beispiele seien genannt. In Gröbenzell existiert seit den 1970er Jahren ein Altenheim der Caritas, in dem seit einigen Jahren der Anteil der pflegebedürftigen Insassen zuungunsten noch körperlich und/oder geistig mobiler Personen sehr stark zugenommen hat. 2006 wurde eine private „Seniorenresidenz“ als Alten- und Pflegeheim eröffnet. Seit 2008 ist im Ortszentrum ein Objekt des „Betreuten Wohnens“ durch einen Privatinvestor im Bau, dessen rund 75 Eigentums- und Mietwohnungen 2010 bezogen werden können. Die Betreuung der Bewohner übernimmt der „Ökumenische Sozialdienst“. Der Bau erfolgte mit starker Unterstützung von Gemeindeverwaltung und Gemeinderat, der einen Bebauungsplan mit weitgehender Berücksichtigung der Wünsche des Investors aufstellte. Schließlich wurde 2009 ein Bürgerbegehren mit Mehrheit angenommen, das im Rahmen eines Bebauungsplanverfahrens für einen Teil des nördlichen Ortszentrums u. a. auch Festsetzungen für ein weiteres Objekt des „Betreuten Wohnens“ fordert, und schließlich schrieben alle Parteien in ihre Wahlprogramme für die Kommunalwahlen 2008 die Forderung nach gemeindlicher Unterstützung für die Errichtung barrierefreier, seniorengerechter Wohnungen.

In Puchheim ist seit 2009 – ebenfalls auf kommerzieller Basis – im „Wohnpark Roggenstein“ ein Objekt des „Seniorengerechten Wohnens“ mit 64 Eigentums- und Mietwohnungen im Bau. In Eichenau wurde 2006 das „Evangelische Seniorenzentrum“ als

Altenwohn- und Pflegeheim mit zusätzlichen Einrichtungen der Kurzzeitpflege und mit „therapeutischen Wohngruppen für altersverwirrte Menschen“ eröffnet. In Olching werden im Neubaugebiet Schwaigfeld zurzeit 33 seniorengerechte Sozialwohnungen gebaut, von denen einige für jeweils eine „Senioren-WG“ vorgesehen sind, die vom Verein „Älter werden in Olching e. V.“ betreut werden sollen. In Fürstenfeldbruck wurde 2008 der Erweiterungsbau des modernisierten kirchlichen Alten- und Pflegeheims „Theresianum“ eröffnet, das somit über 150 Plätze in behindertengerechten Einzel-Appartements verfügt. In Germering wurde 2008/2009 das „Curanum“ (Seniorenresidenz und Pflegezentrum) modernisiert; es bietet Appartements für betreutes Wohnen und Zimmer für stationäre Pflege.

2.3.2 Politik für junge Familien, Kinder und Jugendliche

Das vermehrte Eingehen auf die Bedürfnisse und Forderungen der älteren Generation ist im Untersuchungsgebiet hauptsächlich als ein Reagieren auf das innerhalb relativ kurzer Zeit starke Anwachsen dieser Bevölkerungsgruppe zu sehen. Demgegenüber verursacht der demographische Wandel auch ein bewusstes Agieren mit dem Ziel, die zahlen- und anteilmäßig an Bedeutung verlierende Gruppe der jungen Eltern, Kinder und Jugendlichen zu stärken. Insbesondere die Gemeinden der oben skizzierten ersten Gruppe (frühe Suburbanisierung) zeigen seit Jahren zurückgehende Geburtenzahlen – wegen der sinkenden Anzahl jüngerer Familien und wegen der geringeren Kinderzahl pro Familie im Vergleich zu früheren Jahrzehnten. Einige Beispiele zeigen diese Entwicklung. In Puchheim nahm die Geburtenzahl im Zeitraum 1997-2006 von 184 auf 128 ab, die Zahl der Kinder unter sechs Jahre sank von 1.123 auf 998. In Gröbenzell ging die Zahl der Geburten im gleichen Zeitraum ebenfalls von 184 auf 137 zurück, die Kinderzahl (unter sechs Jahre) verringerte sich von 1.087 auf 962. In Eichenau betrugen die Kennzahlen bei den Geburten 135 bzw. 78, bei den Kindern 716 bzw. 627. Nur einen geringen Rückgang zeigte dagegen Olching als Gemeinde des zweiten Typs. Hier nahm die Geburtenzahl im genannten Zeitraum nur von 261 auf 239 ab, die Kinderzahl von 1.454 auf 1.422.

Den sinkenden Zahlen von Kindern stehen zunehmende Zahlen von Plätzen in Kinderkrippen, -gärten und -horten gegenüber. Der entsprechende Bedarf steigt seit mehreren Jahren stark an, da ein laufend wachsender Anteil von Eltern Plätze für ihre Kinder in Betreuungseinrichtungen fordert. Vor allem die Nachfrage nach Kinderkrippenplätzen für Kleinkinder vor dem Kindergartenalter ist rapide angestiegen. Hier scheint die spezifische Sozialstruktur des untersuchten suburbanen Raumes mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an Akademikerfamilien eine Rolle zu spielen. Beide Partner möchten in der Regel ihre Berufstätigkeit nach der Geburt von Kindern möglichst rasch wieder aufnehmen und suchen daher Betreuungsmöglichkeiten. Die Gemeinden – daneben Wohlfahrtsorganisationen, die Kirchen sowie private Träger – reagieren auf die steigende Nachfrage durch den Bau neuer Kindertageseinrichtungen. Die finanzielle Lage der Gemeinden erlaubt dies meist ohne größere Probleme.

Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang das Bestreben der Kommunen, die in der Regel nicht ortsgebundenen jungen Familien durch attraktive Angebote am Ort zu halten oder sogar Neubürger mit Kindern anzulocken. Gerade in Konkurrenz zum Wohnstandort München, wo pro Einwohner eine wesentlich schlechtere Ausstattung mit Kinderbetreuungseinrichtungen vorliegt, wird dieser Gesichtspunkt von befragten jungen Eltern immer wieder vorgetragen. Die Gemeinde Gröbenzell wirbt beispielsweise in ihren jährlichen Neubürgerversammlungen regelmäßig mit der Tatsache, dass bei Kindergartenplätzen eine Bedarfsdeckung von ungefähr 100 % erreicht ist (gemessen an der Zahl der nachgefragten Plätze für Kinder ab drei Jahre) und dass auch die

Versorgung mit Plätzen in Kinderkrippen und Horten für Schulkinder durch Neubauten, die 2009 eröffnet wurden, an die Nachfrage angepasst worden ist. In ähnlicher Weise sind zurzeit auch Puchheim, Olching, Eichenau, Fürstenfeldbruck und Germering bestrebt, durch ein an der Nachfrage orientiertes Angebot eine erstklassige Versorgung zu gewährleisten und damit für junge Familien attraktiv zu bleiben bzw. Zuzügler anzulocken.

Eine neuere Untersuchung in der Region Hamburg bestätigt die Allgemeingültigkeit der hier gemachten Aussagen. Nach Menzl (2006: 435) wird „die Konkurrenz um die nach wie vor hoch geschätzte Gruppe der ‚wirtschaftlich und sozial stabilen jungen Familien‘ (...) in den kommenden Jahren sowohl zwischen den suburbanen Gemeinden als auch zwischen Suburbia und Kernstadt erheblich an Schärfe hinzugewinnen“. Dabei wird die Konkurrenz der Wohnstandorte unter den Aspekten des gesellschaftlichen und demographischen Wandels nicht allein „über Preisstrukturen und räumliche Lagen ausgetragen werden“, sondern auch über „weiche Faktoren“ wie die „Alltagstauglichkeit“ des Wohnstandorts und über die Frage, ob und wie der individuelle Lebensentwurf und der gewählte Wohnort zusammenpassen. Zu den „restriktiven Rahmenbedingungen“ gehört demnach insbesondere auch das Vorhandensein oder Fehlen ausreichender Betreuungsmöglichkeiten für Kinder (vgl. Menzl 2006: 449 f.).

Zu ähnlichen Ergebnissen – nicht nur auf den suburbanen Raum bezogen – kommt Sailer (2007) aufgrund von Befragungen bei Kommunalpolitikern in Bayern. Die weitere demographische Entwicklung in den Kommunen sei davon abhängig, wie familienfreundlich die Gemeinde bzw. Region ausgestattet ist, denn die Verfügbarkeit familiennaher Infrastruktur könne sowohl auf die Geburtenhäufigkeit als auch auf den Zuzug von Familien mit Kindern Einfluss haben (Sailer 2007: 62). Auch Lange, Weick und Germer (2003: 297) berichten von lebhafter „Konkurrenz von Städten und Gemeinden bzw. ganzen Regionen um Humankapital, Wirtschaftskraft und damit um Entwicklungspotenzial“, wodurch die Raumordnung vor großen Herausforderungen stehe. Schließlich seien noch Swiaczny, Graze und Schlömer (2008: 200) zitiert, die aufgrund vergleichender empirischer Untersuchungen in West- und Ostdeutschland von einem zunehmenden Wettbewerb zwischen suburbanen Gemeinden einerseits und von diesen mit der Kernstadt andererseits berichten, da sie sich um jüngere und möglichst wohlhabende Familien als Ersatz für die abnehmende Zahl der alternden „Suburbaniten“ der ersten Generation bemühen. Die Autoren warnen in diesem Zusammenhang schließlich vor einem ruinösen Wettbewerb durch schuldenfinanzierte Infrastrukturinvestitionen, die unter Umständen weder nachhaltig noch raumplanerisch sinnvoll seien.

Ähnlich wie im Bereich der Seniorenpolitik sollen auch hier einige Beispiele aus aktuellen Kommunalwahlprogrammen in den Untersuchungsgemeinden zitiert werden, die zeigen, welches große Gewicht parteiübergreifend den Bedürfnissen von Eltern und Kindern beigemessen wird. So schreibt die SPD Olching 2008: „Unser Engagement gilt einem bedarfsorientierten und kostenlosen Kindertagesstättenangebot. Von der Kinderkrippe, über Kindergarten und die Mittagsbetreuung zum Hort“. Die CSU Gröbenzell schreibt in ihrem Programm zur Kommunalwahl 2008: „Die demographische Entwicklung hat auch in Gröbenzell dazu geführt, dass die Zahl der Kinder seit Jahren zurückgeht. Diesem Trend setzen wir besondere Anstrengungen entgegen, damit Gröbenzell auch weiterhin eine kinder- und familienfreundliche Gemeinde bleibt“. Im Einzelnen wird z. B. gefordert: weiterhin ein Kindergartenplatz für alle Kinder über drei Jahre, ein Betreuungsplatz für 75 % aller Kinder im Krippenalter unter drei Jahre, bedarfsgerechter Ausbau der Hortangebote und der Nachmittagsbetreuung für Schulkinder. Schließlich schreibt die SPD Germering: „Das Netz der Betreuungseinrichtungen für Kinder ist in

Germering bereits vorbildlich. Dies zu erhalten, auszubauen oder den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen z. B. durch Umwandlung von Kindergarten- in Kinderkrippengruppen anzupassen, wenn die Zahl der Kinder zurückgeht, ist eines der wichtigsten Ziele“.

Neben der Aufmerksamkeit, die den Kindern im Vorschul- und im Grundschulalter gewidmet wird, ist in den letzten Jahren in allen untersuchten Gemeinden auch vermehrt auf die Bedürfnisse älterer Kinder und Jugendlicher und von deren Eltern bzw. generell von jungen Familien eingegangen worden. An dieser Stelle seien nur pauschal Einrichtungen und Fördermöglichkeiten genannt, die in allen Gemeinden große Beachtung finden und die mit teilweise relativ hohen Ausgaben unterstützt werden – immer mit der Zielrichtung, die jeweilige Gemeinde angesichts sinkender Nachwuchszahlen so attraktiv für diesen Personenkreis wie möglich zu machen. Hierzu gehören u. a. Unterstützung der Schulen, vor allem der gefährdeten Hauptschulen, mittels zeitgemäßer Ausstattung seitens der Gemeinden als Sachaufwandsträger, Einrichtung und Pflege attraktiver Spiel- und Sportplätze, Unterhalt und gute Personalausstattung von Jugendheimen, -treffs und -cafés für Heranwachsende, Einrichtung von Jugendbeiräten als Interessensvertretungen gegenüber den Gemeinderäten und der Öffentlichkeit, Preisvergünstigungen bis hin zu freiem Eintritt für Kinder und Jugendliche bei gemeindlichen Veranstaltungen, kommunale Zuschüsse für die Jugendarbeit der Vereine, insbesondere der Sport- und Kulturvereine, Unterstützung von „kommunalen Familientischen“ als informelle Gremien zur Vertretung der Interessen speziell junger Familien.

Die Parteien und Wählergruppen legten vor den Kommunalwahlen 2008 besonderes Augenmerk auf die Aufstellung junger Kandidatinnen und Kandidaten für die Gemeinderäte; die „Junge Union“ innerhalb der CSU und die „Jusos“ in der SPD waren hier besonders aktiv. Eine umstrittene politische Frage ergibt sich aus der Tatsache, dass vor allem in den „alt-suburbanisierten“ Gemeinden am Münchner Stadtrand wegen der Attraktivität als Wohnort einerseits und der geringen Baulandreserven andererseits die Bodenpreise sehr hoch sind. Ein Grundstücks- oder Eigenheimerwerb ist daher für junge Familien nur schwer möglich. Als eine Lösungsmöglichkeit gelten die Ausweisung von Bauland aus dem Besitz der Kommunen und der Verkauf im Rahmen von „Einheimischenmodellen“ zu Preisen unter dem Marktpreis. In Gröbenzell und Olching werden entsprechende Programme vorbereitet. In Puchheim herrscht eher Skepsis; man befürchtet Ungerechtigkeit angesichts der doch eher geringen Zahl zu vergebender Grundstücke im Verhältnis zur vermutlich großen Zahl der möglichen Antragsteller.

2.4 Bewertung

Da es sich im Fall des Untersuchungsgebietes um Gemeinden mit relativ hohem Durchschnittseinkommen der Bevölkerung und vergleichsweise hoher kommunaler Steuerkraft handelt (früher gelegentlich als „Speckgürtel von München“ bezeichnet), sind sie in aller Regel ohne größere Schwierigkeiten in der Lage, die angeführten Maßnahmen zur „Abfederung“ etwaiger Probleme durch den demographischen Wandel durchzuführen und zu finanzieren. Ebenso ist es angesichts der günstigen Einkommens- und Vermögenssituation der großen Mehrheit der Einwohner im Allgemeinen nicht schwierig, private Investoren und Träger für solche Einrichtungen zu finden, die aus den verschiedensten Gründen nicht von den Gemeinden selbst oder von karitativen Organisationen errichtet und geführt werden (z. B. private Alten- und Pflegeheime, Einrichtungen des „betreuten Wohnens“, private Kinderkrippen, -gärten und -horte). Insofern besteht sicherlich eine Sondersituation im Vergleich zu Gemeinden etwa in strukturschwachen oder in ländlichen Räumen; sie dürfte aber für ähnlich strukturierte Stadtrandgemeinden in anderen Regionen Bayerns bzw. Deutschlands exemplarisch sein.

Es wurde bereits angedeutet, dass in einem Sozialstaat wie der Bundesrepublik Deutschland die Sorge um befriedigende Lebensbedingungen für ältere Menschen jenseits des Erwerbslebens und ebenso die Sorge um junge Eltern, um Kinder und Jugendliche selbstverständlich sein sollte, völlig unabhängig vom derzeit ablaufenden demographischen Wandel. Es ist zu vermuten, dass entsprechend der Tendenz zum Ausbau des Sozialstaates – und zum gesteigerten Anspruchsdenken eines Großteils der Bevölkerung – die beiden schutz- und unterstützungsbedürftigen Gruppen sowieso stärker in den Fokus staatlicher und kommunaler Fürsorge geraten wären. Es ist nicht nachweisbar, ob die analysierten Maßnahmen zugunsten von Kindern und Senioren auch ergriffen worden wären, wenn es den demographischen Wandel nicht gäbe. Aber es kann davon ausgegangen werden, und die Ergebnisse im Untersuchungsgebiet deuten sehr stark darauf hin, dass der demographische Wandel den Blick auf diese Gruppen geschärft und die Notwendigkeit ihrer vermehrten Unterstützung verdeutlicht hat, dass also die entsprechenden Maßnahmen andernfalls später und mit geringerem Nachdruck ergriffen worden wären.

Literatur

- Blotevogel, H. H. (2006): Gemeindetypisierung Nordrhein-Westfalens nach demographischen Merkmalen. In: Danielzyk, R.; Kilper, H. (Hrsg.): Demographischer Wandel in ausgewählten Regionstypen Nordrhein-Westfalens. Herausforderungen und Chancen für regionale Politik. Hannover, 17-33. = Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 329.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2005): Raumordnungsbericht 2005. Bonn. = Berichte, Bd. 21.
- Daumann, Y. (2009): Altersgerechtes Wohnen. Frankfurt am Main. = KfW-Research, Nr. 45.
- Deutscher Landkreistag (Hrsg.) (2008): Kommunale Seniorenpolitik. (Heft 10/2008 der Zeitschrift „Der Landkreis“).
- Dieler, E. (2007): Seniorenkonzept für die Verbandsgemeinde Dannstadt-Schauernheim unter besonderer Berücksichtigung des Wohnens. Kaiserslautern. = Materialien zur Regionalentwicklung und Raumordnung, Bd. 23.
- Dorbritz, J. (2004): Demographisches Wissen, Einstellungen zum demographischen Wandel und Ursachen des Geburtenrückgangs. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 29, H. 3-4, 329-361.
- Gans, P. (2006): Die regionale Vielfalt des demographischen Wandels in Europa. In: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 64, H. 3, 200-205.
- Gans, P. (2008): Demographischer Wandel in Europa. In: Killisch, W.; Siedhoff, M. (Hrsg.): Dresdner Gespräche zum demographischen Wandel. Der demographische Wandel und seine Folgen. Dresden, 43-56. = Dresdner Geographische Beiträge, H. 13.
- Hesse, M.; Scheiner, J. (2007): Suburbane Räume – Problemquartiere der Zukunft? In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, Jg. 46, H. 2, 35-48.
- Heye, C.; van Wezemaal, J. (2007): Herausforderungen des sozio-demographischen Wandels für die Wohnbauindustrie. In: disP 169, 41-55.
- Kemper, F.-J. (2006): Komponenten des demographischen Wandels und die räumliche Perspektive. In: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 64, H. 3, 195-199.
- Lange, B.; Weick, T.; Germer, S. (2003): Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung: Handlungserfordernisse für Raumordnung und Regionalentwicklung. In: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 61, H. 4, 297-300.
- Langhagen-Rohrbach, C.; Gretschel, S. (2005): Westdeutsche Kommunen und der demographische Wandel. Ergebnisse einer Kurzbefragung und ihre Konsequenzen. In: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 63, H. 3, 223-231.
- Lintner, P. (1987): Struktur und Dynamik der Flächeninanspruchnahme im Rahmen der Siedlungstätigkeit in der Region München. In: Ruppert, K. (Hrsg.): Region München. München, 45-63. = WGI-Berichte zur Regionalforschung, H. 18.
- Menzl, M. (2006): Alltag in Suburbia – Betrachtungen zu einer Schlüsselkategorie in der Konkurrenz um junge Familien. In: Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 80, H. 4, 433-451.

- Nuissl, H.; Bigalke, B. (2007): Altwerden am Stadtrand – zum Zusammenhang von Suburbanisierung und demographischem Wandel. In: *Raumforschung und Raumordnung*, Jg. 65, H. 5, 381-392.
- Nutz, M. (2006): Demographischer Wandel und Wohnungsmarktentwicklung. In: *Berichte zur deutschen Landeskunde*, Bd. 80, H. 3, 257-274.
- Paesler, R. (1978): Die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland – Probleme für die Planung. In: *Salzburger Institut für Raumforschung* (Hrsg.): *Mitteilungen und Berichte* 4/1978, 48-87.
- Paesler, R. (1987): Tendenzen der Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung in der Region München. In: Ruppert, K. (Hrsg.): *Region München*. München, 21-43. = *WGI-Berichte zur Regionalforschung*, H. 18.
- PV (Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München) (Hrsg.) (2008): *Kreisdaten Fürstenfeldbruck; Gemeindedaten der Untersuchungsgemeinden*. München (unveröffentlicht).
- Ruppert, K. (1979): Zur jüngeren Bevölkerungsentwicklung in Bayern – eine Einführung. In: *Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)* (Hrsg.): *Zum Wandel räumlicher Bevölkerungsstrukturen in Bayern*. 1. Teil: Fall-Studien. Hannover, 7-17. = *Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL*, Bd. 129.
- Sailer, M. (2007): Demographischer Wandel und familiennahe Infrastruktur – Weichenstellungen für die Zukunft unserer Kommunen. In: *Politische Studien*, Jg. 58, H. 2, 51-72.
- Schußmann, K. (1996): Entwicklungen und Probleme der Agglomerationsräume in Deutschland – Fallstudie München. In: *Akademie für Raumforschung und Landesplanung* (Hrsg.): *Agglomerationsräume in Deutschland*. Hannover, 234-279. = *Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL*, Bd. 199.
- Swiaczny, F.; Graze, P.; Schlömer, C. (2008): Spatial Impacts of Demographic Change in Germany. Urban Population Processes Reconsidered. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, Jg. 33, H. 2, 181-206.
- Wiegandt, C.-C.; Wiesemann, L. (2008): Rechtzeitig vorbereitet auf den demographischen Wandel. Ein Handlungskonzept im Landkreis Neuwied. In: *Standort*, Jg. 32, H. 2, 56-61.

Christian Breu¹

Die demographische Entwicklung in der Region München

Gliederung

- 1 Die Region München
- 2 Demographische Entwicklung von 1970 bis 2008
 - 2.1 Gesamtentwicklung
 - 2.2 Komponenten der Bevölkerungsentwicklung
 - 2.3 Zurück in die Stadt?
 - 2.4 Zusammenfassung
- 3 Demographische Entwicklung von 2008 bis 2028
 - 3.1 Amtliche Bevölkerungsprognose und die ihr zugrundeliegenden Annahmen
 - 3.2 Zum Realitätsbezug der Prognose
- 4 Folgerungen
 - 4.1 Baulandausweisung für Wohnen und Gewerbe
 - 4.2 Integration und Bildung
- 5 Fazit
- Literatur

Vorbemerkung

1 Die Region München

Zweifelloos ist die Region München die wirtschaftsstärkste in Bayern. Aber auch ihre demographische Struktur wandelt sich und wird sich in Zukunft verändern. Die folgenden Ausführungen sollen zeigen, wie sich die Bevölkerung der Region insbesondere durch Zuwanderung geändert hat und welche Hausaufgaben sie meistern muss.

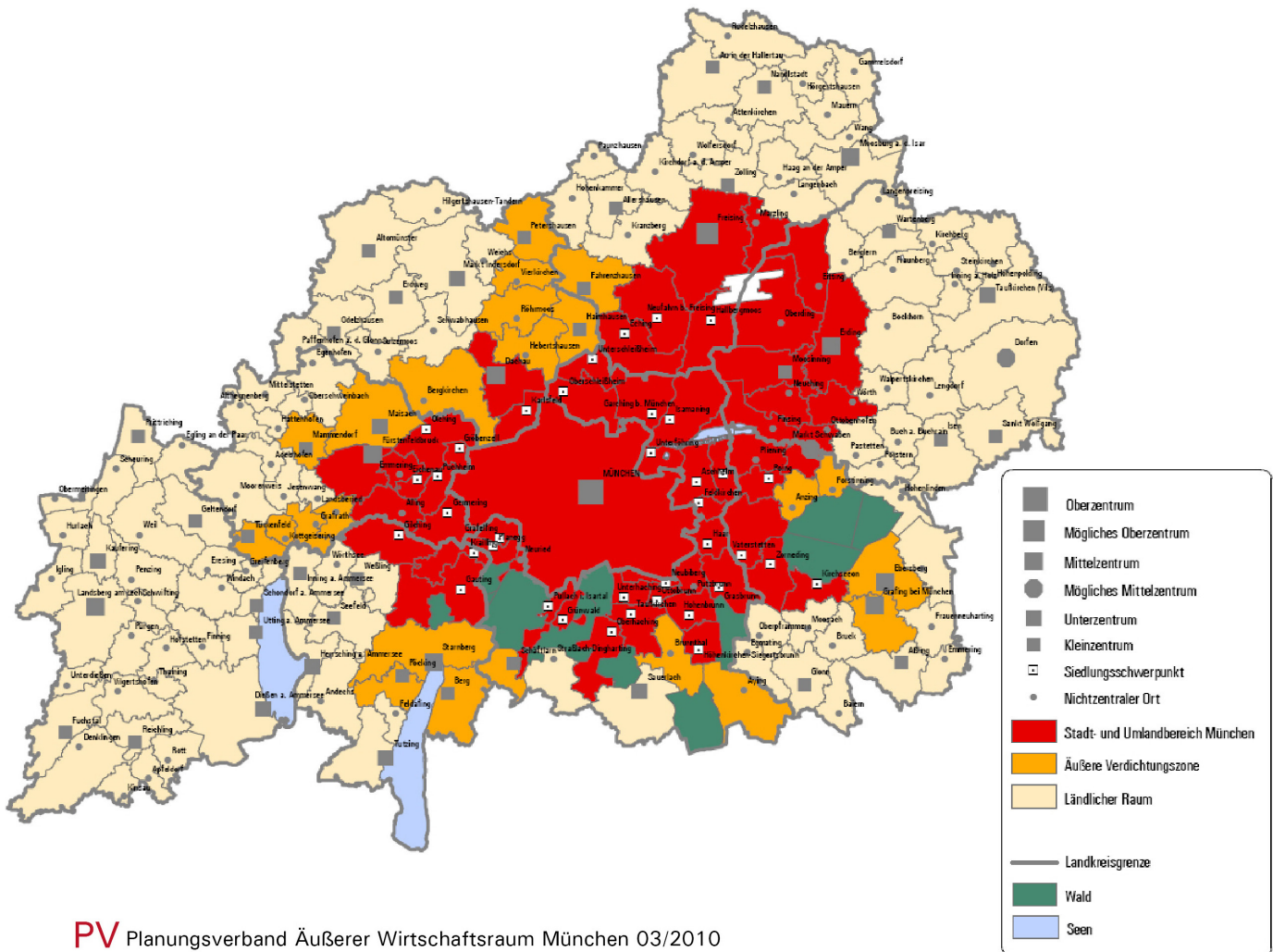
Die Region München ist eine von 18 Planungsregionen im Freistaat Bayern. Sie umfasst die Landeshauptstadt München, die Landkreise Dachau, Ebersberg, Erding, Freising, Fürstenfeldbruck, Landsberg am Lech, München und Starnberg. Insgesamt leben in der Region rund 2,65 Mio. Einwohner und es gibt dort 1,1 Mio. sozialversicherungspflichtige Beschäftigte. 30 % des bayerischen Bruttoinlandsprodukts werden hier erwirtschaftet (127 Mrd. €/Jahr). 40 % des Steueraufkommens der staatlichen Finanzämter Bayerns fallen hier an (30,5 Mrd. € in 2008).

¹ Für Anregungen und die kritische Durchsicht des Beitrags danke ich Herrn Dipl.-Kfm. Hans-Dieter Schulz.

■ Die demographische Entwicklung in der Region München

Die Region ist monozentrisch strukturiert. Planerisch gehört sie zu den drei großen bayerischen Verdichtungsräumen mit Stadt- und Umlandbereich – im Folgenden unterschieden in Stadt München und Umlandbereich –, äußerer Verdichtungszone und ländlichem Raum (vgl. Abb. 1).

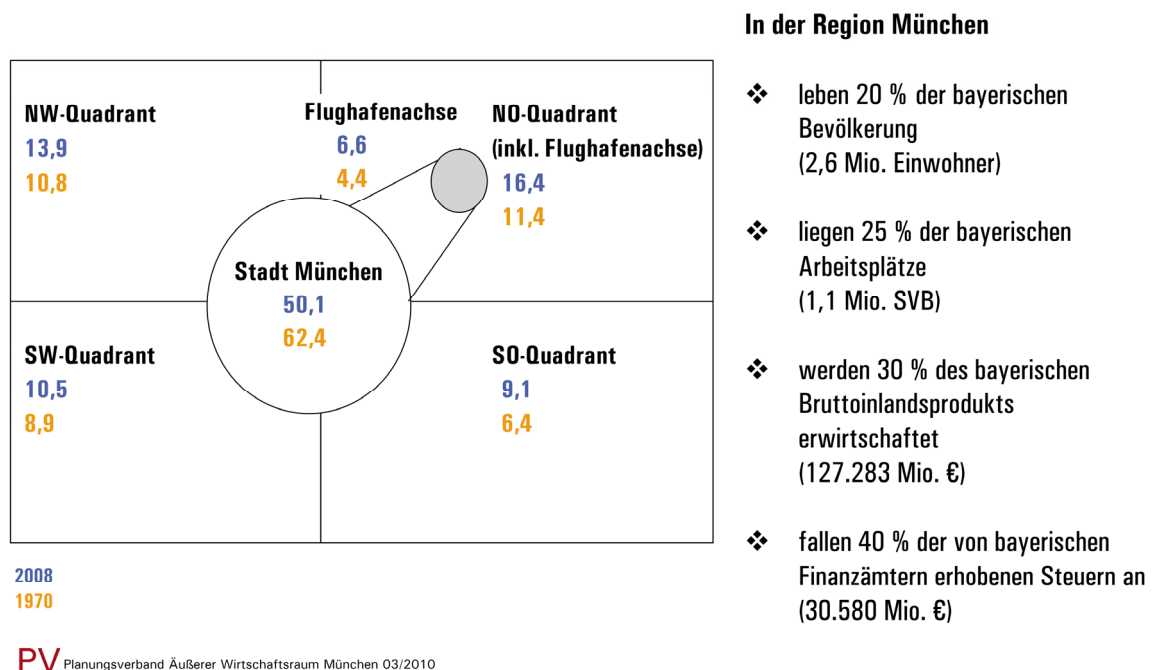
Abb. 1 Strukturkarte – Gebietskategorien der Region München



Monozentrisch mit acht S-Bahn-Linien ist auch die Verkehrsanbindung auf der Schiene organisiert. Die Landeshauptstadt München beherbergt die Hälfte der Regionsbewohner. Die dynamischste Entwicklung innerhalb der Region ist in der sogenannten Flughafenachse zwischen dem Nordosten der Landeshauptstadt München und dem Flughafen im Erdinger Moos zu finden. Generell hat sich die Bevölkerungsentwicklung in den letzten Jahren vor allem im Umland vollzogen, insbesondere im Nordosten der Region (vgl. Abb. 2).

Dabei hat aber, über den langen Zeitraum von 1970 bis heute gesehen, die Landeshauptstadt München im Ergebnis nicht Einwohner verloren, sondern – wenn auch im kleinen Umfang – hinzugewonnen.

Abb. 2: Großräumliche Verteilung der Bevölkerung 2008 und 1970 in %



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung und eigene Berechnungen

2 Demographische Entwicklung von 1970 bis 2008

2.1 Gesamtentwicklung

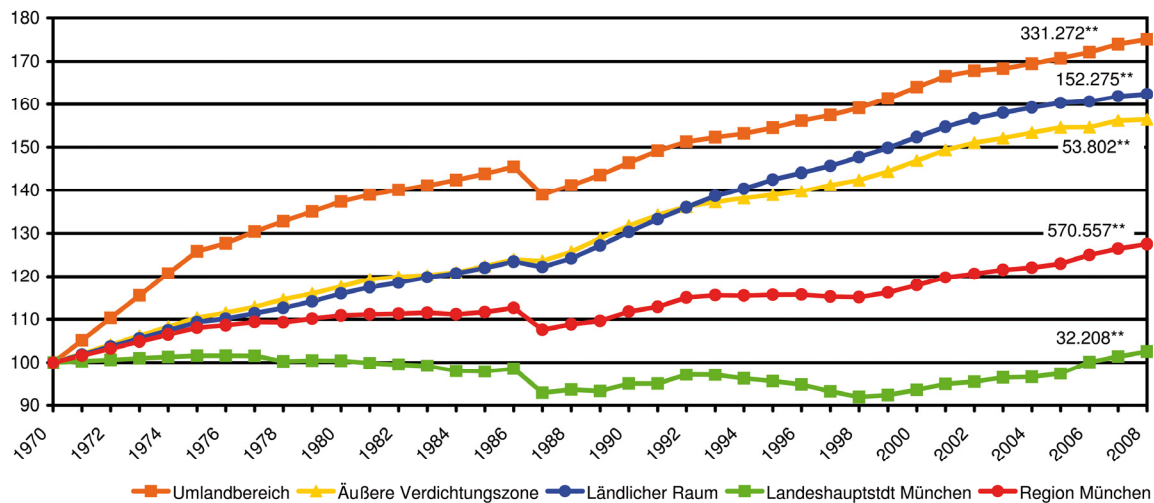
Der Bezugspunkt für den Überblick über die Region München wird mit dem Jahr 1970 deshalb gewählt, weil die damalige Volkszählung valide Daten zur Verfügung stellt. Die nächste Volkszählung folgte dann 1987. Eine weitere Volkszählung bzw. Erhebung soll 2011 stattfinden.

Kennzeichnend für die Region München ist, dass die Bevölkerungsentwicklung von jeher stark von der Wanderungsdynamik geprägt ist. Insoweit kann die natürliche Bevölkerungsbewegung, Geburten- und Sterbefälle, nur sehr eingeschränkt Aussagekraft für die gesamte Bevölkerungsentwicklung der Region München beanspruchen, zumal deshalb, weil die Wanderungsdynamik in der Region München erheblichen Einfluss auf die Zahl der Geburten hat.

Insgesamt hat die Region München zwischen 1970 und 2008 rund 570.000 Einwohner hinzugewonnen – zum Stand 31.12.2008 sind es 2,65 Mio. Menschen. Dabei war die Dynamik in unterschiedlichen Teilräumen unterschiedlich stark ausgeprägt (vgl. Abb. 3).

Am stärksten ist der Umlandbereich innerhalb der Region München gewachsen, sowohl in absoluten Zahlen um rund 330.000 Einwohner als auch relativ um etwa 75 %. Die Landeshauptstadt München ist nach über 20-jährigen Bevölkerungsverlusten in den 1980er und bis Ende der 1990er Jahre um 32.000 Einwohner gewachsen. Das entspricht auf die gesamte Zeit gerechnet etwa 3 %.

Abb. 3: Bevölkerungsentwicklung nach Planungskategorien (Strukturräume)



Index (1970 = 100)*

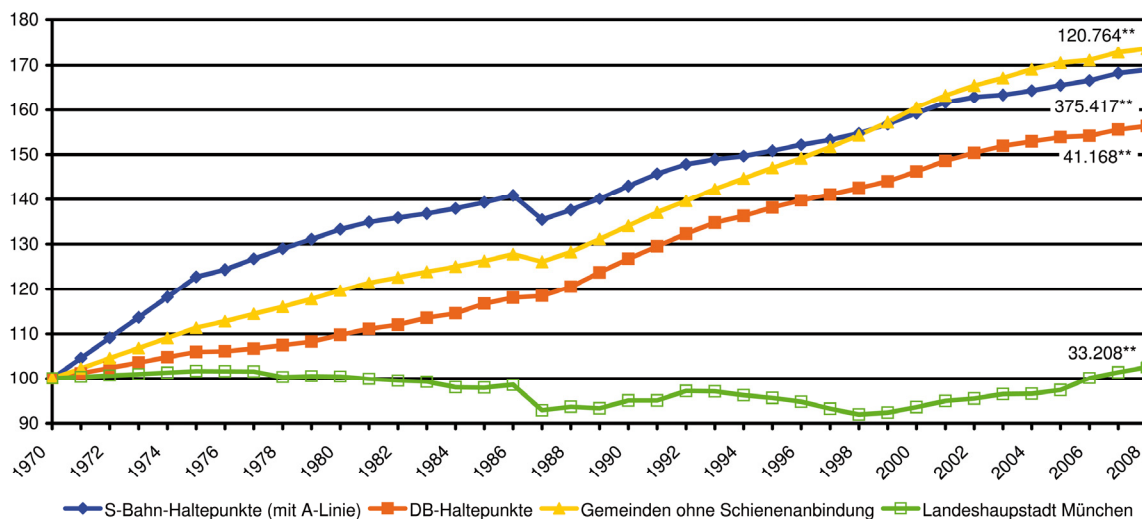
* Jahre 1971-1974 interpoliert ** Veränderung 1970-2008 absolut

© Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München 03/2010

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

In relativer Hinsicht sind Gemeinden ohne Schienenanbindung am stärksten gewachsen (70 %), in absoluten Zahlen macht dies aber weniger als ein Viertel des gesamten Wachstums der Region aus (vgl. Abb. 4).

Abb. 4: Bevölkerungsentwicklung nach Planungskategorien (Schienenanbindung)



Index (1970 = 100)*

* Jahre 1971-1974 interpoliert ** Veränderung 1970-2008 absolut

© Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München 03/2010

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

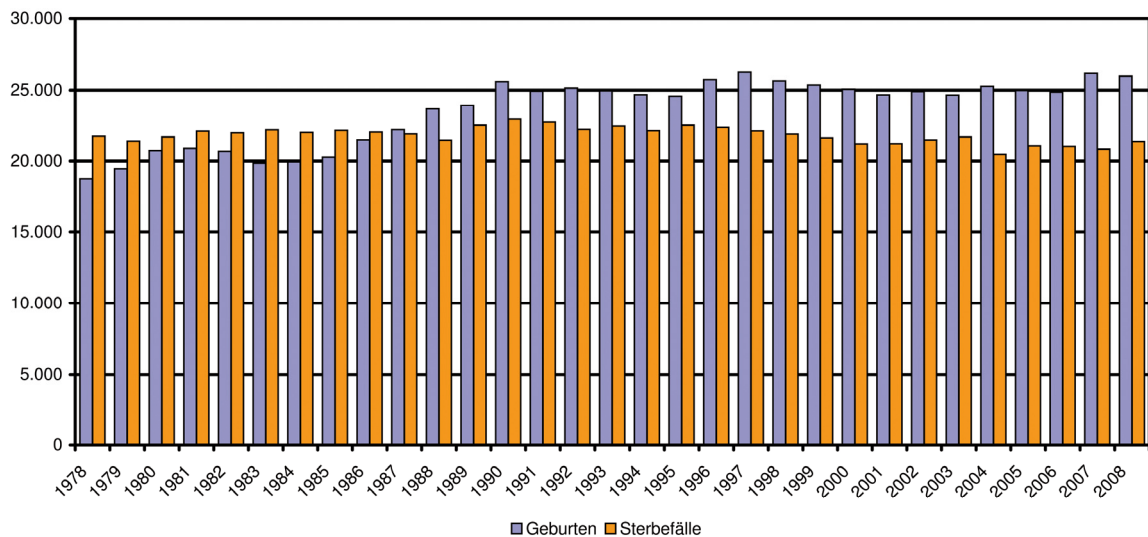
Mehr als drei Viertel des regionalen Wachstums seit 1970 entfallen auf Gemeinden mit DB-Haltepunkten, S-Bahn-Haltepunkten oder die Landeshauptstadt München mit einem dichten Netz an schienengebundenen Haltepunkten im ÖPNV.

2.2 Komponenten der Bevölkerungsentwicklung

Geburten und Sterbefälle

Betrachtet man die Entwicklung der Region insgesamt nach Geburten- und Sterbefällen (seit 1978), so übersteigt zwischen 1978 und 1986 die Zahl der Sterbefälle die der Geburten. Beginnend mit 1987 ist ein Geburtenüberschuss zu verzeichnen, der allerdings auch in „guten“ Jahren nicht mehr als 5.000 Einwohner pro Jahr ausmacht (vgl. Abb. 5).

Abb. 5: Bevölkerungsbewegung – natürlicher Saldo



© Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München 03/2010

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Dieser Geburtenüberschuss liegt nicht an einer gebärfreudigeren Bevölkerung im Vergleich zu anderen Teilen Bayerns. Auch in der Region München werden nur 1,35 Kinder pro Frau geboren (Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung 2010). Höhere Geburtenraten sind also vor allem auf den anhaltenden Zuzug junger Familien zurückzuführen.

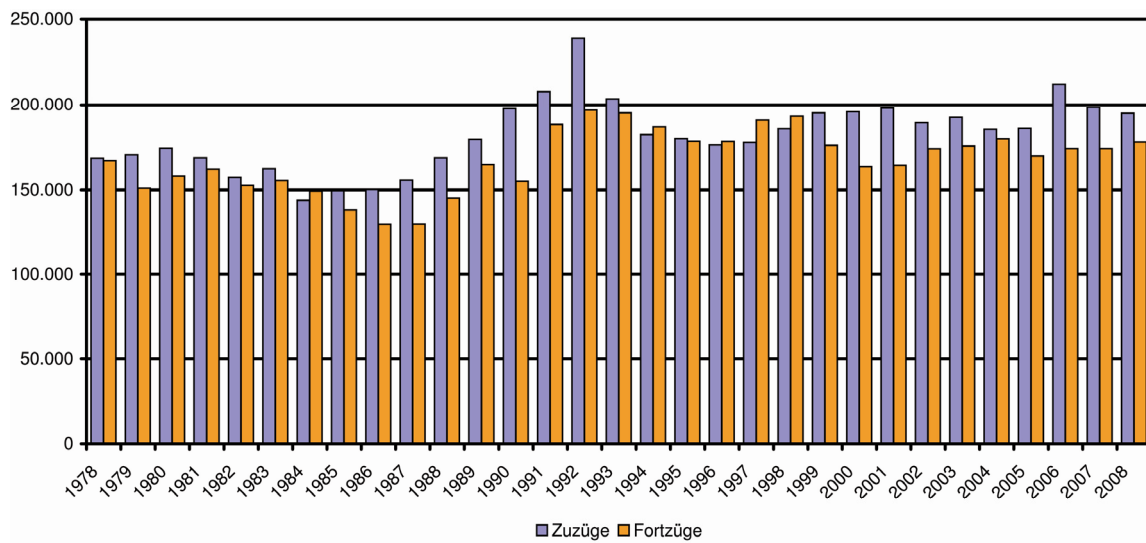
Zu- und Abwanderung insgesamt und nach Herkunfts- und Zielgebieten

Differenzierter stellt sich das jeweilige Verhältnis von Zu- und Fortzügen aus der Region bzw. in die Region München dar. Während in den Jahren von 1978 bis 1993 die Zuzüge die Fortzüge überstiegen (vor allem seit 1985 bis 1992), ist zwischen 1994 und 1998 ein stärkerer Fort- als Zuzug zu verzeichnen. Seit 1999 überwiegen wiederum die Zuzüge (vgl. Abb. 6).

Die Unterschiede beruhen auf erheblichen Schwankungen von Wanderungen gegenüber dem Ausland, da während und nach dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien viele Flüchtlinge in die Region München kamen, die nach einigen Jahren wieder zurückgeführt wurden.

Beachtlich und im Vergleich zum Geburtenüberschuss erheblich ist in „guten Jahren“ der Wanderungsgewinn, der bis 30.000 Personen pro Jahr ausmacht.

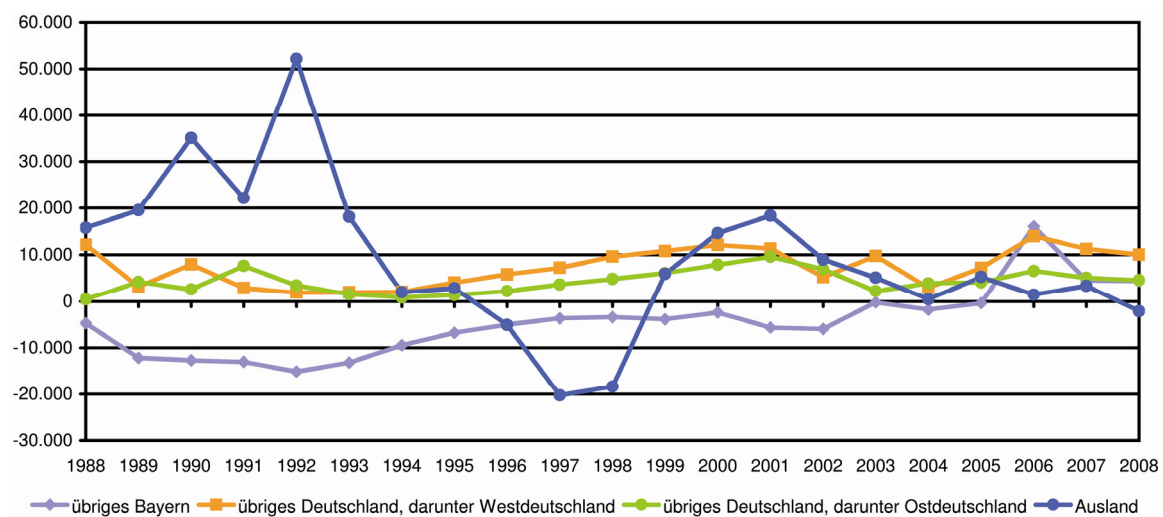
Abb. 6: Bevölkerungsbewegung – Wanderungssaldo



© Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München 03/2010
Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Betrachtet man die Wanderungsströme nach Herkunfts- und Zielgebieten, so zeigt sich (neben der bereits erwähnten großen Schwankung gegenüber dem Ausland), dass der Wanderungssaldo der Region München mit dem Ausland seit 1999 durchweg im positiven Bereich lag, also Wanderungsgewinne zu verzeichnen sind (vgl. Abb. 7), dieser jedoch erstmals 2008 leicht negativ war.

Abb. 7: Entwicklung der Wanderungsströme nach Herkunfts- und Zielgebieten



© Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München 03/2010
Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

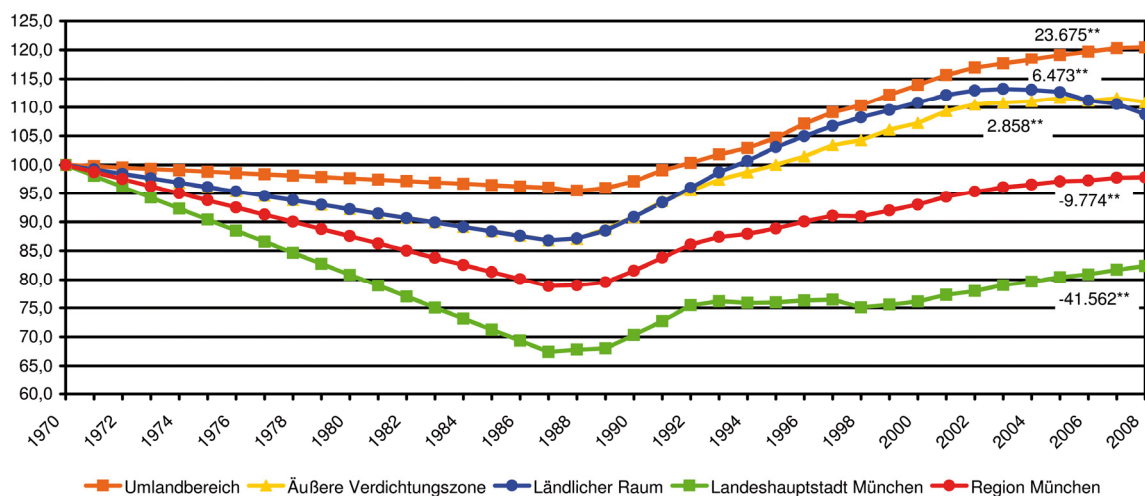
Auch gegenüber Ostdeutschland ergeben sich generell leichte Wanderungsgewinne von durchschnittlich 5.000 Personen pro Jahr. Die Zuzüge aus Westdeutschland liegen in der Regel darüber und im Betrachtungszeitraum im positiven Bereich. Gegenüber dem übrigen Bayern musste die Region bis 2005 Wanderungsverluste hinnehmen. Ob die seit 2006 registrierten Wanderungsgewinne von Dauer sind, bleibt abzuwarten. Der Wert 2006 ist jedenfalls der Einführung der Zweitwohnungssteuer in vielen Städten in

Bayern und in der Landeshauptstadt München zu verdanken – viele, die bis dahin in der Landeshauptstadt München tatsächlich überwiegend lebten, obwohl nur mit Zweitwohnsitz gemeldet, haben dies nun auch formal mit Hauptwohnsitz-Angabe nachvollziehen müssen.

Altersstruktur nach Planungskategorien

Die Altersstruktur in der Region München zeigt eine teilregional recht unterschiedliche Entwicklung. Insgesamt hat sich die Altersgruppe der unter 17-Jährigen seit 1970 in der Region München um knapp 10.000 Einwohner vermindert (vgl. Abb. 8).

Abb. 8: Entwicklung der Bevölkerung nach Alter und Planungskategorien, Altersgruppe 0 bis 17 Jahre



Index (1970 = 100)*

* Jahre 1971-1986 interpoliert ** Veränderung absolut 1970-2008

© Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München 03/2010

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

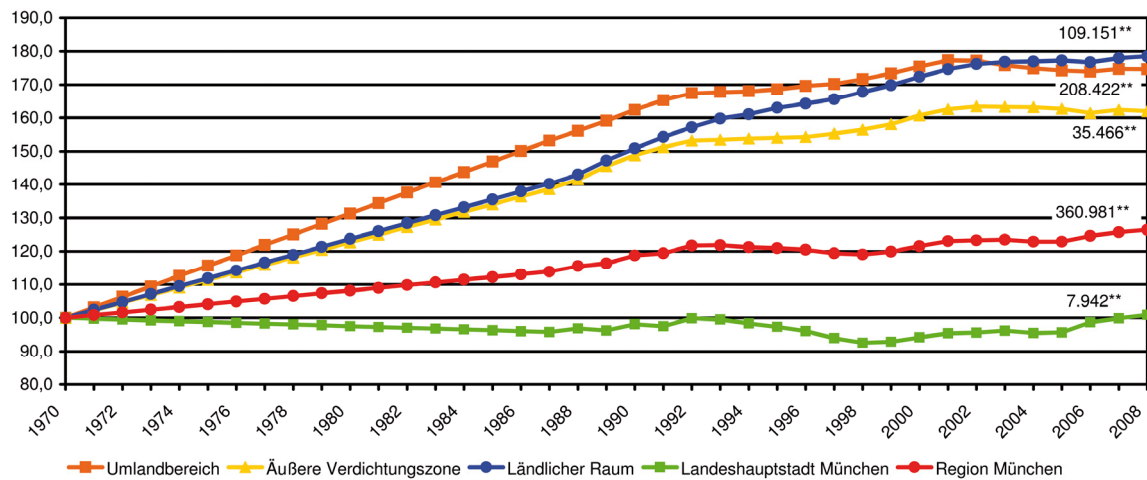
Hauptgrund dafür ist eine relativ deutliche Abnahme dieser Altersgruppe in der Landeshauptstadt München um 41.500. Demgegenüber hat sowohl im Umlandbereich, in der äußeren Verdichtungszone und im ländlichen Raum diese Altersgruppe zugenommen – insgesamt um etwa 33.000. Allerdings holt die Landeshauptstadt München seit 1999 stetig auf und verzeichnet von Jahr zu Jahr einen höheren Anteil der unter 17-Jährigen. Vor allem im ländlichen Raum schrumpft deren Anteil an der Gesamtbevölkerung.

Gleichmäßiger sieht die Entwicklung bei der Bevölkerungsgruppe der 18- bis 64-Jährigen in der Region München aus (vgl. Abb. 9).

In dieser Altersgruppe hat die Landeshauptstadt München seit 1970 knapp 8.000 Einwohner gewonnen. Die Region insgesamt hat um 360.000 Einwohner in dieser Bevölkerungsgruppe zugenommen, darunter am stärksten der Umlandbereich mit gut 210.000 Einwohnern.

In der Altersgruppe der über 65-Jährigen haben alle Teilbereiche der Region deutlich zugelegt (vgl. Abb. 10).

Abb. 9: Entwicklung der Bevölkerung nach Alter und Planungskategorien, Altersgruppe 18 bis 64 Jahre



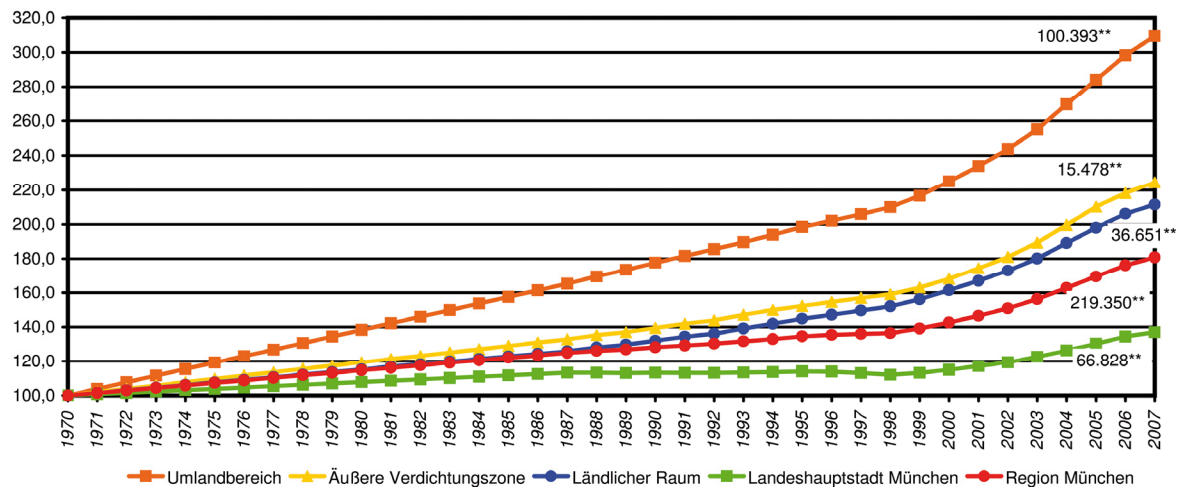
Index (1970 = 100)*

* Jahre 1971-1986 interpoliert ** Veränderung absolut 1970-2008

© Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München 03/2010

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Abb. 10: Entwicklung der Bevölkerung nach Alter und Planungskategorien, Altersgruppe 65 und mehr Jahre



Index (1970 = 100)*

* Jahre 1971-1986 interpoliert ** Veränderung absolut 1970-2008

© Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München 03/2010

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Seit 1970 hat die Landeshauptstadt München 66.000 Einwohner in dieser Altersgruppe hinzugewonnen, der Umlandbereich 100.000. Die Wachstumsraten differieren erheblich zwischen knappen 40 % bei der Landeshauptstadt München bis hin zu über 310 % im Umlandbereich. In der Landeshauptstadt München wächst der Anteil der über 65-Jährigen weitaus langsamer als im Umlandbereich, in dem vor allem ab 1998 erhebliche Zuwächse in dieser Altersgruppe zu verzeichnen sind. Das liegt insbesondere an der dynamischen Fluktuation der Stadtbevölkerung, vor allem an dem Zuzug von Studenten

und jungen Familien. Dadurch verjüngt sich die Stadtbevölkerung im Vergleich zum Umland.

Insgesamt haben sich in den letzten zehn Jahren die prozentualen Anteile der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung noch nicht besonders dramatisch verschoben. Statt 17,3 % 1998 beträgt der Anteil der unter 17-Jährigen 2008 16,8 %, der der 18- bis 64-Jährigen statt 68 % nun 65,2 % und der der 65 Jahre alten und älteren statt 14,7 % jetzt 18 % an der Gesamtbevölkerung.

2.3 Zurück in die Stadt?

Gelegentlich wird behauptet, dass unter dem Motto „Zurück in die Städte“ eine Rückwanderung aus dem Umland in die Kernstädte vor allem in den Verdichtungsregionen einsetzt. Das kann für die Region München nicht bestätigt werden. Wohl aber kann man konstatieren, dass sich die Wanderungsverluste der Landeshauptstadt München an das Umland seit 2003 abschwächen. So hat im Jahr 2008 die Wanderung von Einwohnern aus der Landeshauptstadt München in das Umland der Region mit 20.800 Einwohnern immer noch erheblich mehr Gewicht als die umgekehrte Zuwanderung aus dem Umland in die Landeshauptstadt München mit 16.700 Einwohnern.

Betrachtet man die Entwicklung seit 1998, so hat sich allerdings die Zahl der Wegwanderung aus der Landeshauptstadt München in das Umland um 477 Einwohner, um 2,1 %, verringert. Die Zahl der Umlandeinwohner, die in die Landeshauptstadt München ziehen, hat im gleichen Zeitraum um 10 % zugelegt.

2.4 Zusammenfassung

Die positive demographische Entwicklung in der Region München trotz zu niedriger Geburtenraten für eine nachhaltige stabile Bevölkerung von 1,35 pro Frau – es wären 2,1 Kinder pro Frau statistisch erforderlich – gründet auf der wirtschaftlichen Stärke und Attraktivität des Wirtschaftsraums München für Zuzügler. Im Vergleich zum Freistaat Bayern hat die Region München seit 1970 weit überproportionale Bevölkerungsgewinne verbuchen können, im Wesentlichen durch Zuzüge aus Ostdeutschland, dem sonstigen Westdeutschland und dem Ausland, kaum aus den anderen Regionen Bayerns. Aufgrund dieser steten Zuwanderung ist das Durchschnittsalter in der Region München im Vergleich zu Bayern relativ niedrig – die möglichen Probleme eines höheren Altersdurchschnitts treffen die Region München in abgeschwächter Form und zeitlich später als andere Regionen. Bemerkenswert ist, dass vor allem in den letzten Jahren Stadt und Umland Bevölkerungszuwächse aufweisen, also nicht ein Teil der Region auf Kosten eines anderen wächst.

3 Demographische Entwicklung von 2008 bis 2028

3.1 Amtliche Bevölkerungsprognose und die ihr zugrundeliegenden Annahmen

Die Prognosen, auf die hier zurückgegriffen wird, basieren auf der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes (Statistisches Bundesamt 2009), Variante „Untergrenze der mittleren Bevölkerung“. Dabei wird von bestimmten Annahmen ausgegangen (Statistisches Bundesamt 2009: 6 f.):

- Für Deutschland insgesamt wird ein jährlicher Anstieg des Außenwanderungssaldos bis 2014 auf 100.000 Personen angenommen, der in den Folgejahren auf diesem Niveau bleibt.

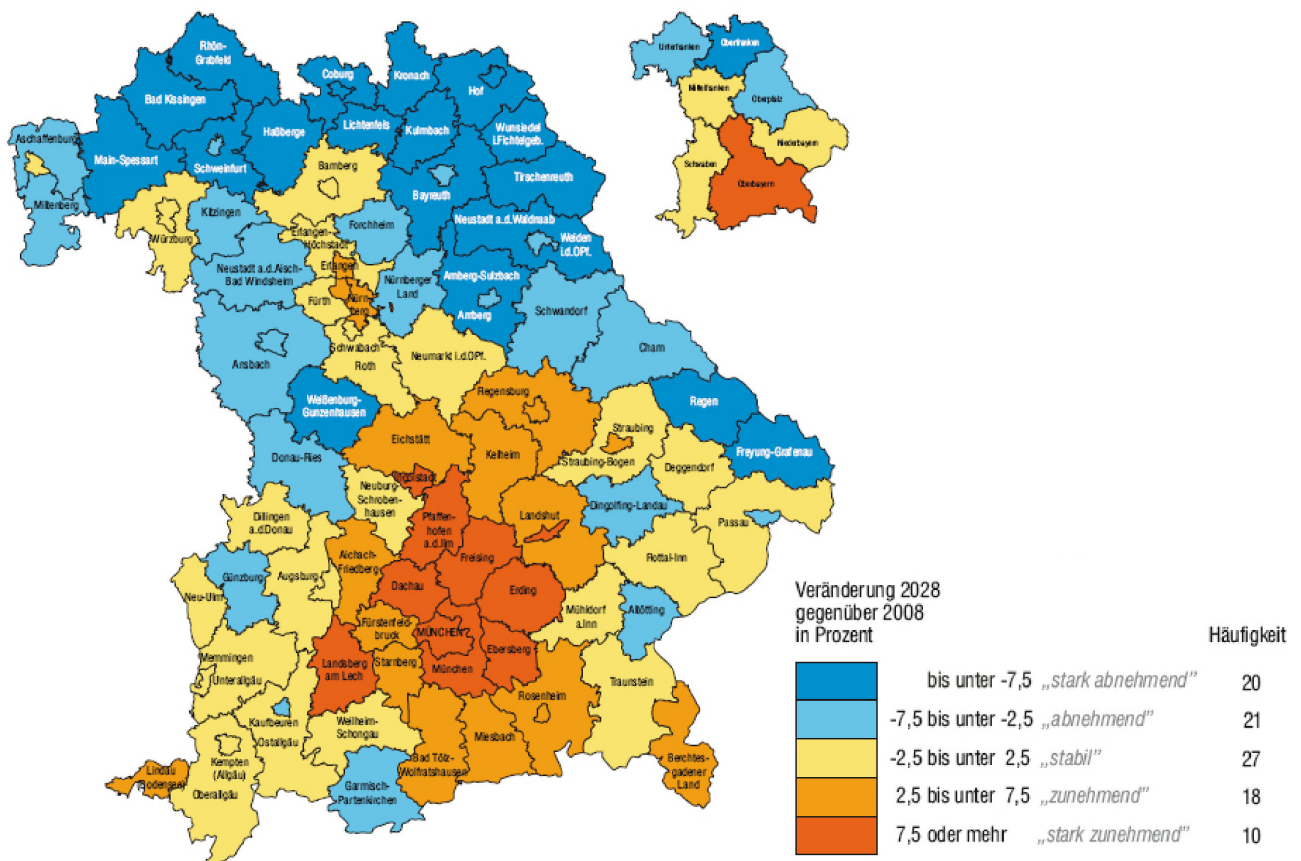
■ Die demographische Entwicklung in der Region München

- Eine Annahme für die Binnenwanderung der Länder untereinander wurde in der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung von 2006 (Statistisches Bundesamt 2006) für die Jahre bis 2020 getroffen. Dabei wird von einer degressiven Binnenwanderung unter den Ländern ausgegangen. Die Wanderungsverluste der neuen an die alten Länder gehen im Zeitraum bis 2020 von 49.000 Einwohnern im Jahr 2005 auf 8.000 Personen zurück.
- Eine durchschnittliche Geburtenhäufigkeit von 1,4 Kindern je Frau wird unterstellt.
- Die Lebenserwartung für Neugeborene im Jahr 2060 wird bei den Männern mit 85,0 und bei den Frauen mit 89,2 Jahren angenommen.

Das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (2009) setzt mit seiner regionalisierten Prognose bis 2028 ebenfalls auf diesen Annahmen auf, legt aber in seiner jüngsten Vorausberechnung bis 2028 auch für die Zeit nach 2020 noch hohe Binnenwanderungen nach Bayern aus dem Bundesgebiet zugrunde (19.000 Einwohner netto pro Jahr).

Unter diesen Annahmen entwickelt sich die Region München bis 2028 noch mit einer Bevölkerungszunahme von rund 10 % und damit weitaus positiver als der große Teil des restlichen Bayerns (vgl. Abb. 11).

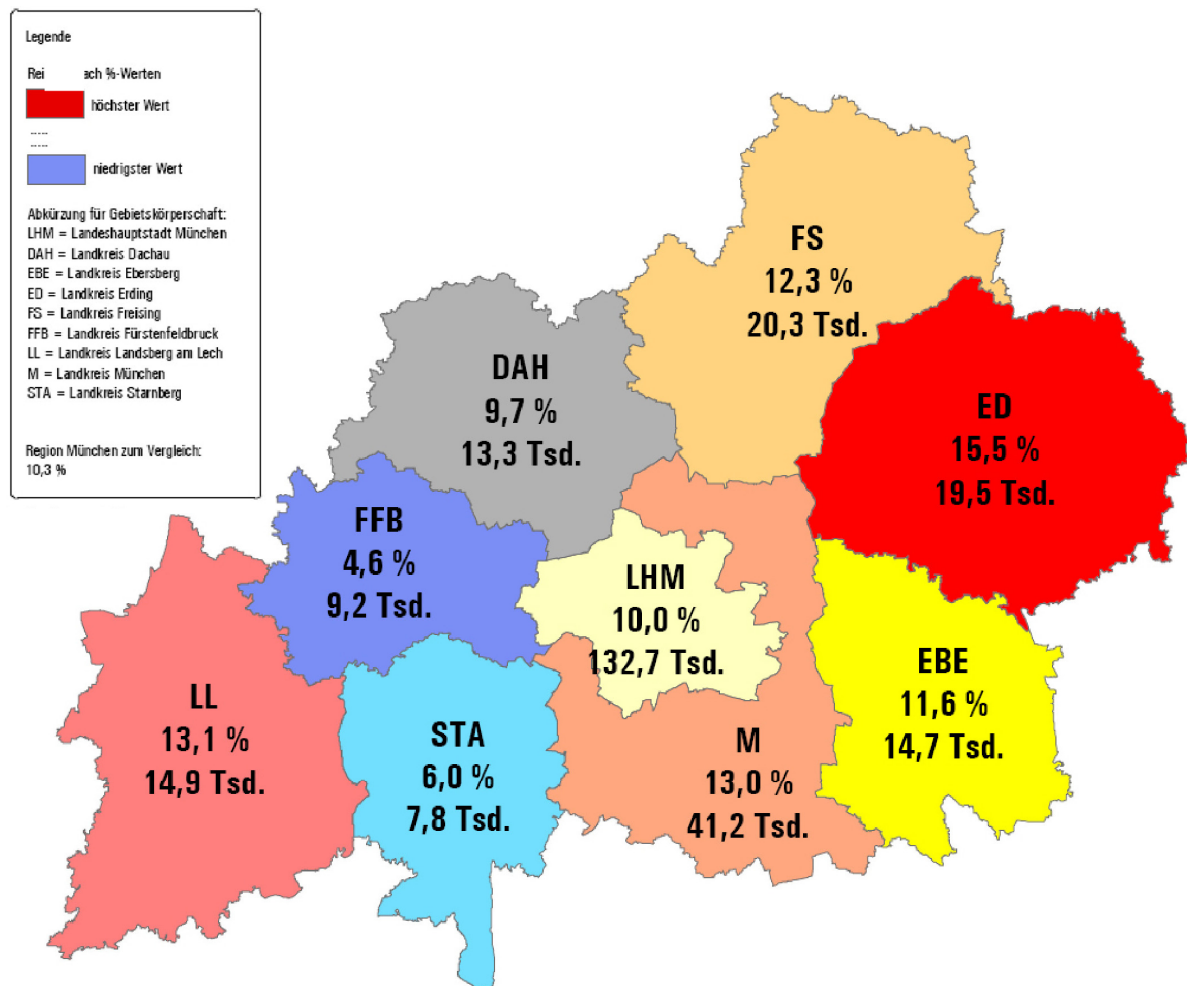
Abb. 11: Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung bis 2028



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Die Bevölkerung der Region München soll insgesamt noch einmal um etwa 270.000 Einwohner bis 2028 (ausgehend von 2008) zunehmen. Die höchsten Steigerungsraten liegen im Landkreis Erding mit bis zu 15,5 %. Die prozentual geringsten Zuwächse sind für den Landkreis Fürstenfeldbruck mit 4,6 % prognostiziert (vgl. Abb. 12).

Abb. 12: Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung bis 2028 in der Region München



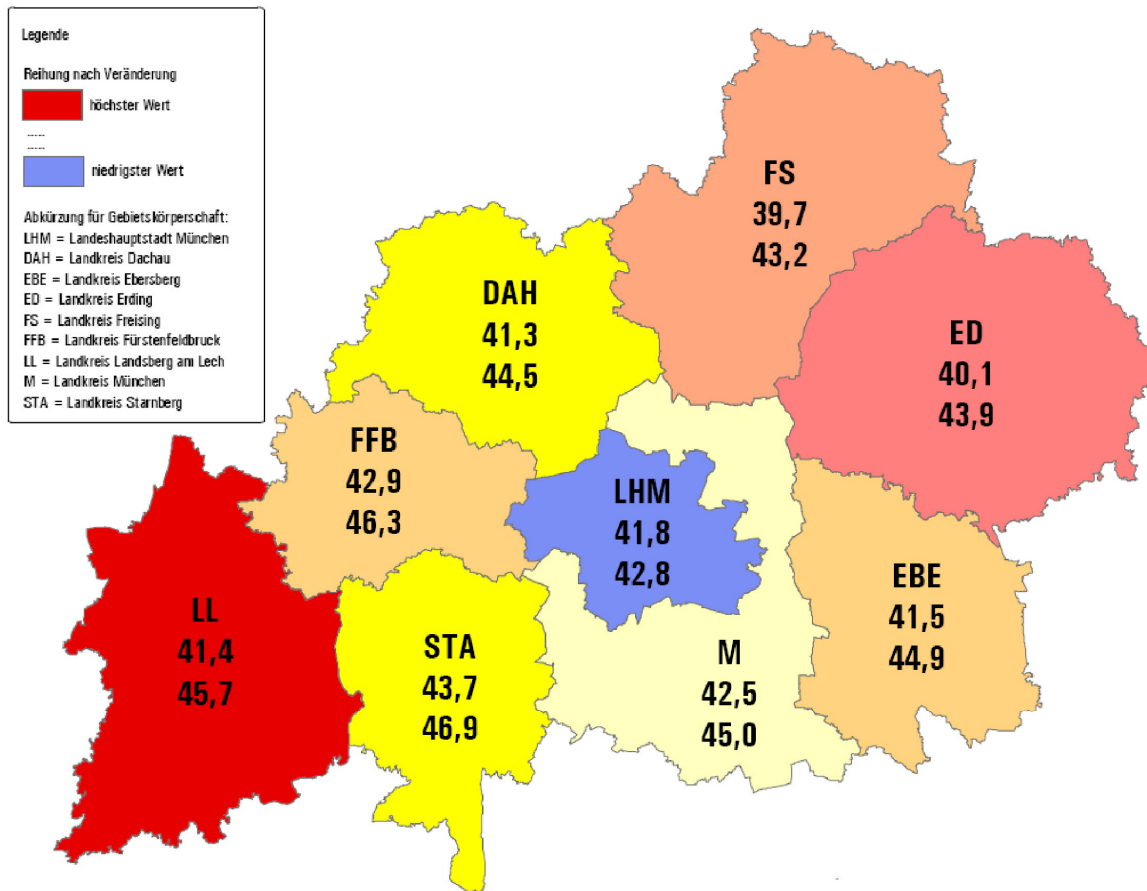
PV Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München 03/2010

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung und eigene Berechnungen

Allerdings werden nach der Prognose große Bereiche der Region München Einwohner in der Altersgruppe der unter 17-Jährigen verlieren. Die größten Verluste sind im Landkreis Starnberg mit über 7% dieser Altersgruppe prognostiziert, die Landeshauptstadt München und der Landkreis München sollen mit 14,9 und 6,5% in dieser Altersgruppe noch spürbar Einwohner hinzugewinnen. Bei den 18- bis 64-Jährigen verliert nach der Prognose der Landkreis Fürstenfeldbruck leicht, die höchsten Zunahmen liegen im Landkreis Erding mit 11 %. Bei den 65 Jahre alten und älteren werden nach der Prognose die Zuwächse an den östlichen und westlichen Rändern der Region erheblich ausfallen – zwischen 51 % und 56 % in den Landkreisen Erding, Freising und Landsberg am Lech; den weitaus geringsten Zuwachs in dieser Bevölkerungsgruppe wird die Landeshauptstadt München mit 16,6% aufweisen. Das führt im Ergebnis zu einer deutlichen Verschiebung des Durchschnittsalters in der Region München (vgl. Abb. 13).

Danach ist mit 46,3 Jahren die Bevölkerung im Landkreis Fürstenfeldbruck 2028 die „älteste“, während die Bevölkerung in der Landeshauptstadt München mit lediglich 42,8 Jahren die „jüngste“ ist.

Abb. 13: Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung bis 2028 – Durchschnittsalter, Veränderung 2008 bis 2028



PV Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München 03/2010

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung und eigene Berechnungen

3.2 Zum Realitätsbezug der Prognose

Wie gezeigt, beruht die Bevölkerungsentwicklung in der Region München überwiegend auf Wanderungsbewegungen. Prognosen stehen und fallen deshalb mit realistischen Annahmen der Zu- und Abwanderung.

Die hier geschilderte Variante der Prognosen des Statistischen Landesamtes sowie des Statistischen Bundesamtes ist aus verschiedenen Gründen eher optimistisch:

- Die Annahme dauerhafter Außenwanderungsgewinne der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland von 100.000 Einwohnern pro Jahr ist kaum realistisch, zumal zumindest auch in den europäischen Ländern ebenfalls Bevölkerungsverluste aufgrund geringer Geburtenzahlen den Kreis derer, die nach Deutschland einwandern könnten, dezimieren.
- Ein Vergleich der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau in den Kreisen und kreisfreien Städten 1998 mit 2008 zeigt, dass die Annahme einer durchschnittlichen Fertilität von 1,4 optimistisch ist (vgl. Berlin-Institut 2009). Zwar hat sich in den neuen Bundesländern die Zahl der Kinder je Frau an die Lage in Deutschland insgesamt angepasst. Jedoch sind gerade die Hochburgen 1998 mit mehr als 1,6 Kindern pro Frau im Westen der Bundesrepublik ebenfalls auf ein eher durchschnittliches Niveau in Deutschland gesunken. Der Wert liegt derzeit knapp unter 1,4. Auch für die

Landeshauptstadt München und die Kreise der Region München gilt: Die Fertilitätsrate liegt unter 1,4 Kindern je Frau bei derzeit etwa 1,3 – dies vor allem in der Landeshauptstadt München und im Landkreis München – also den beiden Kreisen, in denen die Zahl der unter 17-Jährigen noch ansteigen soll.

Hier wird auch die Verschränkung von Geburtenzahlen und Zuwanderung deutlich. Ohne Zuwanderung würde die Bevölkerung der Region München schrumpfen. Selbst mit der prognostizierten hohen Zuwanderung in die Region München – diese saugt praktisch alle Zuwanderung in den Freistaat Bayern auf – gehen die Wachstumsraten der Bevölkerung langfristig gegen null. Schon über den gesamten Betrachtungszeitraum bis 2028 halbiert sich auch bei optimistischen Prognosen das Wachstum der Bevölkerung im Vergleich zu den letzten 20 Jahren.

Untersuchungen des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München im Zusammenhang mit Gutachten für Schülerbedarfe in Landkreisen zeigen ebenfalls, dass die generellen Prognosen der statistischen Ämter zu optimistisch sind. Die Gutachten, die der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München in Zusammenarbeit mit dem Büro für räumliche Entwicklung erstellt, beziehen konkrete Annahmen von Baulandausweisungen mit ein und kommen so zu räumlich „von unten“ entwickelten Prognosen. In den Landkreisen München, Starnberg, Landsberg am Lech und Freising liegen entsprechende Prognosewerte, die dem Auf- oder Ausbau weiterführender Schulen zugrunde liegen, unter denen der statistischen Ämter.

Hinzu kommt ein auch in der Region München immer mehr zu beobachtendes Verhalten der ansässigen Bevölkerung, die auf eine Zuwanderung „allergisch“ reagiert und sie ablehnt. Obwohl in der Region München noch genügend Siedlungsflächen für Wohnen und Gewerbe und ein im Grunde gutes Infrastrukturnetz auf Straße und Schiene vorhanden sind, obwohl auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen viel besser nicht sein könnten, geben die o. a. Prognosen auf der Grundlage der Berechnungen der statistischen Ämter eher die Obergrenze des zu Erwartenden an.

Andererseits hebt sich auch mit einer solchen realistischeren Prognose die Region München von fast allen anderen Regionen Bayerns ab – dort werden langfristig teils erhebliche Bevölkerungsverluste zu verzeichnen sein. Das liegt in erster Linie nicht an Abwanderungen, sondern daran, dass die Menschen auch in Bayern viel zu wenig Kinder bekommen, um den Bevölkerungsstand auch nur annähernd erhalten zu können (Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung 2010).

4 Folgerungen

Änderungen der Geburtenraten haben nur über lange Zeiträume Auswirkungen auf die demographische Entwicklung. Selbst eine jetzt sofort einsetzende höhere Geburtenrate hätte erst in einigen Jahrzehnten spürbare Auswirkungen. Das liegt daran, dass jetzt schon die Frauen, die in 20 bis 45 Jahren Kinder bekommen, geboren sind. Zum anderen liegt es daran, dass die Babyboomer-Generation in Deutschland, die um 1960 Geborenen, aus dem fruchtbaren Alter herauswächst. Eine zu geringe Geburtenrate wie derzeit nicht nur in der Region München, sondern überall in Bayern und Deutschland von 1,4 Kindern pro Frau hat dazu geführt, dass sich im Jahr 2008 die Elterngeneration nur zu zwei Dritteln reproduziert (Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung 2010: 28). In überschaubaren Zeiträumen kann eine weiterhin positive oder wenigstens ausgeglichene Entwicklung der Bevölkerung nur durch Zuzug erfolgen. Zuzug wird nur erfolgen, wenn die Region München im Vergleich zu anderen Regionen attraktiv genug ist. Das ist sie dann, wenn es hier genügend Arbeitsplätze gibt und eine wei-

terhin hohe Lebensqualität als weicher Standortvorteil die Region München attraktiv machen.

4.1 Baulandausweisung für Wohnen und Gewerbe

Von verschiedenen Instituten (Prestel Institut, Empirica) werden auch in Zukunft in der Region München Baulandausweisungen in erheblichem Umfang für den Wohnungsbau angemahnt. Hauptgrund dafür ist, dass die Nachfrage nach Wohnraum stärker steigt als die Zunahme der Bevölkerung. Das hängt vor allem mit immer größeren Wohnflächen und mit einer Umstrukturierung der Haushalte zusammen. In der Region München leben derzeit durchschnittlich zwei Personen in einem Haushalt, in der Landeshauptstadt München 1,8, im Umland 2,2. Seit langer Zeit verringern sich diese Zahlen – angesichts des überproportional steigenden Anteils der Bevölkerung über 65 Jahre und der Abnahme der Bevölkerung unter 17 Jahren ist die weitere Entwicklung hin zu kleineren Haushalten realistisch. Damit einher geht – jedenfalls in wirtschaftlich guten Zeiten – eine dauerhafte Ausweitung der Wohnfläche pro Einwohner. Anhand einer Zahl soll dies exemplarisch gezeigt werden: Die Landeshauptstadt München hat gegenüber 1972, dem Jahr der Olympischen Spiele, nur 32.000 Einwohner hinzugewonnen. In derselben Zeit wurden jedoch allein dort über 250.000 Wohnungen zusätzlich gebaut. Das ist jetzt ein Drittel des gesamten Wohnungsbestands.

Die Gemeinden sind also aufgerufen, weiterhin die Voraussetzungen für verstärkten Wohnungsbau zu schaffen und Bauland dafür auszuweisen.

Die Bevölkerungsentwicklung der Region München gründet auf der Attraktivität der Region. Darunter ist zum einen sicher die Schönheit der Natur und die kulturelle Anziehungskraft der Region München zu verstehen. Zum anderen aber ist es die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung, die die Region attraktiv für Zuwanderer macht. Wirtschaftlichen Erfolg ohne die entsprechenden räumlichen Grundlagen auf kommunaler und regionaler Ebene gibt es jedoch nicht. Die Kommunen in der Region müssen, um weiterhin eine wettbewerbsfähige Wirtschaft zu unterstützen, entsprechende Baulandausweisungen vornehmen. Eine wirtschaftsfreundliche Baulandausweisung fördert im Ergebnis eine positive Bevölkerungsentwicklung. Entscheidend dabei ist die Differenz der Attraktivität der Region München mit anderen Regionen in Europa und der Welt. In der Region München stehen genügend Flächen für Bauland zur Verfügung, auch an den Schienenhaltepunkten in der Region. Allein in einem Kreis von zwei Kilometern um S-Bahn-Halte und Regionalzughaltepunkte sind nach einer Untersuchung des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München 1.200 ha Wohnbauflächen und 700 ha gewerbliche Bauflächen sowie über 100 ha gemischte Bauflächen und knapp 400 ha Sonderbauflächen unbebaut. Diese Zahlen umfassen nur das Umland, nicht die Landeshauptstadt München.

4.2 Integration und Bildung

Zuzug in die Region München kommt vor allem aus dem sonstigen Deutschland (ohne Bayern) und dem Ausland. Jetzt schon leben in der Landeshauptstadt München etwa 25 % Ausländer, in der Region insgesamt 10 %. Wesentlich höher sind die Zahlen von Einwohnern mit Migrationshintergrund. Sie liegen für die Landeshauptstadt München realistisch geschätzt bei 33 bis 40 %, im Umland bei rund 15 %. Da nach den Prognosen die Bestandsbevölkerung schrumpft und in der Region München die Bevölkerungszahl nur steigt, weil die Zuwanderung steigt, wird auch der Anteil ausländischer Einwohner in der Region zunehmen. Das setzt jetzt schon und in Zukunft noch erheblich stärkere

Integrationsanstrengungen seitens der Zuwanderer, seitens der Kommunen und des Staates voraus.

Die Integration der Zuwanderer und die damit verbundene Bildungsanstrengung werden auch über den zukünftigen Erfolg der Region München im Wettbewerb der Regionen entscheiden. Die nötigen Integrationsleistungen erstrecken sich auch auf die nächsten Generationen der Zuwanderer. Bislang sind die Bildungsabschlüsse ausländischer Jugendlicher im Durchschnitt schlechter als die deutscher, auch die Arbeitslosigkeit ist vor allem bei den jungen Ausländern deutlich ausgeprägter als bei den deutschen Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

5 Fazit

Eine wirtschaftsfreundliche kommunale und staatliche Politik führt zu Zuwanderung, Zuwanderung ermöglicht es der Region München, trotz sehr niedriger Geburtenraten, eine vergleichsweise junge und aktive Bevölkerungsstruktur zu verstetigen.

Dabei ist zu beachten, dass diese dauerhafte wirtschaftliche Stärke der Region München nicht zulasten anderer bayerischer Regionen geht und deshalb nicht gegen einen Grundsatz der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse steht. In der Region München werden Einkommen erwirtschaftet, was es dem Staat ermöglicht, in den schrumpfenden und strukturschwachen Regionen zu investieren. Da nämlich bayernweit die Geburtenraten bei unter 1,4 Kindern pro Frau liegen, sind alle Regionen auf Zuwanderung angewiesen, um nicht zu „überaltern“ und zu schrumpfen. Jedoch ist es sehr unwahrscheinlich, dass Zuwanderer, die in die Region München wollen, aber nicht können, in andere Teile Bayerns wandern würden. Insofern bedarf der Grundsatz der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse einer Präzisierung. Es geht nicht um Gleichheit der Lebensverhältnisse. Die unterschiedlichen Regionen Bayerns, die sich sehr unterschiedlich entwickeln, müssen jeweils eigene Wege der Entwicklung finden. Eine Verteilung der Zuwanderungen in unterschiedliche Teile Bayerns ist unrealistisch.

Die positive wirtschaftliche und demographische Entwicklung in der Region München entspricht auch dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung. Nachhaltige Entwicklung bedeutet eine ausgewogene Entwicklung in wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Hinsicht. Niedrige Arbeitslosenquoten, Ausbildungsplätze und eine starke Wirtschaft sind für die soziale Entwicklung in der Region München unabdingbar. Nur auf der Grundlage entsprechender Steuereinnahmen von Staat und Kommunen können entsprechende Angebote zur Kinderbetreuung, zur Integration und zur Bildung überhaupt erst gemacht werden.

Dazu gehört auch, dass die Menschen in der Region München angemessenen Wohnraum finden – schon deshalb müssen dort jährlich über 12.000 Wohnungen neu gebaut werden.

Die wirtschaftliche Stärke der Region München geht einher mit einem sehr effizienten Umgang mit den Flächen. Keine andere Region Bayerns weist eine derart niedrige Inanspruchnahme von Siedlungs- und Verkehrsfläche pro Einwohner und Arbeitsplatz aus wie die Region München. Auch der Anteil der Erschließungsflächen an der Siedlungs- und Verkehrsfläche ist in den letzten Jahren zurückgegangen. Durch diese effiziente Flächennutzung kann die vorhandene Infrastruktur besser ausgenutzt werden. Trotz der zum Teil hochverdichteten Siedlungsformen in der Region München liegt der Anteil an versiegelter Fläche an der Siedlungs- und Verkehrsfläche unter dem bayerischen Durchschnitt. Diese gemessen an den Einwohnern effiziente Flächennutzung wird

auch durch die eingangs erwähnte monozentrische Struktur mit den S-Bahn-Außenästen gefördert.

Eine weiterhin positive, wenn auch nicht mehr so stürmische, Bevölkerungsentwicklung kann auch in den nächsten beiden Jahrzehnten die Grundlage für wirtschaftliches Wachstum und die entsprechende Steuerbasis für Kommunen und Staat liefern. Diese Entwicklung ist aufgrund der effizienten Nutzung des Bodens und anderer natürlicher Ressourcen sowie wegen der sozialen und wirtschaftlich positiven Folgen eine nachhaltige Entwicklung. Neben einer entsprechend effizienten Ausweisung von Bauland für Wohnen und Gewerbe, die der örtlichen Situation angepasst sein muss, ist die große Herausforderung für die Kommunen in der Region München, die zugewanderten Bürger zu integrieren und entsprechende Bildungsanstrengungen zu realisieren.

Literatur

- Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (2007): Bevölkerungsentwicklung in Bayern bis 2050 – Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. In: Bayern in Zahlen, H. 4, 133-141.
- Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (2009): Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2028. München.
- Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (2010): Geburten in Bayern. In: Bayern in Zahlen, H. 1, 10-30.
- Berlin-Institut (2009): Demos Newsletter, Ausgabe 72 vom 6. Mai 2009.
- Statistisches Bundesamt (2006): Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Presseexemplar. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2009): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Presseexemplar. Wiesbaden.

Kurzfassungen / Abstracts

Demographischer Wandel und Raumentwicklung in Bayern

Demographic change and spatial development in Bavaria

Andreas Klee

Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels – Worüber reden wir?

Der Aufsatz stellt grundlegende Erkenntnisse und Zusammenhänge zum Thema „Demographischer Wandel“ vor, klärt die zentralen Begriffe und gibt einen Überblick über die generellen räumlichen Auswirkungen des demographischen Wandels sowie über ausgewählte Handlungsfelder.

Im Aufsatz werden drei Lesarten des Begriffs „Demographischer Wandel“ aufgezeigt. Es folgt die Empfehlung für die Verwendung des Begriffs im „weiteren Sinn“: Demographischer Wandel als Rückgang, Alterung und Heterogenisierung im Sinne der Internationalisierung der Bevölkerung. Unter Bezugnahme auf die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes werden die demographische Entwicklung in Deutschland skizziert und Aussagen über die künftige Zahl und Struktur der Bevölkerung abgeleitet. Ein wichtiges Anliegen ist die kleinräumige Differenzierung der Bevölkerungsdynamik. Auch künftig wird es voraussichtlich aus ökonomischen Gründen eine Umverteilung der Bevölkerung geben – häufig von ländlich-peripheren Regionen in ökonomisch prosperierende. Die Auswirkungen in räumlicher Hinsicht sind vielfältig und betreffen alle Infrastrukturbereiche. Sie sind jedoch nur eingeschränkt von den Kommunen beeinflussbar. Politische und planerische Akteure sind – differenziert nach räumlicher und finanzieller Ausgangssituation – zum Handeln aufgefordert. Dabei zeigt sich, dass noch immer Strategien des Gegensteuerns präferiert werden, da Anpassungsstrategien an die Folgen des demographischen Wandels, insbesondere an den Bevölkerungsrückgang, häufig nicht akzeptiert werden. Ein „Wechsel des Verständnisses“ ist erforderlich: Blicke in die Zukunft dürfen nicht länger an bisherigen Wachstumszielen orientiert sein.

Spatial consequences of the demographic change – What are we talking about?

This essay introduces fundamental cognitions and coherences to the subject “demographic change”, explains central terms and gives an overview over the general spatial consequences of the demographic change as well as selected fields of action.

In the essay three versions of the term “demographic change” are being demonstrated. The recommendation for the use of the term in a “wider sense” follows; Demographic change as decline, aging and heterogenization in the sense of internationalization of the population. In reference to the 12th coordinated population projection of the Federal Statistical Office, the demographic development in Germany is being sketched and statements regarding the future number and structure of the population derived. An important issue is the differentiation of population dynamics on a small scale. Due to economical reasons, also in the future a shifting of the population is to be expected – in

many cases from peripheral-rural regions to economically prosperous ones. The consequences in a spatial context are diverse and apply to all areas of infrastructure. They can, however, only be influenced by the local authorities within limitations. Political and planning activists are – differentiated by spatial and financial initial situation – called for action. Here it shows that strategies of counter-steering are being preferred, as adaptation strategies for the consequences of demographic change, especially the decline of population, are often not accepted. A “change of understanding” is necessary: Views to the future must not be orientated on previous growth targets any longer.

Reinhold Koch

Der demographische Wandel in Bayern

Langfristig wird die Bevölkerung auch in Bayern, wie schon vorher im übrigen Deutschland, altern und schrumpfen. Bevölkerungswissenschaftler haben deutlich gemacht, dass auch massive Zuwanderung oder ein neuer Geburtenboom diesen Prozess allenfalls leicht bremsen könnte. Denn in etwa 20 Jahren wird die Babyboom-Generation der 1960er Jahre in Rente gehen. Auf der anderen Seite ist die Elterngeneration der 20- bis 35-Jährigen heute schon um 20 % schwächer besetzt als 1990. Die künftige Entwicklung der Einwohnerzahlen verläuft in den Landkreisen und kreisfreien Städten Bayerns unterschiedlich. Überdurchschnittlichen Bevölkerungszunahmen im Raum Ingolstadt-München stehen zum Teil erhebliche Verluste in den Landkreisen an den Außengrenzen Bayerns gegenüber. In den nächsten Jahren sind bei einem leichten gesamt-bayerischen Wachstum der Bevölkerung erhebliche Umschichtungen in den regionalen Altersstrukturen und daraus resultierend geänderte Anforderungen an die Infrastruktur zu erwarten.

Die Bewältigung der Auswirkungen des demographischen Wandels erfordert vor allem in zwei Bereichen einen regional differenzierten Handlungsbedarf: In den Umlandkreisen der Verdichtungsräume München und Nürnberg wird die Zahl der alten und hochbetagten Menschen überproportional stark zunehmen. Daraus resultiert ein erheblicher Bedarf an zusätzlicher ambulanter und stationärer Altenhilfe. In peripher gelegenen ländlichen Räumen birgt der demographische Wandel über die künftige Entwicklung des Erwerbspersonenangebots und der Arbeitskräftenachfrage das Risiko, dass der natürliche Bevölkerungsrückgang durch Abwanderung verstärkt wird. Gerade angesichts dieser Entwicklung hat die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Landesteilen einen hohen Stellenwert. Während die Maßnahmen zur Abschwächung und Bewältigung der Änderungen in der Bevölkerungsstruktur vor allem im Bereich der Sozial-, Familien- und Bildungspolitik angesiedelt sind, ist zur Vermeidung der Abwanderung eine Vielzahl von Maßnahmen zur Stabilisierung der betroffenen Räume notwendig.

The demographic change in Bavaria

As previously for the rest of Germany, the population in Bavaria will age and decline. Demographers have shown that even massive immigration or a new baby-boom could at best slightly slow down this process. In approx. 20 years the baby-boom generation of the sixties will retire. On the other hand, the generation of parents of 20 to 35 years old has today already declined by 20 % in comparison to 1990. The future development of the population in the districts and county boroughs develops differently. Above aver-

age increases of population in the area of Ingolstadt-Munich are opposed by significant decreases in the districts at the outer borders of Bavaria. In the coming years, with a slight overall growth of population in Bavaria, significant restructuring of the regional age distribution with the resulting changed demands on the infrastructure are to be expected.

Coping with the consequences of demographic changes requires regionally differentiated actions especially in two areas: In the surrounding areas of the conurbations Munich and Nuremberg the number of elderly and aged people will increase disproportionately. This results in a significant demand for additional outpatient and stationary care for the elderly. Besides the future development of labor force and demand for workers, in periphery rural regions the demographic change holds the risk, that the natural decline of population is increased by migration. Especially in view of this development, the safeguarding of equal living conditions in all parts of the country is very important. While the measures for the reduction and accomplishment of changes in the population structure are mainly located in the area of social-, family- and educational policy, a multitude of measures to avoid migration is necessary in order to stabilize the affected areas.

Matthias Proske

Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Daseinsvorsorge

Die öffentliche Daseinsvorsorge steht unter erheblichem Druck. Neben den weiterhin anhaltenden Liberalisierungs- und Privatisierungsbestrebungen sowie der angespannten Haushaltslage der öffentlichen Hand ändert sich v. a. durch den demographischen Wandel die Nachfrage nach den Leistungen der Daseinsvorsorge.

Dabei sind zur Daseinsvorsorge v. a. die Bereitstellung und der Betrieb infrastruktureller Dienstleistungen zu zählen, für deren Erbringung in Bayern überwiegend die Landkreise und Kommunen zwar nicht mehr nur unmittelbar in der Erfüllungs-, so aber doch mindestens in der Gewährleistungsverantwortung stehen. Anpassungserfordernisse bestehen auf der Nachfrageseite in qualitativer Form aufgrund der altersstrukturellen Verschiebungen im Bevölkerungsaufbau, in quantitativer Form aufgrund des Bevölkerungsrückgangs, in quantitativer Form aufgrund weiterer Bevölkerungszuwächse in den weiterhin wachsenden Regionen sowie letztlich wiederum in quantitativer Form aufgrund der qualitativen Nachfrageveränderungen. Die Herausforderung besteht in der Sicherstellung einer angemessenen Daseinsvorsorge zu tragfähigen Bedingungen. Denn der Betrieb unterausgelasteter Infrastrukturen ist teilweise technisch aufwendig und in der Folge teuer; der Rückbau ist jedoch ebenfalls kostspielig, gesellschaftlich unpopulär und politisch inopportun. Anpassungsmöglichkeiten bestehen in der Zentralisierung bzw. Konzentration der Einrichtungen, der Erhöhung der Erreichbarkeit, der Verkleinerung, der Dezentralisierung, in temporär-mobilen Ansätzen und in der interkommunalen Kooperation sowie in der Neustrukturierung oder gar der Substitution.

Effects of the demographic change on the general-interest services

The services of public general interest are under significant pressure. Besides the continuous liberalization- and privatization efforts as well as the strained budget situation of the public authorities, the demographic change especially changes the demand for services of general interest.

Part of the services of general interest are especially the provision and operation of infrastructural services for which, in Bavaria, mainly the districts and municipalities are, not any more directly responsible for compliance, but at least for warranty. On the demand side there are requirements for adaptation in qualitative form due to the age-structural shifts in demographic development, in quantitative form due to the decline of population, due to further population increases in the still growing regions and finally, also in quantitative form, due to qualitative changes in demand. The challenge is to safeguard adequate general interest services at sustainable conditions. The operation of under-utilized infrastructures is partly technologically elaborate and therefore expensive, renaturalization however is expensive too, not popular in society and politically inopportune. Opportunities for adaptation exist in centralization, respectively concentration of facilities, increase of availability, minimization, decentralization, temporary-mobile approaches and in inter-communal cooperation as well as restructuring or even substitution.

Daniel Metzler, Ferdinand Paesler

Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Tourismus in Bayern

Der Beitrag analysiert und bewertet die Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Tourismus in Bayern aus tourismusfachlicher Sicht. Auf Basis verschiedener Daten zur Bevölkerungsentwicklung werden Trendprognosen für bestimmte Merkmale des demographischen Wandels berechnet. Von diesen ausgehend erfolgt durch Interviews mit Experten aus Tourismusforschung und -wirtschaft die Analyse struktureller und qualitativer bzw. quantitativer Veränderungen der touristischen Nachfrage, des Arbeitsmarktes und des Angebots. Unter Berücksichtigung regionalspezifischer Gegebenheiten werden schließlich Schlussfolgerungen für touristische Anbieter und die Tourismuspolitik in Bayern gegeben.

Als zentrale Herausforderung des demographischen Wandels für Bayern wird hierbei nicht eine bedeutende Änderung des Gesamtvolumens der Nachfrage, sondern vielmehr eine neue Verteilung der Urlauber nach Altersgruppen mit zudem veränderten Interessen und Bedürfnissen identifiziert.

Effects of the demographic change on tourism in Bavaria

The essay analyzes and evaluates the consequences of the demographic change on the tourism in Bavaria from a tourism-specific point of view. Based on varied demographic data, trend prognoses for specific characteristics of the demographic change are being calculated. Based on this, through interviews with tourism experts the structural and qualitative, respectively quantitative changes of tourist demand, the labor market and the supply are being analyzed. Taking into consideration regional-specific conditions, conclusions for tourist suppliers and the tourism policy in Bavaria are being provided.

Not a significant change of overall volume of demand, but a new distribution of tourists by age groups and with changed interests and requirements is hereby identified as a central challenge of the demographic change for Bavaria.

Jürgen Rauh, Julia Wettemann

Die Auswirkungen des demographischen Wandels auf Konsumentenverhalten und Einzelhandel – Beispiele aus Unterfranken

Nicht nur die Demographie unterliegt aktuell einem Wandel. Auch der Einzelhandel war und ist von einem Wandel seiner Angebots- und Nachfrageseite, respektive der Betriebsformen und dem Konsumentenverhalten, betroffen. Wie nun der demographische Wandel auf diese Entwicklung des Einzelhandels wirkt, wird anhand zweier Fallbeispiele aus Unterfranken diskutiert. Auf Basis von Kaufkraftprognosen ist dabei auch in Unterfranken eine Verschiebung der Hauptzielgruppe des Einzelhandels hin zu den über 50-Jährigen ersichtlich. Welche Anforderungen und Folgen sich daraus für den Einzelhandel ergeben, wird durch einen Vergleich des Konsumentenverhaltens der aktuellen und zukünftigen Hauptzielgruppe des Einzelhandels diskutiert. Grundlage bilden eine quantitative Haushaltsbefragung sowie qualitative Interviews mit Würzburger Einzelhändlern aus verschiedenen Branchen. Neben den daraus resultierenden qualitativen Veränderungen des Einzelhandels ist, insbesondere im ländlichen Raum, die Sicherung der Grundversorgung aufgrund schrumpfender Bevölkerungszahlen problematisch. In welchem Maße sich dies bereits heute auf die Versorgung mit Lebensmitteln auswirkt und welche Maßnahmen vonseiten der Kommunen zur Schließung solcher Verkaufslücken initiiert werden, zeigen empirische Erhebungen in den Landkreisen Hassberge und Rhön-Grabfeld.

Effects of the demographic change on consumer behavior and retail – Examples from Unterfranken

Currently not only demography is subject to a change. Also the retail sector was, and still is, affected by a change of supply- and demand side, respectively business models and consumer behavior. How the demographic change affects this development of the retail sector, is being discussed using two case studies from Unterfranken. Based on purchasing power prognoses, also in Unterfranken a shift of the main target group of the retail sector to the over fifty years old can be seen. Which demands and consequences for the retail sector result from this is being discussed using a comparison of consumer behavior of the current and future main target groups of the retail sector. Bases are a quantitative household survey as well as qualitative interviews with retailers from different lines of business in Würzburg. Besides the resulting qualitative changes of the retail sector, the safeguarding of basic supplies, especially in rural regions, is, due to a shrinking population, problematic. Empirical surveys in the counties Hassberge and Rhön-Grabfeld show to what extent this already affects the supply with food today and which measures are being taken by the local authorities in order to close such sales gaps.

Ulrich Ante

Kurorte als Wohnstandorte: Möglichkeiten im Kontext des demographischen Wandels? Das Beispiel Bad Kissingen

Im Kontext des demographischen Wandels wird gerne eine erhöhte Mobilität von Senioren erwartet. In der vorliegenden Fallstudie am Beispiel des Kurortes Bad Kissingen wird erkennbar, dass offenbar nur Orte mit einem „seniorengerechten“ Etikett von Angehörigen dieser Altersgruppe präferiert werden. Hier haben offenbar Kurorte – wenn

auch nicht grundsätzliche alle, sondern solche mit einem größeren Bekanntheitsgrad – einen gewissen Vorteil. Es zeigt sich aber auch, dass von den zuziehenden Seniorinnen und Senioren von den Kommunen und von den Wohnungsanbietern erwartet wird, sich auf die spezifischen Bedürfnisse dieser Gruppen einzulassen. Verallgemeinernd macht auch diese Untersuchung deutlich, dass die Mobilität von Senioren sicherlich kein Massenphänomen werden dürfte, sondern aufgrund bestimmter Rahmenbedingungen nur selektiv wirksam werden kann.

Health resorts as residential locations: Opportunities in the context of demographic change? The model Bad Kissingen

In the context of demographic change, often increased mobility of seniors is being expected. The given case study of the health resort Bad Kissingen shows that apparently only locations with a “suitable for seniors”-label are being preferred by relatives of this age group. Here it appears that health resorts – not all of them however, but the well-known ones – have some advantage. It also shows that the local communities and the landlords expect the seniors moving to the area to consider the specific requirements of these groups. In general this evaluation shows that the mobility of seniors will surely not become a mass-phenomenon, but can only take effect based on specific framework conditions.

Reinhard Paesler

Der demographische Wandel im suburbanen Raum – Auswirkungen dargestellt an Beispielen Münchner Randgemeinden im Kreis Fürstentfeldbruck

Der Beitrag zeigt am Beispiel Münchner Randgemeinden im östlichen Kreis Fürstentfeldbruck, wie sich der demographische Wandel im suburbanen Raum darstellt und wie in den betreffenden Gemeinden auf die sich verändernde Bevölkerungsstruktur reagiert wird. Besonders in denjenigen Gemeinden, deren starkes Bevölkerungswachstum durch Suburbanisierung bereits mehrere Jahrzehnte zurückliegt, ist ein überdurchschnittlich starker demographischer Wandel mit abnehmenden Kinderzahlen und steigendem Altersdurchschnitt der Wohnbevölkerung festzustellen. In den Gemeinden wird auf zweierlei Weise reagiert: In der Kommunalpolitik und im sozialen Leben spielen die Senioren eine zunehmend größere Rolle; es wird versucht, ihren Bedürfnissen wesentlich stärker als in der Vergangenheit nachzukommen. Andererseits wird durch massiv steigende Hilfs- und Betreuungsangebote für junge Familien, Kinder und Jugendliche versucht, jüngere Einwohner am Ort zu halten oder sogar anzuziehen, um auf diese Weise ein Gegengewicht zum steigenden Altersdurchschnitt zu schaffen. Der Vergleich mit Studien über vergleichbare Räume in anderen Regionen Deutschlands zeigt, dass die Ergebnisse offenbar weitgehend repräsentativ für den Siedlungstyp „Stadttrandgemeinde mit relativ hohem Durchschnittseinkommen“ sind.

The demographic change in suburban areas – Effects displayed using the case studies of Munich outskirt communities in the area of Fürstentfeldbruck

Using the case study of Munich outskirt communities in the eastern area of Fürstentfeldbruck, the essay shows the demographic change in suburban areas and how the affected communities react to the changing population structure. Especially in communities

where, due to suburbanization, strong population growth lies back several decades, an above average strong demographic change with decreasing numbers of children and increasing average age can be detected. The communities react in two ways: In communal policy and social life the seniors play an increasingly significant role; efforts are being made to meet their needs much more than in the past. Through massively increasing support- and care offers for young families, children and adolescents it is being tried to keep younger citizens or to even attract them, in order to create a counterweight to the increasing average age. The comparison with studies about comparable areas in other regions of Germany shows that the results are obviously mostly representative for the residential type "outskirt community with relatively high average income".

Christian Breu

Die demographische Entwicklung in der Region München

Ziel des Beitrags ist es, einen aktuellen Überblick über die demographische Entwicklung der Planungsregion München seit 1970 zu geben. Dabei wird deutlich, dass die positive Bevölkerungsentwicklung in der Region München aufgrund der auch hier sehr geringen Geburtenrate ausschließlich über die Zuwanderungsgewinne erfolgt. Aufgezeigt wird die teilweise unterschiedliche Entwicklung in den verschiedenen Strukturräumen der Region München.

Die aktuelle Darstellung der demographischen Entwicklung in der Region München für die letzten 40 Jahre gab es bisher nicht. Die Attraktivität der Region München spiegelt sich auch in den Prognosen der Bevölkerungsentwicklung bis 2028 wider. Auch hier gehen die unterschiedlichen Prognosen von weiterhin steigenden Einwohner- und Arbeitsplatzzahlen aus. Daraus folgt ein wachsender Bedarf nach Wohnungsbau.

Die Region München als wirtschaftliches Kraftzentrum Bayerns und auch der Bundesrepublik Deutschland kann nur erfolgreich bleiben, wenn sie weiterhin auf wirtschaftliches Wachstum und Lebensqualität als Grundlage einer langfristig zumindest stabilen Bevölkerungsentwicklung setzt.

The demographic development in the region of Munich

The aim of this essay is to give an actual overview about the demographic development of the planning region Munich since 1970. It makes clear, that the positive population development in the region Munich, due to the also here very low birth rate, is exclusively achieved through increases in immigration. The partly varied development in the different structural areas of the region Munich is being displayed.

Up till now, an actual display of demographic development in the region Munich for the last 40 years did not exist. The attraction of the region Munich is reflected in the prognoses for the population development until 2028. Also here the different prognoses assume continuously increasing numbers of residents and work places. This is followed by an increasing demand for residential properties.

The region Munich as the economical power center of Bavaria and the Federal Republic of Germany alike can only remain successful, if it continues to bet on economical growth and quality of life as a basis of a long-term, at least stable, population development.

Verbundforschungsprojekt „Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels“



AKADEMIE
FÜR RAUMFORSCHUNG
UND LANDESPLANUNG

LEIBNIZ-FORUM FÜR RAUMWISSENSCHAFTEN

Teil 1

Schrumpfung – Neue Herausforderungen für die Regionalentwicklung in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen

Bernhard Müller,
Stefan Siedentop (Hrsg.)
Hannover 2003
Arbeitsmaterial Nr. 303

Teil 2

Planung und Migration
Determinanten, Folgen und raumplanerische Implikationen von sozialräumlicher Mobilität

Thorsten Wiechmann,
Oliver Fuchs (Hrsg.)
Hannover 2004
Arbeitsmaterial Nr. 307

Teil 3

Landesentwicklung bei Bevölkerungsrückgang – Auswirkungen auf die Raum- und Siedlungsstruktur in Baden-Württemberg

Erika Spiegel (Hrsg.)
Hannover 2004
Arbeitsmaterial Nr. 310

Teil 4

Bestimmungsfaktoren der künftigen räumlich-demographischen Entwicklung in Deutschland

Nichtdemographische Einflussfaktoren der Regionalentwicklung in Deutschland

Martin T. W. Rosenfeld,
Claus Schlömer (Hrsg.)
Hannover 2004
Arbeitsmaterial Nr. 312

Teil 5

Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir?

Gemeinsamer Kongress 2004 von ARL und BBR

Wendelin Strubelt,
Horst Zimmermann (Hrsg.)
Hannover 2005
Forschungs- und Sitzungsberichte Bd. 225
154 S., farb. Abb., 10,- EUR
ISBN 978-3-88838-054-9

Teil 6

Demographische Trends in Deutschland
Folgen für Städte und Regionen

Paul Gans,
Ansgar Schmitz-Veltin (Hrsg.)
Hannover 2006
Forschungs- und Sitzungsberichte Bd. 226

Teil 7

Konsequenzen aus der demographischen Entwicklung für Regionen in Nordwestdeutschland

Hans-Jürgen Back (Hrsg.)
Hannover 2006
Arbeitsmaterial Nr. 328
68 S., 11,- EUR
ISBN 978-3-88838-328-1

Teil 8

Demographischer Wandel in ausgewählten Regionstypen Nordrhein-Westfalens
Herausforderungen und Chancen für regionale Politik

Rainer Danielzyk,
Heiderose Kilper (Hrsg.)
Hannover 2006
Arbeitsmaterial Nr. 329
162 S., farb. Abb., 13,- EUR
ISBN 978-3-88838-329-8

Teil 9

Umbau von Städten und Regionen in Nordostdeutschland
Handlungsnotwendigkeiten und Handlungsperspektiven

Hans Joachim Kujath,
Suntje Schmidt (Hrsg.)
Hannover 2007
Arbeitsmaterial Nr. 330
298 S., farb. Abb., 21,- EUR
ISBN 978-3-88838-330-4

Teil 10

Umdenken – Umplanen – Umbauen

Stadt- und Regionalentwicklung in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen unter Schrumpfungsbedingungen

Peter Sedlacek (Hrsg.)
Hannover 2007
Arbeitsmaterial Nr. 331
258 S., farb. Abb., 19,- EUR
ISBN 978-3-88838-331-1

Teil 11

Erkennen – Steuern – Handeln: Antworten auf den demographischen Wandel

Patrick Küpper,
Leander Küttner,
Jochen Luther,
Christian Strauß (Hrsg.)
Hannover 2008
Arbeitsmaterial Nr. 341
190 S., farb. Abb., 28,- EUR
ISBN 978-3-88838-341-0

Der demographische Wandel ist – im Unterschied zu den meisten anderen Bundesländern – in Bayern mit einer zeitlichen Verzögerung spürbar. Nach wie vor profitiert Südbayern, und hier vor allem die Region München, von Zuzügen in erheblichem Umfang, sodass die Konsequenzen, die dort durch die anhaltende negative natürliche Bevölkerungsentwicklung festzustellen sind, „überdeckt“ werden. Leicht aus dem Blick geraten häufig die eher peripher gelegenen Gebiete in Nord- und Ostbayern, die seit Jahren unter Bevölkerungsverlusten leiden und wo die Auswirkungen des demographischen Wandels bereits heute sichtbar sind und enorme Anstrengungen von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft erfordern.

Die Grundproblematik in Bayern ist mit anderen Räumen in Deutschland vergleichbar. Gleichwohl fehlt eine genaue Untersuchung über die Auswirkungen des demographischen Wandels auf einzelne raumrelevante Bereiche und für einzelne Teilräume. Diese Forschungslücke möchte die Arbeitsgruppe „Demographischer Wandel und Raumentwicklung in Bayern“ der Landesarbeitsgemeinschaft Bayern der ARL schließen. Es werden folgende Schwerpunkte behandelt:

- Darstellung der aktuellen Bevölkerungsentwicklung in Bayern und Bewertung von Bevölkerungsprognosen
- Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Daseinsvorsorge, den Tourismus sowie den Einzelhandel
- regional ausgerichtete Fallbeispiele aus Unterfranken und aus der Region München
- Folgerungen für die Handlungsmöglichkeiten in kommunaler, regionaler und landesweiter Perspektive

The demographic change in Bavaria – as opposed to most of the other federal states – can be felt with a time delay. Southern Bavaria, and here especially the region of Munich, still profits from significant immigration, so that the consequences, which result from the ongoing, negative natural population development are “masked”. Easily overseen are often the rather peripheral areas in North- and East Bavaria which suffer from population decline for years and where the consequences of the demographic change are visible today already and massive efforts of politics, administration and civil society are required.

The basic problems in Bavaria are comparable with other areas of Germany. Nevertheless an exact evaluation of the affects of the demographic change on individual spatial areas and for individual sub-regions is missing. The work group “Demographic change and spatial development in Bavaria” of the Bavarian work group (ARL) wants to close this research gap. The focal points are as follows:

- Presentation of the current population development in Bavaria and evaluation of population prognoses
- Effects of the demographic change on services of general interest, tourism and retail
- Regional case studies from Unterfranken and the region of Munich
- Conclusions about opportunities for action from a communal, regional and nationwide perspective